

**Deutscher
Reporterpreis
2015**

**Die 10 nominierten Texte
in der Kategorie
„Beste Investigation“**

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

	Seite
1) Reuter, Christoph: Der Strategie des Terrors (0312)	03
2) Hollenstein, Oliver; Hua, Sha; Benkhelouf, Djamila: Völlig losgelöst (0376)	20
3) Kunze, Anne: Das Geschäft mit der Angst (0558)	31
4) Apfl, Stefan; Kleiner, Sarah: Die Netzflüsterer (0561)	46
5) Handelsblatt: Dunkle Geschäfte (Serie) (0599)	61
6) CORRECT!V: Flug MH17 (0792)	120
7) DER SPIEGEL: Der Skandal um BND und NSA-Spionage (Serie) (1028)	121
8) Schlieter, Kai: Drei Schüsse, ein Leben (1029)	166
9) Goetz, John; Kempmann, Antonius; Mascolo, Georg; Obermayer, Bastian: All the best (1272)	175
10) Kunze, Anne: Die Schlachtordnung (1305)	

(Der Text ist aus juristischen Gründen nicht öffentlich zugänglich.)

Der Strategie des Terrors

Ein irakischer Oberst plante die Machtübernahme des IS in Syrien. Der SPIEGEL hat seine Papiere exklusiv ausgewertet. Sie zeigen das Bild einer nach außen fanatischen, aber im Innern kühl kalkulierenden Organisation.

Von Christoph Reuter, DER SPIEGEL, 18.04.2015

Spröde sei er gewesen. Höflich. Schmeichelnd. Extrem aufmerksam. Beherrscht. Verlogen. Undurchschaubar. Böseartig. Die Rebellen aus Nordsyrien, die sich Monate später an Begegnungen mit ihm erinnern, schildern ganz unterschiedliche Facetten des Mannes. Nur in einem sind sie sich einig: "Wir wussten nie, wem wir da eigentlich gegenüber saßen."

Wer der hochgewachsene Endfünfziger wirklich war, das ahnten nicht einmal jene, die ihn an einem Januarmorgen 2014 nach kurzem Feuergefecht in dem Ort Tal Rifaat erschossen. Dass sie den strategischen Kopf des "Islamischen Staates" (IS) umgebracht hatten, war ihnen nicht bewusst - und dass dies überhaupt geschehen konnte, war eine rare, aber fatale Fehlkalkulation des brillanten Planers. Die örtlichen Rebellen legten den Leichnam in eine Kühltruhe, in der sie ihn begraben wollten. Erst später merkten sie, wie wichtig der Mann gewesen war, und hoben ihn heraus.

Samir Abed al-Mohammed al-Khleifawi war der echte Name des Irakers, dessen knochige Züge von einem weißen Vollbart gemildert wurden. Doch unter diesem Namen kannte ihn niemand. Auch mit Haji Bakr, seinem bekanntesten Pseudonym, wussten die wenigsten etwas anzufangen. Und genau das war Teil des Plans. Der einstige Geheimdienstoberst der Luftabwehr in Saddam Husseins Armee zog seit Jahren aus dem Hintergrund die Fäden beim "Islamischen Staat". Ausgestiegene Kader

des IS hatten ihn immer wieder erwähnt als einen der führenden Köpfe. Was er aber genau tat, blieb im Dunkeln.

Doch als der Architekt des "Islamischen Staates" starb, hinterließ er etwas, was eigentlich streng geheim bleiben sollte: den Bauplan dieses Staates. Eine prall gefüllte Mappe handschriftlicher Organigramme, Listen und Ablaufpläne, die beschrieben, wie sich ein Land schrittweise unterwerfen lässt. Diese 31 manchmal aus mehreren Seiten zusammengeklebten Blätter liegen dem SPIEGEL exklusiv vor. Sie enthüllen eine vielschichtige Komposition und Handlungsanleitung, in manchen Teilen erprobt, in anderen neu entworfen für die anarchische Lage in Syriens Rebellengebieten. Es ist gewissermaßen der Quellcode der erfolgreichsten dschihadistischen Terrorarmee der Neuzeit.

Bekannt waren bisher Aussagen geflohener Kämpfer sowie in Bagdad beschlagnahmte Datensätze aus der IS-Innenverwaltung. Aber weder das eine noch das andere lieferte eine Erklärung dafür, dass die Gruppe so kompetent aufsteigen konnte, bevor die Luftangriffe ab Spätsommer 2014 ihren Siegeszug aufhielten.

Die Dokumente von Haji Bakr lassen nun erstmals Rückschlüsse darauf zu, wie die Führung des IS organisiert ist und welche Rolle die Exkader von Diktator Saddam Hussein darin spielen. Vor allem aber zeigen sie, wie die Machtergreifung in Nordsyrien geplant wurde, die den späteren Durchmarsch im Irak erst möglich machte. Dass Haji Bakrs Anweisungen akribisch umgesetzt wurden, belegen darüber hinaus monatelange Recherchen des SPIEGEL in Syrien sowie weitere Aktenfunde.

Die Dokumente lagen lange Zeit versteckt in einem winzigen Anbau eines Hauses im umkämpften Nordsyrien. Von ihrer Existenz berichtete schon im März 2014 ein Augenzeuge, der sie kurz nach Haji Bakrs Tod in dessen Haus gesehen hatte. Im April 2014 wurde dann eine einzelne Seite des Konvoluts in die Türkei geschmuggelt, wo der SPIEGEL sie erstmals in Augenschein nehmen konnte. Erst Ende November 2014 war es möglich, nach Tal Rifaat zu gelangen, um den gesamten Handschriftenschatz auszuwerten.

"Unsere größte Sorge war, dass diese Pläne in die falschen Hände geraten könnten und nie bekannt würden", sagte damals ihr Verwahrer, der Haji Bakrs

Aufzeichnungen unter hochgetürmten Kisten und Decken hervorholte. Der Mann möchte anonym bleiben, aus Furcht vor den Mordkommandos des IS.

Der Masterplan

Die Geschichte dieser Dokumentensammlung beginnt zu einer Zeit, in der kaum jemand vom "Islamischen Staat" gehört hatte. Der Iraker Haji Bakr reiste Ende 2012 als Teil einer winzigen Vorhut und mit einem aberwitzigen Vorhaben nach Syrien: Der IS würde in Syrien so viel Land wie möglich erobern - und dann von dort aus in den Irak einfallen.

Bakr ließ sich in einem unauffälligen Haus in der Kleinstadt Tal Rifaat nördlich von Aleppo nieder. Die Stadt war gut ausgewählt, von hier waren in den Achtzigerjahren viele Einwohner zum Arbeiten in die Golfstaaten gegangen, vor allem nach Saudi-Arabien. Als sie zurückkamen, brachten einige von ihnen radikale Überzeugungen und Kontakte mit. 2013 würde Tal Rifaat zur Hochburg des IS in der Provinz Aleppo werden, mit Hunderten Kämpfern.

Hier skizzierte der "Herr der Schatten", wie manche ihn nannten, die Struktur des "Islamischen Staates" bis auf Ortsebene, erstellte Listen zur schleichenden Infiltration von Dörfern und legte fest, wer wen überwachen sollte. Mit Kugelschreiber zeichnete er die Befehlsketten des Sicherheitsapparates auf Briefpapier. Das stammte, vermutlich ein Zufall, vom syrischen Verteidigungsministerium, mit Briefkopf der Abteilung Unterkünfte und Immobilien.

Was Bakr zu Papier brachte, Blatt für Blatt, mit sorgsam umrandeten Kästchen für die einzelnen Zuständigkeiten, war nichts Geringeres als eine Blaupause für die Machtübernahme. Kein Glaubensmanifest, sondern der technisch präzise Bauplan für einen "Islamischen Geheimdienst-Staat". Ein Stasi-Kalifat.

In den folgenden Monaten wurde diese Blaupause erstaunlich akkurat umgesetzt. Der Plan begann immer mit demselben Detail: Unter dem Vorwand, ein Daawa-Büro, ein islamisches Missionszentrum, zu eröffnen, sollten Gefolgsleute angeworben werden. Aus jenen, die zu Vorträgen und Kursen zum islamischen Leben kämen, sollten dann ein oder zwei Männer ausgewählt und beauftragt werden, ihr Dorf bis in den letzten Winkel auszuspionieren. Dafür erstellte Haji Bakr Listen wie diese:

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

- ▶ *Zähle die machtvollen Familien auf.*
- ▶ *Benenne die mächtigen Personen in diesen Familien.*
- ▶ *Finde ihre Einkunftsquellen heraus.*
- ▶ *Nenne Namen und Mannstärke der (Rebellen-)Brigaden im Dorf.*
- ▶ *Eruiere die Namen ihrer Anführer, wer die Brigaden kontrolliert sowie deren politische Orientierung.*
- ▶ *Finde ihre (gemäß Scharia) illegalen Aktivitäten heraus, mit denen wir sie im Bedarfsfall erpressen können.*

Sollte jemand kriminell oder homosexuell sein oder eine geheime Affäre haben, seien all diese Details zu notieren. "Die Klügsten machen wir zu Scharia-Scheichs", hatte Haji Bakr angemerkt: "Wir werden sie eine Weile trainieren und dann losschicken." Als PS war der Hinweis angefügt, dass jeweils mehrere "Brüder" ausgewählt würden, die Töchter der einflussreichsten Familien zu heiraten, um "die Durchdringung dieser Familien sicherzustellen, ohne dass diese überhaupt davon erfahren".

Die Kundschafter sollten über ihren jeweiligen Zielort möglichst alles herausfinden: wer dort wohnt, wer das Sagen hat, welche Familien religiös sind, welcher islamischen Rechtsschule sie angehören, wie viele Moscheen es gibt, wer der Imam ist, wie viele Frauen und Kinder dieser hat und wie alt diese sind. Ebenfalls zu ermitteln: wie die Predigten des Imams sind, ob er eher der Mystikervariante, den Sufis, zuneigt, ob er aufseiten der Opposition oder des Regimes steht und wie seine Position gegenüber dem Dschihad ist. Außerdem: Bezieht der Imam ein Einkommen? Falls ja, von wem? Wer beruft ihn ins Amt? Und schließlich: Wie viele Demokraten gibt es im Dorf?

Wie seismische Signalwellen sollten die Agenten funktionieren. Ausgeschickt, noch kleinste Risse, uralte Verwerfungen in den Tiefenschichten der Gesellschaft aufzuspüren - einfach alles, was deren Spaltung und Unterwerfung dienlich sein könnte. Unter den Zuträgern waren frühere Geheimdienstspitzel ebenso wie Regimegegner, die sich mit einer der Rebellengruppen überworfen hatten. Und es waren junge Männer darunter, Jugendliche, die Geld brauchten oder die Arbeit

aufregend fanden. In Haji Bakrs Informantenlisten, etwa aus Tal Rifaat, waren die meisten Anfang zwanzig, andere aber auch erst 16 oder 17 Jahre alt.

In den Plänen kommen zwar auch Bereiche wie Finanzen, Schulen, Kindergärten, Medien, Transportwesen vor. Aber immer wieder geht es um das Kernthema, das in Organigrammen und Listen für Zuständigkeiten und Berichtspflichten akribisch abgehandelt wurde: Überwachung, Spionage, Morde, Entführungen.

Für jeden Provinzrat hatte Bakr einen Emir, einen Befehlshaber, für Ermordungen, für Entführungen, für Scharfschützen, für Kommunikation und Verschlüsselung sowie einen Emir zur Überwachung der anderen Emire vorgesehen - "falls sie ihre Arbeit nicht gut machen". Die Keimzelle dieses gottgefälligen Staates würde das teuflische Räderwerk einer Zellen- und Kommandostruktur sein, die bodenlose Furcht verbreitet.

Von Anfang an war geplant, dass die Geheimdienste parallel arbeiteten, selbst auf Provinzebene: Eine allgemeine Nachrichtendienstabteilung unterstand dem "Sicherheits-Emir" einer Region, der Vize-Emire für die Bezirke befehligte. Jeder von diesen wiederum führte unter sich einen Chef geheimer Spionagezellen sowie einen "Nachrichtendienst- und Informationsmanager" des Bezirks. Die Spionagezellen auf Ortsebene waren jeweils dem Stellvertreter des Bezirks-Emirs untergeordnet. Kurz: Jeder würde jeden überwachen.

Die Verantwortlichen für die Ausbildung der "Scharia-Richter in geheimdienstlicher Informationsgewinnung" unterstanden ebenfalls dem Bezirks-Emir, während eine separate Abteilung der "Sicherheitsoffiziere" dem regionalen Emir zugeordnet war.

Scharia, Gerichtsbarkeit, verordnete Frömmerei, all dies diente nur einem einzigen Ziel: Überwachung und Beherrschung. Selbst das Wort, das Haji Bakr für die Bekehrung der echten Muslime benutzte, *takwin*, ist kein religiöser, sondern ein technischer Begriff, der "Implementierung" bedeutet. Ein nüchternes Wort, das sonst in der Bauwissenschaft verwendet wird.

Die Anfänge im Irak

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Es schien, als hätte George Orwell Pate gestanden bei dieser Ausgeburt paranoider Überwachung. Aber es war viel simpler. Haji Bakr modifizierte lediglich, womit er groß geworden war: Saddam Husseins allumfassenden Geheimdienstapparat, in dem sich niemand, auch kein Geheimdienstgeneral, sicher sein konnte, nicht ebenfalls bespitzelt zu werden. Diese "Republik der Furcht" hat der irakische Exilautor Kanan Makiya beschrieben: einen Staat, in dem jeder einfach verschwinden konnte und Saddam seinen offiziellen Amtsantritt 1979 mit der Aufdeckung einer fingierten Verschwörung besiegelte.

Dass in Haji Bakrs Papieren nichts von prophetischen Überlieferungen oder Verheißungen für das Dasein im angeblich gottgewollten "Islamischen Staat" steht, hat einen simplen Grund: Ihr Urheber war der Ansicht, dass man auch mit noch so fanatischen Glaubensüberzeugungen keinen Sieg erringen könne. Aber man konnte sich den Glauben der anderen zunutze machen.

So waren es Haji Bakr und ein kleiner Kreis früherer irakischer Geheimdienstoffiziere, die 2010 Abu Bakr al-Baghdadi, den Emir und späteren "Kalifen", zum offiziellen Anführer des "Islamischen Staates" machten. Baghdadi, ein ausgebildeter Geistlicher, so ihr Kalkül, sollte der Gruppe ein religiöses Gesicht geben.

Haji Bakr "war ein Nationalist, kein Islamist", erinnert sich der irakische Journalist Hischam al-Haschimi an den früheren Karriereoffizier, der mit Haschimis Cousin auf der Luftwaffenbasis Habbaniya stationiert war: "Oberst Samir", wie Haschimi ihn nennt, "war hochintelligent, entschlossen und ein exzellenter Logistiker." Aber als Paul Bremer, der US-Statthalter in Bagdad, "im Mai 2003 per Dekret die Armee auflöste, war er arbeitslos und verbittert".

Tausende gut ausgebildete sunnitische Offiziere wurden per Federstrich ihrer Existenz beraubt. Damit hatte sich Amerika seine erbittertsten und intelligentesten Feinde geschaffen. Haji Bakr ging in den Untergrund und lernte in der westirakischen Provinz Anbar Abu Musab al-Zarqawi kennen. Der gebürtige Jordanier hatte zuvor in Afghanistan ein Trainingslager für internationale Terrorpilger betrieben. Ab 2003 wurde er als Pate der Anschläge gegen Uno, US-Truppen und schiitische Muslime

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

weltberüchtigt - und selbst Osama Bin Laden zu radikal. 2006 starb Zarqawi durch einen US-Luftschißlag.

Zwar war die im Irak herrschende Baath-Partei säkular, aber letztlich trafen sich beide Systeme in der Überzeugung, dass die Herrschaft über die Massen in den Händen einer kleinen Elite liegen sollte, die niemandem Rechenschaft schuldig sei. Weil sie im Namen eines großen Plans herrsche, legitimiert wahlweise von Gott oder der Glorie der arabischen Geschichte. Der fanatische Glaube der einen und das strategische Kalkül der anderen - diese Kombination der Gegensätze macht den Kern des IS-Erfolges aus.

Nach und nach avancierte Haji Bakr zu einem der militärischen Führer im Irak, er saß von 2006 bis 2008 im US-Lager Camp Bucca und im Gefängnis von Abu Ghraib. Er überstand die Verhaftungs- und Tötungswellen der amerikanischen und irakischen Sondereinheiten, die 2010 die Vorläuferorganisation "Islamischer Staat im Irak" in seiner Existenz bedrohten.

Für Bakr und eine Reihe hoher Exoffiziere war dies die Gelegenheit zur Machtergreifung in dem geschrumpften Dschihadistenzirkel. Die gemeinsame Zeit in Camp Bucca war hilfreich, um ein weites Netz von Kontakten zu knüpfen. Aber die oberste Führung kannte sich lange zuvor.

Gegen die irakische Staatsmacht militärisch zu siegen erschien nach 2010 aussichtslos. Aber mit Terror und Schutzgelderpressung entstand eine schlagkräftige Untergrundorganisation. Deren Führer witterten ihre Chance, als nebenan in Syrien der Aufstand gegen die Diktatur des Assad-Clans losbrach. Vor allem im Norden war die einst alles kontrollierende Staatsmacht Ende 2012 bis auf Überbleibsel besiegt und vertrieben. Stattdessen gab es nun Hunderte von Ortsräten und Rebellenbrigaden, es war ein anarchisches Nebeneinander, in dem niemand mehr die Übersicht hatte. Ein Zustand der Verwundbarkeit, den die straff organisierte Kadertruppe für sich nutzen wollte.

Die Versuche, den IS und seinen rasanten Aufstieg zu erklären, variieren je nach Herkunft der Erklärenden: Teroexperten betrachten den IS als Qaida-Abspaltung und halten das bisherige Ausbleiben spektakulärer Anschläge für organisatorisches

Unvermögen. Kriminalisten sehen im IS eine mafiöse Holding zur Profitmaximierung. Geisteswissenschaftler verweisen auf die apokalyptischen Verlautbarungen der IS-Medienabteilung, auf seine Todesverherrlichung und den Glauben, in göttlicher Mission unterwegs zu sein.

Doch mit apokalyptischen Visionen allein erobert man keine Städte und Länder. Terroristen gründen keinen Staat. Als kriminelles Kartell wiederum begeistert man keine Anhänger in aller Welt, von denen Tausende ihre Existenz aufgeben, um ins "Kalifat" und in den Tod zu ziehen.

Mit Vorgängern wie al-Qaida hat der IS nicht viel mehr gemeinsam als das dschihadistische Label. In seinem Handeln, seiner strategischen Planung, seinem skrupellosen Wechsel von Allianzen und seinen präzise eingesetzten Propagandainszenierungen ist im Kern nichts Religiöses erkennbar.

Die Umsetzung des Plans

Derart unmerklich begann die generalstabsmäßige Ausbreitung des IS, dass ein Jahr später viele Syrer erst einmal nachdenken mussten, wann die Dschihadisten bei ihnen aufgetaucht waren. Denn die Daawa-Büros, die ab Frühjahr 2013 in vielen Orten Nordsyriens entstanden, waren unschuldig wirkende Missionierungsstellen, wie sie von islamischen Wohltätigkeitsorganisationen weltweit eröffnet werden.

So machte in Raqqa ein Daawa-Büro auf, "aber die sagten nur, sie seien 'Brüder', und erwähnten den 'Islamischen Staat' mit keinem Wort", berichtet ein aus der Stadt geflohener Arzt. Auch in Manbij, einer liberalen Stadt in der Provinz Aleppo, entstand im Frühjahr 2013 ein Daawa-Büro. "Ich habe das erst gar nicht bemerkt", erinnert sich eine junge Bürgerrechtlerin. "Jeder konnte aufmachen, was er wollte. Wir wären nicht auf die Idee gekommen, dass jemand anders als das Regime uns bedrohen könnte. Erst als im Januar die Kämpfe ausbrachen, erfuhren wir, dass Da'ish", das arabische Kürzel für den IS, "schon vorher mehrere konspirative Wohnungen angemietet hatte, um dort Waffen zu lagern und seine Männer zu verstecken."

In den Orten al-Bab, Atarib und Azaz verlief es ähnlich. Und auch in der Nachbarprovinz Idlib entstanden ab Anfang 2013 Daawa-Büros: in Sermada, Atmeh, Kafr Takharim, al-Dana und Salqin. Fanden sich genügend "Studenten", die als Spione

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

rekrutiert werden konnten, erweiterte der IS seine Präsenz. In al-Dana wurden weitere Häuser gemietet, schwarze Fahnen gehisst, Straßen gesperrt. War der Widerstand an einem Ort zu groß oder konnten keine Anhänger gewonnen werden, zog man sich vorläufig zurück. Sich auszubreiten, ohne offenen Widerstand zu riskieren, "feindliche Individuen" zu verschleppen oder zu töten, aber jede Täterschaft zu leugnen - das war die Anfangsmaxime.

Auch die Kämpfer sollten zunächst unauffällig bleiben. Haji Bakr und die Vorhut hatten sie nicht aus dem Irak mitgebracht, was nahe liegend gewesen wäre. Sie hatten ihren irakischen Kämpfern sogar explizit untersagt, nach Syrien zu gehen. Man rekrutierte auch nicht viele Syrer. Die IS-Führer wählten die komplizierteste Variante: Sie entschieden, all die seit Sommer 2012 eintreffenden ausländischen Radikalen einzusammeln. Studenten aus Saudi-Arabien, Angestellte aus Tunesien, Schulabbrecher aus Europa ohne jede Militärerfahrung sollten mit kampferprobten Tschetschenen und Usbeken eine Streitmacht formen. In Syrien. Unter irakischem Kommando.

Schon Ende 2012 waren an mehreren Orten Militärlager entstanden, von denen zunächst niemand wusste, zu welcher Gruppe sie gehörten. Die Lager waren straff organisiert und die Männer dort, die mit keinem Journalisten sprachen, kamen aus zig Ländern. Nur aus dem Irak war kaum jemand dabei. Mindestens zwei Monate lang wurden die Ankömmlinge ausgebildet und darauf gedrillt, bedingungslos einem zentralen Kommando zu gehorchen. Diese Konstruktion war unauffällig und hatte noch einen Vorteil: Was hier entstand, war eine zwar anfangs chaotische, aber absolut loyale Truppe. Die Ausländer kannten sonst niemanden, mussten keine Rücksicht nehmen und ließen sich rasch überallhin verlegen. Ganz anders als die syrischen Rebellen, die vor allem ihren Heimatort verteidigten, sich um ihre Familie und die Ernte kümmern mussten.

Zahlenmäßig waren die dschihadistischen Kader den syrischen Rebellen auch später hoffnungslos unterlegen. Diese begegneten ihnen mit Misstrauen, schlossen sich aber weder gegen den IS zusammen, noch wollten sie eine zweite Front riskieren. Mit einem simplen Trick plusterte der "Islamische Staat" seine Kampfkraft auf. Die Männer traten stets schwarz maskiert auf, das machte sie zum einen furchteinflößend,

zum anderen konnte niemand wissen, wie viele von ihnen es eigentlich gab. Wenn in fünf Orten hintereinander 200 Kämpfer aufführen, hatte der IS dann dort 1000 Bewaffnete? Oder 500? Oder nur wenig mehr als 200? Überdies sorgten die Spitzel dafür, dass die IS-Führung stets genau unterrichtet war, wo die Bevölkerung schwach oder uneins war, wo es lokale Konflikte gab und der IS sich als Schutzmacht anbieten konnte, um Fuß zu fassen.

Die Einnahme von Raqqa

Eine einst verschlafene Provinzmetropole am Euphrat sollte zum Prototyp der vollständigen Eroberung durch den IS werden: Raqqa. Die Operation begann schleichend, wurde langsam brutaler und war am Ende gegen größere Gegner erfolgreich, ohne dass wirklich gekämpft worden wäre. "Wir waren nie sehr politisch", erzählt ein Arzt, der in die Türkei geflohen ist: "Wir waren auch nicht religiös, hier haben nicht viele gebetet."

Als Raqqa im März 2013 an die Rebellen fiel, wurde umgehend ein Stadtrat gewählt; Rechtsanwälte, Ärzte, Journalisten organisierten sich, Frauengruppen entstanden. Die "Freie Jugend Raqqas" gründete sich, die Bewegung "Für unsere Rechte" und Dutzende weiterer Initiativen. Alles schien möglich in Raqqa. Und genau das, so sahen es später manche der Geflohenen, war der Auftakt zum Untergang der Stadt.

Getreu Haji Bakrs Plan folgte der Phase der Unterwanderung die Beseitigung jener Personen, die als potenzielle Anführer und Gegner ausgemacht worden waren. Als Ersten traf es den gewählten Vorsitzenden des Stadtrates. Er wurde Mitte Mai 2013 von maskierten Bewaffneten verschleppt. Als Nächster verschwand der Bruder eines prominenten Schriftstellers. Zwei Tage später der Mann, der an der Spitze der Gruppe stand, die die Revolutionsfahne auf die Mauern der Stadt gemalt hatte.

"Wir ahnten, wer ihn gekidnappt hatte", erzählte einer seiner Freunde, "aber keiner traute sich mehr, etwas zu tun." Das System der Angst begann zu wirken. Ab Juli verschwanden erst Dutzende, dann Hunderte. Manchmal tauchten ihre Leichen auf, meistens aber blieben sie spurlos verschwunden. Im August schickte die IS-Militärführung mehrere Autos mit Selbstmordattentätern ins Hauptquartier der am

wenigsten religiösen FSA-Brigade "Enkel des Propheten", tötete Dutzende Kämpfer und trieb die übrigen in die Flucht. Die anderen Rebellen schauten zu. Die IS-Führung hatte ein Netz geheimer Abkommen mit den Brigaden gesponnen, sodass jede dachte, es treffe nur die anderen.

Am 17. Oktober 2013 rief der IS alle Notabeln, Geistlichen und Rechtsanwälte der Stadt zu einer Versammlung. Eine Geste der Konzilianz, mochten manche gedacht haben. Von den 300 Menschen, die zusammenkamen, erhoben nur zwei Männer das Wort gegen die brutal fortschreitende Machtübernahme, die Entführungen und Morde der Bärtigen. Einer der beiden war Muhannad Habayebna, ein stadtbekannter Bürgerrechtler und Journalist.

Fünf Tage später fand man ihn, gefesselt und hingerichtet per Kopfschuss. Freunde erhielten eine anonyme E-Mail mit dem Foto der Leiche, darunter stand nur ein Satz: "Bist du jetzt traurig über deinen Freund?" Binnen Stunden flohen rund 20 führende Oppositionelle in die Türkei. Die Revolution in Raqqa war vorbei.

Kurz darauf legten die 14 Oberhäupter der größten Stämme den Treueeid auf den Emir Abu Bakr al-Baghdadi ab - es gibt einen Film von dieser Zeremonie. Es waren Scheichs derselben Stämme, die nur zwei Jahre zuvor Staatspräsident Baschar al-Assad ihre unverbrüchliche Treue geschworen hatten. Damit war der Boden geebnet für die Errichtung des IS-Hauptquartiers in Raqqa.

Der Tod von Haji Bakr

Bis Ende 2013 lief für den "Islamischen Staat" in Syrien alles nach Plan beziehungsweise: nach den Plänen von Haji Bakr. Der Schreckensstaat unter schwarzer Fahne dehnte sich Ort um Ort aus, ohne auf den geeinten Widerstand der syrischen Rebellen zu stoßen, die wie gelähmt schienen angesichts dieser unheimlichen Macht.

Doch nachdem die IS-Schergen im Dezember 2013 einen beliebten Rebellenführer und Arzt grauenvoll zu Tode gefoltert hatten, geschah das Unerwartete: Landauf, landab verständigten sich die syrischen Brigaden, Säkulare sowie Teile der radikalen Nusra-Front, gemeinsam den Kampf gegen den IS aufzunehmen. Indem sie überall gleichzeitig losschlugen, beraubten sie den IS seines

taktischen Vorteils, Einheiten stets rasch dorthin verlegen zu können, wo die Maskierten in Bedrängnis gerieten.

Innerhalb von Wochen wurde der IS aus weiten Teilen Nordsyriens vertrieben. Selbst Raqqa war beinahe schon eingenommen, als 1300 Mann Verstärkung für den IS aus dem Irak anrollten. Doch die stürmten nicht einfach los, sondern machten es trickreicher, erinnert sich der geflohene Arzt: "In Raqqa waren so viele Brigaden unterwegs, dass niemand wusste, wer genau die jeweils anderen waren. Und plötzlich begann eine Truppe in Rebellenkleidung auf die anderen Rebellen zu schießen. Alle flohen einfach."

Eine kleine, simple Maskerade hatte den IS-Kämpfern zum Sieg verholfen: einmal die schwarzen Sachen ablegen, Jeans und Materialwesten anziehen. Genau so machten sie es auch in der Grenzstadt Jarablus. Es funktionierte, der IS konnte Raqqa halten und Teile der verlorenen Gebiete zurückerobern. Nur für den großen Planer war es zu spät.

Haji Bakr war in Tal Rifaat geblieben, wo der IS sich lange behauptet hatte. Als die Rebellen aber Ende Januar 2014 angriffen, teilte sich die Stadt binnen Stunden: Eine Hälfte blieb unter Kontrolle des IS, die andere unter der einer örtlichen Brigade. Haji Bakr saß in der falschen Hälfte fest. Außerdem hatte er zur Tarnung nicht in einem der massiv gesicherten IS-Militärquartiere gewohnt. Und so wurde ausgerechnet der Gottvater des Denunziantentums von einem Nachbarn denunziert. "Bei mir nebenan wohnt ein Scheich von Da'ish!", rief der Mann. Der Ortskommandeur Abdelmalik Hadbe und seine Männer fuhren zu Bakrs Haus. Unwirsch öffnete eine Frau: "Mein Mann ist nicht da!"

Aber das Auto stehe doch vor dem Haus, wendeten die Rebellen ein.

Da erschien Haji Bakr im Pyjama an der Tür. Er solle mitkommen, herrschte ihn Hadbe an. Er wolle sich erst noch anziehen, erwiderte Bakr. Nein, wiederholte Hadbe: "Mitkommen! Sofort!"

Überraschend behände für sein Alter sprang Bakr zurück und stieß die Tür mit dem Fuß zu. So erzählten es später zwei, die dabei waren. Im Haus versteckte sich der Iraker unter der Treppe und brüllte: "Ich habe einen Sprengstoffgürtel! Ich werde uns

alle in die Luft jagen!" Dann kam er mit einer Kalaschnikow heraus und feuerte. Hadbe schoss und traf ihn tödlich.

Als die Männer später erfuhren, wen sie da umgebracht hatten, sammelten sie Computer, Pässe, SIM-Karten, ein GPS-Ortungsgerät und vor allem die Papiere im Haus ein. Einen Koran fanden sie nirgends.

Haji Bakr war tot, seine Frau hatten die örtlichen Rebellen mitgenommen. Später würden die Rebellen sie auf Bitten der Regierung in Ankara eintauschen gegen türkische IS-Geiseln. Bakrs kostbarer schriftlicher Nachlass landete für Monate erst einmal gut versteckt in einer Kammer.

Der zweite Aktenfund

Haji Bakrs Staat funktionierte auch ohne seinen Schöpfer. Wie präzise seine Pläne Punkt um Punkt umgesetzt wurden, bestätigt ein weiterer Aktenfund. Als der IS im Januar 2014 auch sein Hauptquartier in der Stadt Aleppo fluchtartig räumen musste, verbrannten die Fliehenden ihr Archiv, aber sie hatten ein ähnliches Problem wie die DDR-Staatssicherheit 25 Jahre zuvor: Sie hatten zu viele Akten.

Ein Teil blieb erhalten und landete bei der "Tauhid"-Brigade, damals Aleppos größte Rebellentruppe, die nach langen Verhandlungen dem SPIEGEL die Papiere zur exklusiven Veröffentlichung übergab - ausgenommen eine Auflistung der IS-Spione bei Tauhid.

Auf Hunderten Seiten offenbart sich ein hochkomplexes System der Unterwanderung und Überwachung aller Fraktionen inklusive der eigenen Leute. In langen Listen hielten die Buchhalter des Dschihad fest, welche Informanten sie in welche Rebellenbrigade, in welche Miliz des Regimes eingeschleust hatten. Es war sogar vermerkt, wer von den Rebellen als Spion für Assads Geheimdienste arbeitete.

"Sie wussten mehr als wir, weit mehr", sagte der Verwahrer der Dokumente. Personalakten der Kämpfer waren darunter, ausführliche Bewerbungsschreiben anreisender Ausländer wie des Jordaniers Nidal Abu Eysch. Der hatte seine Terror-Referenzen samt Telefonnummern mitgeschickt, ebenso das Aktenzeichen einer gegen ihn anhängigen Strafsache und seine Hobbys: Jagen, Boxen, Bombenbauen.

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Der IS wollte alles wissen und gleichzeitig alle über seine Absichten täuschen. So wurden in einem mehrseitigen Report alle Vorwände aufgezählt, mit denen der IS die Beschlagnahmung der größten Getreidemühle Nordsyriens rechtfertigen wollte - darunter angebliche Unterschlagungen und gottloses Verhalten der Angestellten. Dass es in Wirklichkeit darum ging, alle strategisch wichtigen Anlagen wie Großbäckereien, Getreidesilos und Generatoren zu besetzen und die Maschinen in die inoffizielle Hauptstadt Raqqa zu transportieren, sollte verschleiert werden.

Immer wieder finden sich Entsprechungen zu Haji Bakrs Matrix aus der Aufbauphase des IS: etwa, dass die Einheirat in einflussreiche Familien forciert werden sollte. Den Akten aus Aleppo lag auch eine Liste von 34 IS-Kämpfern bei, die eine Frau sowie Zusatzausstattung haben wollten. So gaben Abu Luqman und Abu Yahya al-Tunisi an, sie brauchten eine Wohnung. Abu Suheib und Abu Ahmed Osama beantragten eine Schlafzimmereinrichtung. Abu al-Baraa al-Dimaschqi wollte einen finanziellen Zuschuss sowie eine komplette Möblierung, während Abu Azmi Wert auf eine vollautomatische Waschmaschine legte.

Wechselnde Allianzen

Und noch ein Erbe der irakischen Geheimdienstler innerhalb der IS-Spitze wird in diesen ersten Monaten des Jahres 2014 eine entscheidende Rolle spielen: ihre seit einem Jahrzehnt etablierten Kontakte zu Assads Geheimdiensten.

Denn 2003 war das Regime in Damaskus in Panik gewesen, dass der damalige US-Präsident George W. Bush nach dem Sieg über Saddam Hussein seine Truppen zum "regime change" nach Syrien weiterrollen lassen würde. Über die kommenden Jahre organisierten die syrischen Dienste deshalb den Transfer Tausender Radikaler aus Libyen, Saudi-Arabien und Tunesien zu al-Qaida im Irak; 90 Prozent der Selbstmordattentäter kamen über die Syrien-Route ins Land. Es entspann sich ein seltsames Dreiecksverhältnis syrischer Generäle, internationaler Dschihadisten und einstiger Offiziere aus Saddams Reihen - ein Joint Venture erklärter Todfeinde, die sich wiederholt westlich von Damaskus trafen.

Damals ging es darum, den Amerikanern im Irak das Dasein zur Hölle zu machen. Zehn Jahre später hatte Baschar al-Assad ein anderes Motiv, die Allianz

wiederzubeleben: Er wollte sich der Welt als das kleinere Übel verkaufen. Das Verhältnis des syrischen Regimes zum IS war geprägt von taktischem Pragmatismus, beide Seiten versuchten, einander zu benutzen.

In den Gefechten zwischen IS und Rebellen ab Januar 2014 bombardierten Assads Jets regelmäßig nur die Stellungen der Rebellen, während die Emire des "Islamischen Staates" ihre Kämpfer anwiesen, nicht auf die Armee zu schießen. Eine Tatsache, die manche der zugereisten Ausländer zutiefst desillusionierte, die sich ihren Dschihad anders vorgestellt hatten.

Der IS warf sein ganzes Kriegsarsenal den Rebellen entgegen, jagte innerhalb weniger Wochen mehr seiner Selbstmordattentäter in deren Reihen als im ganzen Vorjahr gegen die Armee. Nicht allein wegen, aber auch dank der zusätzlichen Luftangriffe konnte der "Islamische Staat" einen Teil des zwischenzeitlich verlorenen Terrains zurückerobern.

Nichts symbolisiert das taktische Wechselspiel der Allianzen mehr als das Schicksal von "Division 17" der syrischen Armee. Die isolierte Basis nahe Raqqa war ein Jahr lang von Rebellen belagert worden. Dann kämpften IS-Einheiten die Rebellen dort nieder, und Assads Luftwaffe konnte Ende Januar 2014 wieder ungehindert Versorgungsflüge zur Basis aufnehmen.

Doch ein halbes Jahr später, nach der Eroberung von Mosul und gigantischer Waffenarsenale, fühlte sich der IS mächtig genug, um die Helfer von gestern zu attackieren. Die Dschihadisten überrannten die Division 17 und metzelten die Soldaten nieder, die sie kurz zuvor noch beschützt hatten.

Der Ausblick

Die Rückschläge des IS in den vergangenen Monaten, die Niederlage im Kampf um die syrische Kurdenenklave Kobane, zuletzt der Verlust der irakischen Stadt Tikrit haben den Eindruck erweckt, das Ende des "Islamischen Staates" sei nahe. Er habe sich mit seinem Größenwahn übernommen, sei entzaubert, auf dem Rückzug und werde bald untergehen. Doch derlei Zweckoptimismus dürfte verfrüht sein. So hat der IS zwar viele Kämpfer verloren, sich aber in Syrien weiter ausgedehnt.

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Es ist richtig, dass dschihadistische Herrschaftsexperimente in der Vergangenheit gescheitert sind. Doch lag das meist an ihrer Planlosigkeit, wie sich ein Gebiet, gar ein Staat, verwalten lässt. Genau diese Schwäche haben die Strategen des IS seit Langem erkannt - und behoben. Im Innern des "Kalifats" haben die Ingenieure der Macht eine Herrschaft aufgebaut, die stabiler und zugleich flexibler ist, als sie nach außen erscheint.

Abu Bakr al-Baghdadi mag der offiziell ernannte Führer sein, wie viel er zu sagen hat, ist unklar. Nicht ihn jedenfalls bekam der Emissär von Qaida-Chef Ayman al-Zawahiri zu Gesicht - sondern Haji Bakr und die anderen ehemaligen Geheimdienstoffiziere. Danach beklagte sich der Emissär bitterlich über "diese falschen Schlangen, die den wahren Dschihad verraten werden".

Es gibt im IS den Staat, die Bürokratie, die Instanzen. Aber gleichzeitig gibt es stets eine parallele Befehlsstruktur: Eliteeinheiten neben den normalen Truppen; weitere Befehlshaber neben dem designierten Militäarchef Omar al-Schischani; Strippenzieher, die Provinz- und Orts-Emire nach Belieben versetzen, degradieren, verschwinden lassen. Auch fallen Entscheidungen in der Regel nicht im Schura-Rat, dem nominell höchsten Entscheidungsgremium, sondern werden gefällt von den "Männern des LöSENS und Bindens", einem klandestinen Zirkel, dessen Name der islamischen Frühzeit entlehnt wurde.

Der IS kann jedwede Revolte im Innern frühzeitig erkennen und ersticken. Dabei erweist sich die hermetische Überwachungsstruktur auch als äußerst nützlich zur finanziellen Ausplünderung der Untertanen.

Die Luftangriffe der US-geführten Koalition mögen die Ölquellen und Raffinerien zerstören. Aber niemand hindert die Finanzverwaltung des "Kalifats" daran, die Millionen Menschen in ihrem Machtbereich zur Kasse zu bitten: mit immer neuen Steuern, Ablassgebühren oder Beschlagnahmungen des Besitzes. Denn der IS weiß alles von seinen Spitzeln, den geplünderten Daten von Banken, Katasterämtern und Wechselstuben. Er weiß, wem welches Haus und welches Feld gehört, wer wie viele Schafe und wie viel Geld besitzt. Die Untertanen mögen unglücklich sein. Aber ihr Spielraum, sich zu organisieren, zu bewaffnen, zu rebellieren, ist minimal.

Während die Aufmerksamkeit des Westens vor allem der Gefahr von Terroranschlägen gilt, wird ein anderes Szenario unterschätzt: der heraufziehende innerislamische Krieg von Sunniten und Schiiten. Dieser würde dem IS ermöglichen, von einer verhassten Terrororganisation zur zentralen Macht aufzusteigen.

Schon heute führt der Frontverlauf in Syrien, im Irak und im Jemen entlang dieser konfessionellen Linie, kämpfen in Syrien schiitische Afghanen gegen sunnitische Afghanen, während der IS im Irak von der Barbarei der brutalen schiitischen Milizen profitiert. Eskaliert dieser uralte Konflikt der islamischen Welt weiter, könnte er andere konfessionell gemischte Staaten zerreißen: Saudi-Arabien, Kuwait, Bahrain, den Libanon.

Dann könnte der IS mit seiner Propaganda-Prophezeiung richtigliegen: jener von der nahenden Apokalypse. In deren Windschatten ließe sich die absolute Diktatur im Namen Gottes errichten.

Völlig losgelöst

Ein Ägypter tauchte ab, ein Chinese auf. So einfach wurde der Flughafen Lübeck vor einem Jahr aus Sicht der Stadt gerettet. Doch der Flughafen ist weiter hoch defizitär. Über einen mysteriösen Investor und eine Stadt, die es lieber nicht so genau wissen will

Von Oliver Hollenstein, Sha Hua und Djamila Benkhelouf, Die ZEIT Hamburg, 25.06.2015

Und dann war er plötzlich da, der Retter. Aus dem Nichts war dieser Chen Yongqiang aufgetaucht, wollte den insolventen Lübecker Flughafen übernehmen, sogar die Gehälter der Angestellten weiterzahlen. Sein Angebot schien weit besser als das der Konkurrenz. Und so verkaufte die Stadt den maladen Flughafen an den Mann aus Peking. Das war vor einem Jahr. Alles sollte gut werden.

Heute sieht es am Lübecker Flughafen noch trister aus als damals. Die Billigfluglinie Ryanair hat sich verabschiedet, von den versprochenen chinesischen Fluggästen und Flugschülern ist nichts zu sehen, und auch die vielen Wartungsaufträge lassen auf sich warten.

Alles nur Anfangshürden chinesisch-deutscher Zusammenarbeit? Was als harmlose Recherche über Lübecks Traum vom Weltstadt-Dasein beginnt, wird schnell zu einer Geschichte über Größenwahn, wundersame Geldvermehrung und einen dubiosen chinesischen Flughafenretter, dem sich die Stadt Lübeck wie einem Helden andient. Einem Mann, der immer mysteriöser wird, je genauer man hinblickt. Aber das möchte in Lübeck kaum einer.

1. Kapitel: Zwischen Ödnis und weiter Welt

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Ein erster Besuch am Flughafen. Es ist ein Montagnachmittag im März 2015, das graue Wellblech-Terminal des Flughafens Blankensee ist menschenleer, die Schalter sind unbesetzt, das Deckenlicht ist ausgeschaltet. Kaum mehr als 100 000 Passagiere werden Blankensee in diesem Jahr voraussichtlich nutzen. Vor einigen Jahren waren es noch sieben Mal so viele. Früher flog Ryanair von hier aus nach London, Pisa, Palma de Mallorca und Mailand. Heute steuert nur noch die ungarische Fluggesellschaft Wizz Air im Linienverkehr Lübeck an. Ein knappes Dutzend Flüge pro Woche gibt es – nach Riga, Danzig, Kiew, bald nach Skopje. Eine halbe Million Euro Verlust macht der Flughafen jeden Monat, sagen Insider.

Markus Matthießen, zu diesem Zeitpunkt noch Geschäftsführer des Flughafens, empfängt in seinem Büro. »Wir wollen eine Million Passagiere pro Jahr schaffen«, sagt Matthießen. Er war CDU-Landtagsabgeordneter, Sprecher der Fraktion für Feuerwehr und Katastrophenschutz. Eine Expertise für Flughäfen oder China war nicht bekannt, als Investor Chen ihn 2014 zum Flughafenchef und Geschäftsführer seiner Firma PuRen Germany machte.

Matthießen sagt, er glaube fest daran, dass Blankensee profitabel werden könne. Dann ist er überrascht von der Information, dass nicht einmal der Flughafen in Hamburg ausgelastet ist. Konkreteres über die Pläne für den Flughafen will er nicht sagen. Mehr Informationen über Chen sind ihm auch nicht zu entlocken. Er sagt nur: »Er tritt selbstbewusst auf.«

Wie manifestiert sich das?

»Na, er wirkt selbstbewusst.«

Ist er freundlich? Lächelt er viel?

»Es geht so. Er ist freundlich.«

Am Ende des Gesprächs sagt Matthießen, dass Chen im April nach Deutschland kommen werde und bestimmt gern alle Fragen beantworte.

Chen Yongqiang, der angeblich erfolgreiche chinesische Geschäftsmann, hat im Internet bisher kaum Spuren hinterlassen. Aber auf der PuRenFirmenhomepage finden sich mehrere Videos über Lübeck. In einem Werbefilm stehen lange Reihen von Passagieren an den Schaltern, die Flughafenfeuerwehr rast mit Blaulicht über das

Rollfeld, Piloten lächeln aus einem Cockpit, Towerlotsen funken, Männer in gelben Westen und orangefarbenen Hosen weisen ein Flugzeug ein. Lübeck wirkt in dem Film wie ein erfolgreicher Flughafen. Nur: So sieht es in Blankensee derzeit selten aus.

PuRen hat den Film »Extasy Flughafen Lübeck« genannt. Extasy, eine Schreibweise für die Droge. Nicht Ecstasy, Englisch für Ekstase. In Lübeck haben sich einige darüber gewundert, dann aber doch darüber hinweggesehen. Vielleicht hilft ein bisschen Eskapismus, um an das zu glauben, was Chen plant.

Große, weite Welt statt Provinzflughafen. Das haben sich viele in Lübeck von dem Investor erhofft. Und der versteht es, die Hoffnungen zu bedienen. Im Februar reiste eine Delegation der Stadt nach Peking. Knapp drei Tage waren die Männer in der Metropole, die hundert Mal mehr Einwohner hat als Lübeck. Sie staunten, erzählen sie später, über endlose Hochhausfassaden und zehnspurige Straßen. Und dann kam der Höhepunkt: der offizielle Startschuss für die neue Flugschule in Lübeck mit einer Präsentation, die man sonst nur von Veranstaltungen der Fifa kennt. Ein riesiger Saal in einem Luxushotel, eine Leinwand, zwanzig Meter breit, fünf Meter hoch. Darauf: »Extasy Flughafen Lübeck«.

In einem Interview mit einem Fernsehsender kündigt Chen auf Chinesisch an, dass noch in diesem Jahr 2000 Flugschüler nach Lübeck kommen sollen. Mittelfristig sollen es 5000 Schüler pro Jahr werden. Neben ihm steht Markus Matthießen. Er lächelt freundlich, seine Augen wandern unsicher im Raum umher. Offensichtlich versteht er kein Wort. Auf Nachfrage wird er später sagen, von den Zahlen noch nie gehört zu haben.

Zur Einordnung: In Deutschland machen derzeit pro Jahr etwa 2000 Menschen einen privaten Flugschein. Vom Luftfahrtverband heißt es: Um die vorgeschriebenen Flugstunden für 2000 Schüler zu schaffen, brauchte eine Flugschule mehr als 80 Maschinen (etwa zehn Prozent der Weltjahresproduktion von Schulflugzeugen), mehr als 100 Lehrer – und Wetterbedingungen wie in Südafrika, Florida oder Arizona, wo die großen Flugschulen ausbilden.

2. Kapitel: Eine Stadt will es nicht genau wissen

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Zur Delegation, die im Februar nach Peking reiste, gehörte auch Lübecks Wirtschaftssenator Sven Schindler, SPD, ein hagerer Mann mit bedächtiger Stimme und trockenem Humor. Die Pressekonferenz sei ihm wie die Bambi-Verleihung vorgekommen, sagt er. »Ich hatte das Gefühl, dass man in China vor allem Wert auf die Verpackung und die Show legt, und der Inhalt kommt später.«

Für die Lübecker Delegation war die Reise eine Möglichkeit zum freundschaftlichen Vertrauensaufbau. Vor lauter repräsentativen Terminen sei man nicht dazu gekommen, über konkrete Pläne zu sprechen, berichten Mitreisende. Chen informell kennenzulernen oder ihn etwas zu fragen sei nicht möglich gewesen. »Ich musste immer neben ihm sitzen«, erzählt Schindler. »Das war nicht besonders leicht, weil er noch nicht einmal Englisch spricht.«

Zu den Plänen für den Flughafen kann der Wirtschaftssenator wenig sagen. »Wir überprüfen da nicht im Detail, ob der Plan eines Investors kurz-, mittel- oder langfristig Erfolg hat. Das ist Sache des Investors. Der wird sich das schon durchgerechnet haben.« Und auf Nachfrage ergänzt er: »Ich gebe Ihnen recht, auf den ersten Blick erschließt sich das nicht.«

Für die Stadt war Chen vor einem Jahr solch ein großer Glücksfall, dass man nicht lange nachfragte. »Der Ägypter ist abgetaucht, der Chinese ist aufgetaucht«, formuliert es Schindler. Der Ägypter, das war der vorläufige Tiefpunkt einer langen Misere am Flughafen Blankensee. Der Deutsch-Ägypter Mohammed Radi Amar kaufte den Flughafen 2012. Während zwei andere Bieter damals mehr als fünf Millionen Euro Startzuschuss von der Stadt verlangten, um den Betrieb zu erhalten, bot Amar einen Euro für den Flughafen – und versprach, jeden Monat Pacht zu überweisen und 15 Millionen Euro zu investieren. Man hätte zwar lieber einen lokalen Bieter genommen, begründete die Stadt den Verkauf damals, aber das Angebot sei einfach das Beste.

Dann blieben die Pachtzahlungen aus, schließlich tauchte Amar ab, schickte die Firma in die Pleite. Das war im April 2014. Es galt für die Stadt daher, schnell einen neuen Investor zu finden. »Zu einer Weltstadt gehört ein Hafen und ein Flughafen«, hatte Lübecks SPD-Bürgermeister Bernd Saxe vor ein paar Jahren gesagt. Das bringt den Anspruch der Stadt auf den Punkt. Ob der Flughafen ökonomisch überlebensfähig

ist, bleibt da zweitrangig. Dass immer wieder Investoren mit ihren Plänen scheiterten, scheint egal zu sein.

Zunächst bekundeten die 2012 unterlegenen Bieter erneut ihr Interesse. Doch dann kam Chen – und bot an, den Flughafen zu den gleichen Konditionen wie der Ägypter zu übernehmen.

Für Schindler ist die Angelegenheit daher auch heute noch einfach: »Es war Sache des Insolvenzverwalters, zu schauen, wie viel Substanz dahintersteckt. Die Bürgerschaft hat zugestimmt, weil die Voraussetzungen für die Hansestadt günstiger sind, als sie es vorher waren.« Die Stadt hätte nicht nur die 93 Mitarbeiter des Flughafens übernehmen müssen. Die Abwicklung des insolventen Flughafens hätte bis zu 40 Millionen Euro gekostet: Wenn der Flugbetrieb in Blankensee eingestellt würde, müssten Fördergelder zurückgezahlt und Teile des Flughafens aus Naturschutzgründen abgerissen werden.

Und das mögliche Risiko?

Eine due diligence, eine Risikoprüfung, liege nicht in seiner Verantwortung, sagt Insolvenzverwalter Klaus Pannen. Er bestätigt, dass Chen damals ankündigte, drei Millionen Passagiere pro Jahr am Flughafen Lübeck abfertigen zu wollen. Was er persönlich über diese Zahlen gedacht habe, damit möchte Pannen nicht zitiert werden. Warum es trotzdem zum Geschäft kam? »Die Stadt hatte nicht viel Verhandlungsspielraum.«

So wenig Raum, dass man großzügig war. Am 10. Juli 2014 wurde die Bürgerschaft zu einer Sondersitzung einberufen, um dem Verkauf zuzustimmen. Chen sollte via Skype zugeschaltet werden. Doch das klappte nicht. Der NDR berichtete später, man habe offenbar vergessen, dass in China tiefe Nacht gewesen sei. Anstelle von Chen erklärte kurzerhand der erst wenige Tage zuvor berufene PuRen-Deutschland-Chef Matthießen, dass die Firma über das Mindestkapital von zwei Millionen Euro verfüge. Mehr Infos und Unternehmenskennzahlen bekommt die Opposition auf Nachfrage nicht. Einige Abgeordnete wundern sich darüber, dass PuRen bisher kein Auslandsgeschäft hat. Am Ende beschließt die Bürgerschaft mit

den Stimmen von SPD und CDU den Verkauf. Erst fünf Tage später erreicht die Stadt laut Bürgerschaftsprotokollen ein Kontoauszug, der die Liquidität der Firma bestätigt.

Die Stadt Lübeck besitzt weiterhin das Gelände und die technischen Einrichtungen der Landebahn. Außerdem behält sie die Planungshoheit, um zu verhindern, dass der Flughafen zweckentfremdet wird. Chen überweist 400 000 Euro Pacht und Miete im Jahr an die Stadt und zahlt mindestens bis zum 31. Juli 2015 die Gehälter aller Flughafenmitarbeiter.

3. Kapitel: Plötzlich will keiner mehr reden

Nach den ersten freundlichen Gesprächen im März ändert sich die Atmosphäre plötzlich. Auf Nachfrage beim Flughafen, wann Chen in Deutschland sei und ob man ihn interviewen dürfe, schreibt die Pressesprecherin, es gebe keinen Gesprächsbedarf mehr. Dabei hatte wenige Tage zuvor Flughafenchef Matthießen selbst auf Chen verwiesen.

In der Lokalpresse kursiert die Geschichte darüber, wie Chen als Last-Minute-Bieter auf Lübeck gekommen ist. Demnach war Chen im Mai 2014 bei Andreas Thiede zu Gast, dem CDU-Bürgermeister von Lauenburg. Ebenjenem Lauenburg, in dem Flughafenchef Matthießen Fraktionsvorsitzender der CDU im Stadtrat ist. Die Geschichte geht so: Chen fragte damals, ob Thiede denn keinen Flughafen kenne, den er kaufen könne. Und Thiede wusste natürlich, dass Lübeck einen Investor suchte. Thiede selbst erzählt später erneut die Geschichte vom Flughafenkauf. Bei weitergehenden Fragen will er aber nichts sagen, nicht einmal, wie er den Investor kennengelernt hat. »Damit verletzte ich das Persönlichkeitsrecht von Chen.«

Aber man könne die Fragen Chen bestimmt selbst stellen, er werde sich persönlich bei ihm für ein Interview einsetzen, sagt Thiede. Eine Woche später dann die Auskunft vom Flughafen: Chen lehnt ein Interview ab. Wenig später tickern die Nachrichtenagenturen, Chen will 100 Millionen Euro in der Region investieren, im Schlossgarten in Lauenburg will die Firma ein Fünf-Sterne-Hotel bauen, zudem soll eine Fabrik für medizinische Hefe im Herzogtum Lauenburg entstehen.

4. Kapitel: Ein merkwürdiger Plan

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Es ist April, und im Internet können sich nun interessierte Schüler für die Flugschule in Lübeck anmelden. Für 50 000 bis 110 000 Euro sollen junge Chinesen ab 16 Jahren mit Mittelschulabschluss einen Flugschein machen dürfen. In der Gebühr enthalten: eine Verpflegungspauschale, ein Einbettzimmer mit Waschbecken, Hin- und Rückflug. Die Kosten und die Länge des Kurses richten sich danach, wie viel Englischunterricht die Schüler vor Kursbeginn brauchen.

Zum Vergleich: Der private Flugschein kostet in Deutschland maximal 20 000 Euro. Bei einem fünfmonatigen Kurs bleiben also etwa 6000 Euro Miete pro Monat für das versprochene zwölf Quadratmeter große Einzelzimmer.

Es ist gut möglich, dass es in China genügend reiche Menschen gibt, die fliegen lernen wollen und solche Summen gern bezahlen. Erst seit Kurzem dürfen Chinesen überhaupt Privatflugzeuge besitzen. Nur: In Deutschland ist es nicht so einfach, eine Flugschule zu eröffnen – schon gar nicht mit ausländischen Schülern.

Sowohl das Auswärtige Amt als auch die Ausländerbehörde teilen mit, dass kein chinesischer Staatsbürger ein deutsches Visum erhalten kann, das länger als drei Monate gültig ist, wenn er nur eine private Pilotenlizenz erwerben möchte.

Der für private Ausbildungslizenzen zuständige Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr Schleswig-Holstein erklärt, dass man PuRen Anfang Januar die Antragformulare geschickt habe. Seitdem gebe es keine neuen Entwicklungen. Man sei verwundert. Das Luftfahrtbundesamt, zuständig für die Vergabe von gewerblichen Pilotenlizenzen, schreibt, PuRen habe bisher keinen Antrag zur Errichtung einer Flugschule gestellt. Auch die Europäische Agentur für Flugsicherheit (EASA) kennt PuRen nicht. Fluglehrer berichten, solche Antragsverfahren dauerten in der Regel viele Monate.

Was sagt PuRen dazu? Auf Anfragen über das Kontaktformular auf der Webseite antwortet niemand. Eine kurze Recherche eines Kollegen vor Ort hilft weiter. Das Büro von PuRen in Peking gibt es: eine edle Adresse im sechsten Stock des International Finance Centre, eines modernen Wolkenkratzers. Allerdings ist das Büro deutlich kleiner, als man es für eine Firma dieser Größe erwarten würde. In dem

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Büro findet sich ein Ansprechpartner für die Flugschule: Zhou Yijiang, der sich Ricky nennt und laut Visitenkarte Vertriebsleiter ist.

Am Telefon brüstet sich Ricky zunächst mit Deutschkenntnissen, kann aber das Gespräch nicht auf Deutsch führen. Er erinnert sich auch an keinen Ortsnamen in Dortmund, obwohl er dort angeblich jahrelang studiert hat. »Wir haben zwanzig bis dreißig Schüler, die sich für Juni angemeldet haben. Im Juli wird eine weitere Gruppe folgen. Und das Gleiche im August und September«, sagt Ricky.

Und mit welchem Visum werden sie einreisen? »Darum kümmern wir uns.« Nach mehrmaligem Nachhaken sagt er, er sei nicht für die Visa verantwortlich. Er wisse nur, dass die Schüler irgendwann zur Ausländerbehörde gehen müssten. Das kläre die Visastelle in Shanghai. Das Auswärtige Amt erklärt auf Nachfrage, dass in Peking für so etwas regulär die Botschaft in Peking zuständig sei, nicht das Konsulat im 1000 Kilometer entfernten Shanghai.

Und was ist mit der fehlenden Ausbildungsgenehmigung? »Wir haben unseren Schülern schon gesagt, dass es vielleicht nicht im Juni losgeht, sondern erst ein bisschen später«, sagt Ricky im April. Auf weitere Rückfragen reagiert er ungehalten. Zwei Monate nach dem Gespräch hat das Unternehmen immer noch keinen Antrag gestellt.

5. Kapitel: Ein Phantom fühlt sich verfolgt

Mitte Juni ist Chen erneut in Deutschland, er präsentiert neue Projekte, Fragen möchte er immer noch nicht beantworten. Seine guten Nachrichten: Das Luftfahrtbundesamt hat einen Wartungsbetrieb am Flughafen genehmigt, drei Mitarbeiter wurden eingestellt. In Chens Delegation ist auch ein Vertreter des chinesischen Flugzeugherstellers Comac. PuRen will 14 Flugzeuge von Comac kaufen, berichten chinesische Medien. Allerdings sind die für den europäischen Markt noch nicht zugelassen. Zudem heißt es: Im Herbst sollen die ersten 500 Flugschüler kommen. Wo bis dahin Visa, Genehmigungen, Flugzeuge und Fluglehrer herkommen sollen, erfährt man nicht.

PuRen und Chen Yongqiang sind Meister der Show, aber darüber hinaus bleiben sie Phantome. Niemand der Gesprächspartner kennt Chen und die Firma genauer.

Alle, die mehr wissen könnten, lehnen Interviews ab. Auf kritische Nachfragen reagieren die Beteiligten gereizt.

Wer intensiver recherchiert, stößt auf weitere Fragen. Die Mutterfirma von PuRen heißt China PR Group, auf der Website wird nur ein Projekt genannt, das bereits im Betrieb ist: ein Lokalfernsehsender. In den chinesischen Auskunftsportalen findet sich nichts über PuRen oder Chen Yongqiang. PuRen hat ein verifiziertes Weibo-Konto, das chinesische Pendant zu Twitter, mit gerade einmal 14 Followern. Die PuRen-Werbevideos auf Youku, dem chinesischen YouTube, haben nur wenige Hundert Klicks.

Im zuständigen Hongkonger Handelsregister ist als Firmenadresse eine Wohnung in einem Hongkonger Hochhaus angegeben, in der auch Dutzende andere Firmen registriert sind. Chen ist Direktor und einziger Aktionär des Unternehmens. Als seine Wohnadresse ist ein simples Innenstadthaus in Dalian in der nordchinesischen Provinz Liaoning verzeichnet.

Was dann aber überrascht: Die Mutterfirma hieß laut Handelsregister in Hongkong bis 2012 HK HR International Group, hatte ein ausgewiesenes Kapital von fünf Millionen Hongkong-Dollar, zum damaligen Umrechnungskurs waren das etwa 500 000 Euro. 2012 wurde das Unternehmen in China PR umbenannt, seither sind als Kapital sieben Milliarden Hongkong-Dollar eingetragen. Nach heutigem Kurs etwa 800 Millionen Euro.

Woher stammt das Geld? Wie kommt jemand innerhalb eines Jahres zu 800 Millionen Euro? Fragt man chinesische Wirtschaftsexperten, sind sie sprachlos. Die Autoren des Hurun-Reports, der Liste der reichsten Chinesen, erklären, den Namen Chen Yongqiang nie gehört zu haben.

Die Frage ist: Ist Chen ein wohlhabender Mann, der sich mit seinen großen Plänen an die Dimensionen der deutschen Provinz und Bürokratie gewöhnen muss? Oder ist er, wie manche Investmentexperten mutmaßen, jemand, der sich in Deutschland günstige Prestigeprojekte besorgt, um mit dem Schein der Internationalität in China Geld einzusammeln?

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Seit Mai findet sich auf chinesischen Internetseiten, die neue Anlagemöglichkeiten vorstellen, ein Fonds mit dem Namen »PuRen Fluggesellschaft Nummer 7«, der 12 bis 14 Prozent Rendite im Jahr verspricht. Als Zahlungsgarantie werden die Gebühren der Flugschüler in Lübeck angegeben.

Chen möchte Fragen weiterhin nicht beantworten. Man habe dafür keine Zeit, das Management sei zu beschäftigt, schreibt er. Zudem gelte: »Über ungelegte Eier (wie man wohl in Deutschland sagt) sprechen wir jetzt und in Zukunft nicht.«

Während der Recherche taucht ein Video auf Youku auf. Mit einem Handy wurde eine 42-minütige Ansprache von Chen vor Angestellten gefilmt, aufgenommen kurz nach den ersten Fragen der ZEIT. Zunächst entschuldigt sich der Firmenchef dafür, dass er auf der Hauptversammlung fehlte. Er sei in der Türkei gewesen und könne nun verkünden, dass Turkish Airlines in Lübeck eine Linienverbindung eröffnen wird. Auf Nachfrage erklärt Turkish Airlines, dass die Firmen PuRen und China PR unbekannt seien und man so etwas nicht vorhabe.

Dann erzählt Chen, dass seine Pläne in Deutschland viel Beachtung gefunden hätten. »Aber die deutschen Medien sind sehr frei, und ihr Verständnis über unseren Flughafen ist sehr oberflächlich. Ganz viele Journalisten sind heimlich zu uns gekommen, um Informationen über unseren Flughafen zu sammeln. Sie haben ganz viel über mich und meinen Background recherchiert. Einige behaupteten sogar, ich sei Chinas größter Mafioso.« Eine Datenbankrecherche zeigt: Bisher gab es solche Behauptungen in der deutschen Presse nicht.

Und dann erwähnt Chen, dass er in Hannoveraner investiert habe. 270 Pferde habe er gekauft für umgerechnet etwa 2,8 Millionen Euro pro Tier. Nun wolle er sie zu Rennen schicken. Eine Nachfrage beim Hannoveraner-Verband ergibt, so viele Hannoveraner Pferde habe noch nie jemand auf einmal gekauft. Für Rennen seien normale Hannoveraner im Übrigen nicht geeignet.

Am Ende des verwackelten Handyvideos sagt Chen: »Habt keine Angst vor Chaos. Je chaotischer es ist, desto weniger Angst haben wir. Heißt Chaos willkommen. Daraus entstehen Chancen.«

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Der Flughafen als Chance, so sieht das auch die Stadt Lübeck weiterhin. Bürgermeister Bernd Saxe möchte nicht darüber sprechen – die Rechercheergebnisse will er sich nicht einmal anschauen. Wirtschaftssenator Schindler hält den Verkauf immer noch für die richtige Entscheidung. Das kann man so sehen: Noch bezahlt Chen die Pacht – und auch die Gehälter der Flughafenmitarbeiter.

Das Geschäft mit der Angst

Erst kommt ein Brief. Dann ein Anruf. Dann steht ein Geldeintreiber vor der Tür. Inkassobüros machen mithilfe von Psychotricks und hohen Gebühren glänzende Gewinne mit den Schulden anderer Leute

Von Anne Kunze, DIE ZEIT, 24.09.2015

Boris Linert ist ein Mann, der gerne lacht und stets darauf achtet, dass sich seine Mitarbeiter nicht im Ton vergreifen. Wenn sie telefonieren, müssen sie verbindlich klingen, niemals aggressiv. Sie sollen zum Beispiel sagen: »Ich rufe wegen Ihrer offenen Forderung an.« So geht es los, wenn Linerts Leute die Schlinge zuziehen.

Dass es sich um eine Schlinge handelt, bemerkt der Gesprächspartner am Telefon zunächst nicht. Man müsse immer freundlich bleiben, erklärt Linert, man müsse fragen: »Wie viel können Sie denn im Monat zahlen?« Sobald die Rate vereinbart ist, denkt der Mensch am anderen Ende der Leitung womöglich, er gehe nun Schritt für Schritt der Schuldenfreiheit entgegen. Dann erst stellt sich heraus: Er hat noch mehr Schulden als zuvor. Die Schlinge wird enger.

Boris Linert hat sein Büro in einem unauffälligen Gebäude in einem Heidelberger Gewerbegebiet. An dem Morgen, an dem er der ZEIT seine Arbeit beschreibt, sind die Jalousien hochgezogen, Sonnenlicht fällt durch die Fenster. Durch die Flure laufen Männer in grauen Anzügen, Frauen in Kostümen. Deutsche Bürobiederkeit.

Altor, so heißt Linerts Arbeitgeber, gilt als eines der seriösesten Inkassounternehmen des Landes. Boris Linert leitet dort die Abteilung Telefoninkasso, er hat 40 Mitarbeiter unter sich.

Unternehmen wie Altor erfüllen eine sinnvolle Funktion. Für Firmen, die Außenstände haben, treiben sie Schulden ein. Das rettet vor allem kleine Gläubiger wie Handwerksbetriebe davor, selbst zum Schuldner zu werden. Inkassounternehmen haben die Aufgabe, Gläubigern zu ihrem Recht zu verhelfen. Sie haben nicht die Aufgabe, Existenzen zu vernichten. Dieser Artikel handelt davon, dass das manchmal verwechselt wird.

Für ihre Dienste bekommen Inkassobüros gelegentlich vom Gläubiger eine Erfolgsbeteiligung. Ihre eigentliche Einnahmequelle aber sind die Inkassokosten, die sie von den Schuldnern verlangen. Ein Inkassobüro darf eine Mindestgebühr von 70,20 Euro veranschlagen – auch wenn es bloß um eine Zahnarztrechnung von 50 Euro geht.

Am Telefon versuchen die Mitarbeiter der Inkassobüros, mit dem Schuldner eine Zahlung zu vereinbaren, die vollständige Schuld oder eine Rate.

Wie schafft man das?

»Man kann in Sekundenschnelle jemanden einschätzen«, sagt Linert. Dem Machttyp müsse man resolut gegenübertreten, den Harmonietyp müsse man erst mal reden lassen, aber man dürfe auf keinen Fall auf sein Schicksal eingehen. »Diese Distanz kann man lernen«, sagt Linert. Hundert Anrufe sollte ein Mitarbeiter am Tag schaffen. Die Telefonnummer wählt ein Computer, eine Software ruft die Akte auf. Anschließend gibt der Sachbearbeiter nur noch ein, wie hoch die Zahlung ist, dann kommt der Brief aus dem Drucker.

Jeden Tag bekommen mehrere Tausend Menschen in Deutschland Briefe von Inkassounternehmen, in denen Lohnpfändungen angedroht werden, Kontopfändungen, Betrugsanzeigen, Schufa-Einträge und Ortstermine »bei Ihnen zu Hause, um mit Ihnen eine außergerichtliche Rückführungsvereinbarung zu treffen«. Es sind Dokumente aus einem Schattenreich, über das kaum ein Außenstehender etwas weiß und in dem nur wenige Gesetze gelten. Die Herrschaft in diesem Reich, das wird sich zeigen, haben einige Könige unter sich aufgeteilt. Die Könige sind angesehene Konzerne wie Bertelsmann und Otto, die man mit dem Schuldengeschäft kaum in Verbindung bringt.

Auch Klara Schmidt* erhält Briefe und Anrufe von Inkassounternehmen. Wegen einer Handyrechnung, die sie nicht bezahlt hat, schrieb ihr die Inkassoanwaltskanzlei KSP: »Wir geben Ihnen nun letztmalig die Chance, die Ratenzahlung aufzunehmen.« Frau Schmidt haben die Briefe und die Anrufe von KSP so eingeschüchtert, dass sie sich auf diese Ratenzahlung eingelassen hat. Andernfalls, glaubt sie, wäre ihr etwas Schlimmes widerfahren: »Die hätten uns das Fell über die Ohren gezogen.«

Klara Schmidt und ihr Mann, beide Ende 60, leben von einer kümmerlichen Rente und der staatlichen Grundsicherung, insgesamt 1335 Euro, die gerade einmal für Miete, Strom, Gas und Lebensmittel reichen. Sie sind schwer krank. Er hatte drei Schlaganfälle, sie zwei Herzinfarkte, arbeiten können sie schon lange nicht mehr.

Klara Schmidt sitzt in der Küche ihres gemieteten Reihenhauses bei Hamburg, das in seiner Winzigkeit eher einer Laube gleicht. An der Wand hängen Fotografien der vier Kinder. In der Mitte ein Bild des Sohnes, aufgenommen, kurz bevor er mit 19 Jahren bei einem Autounfall starb.

Über ihre Erfahrungen mit der Inkassowelt sagt Klara Schmidt: »Wenn man einmal da drinnen ist, ist alles vorbei.«

Das finanzielle Desaster der Familie Schmidt begann mit der ARD/ZDF-Haushaltsabgabe. Von der ist die Familie eigentlich befreit, weil sie Sozialleistungen bezieht, aber offenbar kam der Antrag auf Gebührenbefreiung nicht dort an, wo er sollte. So mussten die Schmidts trotzdem zahlen, ein Teil des Betrags wurde von ihrem Konto gepfändet. Dann kam der Ärger mit der Telekom. Die Schmidts hatten ein neues Handy gekauft, und zu diesem Handy hatte man ihnen ein zweites geschenkt. Sie waren naiv, sie dachten, nicht nur das Gerät sei umsonst, sondern auch das Telefonieren. Nun fordert die Telekom neben der Rechnung Schadensersatz für das Handy, und die Inkassofirma KSP verlangt 200 Euro. Insgesamt soll Klara Schmidt 926,54 Euro bezahlen. Für sie ist das eine unvorstellbar hohe Summe. »Sie müssten nur eine Vermögensauskunft vor Gericht abgeben, dass Sie nicht zahlen können«, hat eine Beraterin der Hamburger Verbraucherzentrale zu Klara Schmidt gesagt. Jeder Schuldner hat ein Anrecht auf einen Pfändungsfreibetrag – an dieses Existenzminimum darf kein Gläubiger ran. Aber Klara Schmidt will nicht amtlich haben, dass sie pleite ist. Sie schämt sich.

Am Telefon hat ihr Mann der Ratenzahlung zugestimmt, sie selbst geht schon lange nicht mehr an den Apparat, wenn sie eine Nummer sieht, die einem Inkassounternehmen gehören könnte. Das mache ihr Herz nicht mit, sagt sie. Also zahlen sie und ihr Mann jeden Monat, so viel sie können, mal sind es 10, mal 30 Euro. Sie sparen am Essen, und wenn es gar nicht reicht, überweisen sie das Geld für den Strom einen Monat später, auf die Gefahr hin, dass er abgestellt wird.

Ein letztes Erbstück, den goldenen Ring von Klara Schmidts Vater, haben sie längst ins Pfandhaus gebracht. Jetzt steht schon das nächste Inkassobüro bereit, denn Klara Schmidt konnte auch den orthopädischen Schuh nicht bezahlen, den sie wegen einer Sepsis am Fuß tragen muss. 76 Euro kostet der Schuh, aber mit Inkasso-, Gerichts- und Anwaltskosten muss Klara Schmidt nun 222,27 Euro bezahlen. Wie sie das schaffen soll, weiß sie nicht.

Klara Schmidt hätte ihre Post ordentlicher erledigen und das Kleingedruckte im Handyvertrag lesen können. Sie sagt: »Ich hab ja selbst Schuld, weil ich nicht bezahlt habe.« Das stimmt. Andererseits: Der Anteil, den Klara Schmidt an ihrer finanziellen Situation hat, scheint immer kleiner zu werden, je genauer man sich anschaut, was die Inkassounternehmen nun von ihr verlangen. Sie soll zum Beispiel eine »Einigungsgebühr« in Höhe von 97,50 Euro entrichten. Die Einigungsgebühr ist ein typischer Posten, den Inkassounternehmen aufstellen. Sie kommt noch zu den sonstigen üblichen Inkasso-Kosten hinzu und wird immer dann fällig, wenn der Schuldner einer Ratenzahlung zustimmt. Allein diese Zustimmung, dieses »Ja« am Telefon, kostet 97,50 Euro.

Es waren Schicksalsschläge und Nachlässigkeiten, die das Ehepaar Schmidt arm gemacht haben. Jetzt sind es Inkassounternehmen, die es noch ärmer machen.

Was die Eheleute Schmidt jeden Monat bezahlen, nennen Schuldnerberater »Angstraten«. Damit wird nicht die eigentliche Schuld abbezahlt, also im Fall der Schmidts die Telefonrechnung. Bezahlt werden die Kosten, die das Inkassounternehmen selbst erzeugt hat, über Mahnschreiben, Anrufe und weitere Gebühren. So will es das Gesetz. Es schreibt vor, dass zuerst die Inkassokosten bezahlt werden, dann die Zinsen – und dass erst zuletzt die Hauptforderung dran ist.

So kommt es, dass Frau Schmidt und zahlreiche andere Schuldner jahre-, oft jahrzehntelang zahlen und doch von ihrer eigentlichen Forderung keinen einzigen Cent abstottern.

Die Angstraten sind ein Beispiel dafür, dass die Inkassowirtschaft nur funktioniert, weil sie ständig neue Kosten erzeugt. Ein sich selbst erhaltendes System – der Darmstädter Rechtsprofessor Dieter Zimmermann nennt es »die zweite Ernte.« Er sagt: »Es ist ein Wesensmerkmal der zweiten Ernte, dass ein eigentlich zahlungsunfähiger Schuldner, häufig ein Sozialleistungsempfänger, unter Druck gesetzt wird, um Kleinstraten-Arrangements zuzustimmen, die eher einer Alimentation des Inkassounternehmens als der eigentlichen Schuldentilgung zugutekommen. Durch die gesetzliche Regelung lohnt es sich für die Inkassounternehmen, zusätzliche Kosten zu produzieren.«

Beim Produzieren von Kosten ist die Inkassoindustrie erfinderisch. Es gibt nicht nur Angstraten und »Einigungsgebühren«. Der ZEIT liegen rund 300 Dokumente aus den vergangenen beiden Jahren vor, in denen viele weitere dubiose Posten aufgeführt werden.

Die Inkassofirma Diagonal stellte für einen »Vernunftsappell« 11 Euro in Rechnung.

UGV Inkasso und ein kooperierendes Anwaltsbüro forderten 15 203,70 Euro, obwohl die ursprünglichen Schulden nur 866,56 Euro betragen hatten. Die Forderung hatte sich innerhalb von 14 Jahren vervielfacht – insbesondere durch Verzugszinsen und Kontoführungsgebühren.

Tesch Inkasso berechnete eine Bearbeitungsgebühr von 15 Euro, nachdem der Schuldner mehr gezahlt hatte als vereinbart. In einem anderen Fall verbuchte das Unternehmen aus einer Versicherungsprämie in Höhe von 24,28 Euro binnen eines Monats 10 Euro für die Adressermittlung, dann 53,55 Euro Bearbeitungsgebühr, nochmals 53,55 Euro für einen Teilzahlungsvergleich und schließlich noch 39,97 Kontoführungskosten.

Das Inkassounternehmen EOS verlangte eine »Reaktivierungsgebühr« in Höhe der ursprünglichen Inkassokosten für einen Vorgang, der längere Zeit geruht hatte.

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

All diese Posten können die Inkassofirmen nur in Rechnung stellen, solange die ursprünglichen Forderungen stehen bleiben. Deshalb dürften viele der Unternehmen gar nicht an einer vollständigen Begleichung der Schulden interessiert sein. Ohne die erste Ernte keine zweite.

Die Schuldeneintreiber sind in zwei hoch seriös auftretenden Bundesverbänden organisiert. Beide Verbände versichern: Inkassounternehmen gebe es nur, weil der gesamte Mittelstand, ja, die gesamte Wirtschaft gefährdet wäre, würden die Schuldner nicht zahlen. Auch die ZEIT gibt Schulden säumiger Abonnenten an Inkassobüros weiter. Fünf Milliarden Euro würden jährlich »in den Wirtschaftskreislauf zurückgeführt«, teilt der Bundesverband deutscher Inkasso-Unternehmen (BDIU) mit. Patric Weilacher vom Bundesverband für Inkasso und Forderungsmanagement (BFI&F) sagt: »Wir helfen auch dem Schuldner. Wir entschulden ihn.«

Dass das nicht stimmt, begreift man schnell, wenn man in den Überschuldungsreport des Instituts für Finanzdienstleistungen in Hamburg schaut. Die Inkassounternehmen berechnen von Jahr zu Jahr mehr Gebühren. Das Institut hat auch festgestellt: Je ärmer der Haushalt des Schuldners, desto mehr Geld verlangen die Inkassounternehmen von ihm. Am meisten wird den Menschen genommen, die ohnehin kaum noch etwas zum Leben haben.

In Wirklichkeit ist Inkasso eine Maschine zur Mehrverschuldung.

Wie viele Menschen heute in Deutschland Schulden haben, weiß niemand. Das Statistische Bundesamt erfasst nur die Zahl jener Überschuldeten, die Schuldnerberatungsstellen aufsuchen. 2014 waren das rund 470 000 Menschen, sie hatten im Schnitt 34 500 Euro Schulden. Nach den Berechnungen des privaten Wirtschaftsauskunftsdienstes Creditreform ist die Zahl »überschuldeter Deutscher« im vergangenen Jahr um 90 000 auf 6,7 Millionen Menschen gestiegen. Das entspräche 9,9 Prozent aller Erwachsenen. Die Creditreform, die selbst auch Inkassobüros betreibt, spricht von einem »veränderungsresistenten Schuldensockel«. Der Auskunftsdienst Schufa kommt auf ähnliche Werte.

Der Juraprofessor Dieter Zimmermann, der von der »zweiten Ernte« spricht, hat Ende der siebziger Jahre seine Doktorarbeit über Schulden geschrieben. Damals gab es

noch keine Schuldnerberatungen. Erst in den achtziger Jahren entstanden erste Beratungsstellen, aus der Betreuung von Strafgefangenen heraus. »Leute, die aus dem Knast kamen, Drogenabhängige und Wohnungslose waren damals überschuldet«, sagt Zimmermann. Nach und nach aber erreichten die Schulden erst die Unter- und dann die Mittelschicht. Das konnte geschehen, weil Deutschland sich verändert hat. Das Sparerland ist jetzt auch ein Schuldnerland.

Schulden zu machen ist in den vergangenen Jahren viel leichter geworden. Eine wahre Schuldenindustrie ist entstanden. Inkasso ist das große Ende des Geschäfts mit den Schulden.

In den sechziger Jahren hießen Kredite noch Anschaffungsdarlehen, und man kaufte sich davon Waschmaschinen, die sehr lange hielten. Heute vergeben die Banken Konsumentenkredite praktisch ohne Sicherheiten. Menschen nehmen sie auf, um Urlaube und Smartphones zu bezahlen. Die Anbieter werben damit, sehr niedrige oder überhaupt keine Zinsen zu verlangen.

Das ist der betörende Soundtrack der Schuldenindustrie:

- »Wer will, der kriegt« (Media Markt)
- »Schöner einrichten, später zahlen« (Ikea)
- »Wie für mich gemacht Kredit« (Targo Bank)
- »Ihr Auszahlungsschein: 30 000,- Euro« (Easy Credit)
- »Berechnen Sie Ihren persönlichen Wunschkredit« (Santander)
- »0% Finanzkauf« (Real)
- »Neues Auto, neue Möbel, Traumurlaub?« (Norisbank)

Wer früher einen Konsumentenkredit wollte, musste mehrere Tage auf die Bewilligung warten, mindestens. Kreditnehmer und Kreditgeber sprachen miteinander und lernten sich kennen. »Da fand eine gegenseitige Prüfung statt, eine Art soziale Beziehung wurde etabliert«, sagt die Innsbrucker Ethnologin Silke Meyer, die für ihre Habilitationsschrift Interviews mit 45 Schuldnern in Deutschland geführt und ausgewertet hat. Heute werden immer mehr Sofortkredite angeboten. Der neueste Trend sind sogenannte payday loans: Kleinkredite, die die Zeit bis zum nächsten

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Zahltag überbrücken sollen und online vergeben werden. Wer so einen Kredit haben will, wird entweder überhaupt nicht oder per Skype überprüft. Wer einmal Kunde ist, kann per SMS einen neuen Kredit beantragen. »Der Schuldengeber hat keine Verpflichtung mehr, seinen Kredit zu Konditionen zu vergeben, die den Schuldner nicht ruinieren. Und der Schuldner spürt entsprechend weniger Verpflichtung, ihn zurückzuzahlen«, sagt die Ethnologin Meyer.

Üblich ist: Wenn der Kunde seine Raten nicht bezahlt, wird der gesamte Restbetrag fällig. Muss der Kunde passen, tritt das Inkassobüro auf den Plan. Konsumentenkredite und Inkasso ernähren sich gegenseitig. Weil die Banken so leichtfertig Kredite vergeben, gibt es so viele Inkassounternehmen. Und weil die Inkassounternehmen die Schulden eintreiben, vergeben die Banken so viele Kredite.

Patric Weilacher vom Inkassoverband BFI&F würde das wahrscheinlich nicht einmal bestreiten. Mit den Schuldnern hat er trotzdem wenig Mitleid. »Man muss ja nichts kaufen«, sagt er. Die Schuldner hätten über ihre Verhältnisse gelebt. Die Mehrheit dieser Menschen habe zu viel konsumiert und »Luxusschulden« angehäuft. »Viele Schuldner schnorren sich durchs Leben!« Weilacher ist genervt von den »Märchengeschichten der Schuldner über ihr schlimmes Schicksal«, die sich die Mitarbeiter der Inkassofirmen ständig anhören müssten. »Dabei gehen viele ganz zuletzt noch mal richtig shoppen, wenn sie schon wissen, dass sie nicht mehr zahlen können.«

Hat Patric Weilacher recht? Sind nicht die Kassierer das Problem, sondern die Abkassierten?

Natürlich gibt es Kriminelle, die den Schutz des Staates ausnutzen, um ihre Schulden nicht begleichen zu müssen. Menschen, die ganz bewusst mehr ausgeben, als sie haben – und sich dann auf ihren Pfändungsfreibetrag berufen. Wer sich allerdings eine Zeit lang in einigen der mehr als tausend Schuldnerberatungsstellen in Deutschland aufhält, erlebt eine andere Realität. Geduckte und verängstigte Gestalten tauchen da in den Sprechstunden auf und präsentieren zögerlich ihre Dokumente.

Da ist, im unterfränkischen Karlstadt, das ehemalige Paar, das sich nach der Geburt der beiden Kinder ein Haus gekauft hat. Jetzt, nach der Trennung, wollten sie

ihr Haus verkaufen, wurden es aber nicht los. Nun kann keiner von beiden mehr die Raten bezahlen.

Da ist, in Heidelberg, der Mann, der einen Kredit aufgenommen hat, um seine Wohnung zu renovieren, der arbeitslos wurde und immer mehr Kredite aufnahm, um die ersten Schulden zurückzuzahlen – und der nun fast an den Raten erstickt.

Da ist, in Stuttgart, der Grafiker, dessen Geschäft nicht mehr gut läuft und dem nun das Konto gesperrt wurde.

Es sind Menschen, die sich daheim kaum mehr an den Briefkasten trauen. Einige von ihnen wurden im Stundentakt von Inkassounternehmen angerufen. In die Beratungsstelle kommen sie alle mit ähnlichen Fragen:

»Kann ich ins Gefängnis kommen?«

»Was werden meine Nachbarn erfahren, meine Freunde, meine Familie?«

Die Berater erwidern, dass in Deutschland niemand wegen Schulden ins Gefängnis muss, außer bei offenen Geldstrafen. Dann fragen sie nach den Gründen der Überschuldung und schicken die Antworten zur Auswertung ans Statistische Bundesamt.

Seit Jahren ist Arbeitslosigkeit mit knapp 30 Prozent der wichtigste Grund, dann folgen Trennung vom Partner und Krankheit. Fehler im Konsumverhalten liegen bloß bei 7,6 Prozent. Nicht einmal 8 Prozent – das sind die »Luxusschulden«, die Patric Weilacher von BFI&F als Hauptursache der Überschuldung ausgemacht hat.

Was aber passiert, wenn die Schulden einmal in der Welt sind? Man sollte meinen, dass der Staat sich darum bemüht, Regeln zu schaffen für den Umgang von Inkassounternehmen mit Schuldnern. Was für Regeln sind das?

Inkassounternehmer kann in Deutschland jeder werden. Man muss nur einen dreiwöchigen Sachkundelehrgang absolvieren, wie er mitunter in Vier-Sterne-Hotels auf Mallorca angeboten wird. Danach lädt man einen Antrag im Internet herunter, füllt ihn aus und schickt ihn an eine von mehr als 70 Registrierungsbehörden, die es bundesweit gibt.

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Ist das Inkassounternehmen einmal angemeldet, wird es von niemandem überwacht. Ein Schuldner könnte sich bei der zuständigen Registrierungsbehörde beschweren, aber die Behörde wird nicht von sich aus tätig.

Will eine Inkassofirma die Forderung eines Auftraggebers eintreiben, kann sie bei Gericht einen Mahn- und einen Vollstreckungsbescheid beantragen. Ob die Hauptforderung überhaupt berechtigt ist oder beispielsweise viel zu hohe Inkassokosten oder ungerechtfertigte Schadensersatzforderungen geltend gemacht werden, überprüft dann niemand mehr. Wenn der Schuldner dem Vollstreckungsbescheid nicht innerhalb von zwei Wochen widerspricht, ist dieser sogenannte Titel 30 Jahre lang gültig. Mindestens 30 Jahre lang können Inkassofirmen also mit einem solchen Titel Geld verdienen. Sie können Briefe schicken, telefonieren, den Gerichtsvollzieher losschicken, sie können den Lohn und das Konto pfänden lassen – und die Kosten dafür dem Schuldner in Rechnung stellen.

Für ein Inkassobüro ist ein Titel somit sehr attraktiv, und es tut gut daran, so einen Titel schnell zu ergattern. Wenn der Schuldner sich nicht durch eine Privatinsolvenz schützt, gilt das, was die Schuldnerberater das »Windhund-Prinzip« nennen: Wer zuerst den Lohn gepfändet hat, bekommt die fette Beute. Seine Ansprüche werden vor denen der übrigen Gläubiger bedient. Das deutsche Rechtssystem verschärft die Situation der Schuldner, statt sie zu beruhigen.

Gerd Billen, Staatssekretär im Bundesministerium der Justiz, sagt: »Es gibt eine Schwachstelle im System. Wir müssen das Gesetz evaluieren.« Vielleicht bräuchte man auch Kontrolleure, die den Inkassobetrieben Besuche abstatten – wie in anderen Wirtschaftsbranchen üblich.

Im Oktober 2013 hat der Gesetzgeber zum ersten Mal überhaupt die Höhe der Kosten begrenzt, die Inkassounternehmen in Rechnung stellen dürfen. »Da sind wir sehr gut davongekommen, wenn ich ehrlich bin«, sagt Patric Weilacher vom Verband der Inkassofirmen, er ist stolz auf seine Lobbyarbeit. Mindestens einmal im Monat hat er einen Termin im Justizministerium. Im Gesetz steht jetzt, dass die Inkassokosten die Sätze der Rechtsanwälte nicht überschreiten dürfen. Weilacher formuliert es anders herum: »Wir dürfen also genauso viel nehmen wie ein Anwalt.« Und das ist nicht gerade wenig.

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Liegt die Forderung unter 500 Euro, darf ein Inkassobüro zum Beispiel eine pauschale Gebühr von 70,20 Euro verlangen. Das lohnt sich, denn bei den Forderungen handelt es sich oft um sehr geringe Beträge. Manchmal sind es auch nur ein paar Cent, so wie bei Call-by-Call-Verbindungen, mit denen man günstiger telefonieren kann. Sie tauchen auf der Telefonrechnung auf, aber wenn man sie nicht bezahlt, geben die Call-by-Call-Anbieter die Forderungen sofort an ein Inkassobüro weiter.

Der Jurist Zimmermann hat ein informelles Netzwerk von Schuldnerberatern ins Leben gerufen, die in ihrer Freizeit Fälle zusammentragen, damit ein zu dreist vorgehendes Inkassobüro abgemahnt werden kann. Doch wenn das Netzwerk einen Erfolg erzielt, erfahren die vielen anderen Schuldnerberater in Deutschland nicht davon. »Wir brauchten eine gemeinsame Datenbank, eine Art Inkasso-Watch«, sagt Zimmermann. Aber es gibt keine solche Datenbank, es gibt keine Kontrolle. So kommt es, dass viele Inkassobüros sogar Kosten verlangen, die weit über die gesetzliche Grundlage hinausgehen. Sie drohen, sie schüchtern ein, und es gibt niemanden, der sie stoppt.

Ein Unternehmen, auf das das Netzwerk der Schuldnerberater besonders häufig stößt, ist das Inkassobüro Arvato Infoscore, das zum Beispiel die Forderungen der Deutschen Bahn eintreibt. Arvato Infoscore arbeitet mit der Rechtsanwaltskanzlei Haas und Kollegen in Baden-Baden Tür an Tür zusammen. Wer schwarzgefahren ist und nicht pünktlich bezahlt hat, bekommt erst einen Brief von Arvato Infoscore und wenig später einen von den Rechtsanwälten. Er soll also doppelt Gebühren zahlen. Der ZEIT liegen Dutzende Dokumente vor, die diese Methode belegen.

Arvato Infoscore gehört zu einem großen deutschen Konzern, der sein Geld eigentlich mit Zeitungen, Büchern und Fernsehen verdient, seit einigen Jahren aber auch das Geschäft mit den Schulden betreibt: Bertelsmann.

Auch EOS, das größte deutsche Inkassobüro, ist Teil eines Konzerns, der in der Öffentlichkeit nicht als Schuldeneintreiber bekannt ist. Das Unternehmen wurde 1974 unter dem Namen Deutscher Inkasso-Dienst als Teil der Rechtsabteilung des Versandhauses Otto gegründet. Heute ist EOS ein weltweit agierendes Unternehmen,

mit Niederlassungen in Polen, Großbritannien und den USA und einem Jahresumsatz von über 566 Millionen Euro.

Offiziell, so stellt es das Unternehmen dar, entstand EOS, weil der Otto-Versandhandel so stark gewachsen war, dass ein Teil der Rechtsabteilung ausgelagert werden musste. Vielleicht spielte aber auch eine Rolle, dass der Gläubiger selbst nach deutschem Gesetz nur wenige Euro pro Mahnschreiben verlangen und nur den tatsächlichen Aufwand in Rechnung stellen darf. Reicht Otto jedoch seine Mahnungen an EOS weiter, gehen die Ansprüche auf eine rechtlich eigenständige Gesellschaft über, die viel höhere Kosten verlangen kann. »Otto hat damit angefangen, seine Forderungen in einen konzernzugehörigen, aber rechtlich selbstständigen Inkassodienst auszulagern, um damit eine zweite Ernte einfahren zu können«, sagt Dieter Zimmermann. »Dadurch sind alle anderen Anbieter ins Hintertreffen geraten. Sie waren rein betriebswirtschaftlich gezwungen, dieses System zu übernehmen.«

Das Unternehmen EOS ist wie andere Inkassobüros auch längst dazu übergegangen, alte Forderungen paketweise aufzukaufen. Die alten Forderungen heißen Papiere, was nach Aktien klingt, nach einer lukrativen Anlage. Ein wenig ist es auch so, denn diese Papiere sind so begehrt, dass sie auch im Internet an Börsen gehandelt werden.

EOS zahlt für die Papiere nur ein paar Prozent der ursprünglichen Schulden; wie viel, will das Unternehmen nicht sagen, üblich sind fünf bis zehn Prozent. So bekommt ein Gläubiger, der eine Forderung von 1000 Euro hat, immerhin noch 50 oder 100 Euro – besser als nichts. Und EOS, an die Stelle des alten Gläubigers getreten, versucht jetzt so viele Menschen wie möglich zum Zahlen zu bringen. Gelingt das, darf EOS das ganze Geld behalten. So werden nicht bezahlte Rechnungen zu hoch profitablen Geldquellen.

EOS war in den vergangenen Jahren besonders interessiert an Konsumentenkrediten von Banken und an Titeln aus Krisenländern wie Griechenland und Spanien. Man kann sagen, EOS hat die Finanzkrise perfekt für sich genutzt.

Unternehmen wie EOS sind inzwischen so groß und professionell, dass sich viele Einzelhandelsunternehmen gar keine eigenen Mahnabteilungen mehr leisten.

Platzt eine Lastschrift, beauftragen sie gleich ein Inkassounternehmen, ohne dem Kunden nochmals die Möglichkeit zu geben, die offene Forderung zu begleichen. Die Inkassofirmen fordern den Betrag ein – und zusätzlich mindestens die hohen Inkassogebühren. Ob das legal ist? Dazu gibt es unterschiedliche Rechtsauffassungen.

Im Einzelfall handelt es sich oft nicht um allzu große Summen – wer will da schon klagen, und welcher Anwalt will so ein Mandat schon annehmen. Die meisten Menschen, denen eine Lastschrift geplatzt ist, ärgern sich darüber, dass ihr Einkauf sich im Nachhinein als unverhältnismäßig teuer herausstellt. Sie bezahlen und vergessen die Sache. Wehrt sich doch jemand gegen ein Inkassobüro, einigen sich die Inkassofirmen lieber außergerichtlich, um keinen Präzedenzfall zu schaffen.

Der Staat setzt den Inkassobüros kaum Grenzen. Und seit Kurzem beauftragt er sogar selbst Inkassofirmen, um Geld eintreiben zu lassen. Der Staat wird plötzlich zum Erntehelfer, das ist die nächste Stufe des Skandals.

Der Sozialdemokrat Stefan Komoß ist seit 2011 Bürgermeister von Marzahn-Hellersdorf, einem hoch verschuldeten Stadtbezirk in Berlin. Bevor Komoß Politiker wurde, war er Geschäftsführer eines mittelständischen Personalentwicklers. Als er sein Amt antrat, hatte der Bezirk offene Rechnungen in Höhe von 16 Millionen Euro – Kita-Gebühren, die nie bezahlt worden waren, Friedhofsgebühren, Mieten, Schulessen. Komoß verkaufte einen Teil der alten Mietforderungen, um die sich kein Amt mehr kümmerte, an Altor – das Inkassobüro, bei dem Boris Linert arbeitet.

Die Firma Altor hat für das Schuldenpaket 20 Prozent der ursprünglichen Hauptforderung bezahlt, nach Logik der Inkassobranche einen hohen Preis. Trotzdem haben Altor und andere Inkassobüros ein riesiges Interesse an den Forderungen der öffentlichen Hand. »Das ist ein brach liegender Markt«, sagt Altor-Geschäftsführer Holger Müller. Es handelt sich um unzählige Forderungen, die noch kein Inkassobüro je versucht hat einzutreiben. Die Ernte steht in voller Blüte auf dem Feld.

Nicht nur für Altor, auch für Berlin-Marzahn hat sich das Geschäft gelohnt. Der Bürgermeister ist heute noch stolz auf seine Idee. »Schon als wir das angekündigt haben, riefen hier viele Leute an und fragten: Wo kann ich bezahlen?«, erzählt er. Offenbar haben viele Bürger vor einem Inkassounternehmen weit mehr Respekt als

vor dem Staat. Nun rechnet Komoß sich aus, dass sein Bezirk bis Ende nächsten Jahres schuldenfrei sein kann. Neun Millionen Euro sind noch zu schaffen. Kleines Problem: Ein großer Teil der noch offenen Forderungen sind keine ausstehenden Mieten, sondern unbezahlte Gebühren – und solche öffentlich-rechtlichen Forderungen darf man nicht verkaufen.

Doch Komoß hat auch für dieses Problem eine Lösung gefunden: Marzahn macht ein Inkassobüro – die Firma Universum – zur »Verwaltungshelferin«, behält also die Forderungen selbst, lässt sie aber von einem Dienstleister eintreiben. Das ist rechtlich umstritten, weil hoheitliche Aufgaben nicht an ein privates Unternehmen abgegeben werden dürfen. Zu dieser Frage gibt es in jedem Bundesland unterschiedliche rechtliche Bestimmungen. In Niedersachsen, im Saarland und in Nordrhein-Westfalen ist es staatlichen Institutionen verboten, Inkassofirmen zu beauftragen. In Baden-Württemberg und Hessen wurden hingegen Gesetze erlassen, die es den öffentlichen Stellen leichter machen. In Baden-Württemberg hat auch die Bertelsmann-Tochter Arvato Infoscore ihren Sitz, deren Chef ist Präsident des Verbandes BDIU. Sein Unternehmen bekam damals den Auftrag, staatliche Forderungen in Baden-Württemberg einzutreiben.

»Man muss aufpassen, wie das beim Bürger ankommt, wenn der Staat über private Unternehmen auf ihn zukommt«, sagt Staatssekretär Billen vorsichtig. Vielerorts in Deutschland wollen Kommunen ihre Forderungen bald von Inkassobüros eintreiben lassen. Der Marzahner Bürgermeister und seine Finanzdirektorin werden jetzt oft gebeten, andere Kommunen zu beraten. Wer ein Mittel kennt, um Geld zu beschaffen, ist in den meisten Gemeinden gern gesehen. Komoß und die Finanzdirektorin tingeln von Stadt zu Stadt.

Das große Interesse der Kommunen ist erstaunlich, weil das Verwaltungsvollstreckungsrecht dem Staat eigentlich genauso scharfe Waffen gibt wie einem Inkassounternehmen. Schuldet man einer Behörde Geld, kann sie ohne Weiteres einen Gerichtsvollzieher oder einen Vollstreckungsbeamten schicken, dem Amt stehen alle Zwangsmittel zur Verfügung. Aber es gibt zu wenige Gerichtsvollzieher, den Kommunen fehlt Personal.

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Auch die Stadt Wiesbaden lässt ihre Schulden von einem Privatunternehmen einziehen, der Creditreform. Noch dürfen Inkassobüros vom Schuldner keine Gebühren verlangen, wenn es sich um öffentlich-rechtliche Forderungen handelt.

Neben den Gebühren gibt es jedoch noch etwas anderes, das für Inkassofirmen einen Wert hat: Die gesammelten Daten der Schuldner – wie vermögend jemand ist, wo er wohnt, wo er arbeitet, wie viel seine Angehörigen verdienen und so weiter – sind der größte Schatz eines Inkassounternehmens. Aus diesem Datenpool kann man herleiten, wie viel jemand maximal zahlen kann.

Creditreform und Universum, die die Forderungen für Wiesbaden und Marzahn eintreiben, versichern, die Daten der Schuldner seien anonymisiert und würden nach Bearbeitung sofort gelöscht. Die Unternehmen würden lediglich die Höhe, aber nicht den Grund der Forderungen kennen. Viele Datenschützer betrachten das Einziehen öffentlicher Forderungen mit großer Skepsis. »Die Wahrscheinlichkeit, dass die Daten noch anderweitig genutzt werden, ist relativ groß«, sagt Thilo Weichert, der langjährige ehemalige Leiter des Datenschutzzentrums Schleswig-Holstein. Würden die Daten der Schuldner erst einmal in einem Auskunftsdienst landen, wären sie für jeden, der dafür zahlt, abrufbar. Säumige Schuldner würden dann womöglich von manchen Unternehmen nicht mehr als Kunden akzeptiert.

Patric Weilacher, der Mann vom Verband der Inkassofirmen, kann sich gut vorstellen, dass die Daten, die der Staat von seinen Bürgern erhebt, von Inkassobüros weitergenutzt werden. Obwohl es verboten sei, sei es üblich, dass ein Inkassounternehmen die Daten verschiedener Auftraggeber miteinander abgleiche. »Das ist doch im Sinne des Gläubigers«, sagt Weilacher, »je mehr Informationen über den Schuldner, desto besser.«

Drei Jahre ist es jetzt her, dass die freundlichen Mitarbeiter aus dem Altor-Büro in Heidelberg damit begonnen haben, verschuldete Menschen in Berlin-Marzahn anzurufen. Noch heute telefonieren sie, mahnen, verschicken Briefe. Das große Feld ist noch lange nicht abgeerntet.

*Name geändert

MITARBEIT: FRITZ ZIMMERMANN, TOBIAS ZWIOR

Die Netzflüsterer

Wie Parteien und Banken, Pharmakonzerne und Staatsunternehmen das Internet über die Wiener PR-Agentur Mhoch3 mit hunderttausenden Postings manipulierten.

Von Stefan Apfl und Sarah Kleiner, DATUM, 01.11.2014

Therealrobbie fährt gerne Bahn. Kritik an den ÖBB lässt der Internetuser deshalb nicht gelten: »(...) Das sind einfach nur Hetztriaden gegen die ÖBB – alles wird ohne Zusammenhang gesetzt und verteufelt, verstehe ich nicht so ganz, keiner zwingt einen den Zug zu nutzen«, ist im Forum von wien.orf.at zu lesen. Die Userin roisin wiederum ist ein Fan des ÖVP-Politikers Johannes Hahn. Als im Herbst 2009 die Studierendenproteste »unibrennt« ausbrachen, nahm sie den damaligen Wissenschaftsminister im Kommentarbereich der Kleinen Zeitung in Schutz: »Ich finde es toll, dass Hahn, obwohl er selber anscheinend nicht so protestieren würde, doch Verständnis für die Proteste und die Besetzung hat. Nun bleibt es zu hoffen, dass dieser Konflikt bald gelöst wird – Letztendlich bemüht sich Hahn doch darum.« Als im Herbst 2012 Probleme beim Onlinebanking der Bank Austria einen Shitstorm auslösten, reagierte Alexander Mader auf Facebook verständnislos: »ich möcht bei dem drama mal gern wissen wie ihr reagiert, wenn euer internetanbieter mal probleme hat.«

Die Personen hinter den Nicknamen therealrobbie, roisin und Alexander Mader haben etwas gemein: Sie wurden von der Wiener PR-Agentur Mhoch3 (Modern Mind Marketing, früher e-Clipping) ins Netz geschickt, um positive Postings über Kunden zu verfassen.

Unter denen finden sich nicht nur Staatsunternehmen wie die ÖBB und Postbus, Banken wie die Bank Austria und Parteien wie die ÖVP Wien. Auch der Glücksspielkonzern Österreichische Lotterien, die ehemalige Mobilkom Austria (heute Teil

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

der Telekom Austria) und der Pharmariese Bayer Austria, das Reiseunternehmen TUI Österreich, der Musikindustriegigant Universal Österreich und viele, viele andere haben die Agentur Mhoch3 damit beauftragt, das Netz mit Jubelpostings zuzuschütten.

Die eingangs angeführten Beispiele sind nur drei von mehreren zehntausend, die DATUM vorliegen. Eine Liste mit Fake-Identitäten aus dem Jahr 2012 umfasst knapp zehntausend Namen, jene mit (internationalen) Foren, die die Agentur in mindestens sechs Sprachen »bearbeiten« ließ, zählt mehr als zweitausend Einträge.

Eine konservative Schätzung auf Grundlage der vorliegenden Unterlagen – Konzepte und Verträge, Kampagnenberichte und Honorarlisten – sowie Aussagen von drei ehemaligen Mhoch3-Mitarbeitern kommt auf 80.000 bis 100.000 PR-Postings pro Jahr; wobei die Agentur seit zehn Jahren Onlinekampagnen anbietet.

Angesichts der wachsenden Hetze anonymer Internetnutzer diskutiert das Land über die Einführung einer Klarnamenpflicht. Diese Debatte erhält nun eine neue Dimension. Denn nur unter dem Deckmantel der Anonymität konnte sich ereignen, was man den größten Internetskandal nennen kann, seit Österreich online ist. Wer einmal begriffen hat, wie umfassend heimische Unternehmen das Netz mithilfe der PR-Agentur Mhoch3 manipuliert haben, der wird kein Posting und keinen Onlinekommentar mehr lesen können, ohne dabei ein mulmiges Gefühl und die Frage im Kopf zu haben: Was, wenn der Mensch dahinter dafür bezahlt wurde?

»Wir lügen nicht.« An diesen Satz aus dem Einstellungsgespräch erinnert sich Lena genau. (Ihr Name und jene der übrigen Informanten sind im Text geändert. Ihre richtigen Namen sind der Redaktion bekannt.) Die ersten Arbeitstage hat Lena damit verbracht, sich unter detaillierter Anleitung Online-Identitäten zu basteln: Namen aussuchen, Alter, Hobbys, Fotos, die netzgerechte Geschichte eines Menschen kreieren, und dann die ersten unverdächtigen Postings schreiben, um Smiley für Smiley Online-Credibility zu sammeln. Mal trat sie als 50-jähriger Familienvater auf der Suche nach dem richtigen Urlaubsresort auf, mal als 20-jähriger Student im Pokerfieber, mal als 15-Jährige mit Pubertätsproblemen – je nachdem, was die Agentur wollte, was der Kunde brauchte.

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Vor jeder Kampagne erhielten die PR-Schreiber eine Einschulung, mitunter sogar persönliche Vorträge der Kunden, erzählt die Studentin Lena: »Nur wer sich mit den Produkten und Themen auskennt, kann im Netz glaubwürdig und unerkannt Werbung dafür machen.« Warum sie sich heute dafür schämt? »Wenn du einem Spielsüchtigen in einem Wettforum vorgelogen hast, dass du seit Jahren gut vom Onlinezocken lebst, dann schläfst du nicht so gut.«

»Zu Beginn eröffnest du erst einmal ein Thread mit einem normalen Post und hoffst, dass sich ein Gespräch mit neutralen Usern ergibt«, sagt Sascha. Neutrale User? »So haben wir die echten Menschen genannt. Oder du stellst einfach irgendwo eine Frage, die jemand anderer aus derselben Kampagne beantwortet«, sagt er. Ein »Frage-und-Antwort-Spiel lebendig halten«, wird diese Technik in internen Unterlagen genannt.

Wie Lena rutschte auch Sascha zufällig in die Online-PR. Zwischen vierzig und fünfzig freie Mitarbeiter hätten von zu Hause aus für Mhoch3 gepostet, sagt er. Eine Mischung aus Langzeitstudenten, Studienabbrechern und Lebenskünstlern sei es gewesen, freundliche, unpolitische Menschen. Um durch die IP-Adressen nicht den Verdacht der Forenbetreiber zu erregen, durften sie nicht vom Büro aus posten.

In Verträgen mit Kunden liest sich die Arbeit von Lena und Sascha so: »Tägliches professionelles Verbreiten der Informationen in alle passenden und relevanten Kanälen bzw. Zielgruppen« (...) »Starten/Eröffnen neuer Kommunikationskanäle über interessante Themen, um später auf die gewünschten Themen hinzulenken« (...) »Entgegenwirken von Gerüchten oder negativen Aussagen durch Hervorheben der Vorteile der positiven Elemente« (...) »laufendes Posten für die Aufrechterhaltung der positiven Diskussionen«.

Ein langjähriger Kunde von Mhoch3 war die ÖBB Personenverkehrs AG, eine Tochter des Staatskonzerns. Von 2007 bis 2011 schrieben verdeckte Poster über Verspätungen und Tarifierhöhungen, über die Einstellung von Regionalstrecken und den Konkurrenten Westbahn, über Schulden und Sparkurs – und stets zugunsten der Bundesbahnen. DATUM liegen mehrere hundert Seiten mit ÖBB-Postings vor. Die folgende Auswahl wird – so wie alle Postings in diesem Text – ohne Korrektur von Rechtschreibfehlern und Grammatik zitiert.

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

»Schön, dass seitens der ÖBB versucht wird, den Güterverkehr mehr Richtung Schiene zu bringen, das wird auch uns Autofahrern eine Erleichterung bringen«

HerrUnmut, 05.08.09, derstandard.at »(...) Kleiner Verspätungen seitens der ÖBB muss man bei dem Wetter sowieso hin nehmen, wenns da nicht passieren darf, wann dann? Ein bisschen Kulanz würeds auch tun!«

Leonardo, 09.01.10, kleinezeitung.at »(...) ich hätte da auch so eine generell vergleichende Frage zwischen ÖBB und Westbahn: haben die letztendlich auch die selben auferlegten Weisungen wie etwa Streckenausbesserung, oder wer macht sowas? Renovierung der Bahnhöfe, behindertengerechtes Fahren? Gelten da für beide Unternehmen dieselben Bedingungen?« Brandl, 20.01.10, bahnnews-austria.at

Auch im Auftrag von Postbus, einer Tochter der ÖBB Personenverkehrs AG, hat Mhoch3 zwischen 2007 und 2011 Poster ins Netz geschickt: »Der Postbus erfüllt eine wichtige Aufgabe und ich bin froh, dass es ihn gibt. (...)« Christiane Schlachner, 24.12.10, kurier.at »ohne den Postbus wäre man in vielen Regionen Österreichs aufgeschmissen, das habe ich selbst in letzter Zeit ziemlich oft gemerkt (...)« Brunelleschi, 24.12.10, derstandard.at

Christian Kern trat sein Amt als Chef der ÖBB Holding im Jahr 2010 an. Fast zwei Jahre lang verbreiteten Mhoch3-Mitarbeiter also positive Meldungen über ÖBB und Postbus, während sich Kern medial als Aufräumer inszenierte? »Zuallererst möchte ich betonen: Das aktuelle Bahnmanagement hat mit diesen Vorgängen nichts zu tun. Wir sprechen hier eindeutig über die Schatten der Vergangenheit«, sagt ein Konzernsprecher der ÖBB auf Anfrage: »Selbstverständlich verurteilen wir solche Vorgehensweisen und schließen sie auch unter dem derzeitigen Management aus.«

Welche Leistungen das alte Management konkret bei Mhoch3 beauftragt habe, lasse sich heute nicht mehr eruieren, sagt der Konzernsprecher. Man habe die Zahlungen an die Agentur Mitte 2011 eingestellt, erst im Sommer 2012 sei der Vertrag aufgelöst worden. Zahlreiche ÖBB-Postings lassen sich trotz der Vertragsauflösung bis heute im Netz finden – sozusagen als »Schatten der Vergangenheit«.

Foren, Blogs, Bewertungsportale, Facebook, Twitter, Wikipedia – die Verheißung der Crowd, der unendliche Strom an Meinungen und Informationen, prägt

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

das Leben längst online wie offline. Wer einen Urlaub plant oder den Kauf einer neuen Digitalkamera, die Einnahme eines Medikaments oder einen Museumsbesuch, der beginnt seine Suche nach Infos und Tipps auf Suchmaschinen wie Google. Neben Zeitungsbereichten und Websites sind es maßgeblich Erfahrungen von unseresgleichen, die unsere Entscheidungen und Ansichten mitbestimmen.

Das führt zur Gretchenfrage dieser Geschichte: Wie hält man es mit Postern, die wie du und ich auftreten, aber dafür bezahlt werden, wohlwollend über ihre Auftraggeber zu schreiben?

»Diese Art der PR ist aus ethischer Perspektive eindeutig zu verurteilen. PR hat mit offenem Visier aufzutreten«, sagt Renate Skoff, Mitgründerin der Wiener PR-Agentur »The Skills Group« und Vizevorsitzende des heimischen PR-Ethik-Rats. »Es war bekannt, dass es diese Geschäftspraxis in Österreich gibt«, sagt Skoff. »Aber bislang kannten wir keine Namen.«

»Dieses Vorgehen ist eindeutig rechtswidrig. Sowohl der Auftraggeber als auch die PR-Agentur handeln wettbewerbswidrig«, sagt der auf Medienrecht spezialisierte Wiener Rechtsanwalt Thomas Höhne: »Es wird der Eindruck hervorgerufen, die Poster würden ausschließlich persönliche Erfahrungen mitteilen und auf Augenhöhe mit anderen Usern kommunizieren. In Wirklichkeit sind sie aber Söldner einer PR-Firma, für die sie arbeiten.« Für alle Beteiligten gilt die Unschuldsvermutung.

Die Kampagnen von Mhoch3 beruhen auf »PR-Vorkonzepten«, von denen DATUM zahlreiche vorliegen, etwa eines für win2day, die Online-Glücksspieltochter der Österreichischen Lotterien. Es sei »wichtig, nicht den Anschein einer Werbeinformation zu erwecken«, steht da, und weiter: »Das bedeutet, dass man sich in das jeweilige Zielpublikum hineinversetzen muss, um glaubwürdig zu bleiben. Rechtschreibfehler sind erwünscht! Auch die Aussagen, die Probleme und der Schreibstil richten sich nach der Art des Kommunikationskanals sowie nach der Bezugsgruppe, die man ansprechen will«, heißt es in dem PR-Konzept.

Das Ergebnis liest sich dann so: »Was verboten gehört, sind unnötige Bevormundungen vonseiten des Staates. Glücksspiel schadet im Höchstfall dem betreibenden selbst, insofern ist es sein gutes Recht auch selbst zu entscheiden, ob er

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

spielen möchte oder nicht. (...)« ManiacMaus, 10.03.11, kleinezeitung.at »(...) Du willst professioneller Pokerspieler werden? Dann probiers! (...)« verwalter, 03.08.11, sms.at. Ein anderer schreibt: »(...) Ich hab auch Bekannte, die sich bei win2day ganz schön was dazuverdienen, (...) Bin froh, dass wir hier immerhin staatliche Anbieter haben, die so schnell sicher nicht geschuttet werden ...« Domi, 19.08.11, pokerolymp.com

Wie die gestreuten Infos über Produkte und Aktionen in der Community ankamen? Wer über den Kunden gelästert und wie man diesen dann bearbeitet hat? Diese Erkenntnisse flossen samt Foren, Postings und Grafiken, die zeigen, wie viele der ersten zehn Treffer einer Googleuche erfolgreich bearbeitet wurden, in »PR-Reports«. Diese erhielten Kunden über den Kampagnenzeitraum hinweg regelmäßig.

In einem PR-Report für den Reiseveranstalter TUI Österreich, ein »langjähriger Kunde«, wie es in internen Unterlagen heißt, berechnet Mhoch3 eine Reichweite der Postings von bis zu drei Millionen Usern. Unter »Bearbeitete Kommunikationskanäle« sind hundert Foren, Webseiten und Blogs aufgelistet: spiegel.de, derstandard.at, krone.at, kurier.at, welt.de, focus.de, brigitte.de, kleinezeitung.at, diepresse.com, wienerzeitung.com, oe24.at, gutefrage.net, parents.at sind nur einige Beispiele. Sie legen eine Vermutung nahe, die ein paar Seiten weiter schwarz auf weiß bestätigt wird: »Zielregion deutscher Sprachraum«.

Hat TUI von Österreich aus jahrelang das deutschsprachige Netz mit positiven Postings zugeschüttet? Hat jedes Mal, wenn ein Familienvater auf elternfragen.net ein günstiges Familienhotel gesucht oder eine alleinstehende Frau auf gutefrage.net nach einem schönen Strandhotel gefragt hat, ein Wiener Student vom Sofa aus geantwortet?

»Man wird sich das ansehen müssen. Da wir ein großer Konzern sind, wird das dauern«, sagt die Unternehmenssprecherin von TUI Österreich Mitte September auf Anfrage: »Wir haben den Vertrag mit Mhoch3 im September gekündigt.« Der Grund: Die Leitung von Geschäftsführung, Marketing und Kommunikation des Unternehmens wurden im Sommer neu besetzt. »Es passt nicht zu unserer Online-PR-Strategie«, sagt die Sprecherin. Was genau es ist, das nicht mehr passt, will sie nicht sagen.

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Die PR-Poster von Mhoch3 arbeiteten aber nicht nur im deutschsprachigen Netz. Schließlich gab es auch Kunden, die ihre Produkte in Ankara ebenso feilboten wie in London oder Madrid. Zum Beispiel Paysafecard. Der britische Konzern vertreibt gleichnamige Prepaidkarten, mit denen man ohne Konto und Kreditkarte im Internet bezahlen kann. Die tausenden Postings für Paysafecard, die DATUM vorliegen, wurden neben Deutsch auch auf Englisch verfasst, auf Spanisch, Italienisch, Französisch, Polnisch und Türkisch. Für jedes Zielland hat die Agentur eigens User angeheuert. Ein Sprecher von Paysafecard bestätigt die Zusammenarbeit mit Mhoch3 »in der Vergangenheit«. Im Vorjahr habe man diese aber gekündigt. Zu den tausenden Postings im Netz will der Sprecher nichts sagen.

Mittlerweile hat wohl jeder schon einmal den Beitrag einer Freundin, eines Bekannten oder einer Kollegin »geliked« oder positiv kommentiert, ohne dass es dabei um das Produkt, den Artikel oder um das Lied gegangen wäre. Man macht es aus Freundschaft, Loyalität oder schlicht, weil man darum gebeten wird, und das ist längst normal. Problematisch wird es, wenn derlei gewerbsmäßig betrieben wird, wenn Geld dafür fließt, dass Jubelarmeen professionell arrangiert, instruiert und losgeschickt werden; wenn man Usern wie Hubs62 und Olivia34 nicht mehr trauen kann – oder renommierten Unternehmen wie der Bank Austria.

Deren Zusammenarbeit mit Mhoch3 begann im Herbst 2012. Damals stand der Bank eine Umstellung des Onlinebanking-Systems bevor. Weil die Banker offensichtlich ahnten, dass es zu Betriebsausfällen kommen würde, buchten sie vorab bei Mhoch3 vom 23. Oktober bis zum 22. November eine »reaktive Kampagne« – und zwar »unter Einhaltung der unterschriebenen Verschwiegenheitserklärung«, wie es im Vertrag heißt. Bei reaktiven Kampagnen reagieren die PR-Redakteure nicht innerhalb von Tagen auf negative Postings oder Fragen »neutraler User«, sondern innerhalb einer Stunde.

Auf Facebook las sich das so: »(...) solche Sachen können passieren! (...)« Stefanie F. (Der wahre Name ist der Redaktion bekannt), 29.10.12 »(...) die umstellung auf ein neues system ist nicht lustig, klar, aber letztendlich dient es zur sicherheit der kunden, dafür wart ich dann auch mal ein bisschen. (...)« Alexander Mader, 29.10.12 »ich glaub nur dass aufregen nichts bringt. die hackln eh so gut wie

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

sie können. :/«, Alexander Mader, 30.10.12 »(...) Finds schon mal gut, dass sich die Bank offiziell entschuldigt – denke, die Mitarbeiter vor Ort kriegen unschuldig den meisten Ärger ab :-/«, Stefanie F., 30.10.12

Bank-Austria-Chef Willibald Cernko war im Herbst 2012 auf der Bühne in die Rolle des Demütigen geschlüpft und hatte Gutscheine an die Kunden verschenkt. Hinter den Kulissen hatte seine Bank Poster ins Netz geschickt, die ihr zujubelten. Cernko und der Vorstand waren »weder informiert noch in die Entscheidung, welche Agentur beschäftigt wird, eingebunden«, sagt ein Unternehmenssprecher auf Anfrage.

Darauf angesprochen, dass sich auch 2014 noch positive Mhoch3-Postings über die Bank Austria finden lassen, betont der Sprecher, man habe nur »faktenbasierte Hintergrundinformationen« zur Verfügung gestellt: »Es war aber jedem Blogger freigestellt, ob er diese Informationen überhaupt übernimmt und in welcher Form er diese Informationen weitergibt.« Die Bank habe das Vertragsverhältnis angesichts der DATUM-Recherchen im Oktober »ruhend gestellt«, sagt der Sprecher. Man habe eine Dokumentation angefordert, die belegen soll, wie genau die Agentur die Kommentatoren »inhaltlich und faktisch gesteuert hat, da die Bank Austria keinen Einblick in die Mhoch3-Briefing-Prozesse hatte«.

Das sollten sich auch die Österreichischen Lotterien ansehen, die die Mhoch3-Poster ins Netz schickten, um PR fürwin2day.at zu betreiben: »Gerade in einer sensiblen Materie wie dem Glücksspiel ist es wichtig, alle Fakten korrekt abzubilden«, sagt ein Sprecher der Lotterien. »Deshalb waren die Mitarbeiter von Modern Mind Marketing in der Vergangenheit teilweise auch damit beauftragt, Journalisten und Blogger unverbindlich mit Informationen zu versorgen.« Heute sei das übrigens nicht mehr der Fall, die Agentur sei von win2day nur noch »mit Social Media Monitoring beauftragt«.

Auch Martin Kirchbaumer, der Chef von Mhoch3, behauptet, dass es sich bei den Postern um »Onlinejournalisten« handelt: »Sie recherchieren, sie bilden sich eine Meinung und sie äußern diese Meinung.«

»Onlinejournalisten«, die »unverbindliche« und »faktenbasierte Hintergrundinformationen« erhalten? Denen es »freigestellt« sei, ob und wie sie diese

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Informationen mithilfe ihrer eigenen Online-Identitäten weiterverwenden? Mara muss lachen, als sie diese Aussagen hört. Wie Lena und Sascha hat auch sie jahrelang für Mhoch3 Postings im Auftrag von deren Kunden produziert. »Ich habe das neben meinem Studium gemacht. Von Journalismus hatte ich ebenso wenig Ahnung wie von den Produkten, über die ich gepostet habe«, sagt sie. »Ich habe abwechselnd positive und neutrale Postings verfasst und dabei die Infos eingebaut, die vom Kunden vorgegeben waren. Das war's, und das hat gepasst.«

Aber nicht nur die Aussagen der drei Informanten widersprechen der Behauptung, es habe sich bei den Postern um Onlinejournalisten gehandelt; auch zahlreiche Unterlagen, die DATUM vorliegen, tun dies.

Da wären etwa Werkverträge, in denen die freien Postingmitarbeiter als »Online PR-Redakteur« bezeichnet werden; oder die Honorarrechnungen, laut denen die PR-Redakteure für ihre Arbeit »PR« in Rechnung stellen. In E-Mails werden PR-Redakteure seitens Mhoch3 dazu aufgefordert, auf Bewertungsportalen für Kunden »eine positive Bewertung abzugeben«. In einem Dokument mit dem Titel »Inputs für Mhoch3-Online-RedakteurInnen« heißt es: »Profile müssen vollständig erstellt werden (z. B. Geburtsdatum, (Fake)Adressen, Alter (je nach Kunden unterschiedlich), Hobbies (je nach Kunden unterschiedlich)«. Eine empfohlene Technik: »(absichtliche) Falschinformationen verbreiten, welche dann von den anderen Kollegen aufgegriffen und richtig gestellt werden können.« Kurz gesagt: Onlinejournalismus ist das nicht.

Die Agentur Mhoch3 nennt ihr Angebot »Online Reputationsmanagement«. Das reicht von der Löschung unwahrer Behauptungen bis zur Suchmaschinenoptimierung, von Wikipediapflege bis zu dem, was Mhoch3 in Verträgen als »Virales Marketing« und »Empfehlungsmarketing« bezeichnet: Natürlich steht in keinem Vertrag und in keinem PR-Report von Mhoch3, die Leistung bestehe darin, die Meinung der Zielgruppe zu manipulieren, indem PR-Mitarbeiter als normale User auftreten, um Produkte und Dienstleistungen verdeckt zu propagieren. Angesichts der Unterlagen, die DATUM vorliegen und auch Kunden zur Kenntnis gebracht werden, ist das Nichtgesagte aber offensichtlich.

Im Auftrag des Pharmakonzerns Bayer Austria wurde womöglich neben dem Wettbewerbsgesetz auch das Arzneimittelgesetz verletzt. Für alle Beteiligten gilt die

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Unschuldsumvermutung. So hat Mhoch3 nicht nur Online-PR für Bayer-Veterinärprodukte wie Advantix, Advantage, Kiltix (Mittel gegen Flöhe bei Katzen und Hunden) betrieben. In mindestens einem hochbrisanten Fall propagierten die PR-Texter auch ein Arzneimittel für Menschen: die umstrittene Hormonspirale Mirena.

Umstritten ist Mirena wegen ihrer Nebenwirkungen. Zwischen 2006 und 2007 wurden in mehreren Ländern wesentliche Verschärfungen der Risiken in die Produktinformation von Mirena aufgenommen – unter anderem zu Brustkrebsrisiko, der Gefahr von Uterusperforation und ektopischen Schwangerschaften (außerhalb der Gebärmutter).

Nebenwirkungen, über die echte Nutzerinnen laut einem Mhoch3-Bericht klagten: Ausbleibende oder verstärkte Regelblutung, Gewichtszunahme, Akne, Kopfschmerzen, Migräneanfälle, Entzündungen, Pilzinfektionen, Schmerzen beim Geschlechtsverkehr.

Im Juli 2007, auf dem Höhepunkt der Negativberichte im Netz, startete Mhoch3 die Mirena-Kampagne. Martin Kirchbaumer, Chef der Agentur, behauptet, man habe dabei »nur nachgefragt, wie es den Leuten damit geht«. Die folgenden Postings zur Hormonspirale Mirena, die mittlerweile aus dem Netz entfernt wurden, belegen diese Aussage nicht: »also ich hab mir vor einem jahr die hormonspirale mirena einsetzen lassen und ich muss sagen, dass ich sehr zufrieden damit bin. (...)« Olivia34, 18.07.07, psychologie.at »@ sporzal: mein tip es könnte auch eventuell nicht von der mirena kommen, sondern eventuell eine Allergie sein, ich hab das leider auch erst mal in vor kurzer zeit festgestellt, ich hatte echt total oft Kopfweh und das ist nicht lustig – das kann ich nachvollziehen.« MauMau, 23.07.07, hormonspirale-forum.de »Wow, da ist ja jemand verbittert?! Das erschreckt mich schon, oder gehörst du zur Konkurrenz? Ich bin eine glückliche »Hormonanwenderin« wie du es nennst (...)« MauMau, 31.07.07, hormonspirale-forum.de

Wie E-Mails belegen, unterstützte Bayer die PR-Poster mit Argumenten: »Wichtig: Eine depressive Verstimmung ist keine Depression. Mirena macht keine Depression sondern max. depressive Verstimmungen«, schrieb etwa Claudia S., damals bei Bayer Women's Healthcare als Produktmanagerin tätig, am 19. Juli 2007, als Input für die bezahlten User. Aber es half nichts, die Kampagne war nicht von

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Erfolg gekrönt: »Generell ist zu verzeichnen, dass sich viele von ihren vorgefestigten Meinungen nicht abbringen lassen und auch sehr offensiv gegen Mirena posten«, heißt es im Endbericht.

»Bei Bayer gelten strenge Compliance-Richtlinien, die sich im Laufe der Jahre entsprechend der Entwicklung sozialer Netzwerke angepasst haben«, sagt eine Sprecherin von Bayer Austria, einer Tochter des deutschen DAX-Konzerns: »Bayer Austria geht bei Verstößen gegen diese Richtlinien mit aller Konsequenz vor. Dem von DATUM erwähnten Sachverhalt gehen wir nach und werden diesen intern prüfen.« Das Vertragsverhältnis mit Mhoch3 habe Bayer Austria bereits vor einigen Monaten gekündigt, sagte die Sprecherin im September.

Die ÖVP-Politiker Johannes Hahn und Norbert Walter haben zumindest ein politisches Gesetz verletzt: nämlich jenes ungeschriebene, das besagt, Wähler und Öffentlichkeit nicht hinters Licht zu führen. Davon zeugt die Unterschrift von Norbert Walter unter einem Dokument vom 31. Juli 2009 mit dem Titel »Auftrag: Online-PR Kampagne und umfassende Medienbeobachtung«. Walter war zu jener Zeit Geschäftsführer der ÖVP Wien und damit Parteimanager des damaligen Vorsitzenden Johannes Hahn. Besonders pikant: Der heutige EU-Kommissar fungierte damals gleichzeitig als Wissenschaftsminister der Volkspartei.

Die PR-Texter posteten nicht nur zu den ÖVP-Themenschwerpunkten Gratiskindergarten, Nacht-U-Bahn und mehr Polizisten für Wien. Sie mischten sich auch bei aktuellen Anlässen wie etwa der Besetzung des Augartenspitzes ein: »Wir sind in einem Rechtsstaat und in so einem darf es einfach nicht sein, dass irgendwelche Besetzer für Unordnung sorgen. Ich finde da die Reaktion der ÖVP durchaus richtig. (...)« Günther Fürwirth, 08.10.09, wienerzeitung.at

Auch als im Herbst 2009 die »unibrennt«-Studierendenproteste an der Universität Wien ausbrachen, unterstützten die Internetsöldner den damaligen Wissenschaftsminister Johannes Hahn: »Bin auf jeden Fall dafür, dass die ÖVP (oder wer auch immer) die Studiengebühren wieder einführen soll. (...)« FranzderGrantige, 13.10.09, krone.at »Ich finde es toll, dass Hahn, obwohl er selber anscheinend nicht so protestieren würde, doch Verständnis für die Proteste und die Besetzung hat. Nun bleibt es zu hoffen, dass dieser Konflikt bald gelöst wird. Letztendlich bemüht sich

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Hahn doch darum.« Roisin, 06.11.09, kleinezeitung.at »Ich bin auch einmal im Audimax gesessen und nach 10 Minuten wieder verschwunden, weil es mich eher an eine Party erinnert hat als ein lösungsorientiertes Handeln. (...)« Walls, 09.11.09, mona-net.at

Im Abschlussbericht der Kampagne heißt es unter »Erkenntnisse«: »Hinsichtlich der Studentenproteste gibt es eine Interessensgruppe, die das Verhalten des Wissenschaftsministers einfach nicht verstehen kann und immer wieder nachfragt, warum Dr. Hahn bei den Protesten nur zuschaut.«

Agenturchef Kirchbaumer bestreitet, dass Mhoch3 Online-Reputationsmanagement für die ÖVP Wien betrieben habe: Unterlagen sowie Postings, die das Gegenteil beweisen, bezeichnet er als »Fälschungen« und »Manipulationen«.

Norbert Walter, damals als Geschäftsführer der ÖVP Wien für die Durchführung der Kampagne verantwortlich und mittlerweile einfacher Wiener Landtagsabgeordneter, sagt heute: »Als regionale Wiener Volkspartei stehen wir immer wieder vor dem Problem, die Politik zu den Bürgerinnen und Bürgern zu transportieren. Als Wiener Parteiobmann und Wissenschaftsminister konnten wir (sic!) Regionalpolitik im Sinne für die Stadt Wien und die damit verbundene internationale Dimension optimal verbinden.« Nachsatz: »Insofern sehe ich hier kein ethisches Problem.«

Johannes Hahn, der die politische Verantwortung für den Einsatz der PR-Söldner trägt, wechselte im Jahr 2010 als Österreichs EU-Kommissar nach Brüssel. Was sagt er, der laut Walter nicht in die Kampagne involviert gewesen sei, zur ethischen und politischen Fragwürdigkeit solcher Methoden? »Mir ist der von Ihnen beschriebene Sachverhalt nicht bekannt. Ich war in die Beauftragung der PR Agentur nicht eingebunden«, sagt EU-Kommissar Hahn. »Allerdings möchte ich festhalten, dass die Beauftragung von PR-Agenturen durchaus gängige Praxis ist, nicht nur im politischen Umfeld.«

»Natürlich ist verdecktes Posten ethisch unsauber. Es ist der Versuch, unter Vorspiegelung falscher Tatsachen den öffentlichen Meinungsprozess zu beeinflussen«,

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

sagt Axel Maireder, seit 2012 Mitglied des PR-Ethik-Rates und Universitätsassistent für Kommunikationswissenschaft in Wien. Ob es betriebswirtschaftlich sinnvoll ist? Kurzfristig wahrscheinlich schon, sagt Maireder, aber es hat einen großen Haken: »Wenn es bekannt wird, führt es zu einem enormen Imageschaden.« Als etwa der Kölner Verein LobbyControl 2009 aufdeckte, dass die Deutsche Bahn unter anderem Onlineforen »bearbeitet« hatte, musste der für den PR-Auftrag verantwortliche Marketingchef das Unternehmen verlassen. Der Bahnchef Rüdiger Grube selbst gelobte Besserung: »Diese Form der PR-Maßnahmen lehne ich entschieden ab.«

Was sagt etwa der Brausehersteller Red Bull, das deutsche Internetunternehmen Parship oder das Schloss Schönbrunn? Was sagt der städtische Wiener Wirtschaftsförderungsfonds, heute Wirtschaftsagentur, der die Poster beauftragte, seine Arbeit zu propagieren, oder Mobilkom Austria, die dasselbe tat? Und was sagt der Wiener Fernsehsender Puls4, der auf diese Weise seine Fußballübertragungen bewerben ließ? Oder der Musikindustriegigant Universal, der über Jahre hinweg Acts wie etwa das Starmaniasternchen Nadine, die Band Garish oder »das Team um Hans Eder« mithilfe von Mhoch3-Postings promoten ließ?

Martin Dobner, der bei Parship für Österreich zuständig ist, sagt, dass die Buchung der PR-Aktivitäten lediglich auf eine »Evaluierungsphase« beschränkt gewesen sei und dass parship.at »die Zusammenarbeit mit eClipping im Anschluss an diese Evaluierungsphase (...) von unserer Seite aus beendet« habe. Auch ein Sprecher von Schloss Schönbrunn bestätigt die Vorwürfe nur: »Die Zusammenarbeit mit der von Ihnen genannten PR-Agentur Modern Mind Marketing beschränkte sich auf einen Zeitraum von 7 Monaten im Jahr 2012.« Die Wiener Wirtschaftsagentur kann das Geschäftsverhältnis zu Mhoch3 heute nur noch in Form einer Rechnung nachvollziehen, deren Höhe auf einen größeren Auftrag hinweist: »Unsere Buchhaltung weist für das Jahr 2009 einen EINZIGEN Auftrag an e clipping aus. Und zwar in der Höhe von rund 14.000 €.« Für die Mobilkom waren es nur »Überlegungen seitens Marketing, wie man zukünftig mit den damals neuen Themen wie Social Media/Blog etc. umgeht«, sagt eine Sprecherin. Die Universal Music GmbH wiederum hat trotz mehrerer Anfragen bis Redaktionsschluss nicht

geantwortet. Und eine Red-Bull-Sprecherin will gar nichts sagen und schickt »Beflüügelte Grüße aus Fuschl am See«.

Geht man davon aus, dass es sich bei den DATUM vorliegenden Dokumenten nur um einen Bruchteil der Arbeit von Mhoch3 handelt, und davon, dass Mhoch3 wohl nicht die einzige PR-Agentur ist, die ihren Kunden anbietet, ihre Zielgruppe in die Irre zu führen: Was bleibt da von der Glaubwürdigkeit des nächsten Postings, das man liest, von der Glaubwürdigkeit des Mitmachinternet als Ganzes?

»Wir haben nie jemanden in die Irre geführt. Wir klären über wahre Inhalte auf. Das ist alles konstruktiv und hilfreich und auch gewünscht von der Zielgruppe«, sagt Martin Kirchbaumer an einem Nachmittag Mitte Oktober, und dabei lächelt der Chef von Mhoch3. Der Weg in seine Agentur führt vorbei an einem Palais ins Dachgeschoß der Favoritenstraße 7 in Wien-Wieden. Kirchbaumers Büro ist zu drei Seiten verglast, der Blick von hier oben fällt über halb Wien.

Seit genau einem Jahr residiert die Agentur hier. Die Umzugsfeier stand unter dem Motto James Bond. Auf einem Foto posiert Agenturchef Kirchbaumer auf einem roten Teppich vor einem Aston Martin, links und rechts Models im Arm. Der Vergleich mit 007 komme nicht von ungefähr, zitierte das Branchenblatt Medianet Kirchbaumer: Um für Kunden in sozialen Netzwerken ins Schwarze zu treffen, bedürfe es »Online-Agenten«.

An dem Gespräch mit DATUM nimmt auch Markus Bauer teil, der Vorstand von Medianet. Seine Privatstiftung Sol Luz hält 71 Prozent an Mhoch3 sowie 26 Prozent an der Medianet Verlag AG, die das gleichnamige Branchenblatt herausgibt. Medianet gründete die PR-Agentur auch im Jahr 1999. Sie hieß damals noch e-Clipping und war auf Monitoring im Internet spezialisiert, also auf das Finden, Sammeln und Auswerten von Meinungen im Netz. 2002 eröffnete man auf »Wunsch vieler Kunden« eine eigene Online-PR-Abteilung, das virale Marketing startete 2004, sagt Kirchbaumer, der von Beginn an dabei war. Beide bestätigen DATUM vorliegende Informationen, dass Online-Reputationsmanagement in Foren nach wie vor betrieben werde.

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

»Das Interesse des Auftraggebers liegt in der Regel darin, dass anonym gepostete Falschinformationen, subjektive Meinungen und böswillige Verleumdungen in das richtige Licht gerückt werden«, sagt Martin Kirchbaumer. Man stelle im Auftrag ihrer Kunden eine Art Balance her, da »negative Botschaften im Internet stärker wahrgenommen werden«, sagt Markus Bauer. Heute hat die Agentur vierzig Angestellte und eine dreistellige Anzahl an »freiberuflichen Zuträgern und Online-Journalisten«. Über aktuelle wie vergangene Kunden wollen die beiden nicht sprechen.

Wie rechtfertigen sie, dass sie seit zehn Jahren PR-Mitarbeiter ins Netz schicken, die als normale User verkleidet bezahlte Botschaften verbreiten? »Unsere Redakteure bewegen sich im Internet in einem Kulturkreis, wo weder die Identität offengelegt wird noch die Interessenslage. Es ist doch klar, dass die Spielregeln einer Gemeinschaft für alle gelten«, sagt Eigentümer Bauer. Agenturchef Kirchbaumer ergänzt: »Eine Offenlegung funktioniert nicht, weil einem Firmenvertreter nichts geglaubt wird.«

Ob die beiden ausschließen können, dass unter der Onlineversion dieses Artikels bezahlte Poster positiv über Mhoch3 und ihre Art der PR schreiben werden? Martin Kirchbaumer lacht. Manchmal, sagt er, sei es notwendig, Informationen unter Nicknamen zu kommunizieren, weil einem sonst niemand glaubt.

Dunkle Geschäfte

(Serie)

Neue Hiobsbotschaft für RWE: Bei zwei Großkraftwerken des Stromriesen sollen Dienstleister trickreich abkassiert haben. Die ersten Spuren führen zu einem ohnehin umstrittenen Konzern in den Niederlanden.

Von Jürgen Flauger und Sönke Iwersen, Handelsblatt, 6.11.2014

Es war schon vorher das wohl peinlichste Projekt, das der RWE-Konzern je in Angriff nahm: das Kraftwerk im westfälischen Hamm. Eigentlich sollte es schon 2012 ans Netz gehen, doch dann wurden Salzsäurereste im Kessel gefunden und undichte Stellen in den Dampfleitungen. Bis heute läuft es nicht auf voller Leistung.

Nun dürfte zum technischen Chaos noch ein Kriminalfall hinzukommen: Ein internationales Baukartell soll RWE um einen zweistelligen Millionenbetrag betrogen haben. Im Zentrum steht offenbar der niederländische Gebäudeausrüster Imtech. Statt sich einen Preiskampf um RWE-Aufträge für die technische Gebäudeausrüstung zu liefern, sollen sich die Kartellpartner abgesprochen haben: Sie überließen Imtech die überteuerten Aufträge - und bekamen einen Teil des Kuchens über Scheinaufträge zurück. Das legen Recherchen des Handelsblatts und der niederländischen Tageszeitung „De Telegraaf“ nahe.

Konkret geht es um Ausschreibungen, die Imtech zwischen 2008 und 2010 abwickelte - nicht nur für das Kraftwerk in Hamm, sondern auch für das in Eemshaven. Handelsblatt und „De Telegraaf“ liegen Dokumente vor, die zeigen, dass Imtech mit den beiden Projekten hohe Renditen in Höhe von 30 Prozent erzielte. Laut Branchenkennern ist das sehr viel: Üblich wären allenfalls 20 Prozent. Das

Auftragsvolumen - zunächst mit je 31 Millionen Euro veranschlagt - stieg in Hamm auf 41 Millionen, in Eemshaven auf 55 Millionen.

RWE zeigt sich alarmiert: „Wenn sich eine kartellbedingte Abrede zu unseren Ungunsten bewahrheiten sollte, werden wir diese konsequent verfolgen“, teilt der Konzern mit. Imtech will sich auf Anfrage nicht zur Affäre äußern. Das Unternehmen bestätigt lediglich, dass es eine durch einen Whistleblower ausgelöste Prüfung durch die eigene Compliance-Abteilung gebe. „Bislang hat die Untersuchung keine Wettbewerbsverstöße bewiesen“, erklärt Imtech. „Die Ermittlungen dauern allerdings an.“

Für Imtech wäre es nicht der erste Korruptionsfall. Seit 2013 kämpft der Konzern mit einer schweren Betrugsaffäre: Zahlreiche Manager mussten gehen, die Staatsanwaltschaft ermittelt. Vom RWE-Fall weiß das zuständige Landeskriminalamt Hamburg erst seit wenigen Wochen.

Die Entwicklungen bei Imtech dürfte auch die Commerzbank in Frankfurt mit Sorge beobachten: Das Institut war Teil eines Konsortiums, das Ende Oktober eine Kapitalerhöhung für Imtech organisierte - am Ende aber auf der Hälfte der neuen Aktien sitzen blieb. Die Commerzbank hielt seitdem plötzlich ein 70,8 Millionen Euro schweres Aktienpaket.

Nach dem erneuten Absturz des Imtech-Kurses am Mittwoch war es fast 24 Millionen Euro weniger wert.

Teil 2

Der Kraftwerks-Skandal

Von Jürgen Flauger & Sönke Iwersen, Handelsblatt, 6.11.2014

Es sind Rechnungen wie diese, die den Whistleblower bei Imtech stützig machten: 421 355 Euro verlangte ein Konkurrent am 28. Oktober 2010 vom niederländischen Gebäudedienstleister. Dafür habe er „Rauch- und

Wärmeabzugsanlagen für Kohleversorgung und Gipsentsorgung im RWE-Kraftwerk Eemshaven geplant, geliefert und montiert.“ Wenig später wurde die Rechnung, die dem Handelsblatt in Kopie vorliegt, fristgerecht beglichen.

Es gibt nur ein Problem: Das Unternehmen, das die Rechnung stellte, ein führendes Energietechnikunternehmen, hat offenbar nie auf der Baustelle in Eemshaven gearbeitet. Diese Leistung sei nach Wissen des RWE-Konzerns nicht von diesem Unternehmen erbracht worden, und es sei auch „von Imtech nicht als Subunternehmer angezeigt worden“, teilte Deutschlands größter Stromproduzent am Mittwoch nach Prüfung der Rechnung mit.

Und auch bei einem anderen Unternehmen, einem namhaften Anlagenbauer, muss der Auftraggeber abwinken. Die Firma bekam von Imtech 360.000 Euro für die „Montage- und Werksplanung für die Gewerke Heizung, Lüftung und Kälte“ in Eemshaven. Hat das Unternehmen die Arbeiten aber auch wirklich ausgeführt? „Nach unserer Kenntnis nicht“, erklärte RWE.

Für den Whistleblower ist diese Information keine Überraschung. Nach seiner Schilderung funktionierte das Kartell schließlich so: Bei der Ausschreibung hielten sich die Konkurrenten zurück oder gaben noch höhere Gebote ab, damit Imtech zum Zuge kam. Die Firmen schickten im Gegenzug Scheinrechnungen an Imtech - für Arbeiten, die zwar nie ausgeführt, aber prompt bezahlt wurden.

Dem Handelsblatt liegen noch weitere solcher Rechnungen vor. Manche waren auf die RWE-Projekte gebucht, andere auf den neuen Berliner Flughafen. Das dürfte kein Zufall sein. Wie in Hamm und Eemshaven verzögerten sich in Berlin die Bauarbeiten - und die Kosten kletterten immer weiter in die Höhe. Das Baustellen-Chaos könnte den Beteiligten dann viel Spielraum für kreative Buchführung geboten haben. „Sie müssen sich vorstellen, dass wir hier im Konzern Millionen von Rechnungen schreiben und erhalten“, sagt ein Imtech-Manager. „Wenn jemand da etwas verstecken will, kann er das auch.“

Warum dies aufseiten von RWE nicht aufgefallen ist, könnte zwei Gründe haben. Erstens Komplizenschaft. Ein RWE-Mitarbeiter könnte sich beteiligt haben. Dem tritt der Konzern nach intensiver Prüfung aber vehement entgegen: Die

Auftragshöhen seien vor der Vergabe intensiv geprüft worden. Über die Auftragsvergabe in einer solchen Höhe entscheide „immer ein Projektteam bestehend aus Beteiligten mehrerer Fachbereiche“. „Eine Mitwirkung der Entscheidungsträger bei RWE kann damit ausgeschlossen werden.“

Die zweite mögliche Erklärung ist nicht strafbar, aber kaum weniger angenehm: Inkompetenz. „Gerade in Hamm sind so viele Pannen passiert, dass zehn oder 20 Millionen zu viel in dem Chaos vielleicht gar nicht mehr auffielen“, sagt ein Insider des Projekts.

RWE hatte das Prestigeprojekt 2008 stolz in Angriff genommen. Sogar Bundeskanzlerin Angela Merkel war damals gekommen. 2012 hätten die zwei geplanten Kraftwerksblöcke eigentlich ans Netz gehen und Strom für mehr als drei Millionen Haushalte liefern sollen. Doch zahlreiche Pannen verzögerten den Bau. Unter anderem war in den Kessel versehentlich Salzsäure geleitet worden.

Vor wenigen Wochen ging dann zwar endlich der erste Block in Betrieb. Für den zweiten Block ist die Inbetriebnahme aber noch immer nicht in Sicht, vielleicht wird er sogar nie Strom liefern. Die Investitionskosten haben sich inzwischen von zwei auf rund 2,5 Milliarden Euro erhöht.

Auch wenn der Energiekonzern in diesem Fall das Opfer sein sollte, angenehm ist der Vorgang für RWE-Chef Peter Terium nicht. Schließlich gerät das Pannenkraftwerk in Hamm nun schon wieder in die Schlagzeilen.

Teil 3

Imtech: Seltsame Zahlungen an den Fußballklub VfR Aalen

Manager spielten Doppelrollen bei Imtech und beim VfR. Flossen Millionen ab?

- Erneut Verdacht auf Scheinrechnungen.

- Strafanzeige gegen ehemaligen VfR-Aufsichtsratschef.

Von Sönke Iwersen, Handelsblatt, 18.11.2014

Die Korruptionsaffäre des Gebäudeausrüsters Imtech erfasst den Fußball. Deutsche Manager des niederländischen Konzerns sollen über Jahre hinweg und mit hoher krimineller Energie Gelder veruntreut und an den Zweitligisten VfR Aalen geleitet haben. Wie die Hamburger Staatsanwaltschaft bestätigte, liegt ihr eine entsprechende Anzeige vor. Zu Einzelheiten könne sie sich nicht äußern.

Nach gemeinsamen Recherchen des Handelsblatts und der niederländischen Tageszeitung „De Telegraaf“ handelt es sich bei dem Angezeigten um den ehemaligen Aufsichtsratsvorsitzenden des VfR Aalen, Johannes Moser. Moser leitete 13 Jahre lang die Hauptniederlassung von Imtech in Aalen und war danach Direktor der Imtech-Region Süd-West. In seiner Laufbahn verantwortete er einen Umsatz von insgesamt 8,5 Milliarden Euro.

Zwischen Imtech und dem VfR Aalen gab es seit vielen Jahren eine Geschäftsbeziehung. Imtech unterstützte den Fußballklub als Sponsor, zuletzt mit rund zwei Millionen Euro pro Saison. Doch die Beteiligten fanden offenbar, das sei nicht genug. Deshalb soll ein illegales Geldsystem aufgebaut worden sein.

Nach Schilderung von Unternehmens-Insidern lief es so ab: Ein Imtech-Manager bat eine Drittfirma, mit der Imtech eine Geschäftsbeziehung hatte, eine Scheinrechnung zu stellen. Die Rechnung kam, und Imtech überwies die vereinbarte Summe für die Arbeit, die nie ausgeführt wurde. Der Empfänger schickte dann dieses Geld - es ging pro Überweisung um fünf- und sechsstelligen Summen - als Spende weiter an den VfR Aalen. Der Klub stellte eine Spendenbescheinigung aus, welche die Drittfirma bei der nächsten Steuererklärung einreichte.

Moser war für eine Stellungnahme nicht zu erreichen. Seine Frau sagte am Telefon, ihr Mann habe keine Funktion mehr bei dem Verein, alle Fragen hierzu sollten an Imtech gestellt werden. Imtech wiederum verneinte eine Stellungnahme mit Hinweis auf die hierzu laufende eigene Ermittlung. Die Vorwürfe seien durch einen Whistleblower aufgebracht worden, sie würden untersucht. Der Präsident des VfR Aalen, Berndt-Ulrich Scholz, sagte, ihm sei von solchen Geschäften nichts bekannt.

„Wie die Spenden zustande kommen, können wir ja nicht wissen.“ Er selbst habe keine Spendenquittungen unterschrieben.

Scholz wusste auch nichts von einer zweiten Merkwürdigkeit. Dem Handelsblatt und dem „Telegraaf“ liegen Dutzende von Rechnungen vor. 50 646 Euro für ein Trainingslager, 34 510 Euro für Hotelzimmer, 10 885 Euro für Sitzkissen und Minibälle. Alles sind Posten, die eigentlich vom VfR hätten beglichen werden müssen. Bezahlt wurden sie aber von Imtech. „Davon weiß ich nichts“, sagt Scholz. „Die vereinbarten Sponsoringsummen wurden jedenfalls vertragsgemäß in Raten von Imtech an den VfR gezahlt.“

Imtech zahlte aber nicht nur für Trainingshosen und Trainingslager, sondern ging noch ganz andere Nebengeschäfte ein. Im April 2009 etwa flossen mehr als 40.000 Euro an eine Firma, die Jürgen Kohler vertrat. Der ehemalige Fußballweltmeister wurde 2008 erst Trainer und dann Sportdirektor beim VfR. Im Mai 2009 trat Kohler zurück.

Ausgestellt war die Rechnung für den „Repräsentantenvertrag Jürgen Kohler“ an den ehemaligen Deutschlandchef von Imtech, Klaus Betz. Dieser pflegte ebenfalls eine enge Beziehung zum VfR und war noch bei seiner Entlassung im Februar 2013 Mitglied im Aufsichtsrat des Fußballklubs. Auf Anfrage wollte sich Betz zum VfR nicht äußern.

Er hat andere Probleme. Imtech hat ihn unter anderem wegen Veruntreuung von vielen Millionen Euro bei der Staatsanwaltschaft Hamburg angezeigt. Es geht um ein riesiges System aus gefälschten Rechnungen und anderen Unregelmäßigkeiten. Die Ermittlungen laufen. Betz äußert sich nicht dazu.

Der Imtech-Skandal war für den VfR Aalen schon vor den neuen Enthüllungen eine Last. Der Klub war in Geldnot und kämpfte um seine Lizenz. Nach Angaben von Vereinspräsident Scholz gibt es noch immer einen Disput um 1,7 Millionen Euro, die Ex-Imtech-Manager Betz 2012 zugesagt, aber nicht gezahlt haben soll. Imtech äußert sich nicht zu dem laufenden Rechtsstreit.

Die Lizenz konnte der VfR Aalen nur halten, weil Scholz einsprang und Bürgschaften übernahm. Der Großunternehmer ist seit Jahren der Anker des Vereins und Namensgeber der Scholz-Arena, in der das Zweitliga-Team spielt.

Auch zwischen dem 75-jährigen VfR-Präsidenten und Imtech gibt es zahlreiche Verbindungen. So baute eine seiner Firmen die Imtech-Niederlassung in Aalen und vermietete sie an das Unternehmen - zu sehr stattlichen Preisen, wie es von Imtech-Mitarbeitern heißt. Scholz sagt, der Mietvertrag sei sauber: „Alles mit Notar.“

Den ehemaligen Imtech-Chef Klaus Betz, sagt Scholz, habe er schon lang nicht mehr gesprochen. Er fände es aber schade, dass der im vergangenen Jahr zum Ehrenmitglied des VfR ernannte Johannes Moser nicht mehr zu den Spielen des Vereins komme.

Im September 2013 wurde Moser als Direktor von Imtech verabschiedet. Geschäftsführer Jürgen Sautter lobte Moser als „Imtech-Fels in der Brandung“. Der 68-Jährige ist weiterhin für den Konzern tätig. Als Berater kümmert sich Moser um die Belange von Imtech auf der Baustelle des Berliner Flughafens BER.

Teil 4

Vergangenheit holt Ferrostaal ein

Der Anlagenbauer hat lange gebraucht, seinen Schmiergeldskandal aufzuarbeiten. Nun gerät er in den Affärenstrudel rund um Imtech.

- *Mehrere Scheinrechnungen aufgetaucht.*
- *Gab es auch Kartellabsprachen?*

Von Jürgen Flauger und Sönke Iwersen, Handelsblatt, 20.11.2014

Es war eine Rechnung, die nie hätte geschrieben werden dürfen. Nicht an diesen Adressaten, nicht für diese Arbeiten und schon gar nicht an diesem Tag. Doch die

Rechnung, die die Ferrostaal Air Technology GmbH in Saarlouis am 9. Dezember 2010 bezüglich „Montage und Werksplanung für die Gewerke Heizung, Lüftung und Kälte“ beim neuen RWE-Kraftwerk im niederländischen Eemshaven an den Konkurrenten Imtech stellte, wurde geschrieben. Und sie wurde bezahlt.

Genau das könnte die Beteiligten teuer zu stehen kommen. Viel teurer, als die 360.000 Euro, die Ferrostaal damals mit dem Auftrag eingenommen hatte.

Problem eins: Ferrostaal hat die Arbeiten, die berechnet wurden, nie ausgeführt. Das bestätigen sowohl RWE als auch Ferrostaal-Kreise. Es handelt sich um eine Scheinrechnung, ausgestellt und bezahlt nach vorheriger Absprache zwischen der deutschen Tochter des niederländischen Imtech-Konzerns und Managern der Ferrostaal-Tochter. Es dürfte sich zumindest um Betrug handeln, vielleicht aber auch mehr.

Problem zwei: Die Rechnung wurde im Dezember 2010 ausgestellt. Zu einer Zeit also, als es im Ferrostaal-Konzern vermeintlich kein wichtigeres Thema geben konnte als die Einhaltung von Recht und Gesetz. Dutzende von externen Anwälten liefen tagaus, tagein über die Flure und waren mit nichts anderem beschäftigt, als einen groß angelegten Bestechungsskandal aufzuklären.

Seit Mai 2010 war der Antikorruptionsexperte Andreas Pohlmann, der zuvor für Siemens tätig war, dabei, ein Compliance-Managementsystem aufzubauen, das den Vergleich mit jedem Dax-Konzern aushielt. Und genau in dieser Atmosphäre entschieden sich Manager einer Tochter, eine Rechnung zu erfinden.

„Als sich das bestätigte, waren wir einfach geschockt“, sagt ein Manager von Ferrostaal. Für den Konzern kam der Fall auf die übelste denkbare Art zum Vorschein. Am einen Tag lasen die Manager im Handelsblatt von einem Korruptionsfall beim Kraftwerk von RWE.

Am nächsten Tag konfrontierte sie das Handelsblatt mit Dokumenten, welche die Verwicklung der Ferrostaal-Tochter im Saarland belegten. Sofort sprang die interne Revision an. Zähneknirschend bestätigten die Beteiligten: Ja, die Rechnungen, für die es keine Leistung gab, wurden gestellt und verbucht.

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

In der Ferrostaal-Zentrale könnte die Unruhe nun nicht größer sein. Im Konzern grassiert die Angst, man habe sich mit einer Krankheit angesteckt, die ausgestanden schien, einem Virus, bei dem nicht klar ist, ob man einen Finger verliert oder gar den Kopf.

Der Fall Imtech konfrontiert Ferrostaal mit dem dunkelsten Kapitel der jüngeren Unternehmensgeschichte. Das Unternehmen, dessen Wurzeln bis 1920 zurückreichen, war 2009 ins Visier der Staatsanwaltschaft München geraten, weil es jahrelang Bestechungsgelder bezahlt hatte, um an lukrative Aufträge zu kommen. Laut Anklage ging es dabei um die Vermittlung von U-Boot-Geschäften mit Griechenland und Portugal. Schmiergelder sollen außerdem in Libyen, Oman, Südafrika, Trinidad und Venezuela geflossen sein. Ferrostaal akzeptierte letztlich eine Geldbuße von 149 Millionen Euro.

Die Affäre verursachte nicht nur einen enormen finanziellen und einen Imageschaden. Das ganze Unternehmen geriet in heftige Turbulenzen. Zahlreiche Führungskräfte, darunter der frühere Ferrostaal-Chef Matthias Mitscherlich, gingen. Aufträge platzten, Geschäftspartner kappten ihre Verbindungen.

Außerdem stritten sich die damaligen Aktionäre. Kurz bevor die Affäre publik wurde, hatte der Nutzfahrzeughersteller MAN 70 Prozent der Ferrostaal-Anteile an den arabischen Staatsfonds IPIC verkauft. Die Araber fühlten sich nach Bekanntgabe der Bestechungsvorwürfe getäuscht und klagten ihrerseits gegen MAN auf eine Rückabwicklung. Im November 2011 verkauften die Streitparteien dann ihre gesamten Anteile an die Hamburger Beteiligungsgesellschaft MPC.

Was nun aufgetaucht ist, hat niemand bei Ferrostaal für möglich gehalten. Sieben Scheinrechnungen, die letzte von Ende 2010. „Wir haben bei Air Technology für zwei Aufträge von Imtech aus den Jahren 2009 und 2010 bisher keine plausiblen Leistungsnachweise finden können“, sagt John Benjamin Schroeder, Geschäftsführer von Ferrostaal.

„Wenn Geld geflossen ist für Angebote, die gar nicht ausgeführt wurden, werden wir das konsequent aufklären und bereinigen - denn das hat mit guter Geschäftsführung, wie wir sie eingeführt haben, nichts zu tun.“ Die internen

Ermittlungen laufen seit zwei Wochen - seit der Fall in der Zeitung stand. Noch gibt es zwei mögliche Ausgänge. Einen schlechten. Und einen ganz schlechten.

Bei der besseren Variante ginge es nur um Betrug. In Unternehmenskreisen heißt es, die beteiligten Manager hätten ihr Handeln quasi als Notwehr erklärt. Sie seien bei der Ausschreibung von RWE so im Preis gedrückt worden, dass sich ein Angebot gar nicht mehr gelohnt hätte. Dann sei man auf Imtech zugegangen, um sich die Kosten wieder hereinzuholen. Imtech sei über den Rückzug von Ferrostaal froh gewesen und habe eine Art Abstandsleistung gewährt. So seien sieben Fantasierechnungen zustande gekommen. Aufträge aus anderen Projekten seien einfach umgebucht worden.

Dass bei drei Rechnungen auch ausgerechnet die Katastrophenbaustelle des Flughafens Berlin (BER) als Platzhalter eingesetzt worden sei, machte die Revision fast rasend. Niemals sei Ferrostaal beim BER tätig gewesen, versichern alle Beteiligten. Es ist eine Baustelle, von der man Abstand hält. Insgesamt bekam Ferrostaal 1,5 Millionen Euro von Imtech.

So wahnsinnig die erste Erklärung klingt, so viel gefährlicher wäre Variante Nummer zwei: Ferrostaal, Imtech und noch zwei weitere Unternehmen könnten sich bereits im Vorfeld der Ausschreibung abgesprochen haben. So schildern es Insider bei Imtech. Die Konkurrenten hätten vereinbart, viel zu hohe Angebote abzugeben. Derjenige, der dann den Auftrag erhielt, sollte über Scheinrechnungen die anderen an den Mehreinnahmen zulasten von RWE beteiligen. Für die Richtigkeit dieser Erklärung könnte sprechen: Imtech erzielte bei den RWE-Aufträgen Margen von mehr als 30 Prozent.

Sollte sich diese Variante bestätigen, droht den Beteiligten die Waffe, die sie am meisten fürchten: das Kartellrecht. Bis zu zehn Prozent des Umsatzes kann die deutsche Wettbewerbsbehörde von Unternehmen verlangen, die untereinander Preise absprechen. Dabei ist die Grundlage für die Berechnung der Strafe nicht die Firma, wo die Absprache stattfand, sondern der Umsatz des ganzen Konzerns. Für Ferrostaal ginge es damit um eine mögliche Zahlung von 100 Millionen Euro, für Imtech um eine halbe Milliarde Euro.

Das Bundeskartellamt und das Landeskriminalamt Hamburg, wo die Deutschlandzentrale von Imtech ansässig ist, prüfen die seltsamen Rechnungen schon. Bei Ferrostaal hofft man nun, es war alles nur Betrug.

Teil 5

Großrazzia gegen Baukartell

Staatsanwaltschaft durchsucht 50 Objekte. Anlass sind offenbar unlautere Absprachen bei einem RWE-Kraftwerksprojekt.

- *Der niederländische Konzern Imtech steht im Zentrum der Affäre.*
- *Offenbar sind aber auch neun deutsche Unternehmen betroffen.*

Von Jürgen Flauger und Sönke Iwersen, Handelsblatt, 5.2.2015

Erst kam die Entwarnung, dann die Razzia. Ganze drei Wochen ist es her, dass die Führung des niederländischen Gebäudeausrüsters Imtech eine frohe Botschaft verkündete. Thema war ein „möglicher Verstoß gegen das Wettbewerbsrecht in Deutschland“. Aber nur die Ruhe: „Unsere Abteilung GRC (Governance, Risk and Compliance) hat mit Unterstützung externer Anwälte und Fachleute eine interne Untersuchung durchgeführt, die keine Gesetzesverstöße zutage gefördert hat“, lautete die Meldung für die Presse. Gefahr erkannt, Gefahr gebannt.

Doch weit gefehlt. Nach Recherchen des Handelsblatts und der niederländischen Zeitung „De Telegraaf“ bekamen am Dienstag gleich vier Standorte von Imtech unangemeldeten Besuch. In Aalen, Hamburg, München und Stuttgart marschierten Beamte der Staatsanwaltschaft ein. Sie brachten Durchsuchungsbeschlüsse des Amtsgerichts München wegen des „Verdachts wettbewerbsbeschränkender Absprachen und anderem“ mit. Teils wurden die Ermittler gleich begleitet von Vertretern des Bundeskartellamts.

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Das Drama und die Gefahr einer möglicherweise dreistelligen Millionenstrafe ist für Imtech damit noch nicht vorbei. Im Gegenteil. Wie das Handelsblatt und „De Telegraaf“ im November 2014 aufdeckten, war Imtech an dunklen Geschäften beteiligt, mit denen der RWE-Konzern zwischen 2008 und 2010 mutmaßlich schwer geschädigt wurde. Bei Angeboten für die Gebäudetechnik in den Kraftwerken Eemshaven und Hamm soll es zu Preisabsprachen und anderen Unregelmäßigkeiten gekommen sein. Der Verdacht: Statt sich einen Preiskampf um RWE-Aufträge für die technische Gebäudeausrüstung zu liefern, sollen sich die Kartellpartner abgesprochen haben. Sie überließen Imtech die überteuerten Aufträge - und bekamen im Gegenzug einen Teil des Kuchens über Scheinaufträge zurück.

Imtech verdiente an den Projekten erstaunlich hohe Renditen. Andere beteiligte Unternehmen waren damalige Gesellschaften der Konkurrenten Ferrostaal, Caverion und Cofely. Einige Akteure haben zumindest das Arbeiten mit Scheinrechnungen bereits eingestanden. RWE hatte auf Nachfrage auf den Baustellen keine Gegenleistungen für die Rechnungen finden können - und das Bundeskartellamt kontaktiert.

Weil weder die Staatsanwaltschaft noch das Bundeskartellamt vor der Veröffentlichung im Handelsblatt aktiv waren, fanden sich die Unternehmen in einer seltsamen Lage. Eine Firma, die sich zuerst beim Kartellamt meldet und bei der Aufklärung hilft, kann auf mildernde Umstände hoffen. Bestenfalls entfällt für diesen Kronzeugen eine Strafe.

Für dieses Vorgehen gibt es allerdings enge Zeitfenster. Diesmal stand das Kartell in der Zeitung, bevor sich irgendjemand beim Kartellamt gemeldet hatte. Alle vier betroffenen Firmen geben an, sie hätten in den vergangenen Wochen alles getan, um sich ein Bild zu machen und mit den Behörden zusammenzuarbeiten. Ob aber auch nur eine von ihnen auf Schonung hoffen kann, ist mehr als fraglich. Kompliziert wird das Verfahren, da betroffene Tochtergesellschaften seit dem Tatzeitraum verkauft wurden. Ferrostaal etwa trennte sich nach Bekanntwerden der Vorwürfe von der betroffenen Tochter.

Potenziell kann das Kartellamt eine Strafe in Höhe von zehn Prozent des Konzernumsatzes verhängen. Seit dieser Woche vergrößert sich diese Gefahr nun.

Laut Staatsanwaltschaft München sind bei der Razzia am Dienstag 50 Objekte durchsucht worden, 18 davon bezogen sich auf Unternehmen. Laut einem Imtech-Vertreter stehen auf den Durchsuchungsbeschlüssen die Namen von neun weiteren deutschen Unternehmen und deren Managern. Der ganze Sektor stehe offenbar unter Verdacht.

Die Staatsanwaltschaft und das Bundeskartellamt wollten sich gestern nicht äußern. „Wegen der laufenden Ermittlungen und des Umstandes, dass es auch um mögliche steuerstrafrechtliche Belange geht und daher das strafbewehrte Steuergeheimnis unsere Behörde bindet, können wir derzeit keine weiteren Angaben machen“, sagte Oberstaatsanwalt Thomas Steinkraus-Koch. Die Anzahl der Beschuldigten bewege sich „derzeit in einem unteren zweistelligen Bereich“.

INFO-KASTEN

Ein Buch für die Chefs in Gouda

Viele Jahre lang galt das Deutschlandgeschäft des königlichen niederländischen Baukonzerns Royal Imtech als Vorzeigesparte. Selbst in der Weltwirtschaftskrise lieferte Landeschef Klaus Betz Quartal um Quartal glänzende Zahlen. Der Umsatz stieg, die Renditen blieben überdurchschnittlich. Fast schien es, als sei Imtech ein eigener Planet. Dann kam heraus: Es war nur eine Fantasiewelt.

Seit Anfang 2013 ist das Deutschlandgeschäft von Imtech bestenfalls eine Großbaustelle, meist einfach nur ein Krater. Landeschef Betz wurde erst rausgeworfen, dann angezeigt. Es geht um Betrug, Untreue und diverse andere Vergehen. Die Staatsanwaltschaft Hamburg ermittelt, die in München, wo Betz lange Zeit agierte, ebenso. Die Bilanzen mussten nachträglich von Schwarz auf Rot korrigiert werden, mehr als tausend Mitarbeiter verloren ihren Job. An der Börse büßte Imtech mehr als zwei Milliarden Euro an Wert ein. In Deutschland wurden 70 Prozent des Managements ausgetauscht.

Die deutsche Tochter, so heißt es heute aus der niederländischen Zentrale, führte zwei Bücher. Eines für die Wirklichkeit, und eines für die Chefs in Gouda. Vom zweiten, dem mit den Fantasiezahlen, waren die Boni für die Deutschland-Führung

abhängig. Da konnte es schon mal passieren, dass ein 100-Millionen-Euro-Projekt in Polen eingebucht wurde, das gar nicht existierte. Der gigantische Abenteuerpark in Warschau wurde öffentlich als größter Auftrag der Konzerngeschichte gefeiert. Dabei gab es nie eine Baugenehmigung.

Allein das Aufschreiben der Probleme hat schon Millionen verschlungen. Mehr als 100.000 Arbeitsstunden flossen allein in den ersten Bericht, den Imtech im Juni 2013 seinen Aktionären vorlegte. Dann sollten sie nachschießen. 600 Millionen Euro wollte Imtech am Kapitalmarkt einsammeln. Nur die Hälfte kam zusammen, den Rest mussten die beteiligten Banken selbst beisteuern. So wurden die niederländischen Geldhäuser Rabobank, ABN Amro und ING Groep NV zu Großaktionären bei Imtech, aber auch die deutsche Commerzbank hält noch heute 11,8 Prozent an dem Skandalkonzern.

Teil 6

Tatort Flughafen

Der Berliner Airport BER ist Deutschlands peinlichste Großbaustelle. Jetzt erschüttert auch noch eine Korruptionsaffäre das Prestigeprojekt.

Von Massimo Bognanni und Sönke Iwersen, Handelsblatt, 27.2.2015

Vielleicht hätte Karsten Mühlenfeld am Ende lieber verzichten sollen. Wochenlang wurde öffentlich diskutiert, ob er der Richtige für den Chefposten des Flughafens Berlin Brandenburg (BER) sei. Noch wenige Tage vor der Entscheidung stellte das Bundesverkehrsministerium einen Gegenkandidaten auf. Mühlenfeld hat inzwischen zwar die Zusage, sein Amt als Flughafen-Chef soll er im Sommer antreten. Aber vor ihm eröffnet sich jetzt ein neuer Abgrund auf der Großbaustelle: Korruption.

Die Staatsanwaltschaft Neuruppin ermittelt gegen einen ehemaligen Baumanager des Flughafens wegen des Verdachts auf Bestechlichkeit. Ralf Berg

(Name geändert) soll 200.000 Euro in bar erhalten haben, um Ende 2012 zwei Rechnungen an einen Baukonzern abzuzeichnen - ohne vorher geprüft zu haben, ob dieser seine Auftragsarbeiten überhaupt geleistet hatte. Insgesamt soll es sich um 65 Millionen Euro handeln. Die Staatsanwaltschaft bestätigt, dass es Ermittlungen gebe, will sich aber zu Details nicht äußern.

Das Geld für die mögliche Bestechung soll nach Recherchen des Handelsblatts aus einer schwarzen Kasse des niederländischen Konzerns Imtech stammen. Imtech hatte Ende 2012 Liquiditätsprobleme, weil es bei Akquisitionen mehrere Fehlgriffe gegeben hat.

Auf der Suche nach frischem Geld dachte Imtech an den Berliner Flughafen BER: Dort hatte der Konzern mehrere Großaufträge über insgesamt rund 300 Millionen Euro laufen. Ein Imtech-Manager erfuhr im Frühjahr 2013 nach eigenen Aussagen davon, dass sein Konzern bereits 200.000 Euro an den Flughafenmanager Berg gezahlt haben soll. Der Imtech-Manager lehnte es ab, Berg weitere 1,8 Millionen Euro zukommen zu lassen.

Wie viel Geld tatsächlich floss, ist bisher unklar. Fest steht, dass die Staatsanwaltschaft Neuruppin bei einer Durchsuchung von Bergs Wohnung vor wenigen Wochen 300.000 Euro in bar fand. Bergs Anwalt wollte sich auf Anfrage zu den Vorwürfen nicht äußern.

Die Staatsanwaltschaft ermittelt neben Berg auch gegen vier ehemalige Imtech-Manager. Diejenigen, die das Handelsblatt erreichen konnte, lehnten eine Stellungnahme ab. Ein Sprecher von Imtech sagt, dem Unternehmen seien die Vorwürfe bekannt. Eine eigene Untersuchung habe aber keine Beweise gebracht. Imtech wolle mit den Behörden kooperieren.

Auch die Flughafengesellschaft unterstütze die Ermittlungen und behalte sich rechtliche Schritte gegen Ex-Mitarbeiter vor, teilt ein Sprecher mit.

Das wird auch Zeit. Denn nach einem Schreiben, das dem Handelsblatt vorliegt, erhielt die Flughafengesellschaft schon im Frühjahr 2013 einen anonymen Hinweis mit den Korruptionsvorwürfen.

Teil 7

Tatort Flughafen

Die Geschichte des geplanten Airports Berlin Brandenburg ist eine Geschichte des Versagens. Jetzt kommen massive Korruptionsvorwürfe hinzu.

Von Massimo Bognanni und Sönke Iwersen, Handelsblatt, 27.2.2015

Berlin, ein eisiger Wintertag 2013, die Baustelle des Hauptstadtflughafens BER. Bereichsleiter Ralf Berg (Name geändert) empfing eine Delegation des Bundestags. Mit roten Schutzwesten und Helmen bestückt, machten sich die Parlamentarier auf Erkundungstour. Sie wollten wissen, wie es auf der Dauerbaustelle eigentlich aussieht.

Die Parlamentarier besichtigten die einsame S-Bahn, die täglich fahren muss, damit die Anlage keinen Schimmel ansetzte. Sie beobachteten das Gepäckband, auf dem ein altes Paar Skier einsam seine Testrunden drehte. Sorgenvoll blickten die Abgeordneten auch auf die herumliegenden Kabel und die Geisterterminals. Wann das denn alles fertig werde, wollten sie wissen. Für die Antwort, sagte BER-Mann Berg, bräuchte er eine Glaskugel.

Was die Abgeordneten damals nicht ahnten: Berg war wohl mehr Teil des Problems als seine Lösung. Keine zwölf Monate später sollte er seinen Job wieder los sein. Und weitere zwölf Monate später würde er Besuch von der Staatsanwaltschaft erhalten. Die schaute dann nicht in seine Glaskugel, sondern in seinen Tresor. Und dort fand sie große Mengen an Bargeld.

Der Flughafen Berlin Brandenburg, geplant als Prunkstück der deutschen Hauptstadt, wird von Jahr zu Jahr mehr zu ihrem Schandfleck. Gestartet war er als gute Idee noch Ende des vergangenen Jahrhunderts. Nach der Wiedervereinigung sollte es auch einen vereinigten Berliner Flughafen geben. 2003 beschlossen die Länder Berlin und Brandenburg sowie der Bund, den Bau selbst zu managen - kein Privatunternehmen hatte das Projekt übernehmen wollen. Im Sommer 2010 musste der

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Starttermin erstmals verschoben werden, es folgten immer neue Eröffnungstermine, die nicht eingehalten werden konnten - vor allem wegen erheblicher Probleme mit der Brandschutzanlage.

Im März 2013 dann sollte Ex-Bahn-Chef Hartmut Mehdorn die Baustelle retten. Längst war das Thema ein Politikum: Schließlich trat der Aufsichtsratsvorsitzende, der damalige Berliner Bürgermeister Klaus Wowereit, zurück. Die Kosten explodierten binnen elf Jahren von knapp zwei Milliarden auf geschätzte acht Milliarden Euro.

Ralf Berg wechselte im Sommer 2012 auf die Baustelle BER, mitten in den Berliner Chaostagen. Der geplante Eröffnungstermin des Airports am 3. Juni hatte ein weiteres Mal auf unbestimmte Zeit verschoben werden müssen. Um das Milliardengrab zu retten, holte die Flughafengesellschaft FBB im August neues Personal, darunter auch Ralf Berg.

Der Neue firmierte auf dem Papier nur als Bereichsleiter. Tatsächlich aber war Bergs Position machtvoller: Er war für die Auftragsvergabe zuständig, hatte die Leistungen der zahlreichen Baufirmen zu überprüfen - und durfte dank seiner Prokura auch Rechnungen abzeichnen.

Schnell geriet Berg zwischen die Fronten. Auf der einen Seite übte sein Arbeitgeber, die Flughafengesellschaft FBB, intern enormen Druck aus. Nachdem der Starttermin zum zweiten Mal verschoben werden musste, sollte es 2013 unter allen Umständen klappen. Da mehrere Baufirmen mit dem Rückzug von der Chaosbaustelle drohten, wenn nicht bald Geld fließe, sollte Berg sich möglichst schnell einen Überblick verschaffen: Welche Firma hatte auf der Baustelle was geleistet? Wie viele offene Forderungen der Firmen gibt es noch? Und: Sind diese Forderungen überhaupt begründet? Ziel war es, im Interesse des Baufortschritts den Zwist zwischen Flughafengesellschaft und den Firmen zu beenden.

Auf der anderen Seite gab es den Druck von außen - vor allem von dem Bauunternehmen Imtech. Der Deutschland-Tochter des niederländischen Konzerns stand nach Angaben eines Insiders damals das Wasser bis zum Hals. Dringend sollten deshalb Forderungen in Millionenhöhe auf der BER-Baustelle eingetrieben werden.

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Zu Gesprächen über offene Rechnungen erschien das Imtech-Management gleich mit dem Anwalt.

Berg prüfte die zahlreichen Forderungen von Imtech - und lehnte sie zunächst ab. Für viele der Leistungen, die Imtech erbracht haben wollte, gebe es keine Belege, befand er. Das Erstaunliche zeigen nun aktuelle Ermittlungen: Kurze Zeit später, im Dezember 2012, soll Berg eine Millionenrechnung an den niederländischen Baukonzern Imtech sowie eine nicht minder üppige Rechnung an eine Arbeitsgemeinschaft aus Imtech und der Gebäudetechnikfirma Caverion (kurz: Imca) plötzlich doch abgezeichnet haben. Insgesamt 65 Millionen Euro. Noch bevor die Silvesterraketen 2012 in den Himmel schossen, ging das Geld ein. 50 Millionen bei Imtech, 15 bei Caverion.

Das Problem: Insider behaupten, für diese Millionen habe Imtech nicht die vereinbarte Gegenleistung erbracht. Gegen eine Bankbürgschaft überwies die Flughafengesellschaft die Forderung dennoch. Inzwischen macht das unschöne Wort der „Scheinrechnungen“ die Runde. Und Berg, der BER-Bau-Überwacher, steht im Verdacht, für die Freizeichnung kurz vor Jahresende die Hand aufgehoben zu haben.

Seit Mitte Dezember 2014 ermitteln deshalb die Korruptionsspezialisten der Staatsanwaltschaft Neuruppin gegen Berg und vier weitere Imtech-Manager. Im Raum steht der Verdacht der besonders schweren Bestechlichkeit beziehungsweise Bestechung. Im Januar wurden Wohnungen und Büros der Beschuldigten durchsucht. Bei Berg fanden die Ermittler mehrere Hunderttausend Euro in bar in seinem Privatsafe.

Berg wollte sich zu den Vorwürfen nicht äußern. Imtech sagte auf Anfrage, die Anschuldigungen seien bekannt. Man habe bei einer eigenen Untersuchung aber keine Beweise dafür finden können. Derzeit arbeite das Unternehmen aktiv mit den Behörden zusammen.

Auch die Flughafengesellschaft FBB hat in der Sache eine interne Prüfung gestartet. Die Compliance-Abteilung unter der ehemaligen Staatsanwältin Elke Schaefer prüfte die Angelegenheit und leitete ihre Erkenntnisse an die

Staatsanwaltschaft weiter. „Wenn die Ermittlungen einen korrupten Ex-Mitarbeiter überführen, würde uns das freuen“, sagt ein Sprecher.

Die eilige Überweisung vor Jahresfrist war der Tiefpunkt einer kriselnden Beziehung zwischen Imtech und der Flughafengesellschaft FBB. Wie fast jede Liaison begann die Zusammenkunft euphorisch. Im Februar 2009 bejubelte Imtech-Deutschland-Chef Klaus Betz zwei Großaufträge, die er am Flughafen Berlin Brandenburg erhalten hatte. In einer Arbeitsgemeinschaft mit Caverion sollte Imtech Heizungs- und Klimatechnik installieren sowie 50.000 Sprinklerköpfe der Brandschutzanlage. Ein Millionen-Deal. Betz frohlockte: „Dank unseres einzigartigen Portfolios können wir unsere Marktposition selbst in diesem schwierigen Marktumfeld halten oder ausbauen.“

Doch schon bald bekam die Beziehung Risse. Auf dem Flughafen teilten sie die Begeisterung von Imtech bald nicht mehr. Frust machte sich breit. Laut dem damaligen Bau-Überwacher Knut Nell hatte Imca monatelang nicht die nötige Anzahl von Arbeitern auf der Baustelle. Stattdessen, so Nell: frisierte Berichte, warme Worte, keine Konsequenzen. „Die Flughafengesellschaft hat leider trotz aller Drohungen nie Konsequenzen gegenüber den betroffenen Firmen gezogen.“

Sollten sich die Vorwürfe bestätigen, wäre das bereits der zweite öffentlich gewordene Korruptionsskandal, der den BER erschütterte. Im Oktober vergangenen Jahres wurde Jochen Großmann, früherer Technikchef, wegen Bestechlichkeit und Betrugs zu einer Bewährungsstrafe von einem Jahr und der Zahlung von 200.000 Euro verurteilt. Der scheidende BER-Chef Hartmut Mehdorn rief angesichts der Großmann-Affäre eine Antikorruptionstruppe ins Leben, um eine „Nulltoleranzlinie in Sachen Korruption“ zu ziehen. „Wenn da noch was ist, werden wir das finden.“

Die dubiosen Zahlungen an Imtech haben Mehdorns Korruptionsbekämpfer offenbar übersehen. Dabei führen die Vorwürfe ins Mark der Großbaustelle: in die Dienstleistungen rund um die „nicht genehmigungsfähige“ Brandschutzanlage des Airports.

Ralf Berg musste im August 2013 den Flughafen verlassen. Seine Hoffnung, damit sei das Kapitel BER für ihn beendet, erfüllte sich allerdings nicht.

Teil 8

In den Klauen des Kartells

Audi, Eon, RWE und vor allem Siemens wurden offenbar Opfer von Preisabsprachen.

Von Jürgen Flauger und Sönke Iwersen, Handelsblatt, 3.3.2015

Ein groß angelegtes Baukartell soll über Jahre hinweg internationale Energie- und Industriekonzerne geschädigt haben. Die Staatsanwaltschaft München und das Bundeskartellamt ermitteln nach Informationen des Handelsblatts derzeit gegen neun mutmaßliche Täterfirmen.

Dabei gehe es um den Verdacht auf illegale Preisabsprachen, um Scheinrechnungen für nicht geleistete Arbeit - und zumindest in einem Fall um die Zahlung von Bestechungsgeldern aus einer schwarzen Kasse. Eine Gruppe von acht deutschen und einem niederländischen Gebäudeausrüster soll demnach insgesamt 20 Konzerne geschädigt haben. Rund 50 Großbauprojekte mit einem geschätzten Auftragsvolumen von mehreren Hundert Millionen Euro seien manipuliert worden. Zu den Geschädigten gehören Weltkonzerne wie Eon, Alstom und Hitachi. Auch der Autokonzern Audi soll beim Bau eines Verwaltungsgebäudes in Ingolstadt betrogen worden sein.

Als größtes Opfer aber sehen die Behörden Siemens. „Ab dem Jahr 2007 hatten sich die Unternehmen Caverion, Cofely, Ferrostaal Air Technology, Kraftanlagen München und Nickel zu einem festen Firmenkreis zusammengeschlossen“, heißt es in einem Durchsuchungsbeschluss der Staatsanwaltschaft München. Der Zweck: „wettbewerbswidrige Absprachen zum Nachteil der Siemens AG“. Keines der betroffenen Unternehmen wollte sich auf Anfrage zu den Vorgängen äußern. Ein Siemens-Sprecher sagte, die Ermittlungen seien im Hause bekannt, man werde sie jedoch derzeit nicht kommentieren.

Teil 9

Abgezockt

Jahrelang soll ein Baukartell zahlreiche Weltkonzerne geschröpft haben. Gewinne aus abgesprochenen und überhöhten Angeboten wurden offenbar später intern umverteilt.

Von Jürgen Flauger und Sönke Iwersen, Handelsblatt, 3.3.2015

Mit der Zeit wurden sie ein richtiger Klub. Neun Firmen waren eingeschrieben, mehr als 30 Mitarbeiter involviert. Teils einfache Angestellte, meist Abteilungsleiter, Direktoren, oft Prokuristen und teilweise auch Geschäftsführer. Viele Absprachen liefen telefonisch, die wirklich wichtigen Dinge vereinbarten die Partner aber lieber bei persönlichen Treffen - an den Flughäfen in Köln, Frankfurt und München. Und dieser Klub soll einen einzigen Zweck gehabt haben: illegale Absprachen zum Schaden Dritter - vermutet die Staatsanwaltschaft München.

Knapp vier Monate ist es her, seit das Handelsblatt die ersten Akteure dieser verschworenen Gesellschaft vorstellte. Beim Bau von zwei Großkraftwerken des Stromriesen RWE im westfälischen Hamm und im niederländischen Eemshaven gab es seltsame Vorgänge. Der niederländische Gebäudeausrüster Imtech hatte die Ausschreibung in einem vermeintlich harten Wettbewerb gewonnen, dann jedoch erstaunlich hohe Gewinne erzielt. Gleichzeitig überwies Imtech mehrfach Hunderttausende Euro an Dritte, die gar nicht auf der Baustelle waren.

Das weckte auch das Interesse der Staatsanwaltschaft und des Bundeskartellamts. Schnell fanden die Beamten Indizien für ein Kartell. Nach ihren Erkenntnissen war es so organisiert: Damit eines der beteiligten Unternehmen den Zuschlag zu einem überhöhten Preis erhielt, legten andere Firmen noch teurere Gebote vor. Anschließend erhielten sie für ihre Hilfe Abstandszahlungen „durch Scheinrechnungen und andere Konstruktionen zur Verschleierung der

Ausgleichsleistung“, wie es in einem Durchsuchungsbeschluss der Staatsanwaltschaft München heißt.

Und schon jetzt deutet alles darauf hin: Das Kartell zum Schaden von RWE war nur eines von vielen.

Inzwischen ist etwas sehr Ungewöhnliches passiert. Weil ihre Namen schon in der Zeitung standen, bevor das Kartellamt auch nur eine Akte über sie angelegt hatte, sahen sich die mutmaßlichen Täterfirmen unter starken Zeitdruck gesetzt. Ihnen blieben nur wenige Wochen Zeit, um eine Art Kronzeugenregelung in Anspruch zu nehmen. Würden sie der Behörde ihre volle Kooperation anbieten, durften sie mit einer schonenden Behandlung rechnen - zumindest so lange, wie ihnen kein anderer Kartellbruder zuvorkam.

„Das Problem war: Wir mussten diese Entscheidung treffen, bevor wir wussten, was eigentlich los ist“, sagt ein Betroffener. Das hatte mehrere Gründe. Beim Baudienstleister Caverion etwa gab es in den vergangenen Jahren mehrfach Eigentümerwechsel. Diejenigen Personen, die jetzt mit dem Kartellamt sprechen mussten, waren andere als jene, die sich am Kartell beteiligt hatten. Ein anderer Beschuldigter, der niederländische Gebäudeausrüster Imtech, hat wegen einer massiven Krise seit 2013 mehr als 70 Prozent des deutschen Managements ausgetauscht. Keiner der Geschassten war in den vergangenen Wochen bereit, dem Ex-Arbeitgeber über illegale Praktiken der vergangenen Jahre zu berichten.

Das führte zu groben Fehleinschätzungen. Man habe eine interne Untersuchung zu möglichen Verstößen gegen das Wettbewerbsrecht in Deutschland zwischen 2008 und 2010 durchgeführt, teilte Imtech noch Mitte Januar 2015 mit. Neun Tage später kam die Staatsanwaltschaft ins Haus - und warf Imtech nicht nur diverse Preisabsprachen vor, sondern nannte gleich den Betrag mehrerer mutmaßlicher Scheinrechnungen - bis auf die letzte Kommastelle.

Ähnlich bloßgestellt ist auch Ferrostaal. Als das Handelsblatt berichtete, die Ferrostaal Air Technology aus Saarlouis habe bei einem Großbauprojekt von RWE Scheinrechnungen gestellt, hatte die Konzernführung dafür eine verblüffende Erklärung. Die Tochterfirma sei bei der Ausschreibung im Wettkampf mit Imtech

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

derart im Preis gedrückt worden, dass sich ein Angebot nicht mehr gelohnt hätte. Dann sei man auf Imtech zugegangen, um sich die Kosten wieder hereinzuholen. Imtech sei über den Rückzug von Ferrostaal froh gewesen - und habe eine Art Abstandsleistung gewährt - abgewickelt über Scheinrechnungen.

So verwegen die Aussage war, bei Ferrostaal habe man nur getrickst, aber keine Preise abgesprochen, so unhaltbar scheint diese ohnehin schon schwache Verteidigungsposition mittlerweile. Die Staatsanwaltschaft München wirft den beiden betroffenen Geschäftsführern inzwischen vor, nicht nur zum Schaden von RWE Preise angesprochen zu haben. Sondern auch bei einem Kraftwerk von Hitachi in Moorburg, einem Kraftwerk von Alstom in Lingen, und mehreren Projekten des Siemens-Konzerns.

„Siemens-Kreis“ - so nennt die Staatsanwaltschaft eine Gruppe von fünf Unternehmen, die seit 2007 den deutschen Vorzeigekonzern geschädigt haben sollen. Die Staatsanwälte zählen 20 Großprojekte auf, überwiegend Kraftwerke in Europa, Asien und Afrika. „Bei sämtlichen Aufträgen, die durch Preisabsprachen erlangt wurden, waren die zum Vertragsschluss führenden Angebote überhöht und führten zu einem entsprechenden Vermögensschaden beim jeweiligen Auftraggeber“, heißt es in einem Durchsuchungsbeschluss.

Ferrostaal wollte sich auf Anfrage nicht zu den Vorwürfen äußern. Man sei nicht mehr zuständig, erklärte das Unternehmen. Die Tochterfirma Ferrostaal Air Technology wurde vor wenigen Wochen verkauft. Der Käufer war ein guter Bekannter - die Safe-Tec Consulting GmbH. Deren Geschäftsführer Achim Stöckmann sitzt im Ferrostaal-Beirat. Wie seine Beratungsfirma mit der Ferrostaal Air Technology zusammenpasst, die zum Beispiel Munitionszerlegeanlagen baut, ist nicht ganz klar. Sicher ist, dass sich weder Stöckmann noch Ferrostaal zu Preisabsprachen, Scheinrechnungen und Ähnlichem äußern.

Das gilt auch für die anderen Beteiligten. Weder die zum Siemens-Kreis zählenden Bauunternehmen Caverion, Cofely, Kraftanlagen München und Nickel nahmen auf Anfrage des Handelsblatts Stellung, noch die bei anderen Projekten von der Staatsanwaltschaft beschuldigten Firmen Rixner Lüftung-Klima in Rottach-Egern oder Julius Gaiser GmbH in Ulm. Die Geschäftsführung des ebenfalls verdächtigten

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Klimatechnikspezialisten Siegle +Epple in Stuttgart war nicht zu erreichen. „Wir sprechen grundsätzlich nicht mit Journalisten“, hieß es aus dem Chefbüro. Das gelte auch für Fragen nach Wettbewerbsverstößen und Scheinrechnungen.

Vorrang dürften stattdessen in den nächsten Tagen Gespräche mit der Staatsanwaltschaft und dem Bundeskartellamt haben. Nach Informationen des Handelsblatts soll bei Siegle +Epple ein Computer beschlagnahmt worden sein, auf dem ein Mitarbeiter ein umfangreiches Verzeichnis von Projekten angelegt hatte. Eines davon soll zum Schraubenhersteller Würth gehören. Staatsanwaltschaft und Bundeskartellamt sagten auf Anfrage, sie äußerten sich zu laufenden Verfahren nicht. Allerdings scheint die Aktenlage überzeugend zu sein. Nach Angaben eines Beschuldigten vermutet die Staatsanwaltschaft etwa, dass die Firma Zeiss bei zehn verschiedenen Bauprojekten durch illegale Preisabsprachen geschädigt worden sei. Durch die Abgabe von Scheinangeboten sei das Preisniveau für Zeiss künstlich hoch gehalten worden. Die Höhe des Schadens sei noch unklar.

Klar dagegen ist, dass sich bei den mutmaßlichen Kartellmitgliedern mit der Zeit der Schlendrian einschlich. Bei einem Kraftwerksprojekt von RWE vor fünf Jahren etwa wurden Fantasierechnungen gestellt, die Fachleuten geradezu ins Auge springen mussten. „Die Firma Cofely hat eine Leistung abgerechnet, die sie noch nie erbracht hat“, berichtet ein Beteiligter. Außerdem hätten zwischen Auftragsbestätigung und Rechnungsstellung nur vier Wochen gelegen. „In dieser Frist hätte man das Gewerk niemals erbringen können.“ Abgerechnet und gezahlt wurde trotzdem.

Insider erklären dies mit der schieren Menge an Forderungen, die bei Großbauprojekten anfallen. Tausende, ja Zehntausende von Einzelposten müssten abgerechnet werden, oft fehle die Zeit für sorgsame Prüfungen. Und handle es sich um Scheinrechnungen zwischen Kartellpartnern, die die Beteiligten abzeichnen, könne das an anderer Stelle kaum auffallen.

Und so sollen Millionen in die Taschen von Betrügern geflossen sein. 421 355 Euro etwa für Imtech beim Bau eines Audi-Verwaltungsgebäudes in Ingolstadt, 349 755 Euro beispielsweise für Caverion beim RWE-Kraftwerk in Eemshaven. Zahlmeister für das Gemisch aus überhöhten Angeboten, Scheinrechnungen, sogenannten Schutzgeldern und Abstandszahlungen war immer der Auftraggeber.

Während Konzerne wie Eon, Siemens oder Alstom meinten, sie würden unter mehreren Konkurrenten den günstigsten auswählen, verteilten die Komplizen hinter den Kulissen die überzogenen Profite, glaubt die Staatsanwaltschaft. Allein beim Neubau eines Kraftwerkblocks der Großkraftwerk Mannheim AG 2010 soll der ungerechtfertigte Aufpreis bis zu eine Million Euro betragen haben.

Noch steht die Staatsanwaltschaft am Anfang. Derzeit zählt sie 30 Verdächtige bei neun Firmen. Sie sollen insgesamt 20 Kunden geschädigt haben - bei rund 50 manipulierten Großbauprojekten auf drei Kontinenten. Das betroffene Auftragsvolumen umfasst mehrere Hundert Millionen Euro, der Schaden ist noch nicht bezifferbar.

Teil 10

Mehdorns gefährliches Lob

BER-Chef empfahl einen Manager, der nun unter Korruptionsverdacht steht.

Von Massimo Bognanni und Sönke Iwersen, Handelsblatt, 5.3.2015

Es waren Worte, die Hartmut Mehdorn noch bereuen dürfte. „Vorbildlich“ nannte der Berliner Flughafenchef seinen Bereichsleiter Ralf Berg (Name geändert). „Überaus hohe Vertrauenswürdigkeit“ sowie ein „herausragendes Verantwortungs- und Kostenbewusstsein“ attestierte er Berg in einem Empfehlungsschreiben vom August 2013.

Der Gelobte ist derselbe Mann, gegen den die Staatsanwaltschaft Neuruppin jetzt intensiv ermittelt. Bestechlichkeit in besonders schwerem Fall werfen ihm die Ermittler vor. Bei einer Durchsuchung fanden sie in Bergs Wohnung mehrere Hunderttausend Euro in bar, die Berg nicht erklären konnte.

Die Schmiergeldaffäre am Berliner Flughafen bekommt mit dem Schreiben Mehdorns eine völlig neue Note. Zwei Millionen Euro hat Berg angeblich vom niederländischen Baukonzern Imtech angenommen. Als Gegenleistung soll er im Dezember 2012 eine Zahlung von 65 Millionen Euro veranlasst haben, ohne zu prüfen, ob die entsprechenden Arbeiten ausgeführt worden waren.

Nun zeigen Handelsblatt-Recherchen: Der Verdacht gegen Berg war der Flughafengesellschaft lange bekannt. Doch niemand informierte die Behörden. Stattdessen erhielt der Verdächtige ein hymnisches Referenzschreiben von Mehdorn zum Abschied. Ein Flughafensprecher erklärte, es sei nicht Stil des Hauses, einem Mitarbeiter Steine für seine weitere Karriere in den Weg zu legen.

Teil 11

„Ich hoffe, wir bleiben in Kontakt“

Im August 2013 stellte Hartmut Mehdorn einem Bereichsleiter am Flughafen BER ein geradezu hymnisches Zeugnis aus. Heute ermittelt die Staatsanwaltschaft gegen den Mann - wegen des Verdachts auf Bestechlichkeit. Dabei war die Berliner Flughafengesellschaft früh gewarnt.

Von Massimo Bognanni und Sönke Iwersen, Handelsblatt, 5.3.2015

Hartmut Mehdorn hat fünf Minuten. Es ist Donnerstagabend, der 26. Februar. Der Chef der Berliner Flughafengesellschaft FBB ist Gast bei der „Abendschau“ des Rundfunks Berlin-Brandenburg. Wenige Stunden sind vergangen seit einer neuen Hiobsbotschaft. Ein Manager des Hauptstadtflughafens BER soll sich von einem Baukonzern bestechen lassen haben. Die Staatsanwaltschaft fand 300.000 Euro in bar. Mehdorn betritt mürrisch das TV-Studio, im schwarzen Anzug, mit gestreifter Krawatte. „Der Mann war vor mir auf die Baustelle geholt worden“, sagt Mehdorn.

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

„Und ziemlich früh nach meinem Antritt habe ich diesen Mann aus der Baustelle entfernt. Weil eine Reihe von Sachen da nicht ordnungsgemäß gelaufen sind.“

Die Moderatorin fragt nach: „Ist Ihr Abgang nicht völlig versaut? In der Öffentlichkeit festigt sich der Eindruck, dass der Flughafen eine einzige Geldvernichtungsmaschine ist.“ Mehdorn wird energisch. Er bestreite ja gar nicht, dass in der Vergangenheit auf dem Flughafen Fehler gemacht worden seien. „Aber nicht von mir. Ich bin da hingeholt worden, um das zu reparieren. Das habe ich gemacht.“

Es ist die Rolle, in der sich der Flughafenchef gefällt. In ganz Deutschland gilt der Hauptstadtflughafen inzwischen als Chaosprojekt. Immer neue Verzögerungen werden begleitet von immer neuen Kosten. 5,4 Milliarden Euro soll das Mammutprojekt nun kosten. Ein Mehrfaches von dem, was einst geplant war. Doch Mehdorn gibt sich in der Öffentlichkeit nur als Aufklärer. Das Problem: Er klärte längst nicht alles auf. Nicht einmal das, was ihm direkt vorgehalten wurde.

Dem Handelsblatt liegen zahlreiche Unterlagen vor. Warnschreiben an die Flughafengesellschaft. Interne Mails aus der Flughafengesellschaft, Kalendereinträge der Beteiligten. Die Dokumente zeigen: Auf dem Airport war seit 2013 bekannt, dass Bestechungsgelder an einen Bereichsleiter geflossen sein sollen. Doch niemand in der Ära Mehdorn meldete sich bei der Staatsanwaltschaft. Nicht einmal die extra eingestellte Antikorruptionsbeauftragte. Und als das Thema Korruption von außen an die Staatsanwaltschaft gelangte, kam plötzlich Bewegung in den Flughafen. Doch da war alles längst zu spät.

Die Suche nach Erklärungen führt in den Dezember 2012, vier Monate vor Mehdorns Antritt als Flughafenchef. Es waren Chaos-Tage auf der Großbaustelle. Der geplante Eröffnungstermin hatte ein weiteres Mal auf unbestimmte Zeit verschoben werden müssen, unter allen Umständen sollte es nun 2013 klappen. Der teils durch Planungsfehler, teils durch Missmanagement verursachte Zeitdruck brachte die Baufirmen in eine starke Verhandlungsposition. Sie stellten Nachforderungen in extremen Größenordnungen.

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Besonders aggressiv trat der niederländische Gebäudeausrüster Imtech auf. Stundensätze wurden aufgepumpt, es stand die Drohung eines Rückzugs von der Baustelle im Raum. Imtech war auf dem Flughafen für den Brandschutz zuständig. Ohne die Niederländer ging es nicht weiter auf der Baustelle, und das wussten sie auch.

Noch vor dem Jahresende 2012 flossen plötzlich 65 Millionen Euro vom Flughafen an das Unternehmen. 50 Millionen landeten bei Imtech, 15 bei dessen Partnerunternehmen Caverion. Auf der Baustelle kursierten schnell Korruptionsgerüchte. Der zuständige Bereichsleiter Ralf Berg (Name geändert) habe die Arbeiten gar nicht geprüft, bevor er ihr Zahlung veranlasste. Und nun solle Berg plötzlich mit einem neuen Porsche an der Flughafenbaustelle vorgefahren sein. Das Wort Schmiergeld fiel mehr als einmal.

Anfang März 2013 kam dann Hartmut Mehdorn zum BER. Seine Berufung war nicht unumstritten. Der frühere Bahn-Chef war schon 70, und sein jüngster Einsatz bei der Fluglinie Air Berlin verlief nicht ohne einige Turbulenzen. Immerhin: Mehdorn galt als Sparer und Sanierer und fuhr in Sachen Korruption eine Nulltoleranzstrategie.

Genau das macht die folgenden Monate so schwer verständlich. Mitte 2013 landete ein Schreiben im Compliance-Briefkasten des BER. Die Abteilung wurde geleitet von der früheren Staatsanwältin Elke Schaefer. Eine Frau, die einen solchen Hinweis einzuschätzen wissen musste.

„Wem kann man noch trauen?“, fragte der anonyme Verfasser des Warnschreibens. Dann nannte er den Namen Ralf Berg. Der Bereichsleiter habe Gelder in Millionenhöhe angenommen, und zwar von Imtech. Auch hier gab der Autor die Namen derjenigen an, die das Bestechungsgeld mitgebracht haben sollen. Er schrieb von nicht erbrachten, aber bezahlten Leistungen, von Verdunklungsmethoden und von Fluchtgefahr.

Was machte der BER unter Mehdorns Führung? „Wir gingen den Hinweisen nach, konnten sie aber im Rahmen unserer Untersuchungen nicht erhärten“, sagt Ralf Kunkel, der Sprecher der Flughafengesellschaft. „Alle weiteren Schritte erübrigten sich damit.“

Alle weiteren Schritte? Das Handelsblatt fragte bei Imtech nach, wann genau Mehdorns Mannschaft sich bei den Niederländern nach der möglichen Korruption erkundigt hat. Die Antwort: Gar nicht. „Wir haben erstmals im August 2014 durch einen Whistleblower von den Vorwürfen erfahren“, sagt Imtech-Sprecher Ward Snijders. Sein Unternehmen habe daraufhin die nötigen Schritte veranlasst. Imtech informierte die Staatsanwaltschaft.

Beim BER hielt man dies nicht für nötig. Ralf Berg, der verdächtige Bereichsleiter, blieb noch Monate in seiner Position. Und als er im August 2013 aus anderen Gründen ging, stellte ihm Hartmut Mehdorn persönlich ein leuchtendes Zeugnis aus.

„Ich möchte die Gelegenheit ergreifen, mich noch einmal herzlich für Ihr außerordentliches Engagement im Rahmen Ihrer Aufgaben als Prokurist und Bereichsleiter ... zu bedanken“, schrieb Mehdorn. Und dann dankte er. Für seine „ausgezeichnete Fachkompetenz“, sein „hervorragendes Verantwortungs- und Kostenbewusstsein“, für Bergs „überaus hohe Vertrauenswürdigkeit und Loyalität“. „Sie arbeiten sehr effektiv, gewissenhaft und mit größter Sorgfalt“, schrieb Mehdorn. „Ihr persönliches Verhalten war stets einwandfrei.“ Zum Abschluss hoffte der Flughafenchef, dass „wir in Kontakt bleiben werden. Ihr neuer Auftraggeber wird sich über einen wertvollen Mitarbeiter freuen - ihm spreche ich meine persönliche Empfehlung aus“.

Und so ging Berg - mit Mehdorns allerwärmster Empfehlung. Ein Jahr lang kümmerte sich beim BER niemand mehr um den bösen Verdacht. Nicht die Compliance-Chefin und auch nicht Mehdorn, selbst wenn er in der Öffentlichkeit gern „die Anti-Korruptions-Taskforce“ des BER und „unsere Nulltoleranzlinie in Sachen Korruption“ lobte. Schon beim „leisesten Verdacht“, so Mehdorn, werde die Staatsanwaltschaft auf den Plan gerufen.

Doch in Sachen Berg rief Mehdorn niemanden. Er wurde angerufen. Am 1. Dezember 2014 meldete sich Felix Colman bei Hartmut Mehdorn. Der neue Deutschlandchef von Imtech hatte eine eigene Nulltoleranzlinie, und er verfolgte sie auch. Als das Unternehmen von dem Korruptionsverdacht gegen seine Mitarbeiter erfuhr, waren diese schon nicht mehr dort angestellt. Aber Imtech filzte die

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Aktenschränke, durchforstete die Mail-Server und engagierte die renommierte Kanzlei Hengeler Mueller mit einer groß angelegten Untersuchung, inklusive persönlicher Befragung von Beteiligten. Dann übergab Imtech die Ergebnisse der Staatsanwaltschaft. Am 12. Dezember übermittelte Imtech auch der Flughafengesellschaft zahlreiche Unterlagen. Darunter E-Mails, Kalender-Einträge, Schriftverkehr, der auf einen „informellen Kontakt im zeitlichen Zusammenhang“ mit der mutmaßlichen Bestechung hindeutete.

Drei Tage später verkündete Mehdorn überraschend seinen Rücktritt. Bis heute hat er hierfür keine offiziellen Gründe genannt.

Auf seine letzten Tage am Flughafen hat Mehdorn plötzlich eine Korruptionsaffäre im Haus. Seit 2013 hätte er Zeit gehabt, in seinem Haus selbst für Ordnung zu sorgen. Nun war es zu spät. Nach der Offensive von Imtech arbeitete innerhalb weniger Tage die Staatsanwaltschaft Neuruppin auf Hochtouren. Sie durchsuchte die Wohnungen mehrerer ehemaliger Imtech-Mitarbeiter und auch die von Ralf Berg. Bei ihm fand sie 300.000 Euro in bar, deren Herkunft Berg nicht erklären konnte. Ein Imtech-Manager hat bereits ausgesagt, dass Berg sogar zwei Millionen Euro erhalten sollte.

Die Staatsanwaltschaft nennt ihre Untersuchung gegen fünf Personen nun „Ermittlungen wegen des Verdachts auf Bestechung und Bestechlichkeit in besonders schwerem Fall.“ Neben allen anderen Problemen mit seiner chronisch chaotischen Baustelle hat der BER nun auch eine Korruptionsaffäre.

Mehdorn sagt, sein Rücktritt habe nichts mit der Sache zu tun. „Die Zäsur hat jetzt für mich eine gewisse Logik. Für mich persönlich“, sagte er in seinem Kurzinterview im Berliner Fernsehen kurz nach Bekanntwerden der Ermittlungen. „Es gibt da eine Reihe von Gründen. Da reicht uns jetzt die Zeit nicht.“

Das war sicher richtig. Richtig ist aber wohl auch dies: Hartmut Mehdorn wird sein Verhalten in Sachen Ralf Berg in den kommenden Wochen gewiss noch mehrfach erklären müssen. Nur kommen die Fragen dann nicht von einem Journalisten, der nach wenigen Minuten zum nächsten Thema eilen muss. Auf Mehdorn warten Fragesteller mit mehr Zeit. Sein Aufsichtsrat zum Beispiel. Und der Staatsanwalt.

Teil 12

Imtech: Skandal erreicht Konzernspitze

Ex-Vorstandschef soll Scheinrechnungen angeordnet haben.

Von Sönke Iwersen, Handelsblatt, 12.3.2015

Seit zwei Jahren ist der niederländische Gebäudeausrüster Imtech mit der Aufarbeitung eines massiven Skandals beschäftigt. Seit zwei Jahren verortet die Konzernspitze in Gouda die Schuldigen vor allem in Deutschland. Der Landeschef wurde angezeigt, 70 Prozent des Managements wurden ausgetauscht. Doch nun zeigen Recherchen des Handelsblatts und der Zeitung „De Telegraaf“, dass die Spur viel weiter führt: ganz hinauf zum ehemaligen Vorstandschef des Milliardenkonzerns René van der Bruggen.

„Mit großer Sorge um Imtech und mit Sorge um die Zukunft unserer Mitarbeiter“, so beginnen drei Führungskräfte von Imtech in München eine Mail am 5. Februar 2013 an den damaligen Deutschlandchef Klaus Betz. „Wie Sie wissen, musste die Region Südost in den vergangenen Jahren auf Anweisung eine Vielzahl von Belastungen von Imtech Holland tragen und auch bezahlen, denen bis heute keine adäquate Gegenleistung gegenübersteht.“

Die deutschen Manager benennen damit ein Phänomen, das bei Imtech inzwischen berüchtigt ist: Scheinrechnungen. Ausgestellt für Arbeiten, die nie ausgeführt wurden; bezahlt, um bestimmte buchhalterische Effekte zu erzielen. Neu ist nun der Auftraggeber dieser Manipulationen: der seinerzeitige Vorstandschef René van der Bruggen höchstpersönlich.

Van der Bruggen trat am 27. Februar 2013 ab. Er selbst möchte sich nicht zu den Scheinrechnungen äußern. Imtech wiederum verweist auf einen Bericht, den das Unternehmen am 18. Juni 2013 an seine Aktionäre verschickte. Dort war von massiven Betrügereien zu lesen, Bilanzfälschung, Korruption - und relativ weit hinten

auch von einigen Problemen mit Rechnungen aus den Niederlanden. Doch während die neue Konzernführung mit ihren deutschen Managern hart ins Gericht ging, war sie zu ihrem abgetretenen niederländischen Konzernchef milde. Imtech „akzeptiert, dass der ehemalige CEO möglicherweise betriebswirtschaftliche Gründe für seine Entscheidung hat“, die fragwürdigen Rechnungen erstellen zu lassen. Einige davon habe man inzwischen zurückgenommen. Für rechtliche Schritte gegen van der Bruggen habe es aber keinen Anlass gegeben.

In Deutschland beklagt man nun eine Zweiklassenjustiz bei Imtech. „Hier wurden Leute schon wegen viel kleinerer Vergehen rausgeschmissen“, sagt ein deutscher Manager. Aber in Gouda habe es geheißen: Holland macht keine Verluste. „Und wenn doch, haben die uns halt für irgendwas Rechnungen geschrieben. Und wir zahlten.“

Teil 13

Flughafen BER: Transparency schmeißt hin

Nach Korruptionsvorwürfen beendet die Antikorruptionsorganisation die Zusammenarbeit.

Von Massimo Bognanni, Handelsblatt, 25.3.2015

Leise ist Karsten Mühlenfeld vergangene Woche in sein neues Amt als Chef der Berliner Flughafengesellschaft FBB gestartet. Hoffentlich, sagte er fast schüchtern, sei der Eröffnungstermin des neuen Flughafens BER im Jahr 2017 zu halten. Doch alle Zurückhaltung half nichts: Der 51-Jährige hatte seinen Chefsessel kaum eingesessen, da ereilte ihn am Dienstag der erste Ärger.

Nach über zehn Jahren der Zusammenarbeit hat Transparency International Deutschland überraschend ihre Zusammenarbeit mit der Flughafengesellschaft

aufgekündigt. In einem Schreiben vom Freitag teilte die Organisation ihren drastischen Schritt mit.

Der Grund dürfte Mühlenfeld nicht gefallen: Transparency monierte, auf dem BER werde nicht genug gegen Korruption unternommen. Anlass für den Rückzug seien „korruptive Vorkommnisse seit Anfang 2013.“ Vorstandsmitglied Gisela Rüb zweifelte an, dass es die Gesellschaft wirklich ernst meine, mit der Korruptionsbekämpfung. „Von den jüngsten Vorwürfen haben wir erst kurz vor der Presse erfahren. Es fehlt das Vertrauen. Für uns sind die Praktiken auf dem BER nicht mehr durchschaubar.“

Im vergangenen Jahr wurde der frühere Technikchef Jochen Großmann wegen Bestechlichkeit und Betrug zu einer Bewährungsstrafe verurteilt. Derzeit geht die Staatsanwaltschaft Neuruppin einem weiteren Bestechungsverdacht bei der Auftragsvergabe für den Flughafenbau an die Baufirma Imtech nach.

Transparency habe bereits Mitte 2013 moniert, dass bei Imtech nicht immer alle Vergabevorschriften eingehalten wurden. Man empfahl solchen Verstößen nachzugehen, weil daraus Probleme entstehen können. Es geschah: nichts.

Die Flughafengesellschaft zeigte sich indes verwundert. „Wir hätten erwartet“, sagte Sprecher Ralf Kunkel, „dass sich Transparency mit uns vor einer solchen Entscheidung in Verbindung setzt.“

Teil 14

Geldübergabe an der A24

Erste Geständnisse bei Korruptionsermittlungen am Flughafen BER - Ex-Bereichsleiter in U-Haft.

- Flughafenmanager erhielt 150.000 Euro im Umschlag.*
- Geld kam vom Brandschutzspezialisten Imtech.*

Von Massimo Bognanni und Sönke Iwersen, Handelsblatt, 29.5.2015

Es war kurz vor Weihnachten, und Imtech brauchte Geld. Die Geschäfte liefen nicht gut beim niederländischen Gebäudeausrüster, die Mitarbeiter warteten auf ihr Weihnachtsgeld, und es gab erste Gerüchte, dass etwas im Unternehmen ernsthaft nicht stimmte. Da traf der Deutschland-Chef eine folgenschwere Entscheidung.

Der bis zu diesem Zeitpunkt hochangesehene Manager nahm einen fensterlosen, braunen DIN-A4-Umschlag in die Hand. Sein Inhalt: 150.000 Euro in bar. Er nahm das Geldpäckchen und legte es in einen Safe. Dann verließ er das Zimmer. Kurz darauf öffnete ein Regionalleiter den Safe, nahm den Umschlag und setzte sich ins Auto. Der Weg führte nach Osten.

Die Übergabe fand auf der brandenburgischen Autobahn A24 statt, am letzten Rasthof vor dem Dreieck Wittstock. Der Imtech-Manager traf sich mit einem Mann, den er gut kannte: mit einem Bereichsleiter vom Flughafen BER. Es war der Auftraggeber von Imtech für zahlreiche Arbeiten rund um das riesige Bauprojekt in der Hauptstadt Berlin. Beide Männer stiegen aus und nahmen sich Zeit für einen kurzen Kaffee. Der Umschlag wechselte den Besitzer, und beide fuhren wieder los. Wenige Tage später erhielt Imtech vom Flughafen 65 Millionen Euro. Der Konzern war damit wieder flüssig.

Es sind filmreife Szenen, die den Beamten der Staatsanwaltschaft Neuruppin bei ihren Befragungen von Verdächtigen rund um die Korruptionsvorwürfe beim Berliner Skandalflughafen begegnen. Das Großprojekt, um Jahre verspätet und um Milliarden teurer als geplant, war offenbar Schauplatz einer ganzen Reihe von Unregelmäßigkeiten. Doch was die Verwicklungen des ebenfalls von Skandalen aller Art behafteten Baukonzerns Imtech betrifft, sehen die Beamten inzwischen relativ klar. Gleich mehrere Aussagen decken sich.

Reiner Berg (Name geändert) sitzt deshalb schon hinter Gittern. Einen dringenden Tatverdacht und eine Fluchtgefahr attestiert die Behörde dem Mann, der bis August des Jahres 2013 als Bereichsleiter am Flughafen arbeitete. Der Vorwurf: Er sei von Imtech bestochen worden. Der Gebäudeausrüster war auf der

Flughafenbaustelle unter anderem für die Brandschutzanlagen zuständig, die zu den milliardenteuren Verzögerungen beitrugen. Als Gegenleistung für das Bargeld soll der BER-Manager Imtech-Rechnungen in Höhe von 65 Millionen Euro durchgewinkt haben, ohne zu prüfen, ob der Baukonzern die entsprechenden Arbeiten überhaupt ausgeführt hatte.

Tatsächlich zahlte der BER wenige Tage nach der Geldübergabe an der Autobahn die Millionen an Imtech. Während der Ermittlungen soll der BER-Manager allerdings angegeben haben, er hätte die Freizeichnung eines solchen Betrags nicht allein veranlassen können. Nach Angaben seines Anwalts Benjamin Bernhard kann er gegen die Zahlung einer Kautions von 350.000 Euro und weitere Auflagen wieder freikommen.

Die Staatsanwaltschaft ermittelt nicht nur gegen den Bestochenen, sondern auch die Bestecher. Hier sind vier Imtech-Manager im Visier - zwei haben nun nach Darstellung von Beteiligten umfangreiche Angaben gemacht. So gab der ehemalige BER-Bereichsleiter zu, 150.000 Euro empfangen zu haben. Der ehemalige Deutschland-Chef von Imtech räumte ein, die Schmiergeldzahlungen genehmigt zu haben. Imtech kündigt ihm 2013.

Die Berliner Flughafengesellschaft wollte sich mit Hinweis auf die laufenden Ermittlungen nicht äußern. Auch sie ist aber in Erklärungsnot. Ein anonymes Hinweisgeber meldete sich schon Mitte 2013 beim BER und warnte vor Schmiergeldzahlungen an Berg.

Der Berliner Flughafen prüfte, konnte aber nach eigenen Angaben nichts finden. Stattdessen erhielt Berg, als er das Unternehmen drei Monate später aus anderen Gründen verließ, ein glänzendes Führungszeugnis - ausgestellt vom Flughafenchef Hartmut Mehdorn. „Ich möchte die Gelegenheit ergreifen, mich noch einmal herzlich für Ihr außerordentliches Engagement im Rahmen Ihrer Aufgaben ... zu bedanken“, schrieb Mehdorn am 31. August 2013. Dann bescheinigte er Berg eine „ausgezeichnete Fachkompetenz“ und ein „hervorragendes Verantwortungs- und Kostenbewusstsein“.

Mehdorn lobte den Bereichsleiter ausdrücklich für „überaus hohe Vertrauenswürdigkeit und Loyalität“. Sein persönliches Verhalten sei stets einwandfrei gewesen. Mehdorn hoffte, dass „wir in Kontakt bleiben werden. Ihr neuer Auftraggeber wird sich über einen wertvollen Mitarbeiter freuen - ihm spreche ich meine persönliche Empfehlung aus.“ Mehdorn verließ den BER im März 2015.

Teil 15

Baukonzern in Existenzkrise

Imtech geht das Geld aus

Die Verhandlungen von Imtech mit den Geldgebern stocken. Die Baufirma, bis vor kurzem noch Namensgeber des HSV-Stadions, zahlt seine Juli-Gehälter nur verspätet. Die Wut der Mitarbeiter wird immer größer.

Von Sönke Iwersen, Handelsblatt.com, 5.8.2015

Am Dienstag vergangener Woche meldeten die Chefs, dass ihr Unternehmen sich mehr Geld leihen müsse; am Freitag merkten zahlreiche deutsche Imtech-Mitarbeiter, dass ihre Gehälter noch nicht auf ihren Konten waren. In dieser Woche wandte sich der niederländische Gebäudeausrüster schon zweimal an die Öffentlichkeit. Besser wurde die Stimmung dadurch nicht.

Imtech geht das Geld aus. 700 Millionen Euro Kredit hatten die Hausbanken dem Traditionsunternehmen eingeräumt, die sind nun fast aufgebraucht. Vor nur einer Woche gab Imtech bekannt, man habe sich mit den Banken auf 75 Millionen Euro Nachschuss geeinigt, es fehle lediglich die Zustimmung bestimmter Gremien. Die ersten 37,5 Millionen aber würden innerhalb einer Woche eintreffen.

Am Dienstag hieß es plötzlich, die Gespräche mit den Banken zögen sich länger hin als erwartet. Und am gestrigen Mittwoch teilte Imtech mit: Weder ist die volle Summe der benötigten 75 Millionen Euro in Sicht, noch die erste Hälfte davon.

Nun bleibt kaum noch eine Eskalationsstufe übrig. Die ausstehenden Gehälter sind inzwischen zwar auf den Konten der Mitarbeiter angekommen. Doch niemand bei Imtech würde derzeit darauf wetten, dass sie am Ende des Monats nicht wieder angstvoll auf ihre Bankauszüge blicken. Der Konzern steht am Abgrund, noch dazu auf sehr wackeligen Beinen.

Die Wut der Mitarbeiter in Deutschland, dem traditionell größten und wichtigsten Standort von Imtech, ist mit Händen zu greifen. Die langjährige Führung wurde 2013 von der Zentrale erst entlassen, dann angezeigt. Ein riesiger Bilanz- und Korruptionsskandal überschattet das Geschäft. Mehr als 1000 Stellen wurden gestrichen. Eine Reihe der wegen Fehlverhaltens entlassenen Manager haben sich aber in einer neuen Gesellschaft zusammengefunden und konkurrieren nun mit Imtech. Die verbliebenen Mitarbeiter sehen keine Waffengleichheit.

Stattdessen beobachten sie, wie eine Beratungsgesellschaft nach der anderen ins Haus kommt, ohne dass sie eine Besserung verspüren. Allein Boston Consulting soll einen hohen Millionenbetrag aus dem Haus getragen haben. Sogar teure Kommunikationsberater wurden verpflichtet. Nach all der Beratung verkündete Imtech aber in der vergangenen Woche auch nur wieder den Antritt eines weiteren Beraters: Mitte August soll ein Sanierungsspezialist von Alvarez & Marsal in den Vorstand einziehen. Die Aktionäre haben ihr Urteil schon vorher gefällt. Seit dieser Nachricht ist der Aktienkurs von Imtech erneut um 30 Prozent gesunken.

Teil 16

Deutsche Imtech meldet Insolvenz an

Das Ende hatte sich schon angedeutet: Im Juli zahlte Imtech die Gehälter nur verspätet. Jetzt ging alles ganz schnell. Die Aktie stürzte ein, die deutsche Tochter ist insolvent - und ein Dominoeffekt ist wahrscheinlich.

Von Sönke Iwersen, Handelsblatt.com, 7.8.2015

Das Ende kam in Windeseile. Am Mittwoch fiel die Aktie des niederländischen Gebäudeausrüsters Imtech um 29 Prozent, am Donnerstagvormittag zeitweise um 50 Prozent. Ein belgischer Analyst gab ein Kursziel aus, das wie ein schlechter Witz klang: 10 Cent. Doch es kam schlimmer. Am späten Nachmittag stellte die deutsche Tochter von Imtech einen Insolvenzantrag.

Nun ist ein Dominoeffekt wahrscheinlich. Die Zentrale hat eine Patronatserklärung für die deutsche Tochter unterschrieben. Alle Gläubiger können sich direkt an die Muttergesellschaft wenden. Und diese gab schon in der vergangenen Woche bekannt, dass sie dringend Geld braucht, konkret 150 Millionen Euro.

Doch Imtechs Banken spielten nicht mehr mit. Sie sahen kein Boden im Deutschlandgeschäft, wo Imtech in den vergangenen zwei Jahren 290 Millionen Verlust schrieb.

Für die Hausbanken wurde Imtech zur üblen Zwickmühle. Weil im Oktober 2014 eine Kapitalerhöhung scheiterte, halten sie derzeit selbst 47 Prozent an dem Konzern. Allein der Wert des Commerzbank-Anteils fiel um mehr als 50 Millionen Euro.

Teil 17

Imtech-Mutterkonzern verhängt Zahlungsstopp

Gebäudeausrüster unter Druck: Die Krise bei Imtech verschärft sich nach der Insolvenz der deutsche Tochter deutlich. Die Folge: Der Mutterkonzern zahlt kein Geld mehr - nach Imtech-Angaben „nur vorübergehend“.

Von Sönke Iwersen, Handelsblatt.com, 10.8.2015

Die Krise des niederländischen Gebäudeausrüsters Imtech hat sich nach Informationen des Handelsblatts erneut dramatisch verschärft. Nachdem die deutsche Tochter des Konzerns am Donnerstag einen Insolvenzantrag gestellt hatte, verhandelte Imtech sowohl Freitag als auch das ganze Wochenende mit seinen kreditgebenden Banken. Wie das Unternehmen in einer internen Mail an Führungskräfte jedoch mitteile, führten diese Verhandlungen zu keinem Ergebnis. Imtech verhängte deshalb bis auf weiteres einen totalen Zahlungsstopp.

„Es wird heute absolut keine Auszahlungen geben“, heißt es in einer internen Mail von Montagmorgen. „Das schließt auch solche Zahlungen ein, die geschäftskritisch sind. Es werden auch keine Bestellungen für mehr als 10.000 Euro getätigt und keine Kunden-Bestellungen für mehr als 20.000 Euro angenommen.“

Imtech rechnet offenbar mit Protesten seiner Führungskräfte, bezeichnete diese Maßnahmen aber als unumgänglich. „Mir ist bewusst, dass dies aus geschäftlicher Sicht töricht erscheint“, schreibt ein Spartenchef an seine Führungskräfte. „Aber das Risiko solcher Zahlungen ist aus juristischer Sicht größer als der geschäftliche Gewinn. Ich hoffe, nächstes Mal gibt es bessere Nachrichten. Die oben genannten Anweisungen gelten bis auf weiteres.“

Imtech wollte sich zu Details und Dauer der Anweisung nicht äußern. „Dies ist eine vorübergehende Maßnahme“, sagte ein Unternehmensvertreter. „Wir geben hierzu keinen weiteren Kommentar.“ Der Kurs der Imtech-Aktie brach am Montag erneut um 40 Prozent ein. In den vergangenen zehn Tagen ist sie um 90 Prozent gefallen

Teil 18

Ein Nackter mit Taschen

Warum werden Berater auch ohne Leistung belohnt?, fragt Sönke Iwersen.

Von Sönke Iwersen, Handelsblatt, 10.8.2015

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Imtech ist der wahrscheinlich am intensivsten beratene Konzern Europas. In diesem einen Satz stecken zugleich die ganze Ohnmacht der Geschäftsführung und die ganze Kaltschnäuzigkeit einer ganzen Zunft. Berater aller Art haben bei Imtech das Unmögliche geschafft: einem nackten Mann in die Taschen zu greifen. Die Party der Unternehmensberater, Sanierungsberater, Rechtsberater und Kommunikationsberater ist erst seit Donnerstag gestört: Da stellte Imtech Deutschland einen Insolvenzvertrag.

Der Blick zurück muss das Blut der Aktionäre zum Brodeln bringen. Weit mehr als 100 Millionen Euro hat Imtech seit 2013 für Beratungsleistungen ausgegeben. Gewiss, die Krise des Gebäudeausrüsters ist nicht ihre Schuld. Es war das eigene Management, das bei Imtech eine Scheinwelt aus Fantasie und Korruption erschuf. Die Führung erfand Aufträge, bildete Kartelle und schrieb Rechnungen für Arbeiten, die nie ausgeführt wurden. Als die Scheinwelt zusammenbrach, brach in dem vom vermeintlichen Erfolg verwöhnten Unternehmen das große Jammern aus. 80 Prozent des Managements wurden ersetzt, weit mehr als 1000 Stellen gestrichen. Seit Anfang 2013 gilt Imtech als Sanierungsfall.

Zum selben Zeitpunkt schlug die Stunde der Berater. Imtech wurde zum Pilgerort für Männer, die es besser wissen. Oft kaum 30 Jahre alt, immer bereit, in der Woche auch mal 70, 80 oder 90 Stunden zu arbeiten. Schließlich wurde jede davon bezahlt.

Insiderberichte beschreiben einen Zustand wie aus einem Roman von Franz Kafka. Mitarbeiter konnten keine drei Schritte laufen, ohne über einen Berater zu stolpern. Statt zu arbeiten, waren sie dazu angehalten, den weitgehend ahnungslosen, jedenfalls branchenfremden Jung-Krawattenträgern ihr Geschäft zu erklären. Diese schrieben artig mit und produzierten dann endlose Powerpoint-Präsentationen. Die wurden am Ende zwar kaum noch gelesen, aber immer fürstlich bezahlt. Tagessätze von 3000 Euro und mehr lösten bei Imtech schon seit langem keine Überraschung mehr aus, allenfalls einen Schluckreiz.

Denn was ist das Ergebnis heute, nach zweieinhalb Jahren Intensivberatung? Ein Insolvenzantrag. Im ersten Halbjahr 2015 meldete Imtech noch den Weg der Besserung, seit einer guten Woche regiert nur noch Panik. Ganz plötzlich entdeckte die von Beratern umringte Führung einen dringenden Finanzierungsbedarf von 150

Millionen Euro. Die Banken wollten ihrem guten Geld aber kein Schlechtes mehr hinterherwerfen. Der Aktienkurs fiel um 80 Prozent.

Für Imtech muss die Insolvenz nicht das Ende bedeuten. Im Gegenteil. Insolvenzverwalter haben in Verhandlungen mehr Freiheiten als normale Manager. Vieles ist jetzt möglich. Sicher ist eins: Die Berater müssen nicht darben. Die Erfahrung lehrt: Auch Insolvenzverwalter lieben Berater. Ihre Party ist wegen des Insolvenzantrags nicht vorbei, sondern nur kurz unterbrochen.

Der Autor ist Leiter Investigative Recherche.

Teil 19

Der Imtech-Skandal

Der niederländische Gebäudeausrüster baut an vielen Prestigeprojekten mit - und hat nun einen vollständigen Zahlungsstopp verhängt. Es drohen Folgeschäden.

Von Sönke Iwersen, Handelsblatt, 11.8.2015

Der Himmel hing voller Geigen, damals, am 21. September 2011. Der Bürgermeister von Rotterdam kam, die niederländische Königin schickte einen Vertreter. René van der Bruggen, Chef des Gebäudeausrüsters Imtech, platzte vor Stolz.

„Ihre Königliche Hoheit, die Königin der Niederlande, hat entschieden, Imtech das Recht zu gewähren, sich fortan Royal Imtech zu nennen“, jubelte der Baumanager. Die Auszeichnung sei der Gipfel der 150-jährigen Geschichte der Firma. Sie symbolisiere das Vertrauen aller Kunden, Investoren und Geschäftspartner. Bis 2015 solle der Umsatz von 4,5 Milliarden auf acht Milliarden Euro steigen.

„Royal Imtech“ darf sich der Betrieb noch immer nennen - doch die Geschäftszahlen sind alles andere als königlich. Nach der Insolvenz der wichtigen

deutschen Tochter - letzte publizierte Eigenkapitalquote minus 142,2 Prozent - bröckelt der Konzern. Es drohen Folgeschäden, da die Holländer überall in der Republik mitbauen.

Beim Panneflughafen in Berlin kommt es durch die Kalamitäten womöglich zu neuen Terminverzögerungen. Die Macher hatten sich abhängig von den Technikexperten gemacht, sogar Schmiergeld floss angeblich. Auch beim Bahn-Projekt „Stuttgart 21“ sind Imtech-Leute dabei. Bis 2013 war die Firma gefeiert für hohe Ingenieurskunst, Imtech heimste Auftrag auf Auftrag ein. Das Sony Center in Berlin, das Mercedes-Benz-Museum, das „Spiegel“-Haus in Hamburg - kaum ein Prestigeprojekt ging an Imtech vorbei. Doch dann wurde bekannt, dass vor allem die deutsche Tochter Bilanzen geschönt hatte. Vier von fünf Managern mussten gehen. Drei Staatsanwaltschaften und das Kartellamt ermitteln.

Nun droht der Zerfall des Konzerns. Auf dem Weg zur Arbeit erreichte Imtech-Manager am Montag eine Mail ihrer Spartenchefs. Die Gespräche mit Banken am Wochenende seien nicht vorangekommen, es werde deshalb ein Zahlungsstopp angeordnet. „Es wird heute absolut keine Auszahlungen geben. Das schließt auch solche Zahlungen ein, die geschäftskritisch sind“, heißt es da. „Es werden auch keine Bestellungen für mehr als 10.000 Euro getätigt und keine Kundenbestellungen für mehr als 20.000 Euro angenommen.“

Es wirkt, als nähme sich Imtech selbst aus dem Spiel. „Mir ist bewusst, dass dies aus geschäftlicher Sicht töricht erscheint“, schreibt ein Imtech-Spartenchef: Das Risiko solcher Zahlungen sei aus juristischer Sicht aber größer als der geschäftliche Gewinn. Sein Fazit: „Ich hoffe, nächstes Mal gibt es bessere Nachrichten.“ Mit ihm hoffen viele auf großen deutschen Baustellen.

Teil 20

Unsittliche Angebote

Die Akte Imtech: „Zwei Millionen, aber bitte in bar“. Ermittler spüren einem korrupten Konzern nach. Die Deutschland-Tochter ist schon pleite.

Von Massimo Bognanni und Sönke Iwersen, Handelsblatt, 11.8.2015

Im Spätsommer 2012 wurde der Deutschland-Chef des Gebäudeausrüsters Imtech mit einem unsittlichen Angebot konfrontiert. Es ging um den geplanten Berliner Großflughafen BER. Er wisse, dass Imtech dringend auf rund 65 Millionen Euro aus einer Abschlagzahlung warte, sagte der Manager des Airports - und da könne er vielleicht helfen. Voraussetzung: zwei Millionen Euro, aber bitte in bar. Als der Imtech-Manager das Zimmer verließ, beschwerte er sich bei einem Mitarbeiter: „Was soll ich jetzt machen? Kann der Idiot nicht eine Rechnung schreiben?“

Der Dialog geht aus einer Zeugenbefragung der Staatsanwaltschaft Neuruppin hervor. Es gibt wohl keine Szene, die das Geschäftsgebaren bei Imtech besser zeigt als jene aus dem Büro in der Hamburger Deutschland-Zentrale des Konzerns. Schmiergeld? Warum nicht. Aber in bar? Da hatte man doch bessere Methoden.

Seit mehr als zweieinhalb Jahren beschäftigen sich mehrere Staatsanwaltschaften damit, diese Methoden zu entschlüsseln. Je länger sie graben, desto abenteuerlicher werden die Ausmaße des Falls. 2013 fanden sie Hinweise, dass es bei Prestigeprojekten in Hamburg - dem Kaufmannshaus und dem „Spiegel“-Hochhaus an der Ericusspitze - zu Scheinrechnungen und anderen Unregelmäßigkeiten gekommen war. Im Herbst 2014 wies die Ermittler ein Bericht des Handelsblatts auf die Spur eines Kartells. Allein hier führt die Staatsanwaltschaft inzwischen mehr als 30 Beschuldigte. Es gebe 50 Großbauprojekte, bei denen per Preisabsprachen und Scheinrechnungen ein Betrugsrad gedreht wurde. Dutzende Konzerne wurden geschädigt, unter ihnen Audi, RWE und vor allem Siemens.

All das hätte zu fantastischen Gewinnen für Imtech führen müssen - hätten die Beteiligten ihre Tricks nicht noch viel dreister angewandt. Millionen von Euro flossen an Firmen von Freunden. Mal gab es kaum eine Gegenleistung dafür, mal gar keine. Gleichzeitig gefielen sich Imtech-Verantwortliche in der Rolle von Mäzenen. Zweistellige Millionenbeträge flossen an den Fußball-Profiklub HSV. Auch FC Bayern, VfB Stuttgart und VfR Aalen erhielten Millionen. Zuschauer berichten, wie

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Imtech-Manager mit dem Hubschrauber vor dem Stadion des Zweitligisten Aalen landeten. Imtech war ganz groß im Spiel.

Die Chose endete Anfang 2013. Es muss ein Mix aus Ehrgeiz und Wahnsinn gewesen sein, der Imtech zur Verkündung des größten Auftrags der Konzerngeschichte trieb: 800 Millionen Euro für den Bau eines riesigen Abenteuerparks in Polen. Die Illusion war perfekt. Mitte 2012 gab es eine große Party mit Grundsteinlegung, und auch in den Geschäftsbüchern tauchte das Megaprojekt bald darauf auf. Der Haken: Der Kunde hatte gar kein Geld. Bevor auch nur der erste Bagger auf die polnische Baustelle fahren konnte, brauchte der polnische Partner Anschubhilfe - in Form von Bankgarantien in dreistelliger Millionenhöhe. Gebaut wurde aber trotzdem nichts. An den Nachwehen dieser und anderer Abenteuer sollte Imtech noch lange leiden.

Die niederländische Zentrale des Konzerns sieht nur eine Rolle für sich: die des Betrogenen. Sie hat die deutsche Führung entlassen und 80 Prozent des Managements ausgetauscht. Seit 2013 wurden mehr als 150 Millionen Euro für die Aufarbeitung der Krise ausgegeben. Die Deutschen hätten jahrelang zwei Bücher geführt, heißt es bei Imtech. Eines mit den realen Zahlen und eines mit den geschönten, die der Zentrale präsentiert wurden - und von denen die Boni der deutschen Manager abhingen.

Doch die niederländische Version hat längst Risse. Schon liegen der Staatsanwaltschaft Aussagen von deutschen Managern vor, die der Zentrale zumindest eine Mitwisserschaft, teils auch eine Mitschuld an dem Debakel geben. Niemand habe so dumm sein können, die deutschen Zahlen zu glauben, heißt es unter denen, die ihren Job verloren haben. Noch in der tiefsten Wirtschaftskrise meldete Imtech Deutschland Renditen wie zu Wirtschaftswunderzeiten. Und auch die Boni der niederländischen Manager hingen nicht unwesentlich von den Erfolgen in Deutschland ab. Eine interne Chronik zeichnet die Hybris der Niederländer seit 1997 nach. Schon damals habe eine Einkaufstour ohne Sinn und Verstand begonnen.

2005 gab es offenbar ernste Liquiditätsprobleme, das Dezembergehalt wurde erst im Januar 2006 überwiesen. Mitarbeiter berichten, es habe einen ehemaligen Spezialisten der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG gegeben, der nichts anderes machte, als die Bilanzen zu trimmen. KPMG war bis zuletzt das Unternehmen, das die

Bilanzen von Imtech prüfte. Eine Bestätigung dafür gibt es nicht. Doch so klar und deutlich die Beteiligten die Zeichen an der Wand heute auch schildern mögen - als sie noch dabei waren in der schönen bunten Imtech-Welt, stiegen sie nicht aus. Nicht einmal dann, als die Methoden des Weitermachens ohne jeden Zweifel mafiös wurden.

Es gibt unterschiedliche Erinnerungen daran, wie genau die Schmiergeldzahlung von Imtech für den BER-Mitarbeiter vor drei Jahren ablief. Sicher ist, dass es nach dem ersten Gespräch im Herbst 2012 mehrere weitere solcher Unterhaltungen gab. Ein Beteiligter will sich nicht mehr an die Forderung von zwei Millionen Euro erinnern. Ein anderer sagt, er sei nur Bote gewesen und habe stets den Raum verlassen, wenn die anderen beiden über das Schmiergeld feilschten.

Sicher ist, dass Ende Dezember 2012 ein Imtech-Manager an einer Autobahnraststätte an der A24 einen braunen Umschlag mit 150.000 Euro an einen BER-Manager übergab. Und dass wenig später rund 65 Millionen als Abschlagzahlung vom Flughafen an Imtech flossen. Es war ein letztes Hilfsmittel, auch wenn es kaum half. 2013 schrieb Imtech Deutschland mehr als 200 Millionen Euro Verlust; 2014 lag die Eigenkapitalquote bei minus 142 Prozent. Fortschritt sieht anders aus.

Nun hat der Insolvenzverwalter den heruntergewirtschafteten Betrieb übernommen. „Erst wurden wir von korrupten Chefs geführt, dann von unfähigen“, sagt ein Mitarbeiter: „Ich weiß noch nicht richtig, was schlimmer ist.“

Teil 21

Kartell, Untreue, Schmiergeld

Von München bis Hamburg: Kaum eine Firma beschäftigt die Strafverfolger so sehr wie Imtech.

Von Massimo Bognanni und Sönke Iwersen, Handelsblatt, 11.8.2015

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Ein einsames Tor mitten auf einem riesigen Areal, drumherum nur Gras und ein paar Sträucher. „Opening 2015“ steht auf dem Eingang, der einmal zu einem sagenhaften Abenteuerpark führen sollte. 230 Hektar groß, spektakulär wie Disney World und ein Besuchermagnet sondergleichen. Vier Millionen Gäste würden schon im ersten Jahr nach Warschau kommen, rechnete Parkchef Peter Mulder bei der Grundsteinlegung im Juli 2012 vor.

Es kam: niemand. Heute verirren sich höchstens ein paar Kühe auf das gigantische Feld, sie grasen nun unweit des Tores, das wie kein zweites Symbol für den Gigantismus steht, dem der Baukonzern Imtech einst frönte. Und der unfassbaren Dreistigkeit seiner Manager.

Auf 800 Millionen Euro taxierte der Gebäudeausrüster das Projekt einst. Doch ausgerechnet der Megadeal sollte schließlich das wahre Gesicht der Vorzeigefirma zutage bringen. Zuerst fiel es den Wirtschaftsprüfern auf. Im Januar 2013 attestierten sie dem polnischen Abenteuer einen Abschreibungsbedarf von 70 Millionen Euro. Wenige Tage später musste die niederländische Zentrale feststellen, dass Akten und Bilanzen vernichtet worden waren. Anfang Februar 2013 zog die Konzernführung in Gouda schließlich die Notbremse, die Imtech-Länderchefs Deutschland und Polen mussten gehen. Von „verdächtigen Geldflüssen“ und „Unregelmäßigkeiten“ war die Rede.

Schließlich überbrachte ein Bote der Staatsanwaltschaft Hamburg Lesestoff. Es war der 1. Oktober 2013. Die Strafanzeige kam von Imtech selbst. Die Beschuldigten: acht Imtech-Beschäftigte, darunter der frühere Deutschland-Chef des Unternehmens. Auf 127 Seiten konnten die Ermittler dort von „veruntreuten Transaktionen“ und „aufgeblähten Geschäftszahlen“ lesen.

Zunehmend zeigte sich: Der Abenteuerpark in Warschau war wohl nur die Spitze eines Berges aus Scheinrechnungen und geschönten Zahlen, Schmiergeldern und Preisabsprachen. Es drängte sich der Verdacht eines betrügerischen Systems auf. Inzwischen beschäftigen sich Fahnder von fünf verschiedenen Strafverfolgungsbehörden mit den Machenschaften der einstigen Manager. Im Visier haben sie eine Gruppe von früheren Imtech-Managern.

Aus ihren Erfolgsgeschichten wurden Ermittlungsakten. Aus den Vorzeige-Verantwortlichen wurden Beschuldigte. Und so türmt sich das Papier nicht nur im hohen Norden. Auch im Süden hält der Fall Imtech die Ermittler auf Trab. Grund sind zwei Großkraftwerke des Stromriesen RWE im westfälischen Hamm und im niederländischen Eemshaven. In einem vermeintlich harten Wettbewerb hatte Imtech die Ausschreibungen einst gewonnen, dann jedoch erstaunlich hohe Gewinne erzielt. Gleichzeitig überwies Imtech mehrfach Hunderttausende Euro an dritte Baufirmen, die gar nicht auf der Baustelle waren. Der Verdacht: Statt sich einen echten Preiskampf um die RWE-Aufträge zu liefern, sollen sich Unternehmen abgesprochen haben. Konkurrenten überließen Imtech die überteuerten Aufträge - und bekamen im Gegenzug einen Teil des Kuchens über Scheinaufträge zurück.

Im Februar dieses Jahres durchsuchten Beamte der Staatsanwaltschaft München Imtech-Büros und Privatwohnungen in Aalen, Hamburg, München und Stuttgart. Schnell fanden die Beamten Indizien für ein Kartell. Nach ihren Erkenntnissen war es so organisiert: Damit eines der beteiligten Unternehmen den Zuschlag zu einem überhöhten Preis erhielt, legten andere Firmen noch teurere Gebote vor. Anschließend erhielten sie für ihre Hilfe Abstandszahlungen „durch Scheinrechnungen und andere Konstruktionen zur Verschleierung der Ausgleichsleistung“, wie es in einem Durchsuchungsbeschluss der Staatsanwaltschaft München hieß.

Ärger droht vier früheren Imtech-Verantwortlichen auch aus Neuruppin. Seit Dezember 2014 ermitteln die Korruptionsspezialisten. Es geht um die Pannenbaustelle des zukünftigen Hauptstadtflughafens BER. Die Staatsanwälte gehen einem anonymen Hinweisschreiben nach - und sehen im Fall Imtech inzwischen relativ klar. Mehrere Zeugenaussagen decken sich. Sie werfen kein gutes Licht auf das einstige Imtech-Management.

Der Verdacht: Ein damaliger Bereichsleiter des Flughafens soll von Imtech geschmiert worden sein. Der Gebäudeausrüster ist auf der Flughafenbaustelle unter anderem für die Brandschutzanlagen zuständig. Als Gegenleistung für das Bargeld soll der BER-Manager Ende 2012 Imtech-Rechnungen in Höhe von 65 Millionen Euro durchgewinkt haben, ohne zu prüfen, ob der Baukonzern die entsprechenden Arbeiten überhaupt ausgeführt hatte. Tatsächlich zahlte der BER wenige Tage nach der

Geldübergabe an der Autobahn die Millionen an Imtech. Während der Ermittlungen habe der BER-Manager aber angegeben, er hätte die Freizeichnung eines solchen Betrages nicht allein veranlassen können. Inzwischen sitzt der ehemalige BER-Manager in Untersuchungshaft.

Der frühere Imtech-Deutschland-Chef hingegen, gegen den auch in München und Hamburg ermittelt wird, ist noch auf freiem Fuß.

Daran ändert auch ein weiteres Verfahren in Polen nichts. Die Fahnder jenseits der Oder interessieren sich ebenfalls für den Abenteuer-Park Warschau. Das Projekt also, mit dem die Aufräumarbeiten beim Chaoskonzern vor zwei Jahren begannen.

Teil 22

KURSTURZ

Wenn 65 Millionen Euro einfach verrauchen

Pest gegen Cholera getauscht: Wie die Commerzbank vom Gläubiger zum Großaktionär des Skandalunternehmens Imtech wurde.

Von Sönke Iwersen, Handelsblatt, 12.8.2015

Beim ersten Hinsehen dachten die Imtech-Aktionäre an einen üblen Scherz. Als der Analyst Luuk van Beek vom belgischen Finanzhaus Petercam am 5. August sein neues Kursziel für die Imtech-Aktie ausrief, notierten die Papiere des niederländischen Gebäudeausrüsters bei rund 2,50 Euro. Aber Petercam hatte eine andere Größenordnung im Sinn: zehn Cent.

Nun hatten die Imtech-Aktionäre schon einiges erlebt mit ihrem Unternehmen. Jahrelang hörten sie eine Erfolgsmeldung nach der anderen, 2011 durfte sich das Unternehmen mit dem königlichen Namen Royal Imtech schmücken, und noch Ende 2012 verkündete die Führung beste Aussichten. Dann stürzte der Himmel ein, ein 800

Millionen Euro schwerer Auftrag löste sich einfach in Luft auf, Imtech schrieb plötzlich nur noch Verluste. Aber das? 10 Cent? Dann wäre ja ganz Imtech, ein Konzern mit vier Milliarden Euro Jahresumsatz und 22.000 Mitarbeitern, nur zwölf Millionen Euro wert. Zwei Wochen später erscheint Luuk van Beek als Hellseher. Die deutsche Tochter von Imtech hat Insolvenz angemeldet, die Mutter in Gouda Gläubigerschutz - und der Aktienkurs ist schon beinahe dort, wo der Analyst ihn verortete: bei 30 Cent. Und niemand weiß besser, was diese Zahl bedeutet, als die Commerzbank.

Schon im vergangenen Oktober ahnten die Geldexperten, dass es mit ihrem Kunden Imtech arge Probleme geben könnte. Die Commerzbank war eine von vier Banken, die eine Kapitalerhöhung für Imtech durchführen sollten - gemeinhin ein Auftrag, an dem sich einiges verdienen lässt. Diesmal aber blieben die Banken auf der Hälfte der Aktien einfach sitzen. Nur 53 Prozent der Papiere konnten sie an Dritte verkaufen - 47 Prozent mussten sie selbst zeichnen. Mit einem Mal war die Commerzbank einer der größten Aktionäre von Imtech.

Der Deal lief nicht ohne Zugeständnisse von Imtech, heißt es nun aus der Bank. Zwar zeichnete die Commerzbank für 70 Millionen Euro Aktien, sie fuhr aber gleichzeitig in erheblichem Umfang die Kredite herunter, die sie Imtech gegeben hatte. Debt-to-Equity-Swap heißt dies in der Fachsprache. Die Bank tauschte Schulden gegen Anteile.

Im Nachhinein ließe sich aber sagen: Die Commerzbank tauschte Pest gegen Cholera. Die 600 Millionen Euro, die Imtech per Kapitalerhöhung zukamen, stützten die Firma - genau das wollte die Bank für ihren langjährigen Kunden erreichen. Doch der Geldhunger von Imtech war einfach nicht zu stillen.

Schon Anfang August brauchte Imtech wieder 150 Millionen Euro, die Hälfte davon sofort. Für zumindest eine der beteiligten Banken war damit der Punkt erreicht, an dem sie ihrem schlechten Geld kein gutes mehr hinterherwerfen wollte. Und die anderen wollten nicht noch mehr Risiko übernehmen, als sie ohnehin schon trugen. Imtech musste die Geldnot an den Markt melden.

Die Aktie fand keinen Halt mehr. Das Commerzbank-Paket, das einmal 70 Millionen Euro wert war, fiel auf 30 Millionen, dann 17 Millionen, am Dienstag weniger als fünf Millionen. Aus der Bank ist zu hören, man habe Sicherheitsstrukturen für den Schlamassel gebaut. Doch was diese Strukturen wert sind, muss die Bank nun mit dem Insolvenzverwalter klären.

Teil 23

Imtech-Mutter ist nun auch insolvent

Von Sönke Iwersen, Handelsblatt, 14.8.2015

Beim niederländischen Gebäudeausrüster Royal Imtech geht es Schlag auf Schlag. Erst meldete die deutsche Tochter Insolvenz an, dann beantragte die Muttergesellschaft Gläubigerschutz. Schließlich folgte gestern am späten Nachmittag dies: „Ein Gericht in Rotterdam hat Royal Imtech für bankrott erklärt.“

Für die Imtech-Aktionäre heißt das wohl nun: Totalverlust. Die Aktie hatte in den vergangenen Tagen bereits 90 Prozent ihres Werts verloren. Größte Aktionäre sind Banken, die im Oktober 2014 eine Kapitalerhöhung von 600 Millionen Euro durchführten und auf vielen neuen Anteilsscheinen selbst sitzen blieben. Allein die Commerzbank zeichnete Aktien für 70 Millionen Euro. Gut 65 Millionen davon haben sich seitdem in Luft aufgelöst.

Die Pleite der Mutter bedeutet für die deutsche Imtech, dass sie 21 Millionen Euro abschreiben kann, die die Zentrale ihr schuldet. Der vorläufige Insolvenzverwalter der deutschen Imtech, Peter-Alexander Borchardt, meldete aber, dass mehrere Banken eingefrorene Guthaben in hoher einstelliger Millionenhöhe freigegeben hätten. Die Arbeit auf den 960 Baustellen gehe weiter.

Teil 24

Imtech-Insolvenz

Chronik eines beispiellosen Absturzes

600 Millionen Euro nahm Royal Imtech vor zehn Monaten am Kapitalmarkt auf. Jetzt ist das Unternehmen an der Börse noch 15 Millionen Euro wert. Die Commerzbank steht mit ihren Anteilen kurz vor einem Totalverlust.

Von Massimo Bognanni und Sönke Iwersen, Handelsblatt.com, 18.8.2015

So einen Fall hat es schon seit langem nicht mehr gegeben. Der einst hoch angesehene Baukonzern Imtech, der auf eine Geschichte von mehr als 150 Jahren zurückblicken kann, zerfällt in seine Einzelteile. Zerfressen von jahrelanger Korruption und Missmanagement brach das Unternehmen zuletzt innerhalb von nur 14 Tagen vollkommen zusammen. Sowohl die deutsche Tochter als auch die niederländische Mutter haben Insolvenz angemeldet.

Der Name Imtech steht für Prestige-Bauten in ganz Europa, ja der ganzen Welt. Wer Kraftwerke, Stadien, Flughäfen oder seine eigene Konzernzentrale bauen wollte, setzte für viele Ingenieursleistungen auf Imtech. Die Deutsche Bank, Sony, Audi, RWE - die Liste der internationalen Top-Auftraggeber war lang.

All das ist nun vorbei. Imtech hat Insolvenz angemeldet und wird zerschlagen. Am Montag war das Unternehmen, das zuletzt mit 22.000 Mitarbeitern einen Jahresumsatz von vier Milliarden Euro erreichte, an der Börse noch ganze 15 Millionen Euro wert. Einen der empfindlichsten Verluste erlitt die Commerzbank. Sie zeichnete im Oktober Imtech-Aktien für 70,8 Millionen Euro. Aktuell ist das Paket noch ganze 1,7 Millionen Euro wert - 97 Prozent weniger.

Das Handelsblatt hat den Niedergang von Imtech eng begleitet. Schon zwei Jahre vor dem Ausbruch der Krise 2013 erschien der erste große Bericht zu den Geschäftsmethoden, die bei Imtech üblich waren. Dann folgten zahlreiche

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Hintergrundartikel. 2014 lösten Recherchen des Handelsblattes unter anderem Ermittlungen des Bundeskartellamtes und der Staatsanwaltschaft München aus, 2015 belastete ein Bericht erstmals die holländische Führung in der Affäre, die bis dahin nur dem deutschen Management zugeschrieben worden war.

Imtech wird die Insolvenzverwalter, das Bundeskartellamt und mehrere Staatsanwaltschaft noch auf Jahre hinaus beschäftigen. Auch das Handelsblatt wird weiter berichten. Die bisherige Chronik des Niedergangs liest sich so:

24. Februar 2011

Das Handelsblatt berichtet von Korruption beim Projekt Blue von Imtech. Es handelt sich um den Umbau der Zwillingstürme der Deutschen Bank.

Ende Februar 2011

Imtech beauftragt einen externen Experten für Wirtschaftskriminalität mit der Untersuchung der Vorgänge, die das Handelsblatt beschreibt. Sein Bericht wird später vertuscht.

4. Februar 2013

Imtech informiert die Öffentlichkeit über mögliche Unregelmäßigkeiten und verschiebt die Vorlage der Bilanz. Der Aktienkurs stürzt um 45 Prozent.

6. Februar 2013

Der Deutschlandchef, sein Finanzchef und sein Chef-Controller werden entlassen.

23. April 2013

Imtech gibt eine Restrukturierung bekannt. 1300 Jobs werden gestrichen. Die Kosten hierfür sollen bei 80 Millionen Euro liegen. Die Abschreibungen in Deutschland erhöhen sich auf 220 Millionen Euro.

18. Juni 2013

Imtech legt einen Ermittlungsbericht von externen Beratern vor. Der Konzern sei Opfer von betrügerischen Handlungen in seiner deutschen und seiner polnischen Tochtergesellschaft geworden.

27. Juni 2013

Das Handelsblatt berichtet auf drei Seiten über Korruption Scheingeschäfte, gefälschte Unterlagen und Führungschaos bei Imtech. Der Bericht zeigt auch, dass Imtech schon 2011 gewarnt war.

4. Juli 2013

Imtech startet eine Kapitalerhöhung um 500 Millionen Euro.

20. September 2013

Das Handelsblatt berichtet von weiteren Tätern im Imtech-Skandal. Das Unternehmen sei nicht nur von seinem gefeuerten Deutschland-Chef Klaus Betz ausgeweidet worden, sondern auch von dessen Vorgänger Jörg Gerhard Schiele.

1. Oktober 2013

Imtech Deutschland zeigt neun ehemalige Manager wegen Untreue bei der Staatsanwaltschaft Hamburg an.

26. August 2014

Imtech verkauft seine IT-Sparte Imtech ICT Division für 255 Millionen Euro an den französischen Mischkonzern Vinci.

25. September 2014

Imtech braucht frisches Geld und kündigt eine Kapitalerhöhung um 600 Millionen Euro an.

24. Oktober 2014

Die Kapitalerhöhung von Imtech geht schief. Weil nicht genügend Aktionäre zu finden sind, müssen die ausführenden Banken einspringen. Allein die Commerzbank hält nun 11,8 Prozent.

6. November 2014

Das Handelsblatt deckt auf, dass Imtech auch ein Kartell gebildet hat - zum Schaden von RWE. Ein Geflecht von Scheinrechnungen wird aufgezeigt. Außerdem führen laut Bericht Spuren zum Flughafen BER.

7. November 2014

Die CDU-Abgeordneten Ludwig Burkhardt und Rainer Genilke fragen im Berliner Landtag aufgrund des Handelsblatt-Berichts nach Scheinrechnungen bei Imtech. „Für strafrechtlich relevantes Verhalten zum Nachteil der FBB liegen gegenwärtig keine Anhaltspunkte vor“, heißt es aus der Landesregierung.

7. November 2014

Das Bundeskartellamt und die Staatsanwaltschaft München nehmen die Handelsblatt-Recherchen über das Imtech-Kartell zum Anlass für eine Prüfung der Vorkommnisse.

Mitte Dezember 2014

Die Staatsanwaltschaft Neuruppin eröffnet ein Verfahren gegen Ex-Imtech-Chef Klaus Betz. Es geht um den Vorwurf der Bestechung eines BER-Managers.

5. Februar 2015

Die vom Handelsblatt aufgedeckte Kartell-Affäre weitet sich stark aus. Die Staatsanwaltschaft München und das Bundeskartellamt durchsuchen insgesamt 50 Objekte in ganz Deutschland, darunter die Geschäftsräume von Imtech in Aalen, Hamburg, Stuttgart und München. Die Zahl der Beschuldigten ist bereits zweistellig.

3. März 2015

Das vom Handelsblatt aufgedeckte Kartellverfahren weiter sich immer stärker aus. Die Staatsanwaltschaft zählt inzwischen 30 Beschuldigte in neun Firmen. Sie sollen mit illegalen Absprachen bei 50 Großprojekten in aller Welt Millionenschäden verursacht haben. Opfer waren Firmen wie Audi, Eon, RWE und vor allem Siemens.

12. März 2015

Das Handelsblatt berichtet, dass auch die niederländische Konzernspitze von Imtech in die Affäre verstrickt ist. Dies legt eine interne Mail nahe. Die deutsche Tochter habe demnach Scheinrechnungen der niederländischen Zentrale zahlen müssen, um die Bilanz schönzurechnen.

25. März 2015

Nach mehr als zehn Jahren der Zusammenarbeit trennt sich Transparency International vom BER. Grund seien „korrup tive Vorkommnisse seit Anfang 2013.“ Es fehle das Vertrauen. Von jüngsten Vorwürfen habe Transparency erst kurz vor entsprechenden Presseartikeln erfahren.

28. Mai 2015

Das Handelsblatt beschreibt, wie ein Imtech-Manager im Dezember 2012 an einer Autobahnraststätte an der A24 einen mit 150.000 Euro gefüllten Umschlag an einen Flughafen-Manager überreichte. Wenig später flossen 65 Millionen Euro vom BER an Imtech.

28. Juli 2015

Imtech meldet schlechte Geschäftszahlen. Der operative Verlust (Ebitda) liege im ersten Halbjahr bei 45 bis 50 Millionen Euro, doppelt so hoch wie im Vergleichszeitraum 2014. Es gibt neuen Finanzierungsbedarf. Imtech will 75 Millionen Euro zusätzlich aufnehmen. 37,5 Millionen davon sollen innerhalb von sieben Tagen fließen. Außerdem soll Mitte August ein Sanierungsspezialist der Unternehmensberatung Alvarez & Marsal als Chief Restructuring Officer in den Imtech-Vorstand einziehen.

31. Juli 2015

Viele der deutschen Mitarbeiter von Imtech haben ihr vertraglich bis Monatsende zugesichertes Gehalt noch nicht auf dem Konto.

3. August 2015

Die Gehälter treffen ein. Intern heißt es, die Verzögerung habe einen technischen Grund gehabt.

4. August 2015

Imtech informiert die Öffentlichkeit, dass die Gespräche mit den Banken sich länger hinzögen als gedacht. Grund seien Schwierigkeiten im Deutschlandgeschäft.

5. August 2015

Imtech informiert die Öffentlichkeit, dass zunächst kein Geld ins Unternehmen fließt. Die Verhandlungen mit den Banken seien nicht vorangekommen. Das belgische Analysehaus Petercam warnt, dass in dem Unternehmen kaum noch Wert für die Aktionäre steckt. Der Analyst Luuk van Beek setzt das Kursziel auf 0,10 Euro. Der Kurs der Imtech-Aktie fällt um 29 Prozent.

6. August 2015

Imtech informiert die Öffentlichkeit, dass auch die gestrigen Verhandlungen mit den Banken zu keinem Ergebnis geführt haben. Der Kurs der Imtech-Aktie fällt teilweise auf unter ein Euro. Schlusskurs ist 1,19 Euro, 40 Prozent weniger als am Vortag. Am späten Nachmittag stellt die deutsche Tochter von Imtech einen Insolvenzantrag. Das Amtsgericht Hamburg bestellt Peter-Alexander Borchardt von der Kanzlei Reimer Rechtsanwälte zum vorläufigen Insolvenzverwalter.

7. August 2015

Morgens meldet das Unternehmen, die Verhandlungen mit den Banken seien wieder ohne Ergebnis verkauft. Die Aktie fällt zeitweise um 50 Prozent. Allein die Commerzbank hat schon mehr als 50 Millionen Euro verloren.

10. August 2015

Das Handelsblatt erfährt von einer internen Mail, die Royal Imtech an seine Führungskräfte verschickt. Es gibt einen sofortigen Zahlungsstopp. „Es wird heute absolut keine Auszahlungen geben“, lautet die Anweisung „Das schließt auch solche Zahlungen ein, die geschäftskritisch sind.“ Der Kurs der Imtech-Aktie bricht erneut um 40 Prozent ein.

11. August 2015

Der Imtech-Vorstandsvorsitzende Gerard van de Aast beantragte am frühen Dienstagmorgen beim District Court Rotterdam Gläubigerschutz für sein Unternehmen. Die Aktie bricht um 37 Prozent ein.

12. August 2015

Der Imtech-Mutterkonzern in den Niederlanden schuldet Imtech Deutschland 21 Millionen Euro. Insolvenzverwalter Peter-Alexander Borchardt glaubt aber nicht daran, dass dieses Geld noch kommt. Trotzdem geht die Arbeit auf den 960 Baustellen von Imtech weiter. Mehrere Banken hätten eingefrorene Guthaben in hoher einstelliger Millionenhöhe freigegeben. Der Kurs der Imtech-Aktie steigt um 44 Prozent.

13. August 2015

Die niederländische Börse setzt die Imtech-Aktie vom Handel aus. Das Unternehmen habe eine wichtige Mitteilung angekündigt. Bis dahin sei ein Handel nicht möglich. Die Imtech-Mitteilung kommt um 17 Uhr. Sie beginnt: „Ein Gericht in Rotterdam hat Royal Imtech für bankrott erklärt.“ Der Konzern werde nun zerschlagen. Für die Marine-Sparte sei schon ein Käufer gefunden. Ein Verkauf der Nordic-Sparte stehe kurz bevor. Die Erlöse aus den Verkäufen sei den Gläubigerbanken vorbehalten. Für die Aktionäre bleiben voraussichtlich nichts übrig.

14. August 2015

Der Kurs der Imtech-Aktie bricht in der ersten Handelsstunde um 75 Prozent ein.

17. August 2015

Eine Imtech-Aktie notiert bei 12 Cent. Das Aktienpaket, das die Commerzbank im Oktober 2014 für 70,8 Millionen Euro zeichnete, ist aktuell nur noch 1,7 Millionen Euro wert.

Reporter**FORUM**

www.reporter-forum.de

Flug MH 17

Auf der Suche nach der Wahrheit

Von CORRECT!V, 09.01.2015

<https://mh17.correctiv.org>

40 000 Unwahrheiten

Die NSA hat offenbar mit Wissen des Bundesnachrichtendienstes Unternehmen und Behörden in Deutschland und im übrigen Westeuropa ausgespäht.

Von Maik Baumgärtner, Nikolaus Blome, Hubert Gude, Marcel Rosenbach, Jörg Schindler, Fidelius Schmid, DER SPIEGEL, 25.04.2015

Wie wichtig den Amerikanern ihre neue Niederlassung in Bayern war, ließ sich schon an der Bauzeit erkennen: nur viereinhalb Monate, nicht mehr. Schon stand auf dem Gelände der Mangfall-Kaserne in Bad Aibling das neue, abhörsichere Gebäude. Ohne Fenster, mit metallischer Außenhaut. Die Kollegen des Bundesnachrichtendienstes (BND) spotteten über die "Blehdose".

Der Bau war Ausdruck einer besonders engen und vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen der amerikanischen NSA und dem deutschen Auslandsgeheimdienst. Die ehemalige US-Spähstation Bad Aibling war 2004 dem BND offiziell übergeben worden.

Die Chefs der Behörden hatten vereinbart, dort im Geheimen zusammenzuarbeiten. Sie installierten gemeinsame Arbeitsgruppen, eine für Datenabgriffe ("Joint Sigint Activity"), eine für die Datenanalyse ("Joint Analysis Center").

Was die Deutschen offenbar nicht mitbekommen sollten: Ihre Partner in der Blehdose interessierten sich nicht nur für den globalen Terrorismus. Sie nutzten ihre technischen Fähigkeiten auch, um Unternehmen und Behörden in Westeuropa auszuspähen. Dabei machten sie nicht mal vor deutschen Zielen halt. Spätestens 2008 bemerkten die Deutschen den Vorgang, aber schauten dem Treiben bis 2013 zu.

Als der neuerliche Affront am vorigen Donnerstag publik wurde, herrschte in der Hauptstadt Fassungslosigkeit. Auch wenn sich das Ausmaß erst abzeichnete - auf die

Berliner Bühne kehrt damit ein Skandal zurück, den keine Regierung jemals wirklich aufzuklären versuchte. Schwarz-Gelb wollte ihn vom Tisch wischen, die Große Koalition versuchte, ihn mittels "strukturierten Dialogs" unter Federführung des Außenministeriums in einem Meer von Floskeln zu versenken.

Es geht um die mindestens versuchte massenhafte Ausspähung deutscher und westeuropäischer Ziele - und darum, was der BND davon wusste und inwieweit er dabei half, aus Versehen oder gar mit Absicht. Damit geht es auch um die grundsätzliche Frage: Können transatlantische Verbündete einander trauen, oder sollten sie stets das Schlimmste selbst von engsten Partnern annehmen?

Die Regierung wird rasch Antworten geben müssen, auch darüber, wie sie die neuen Vorwürfe gegen die NSA in Washington zur Sprache bringen will; eine Übung, die in den vergangenen zwei Jahren stets nah an eine Demütigung der Deutschen führte. Die Sache hat das Zeug zur Staatsaffäre.

Dabei hätte dieser Skandal bereits kurz nach Beginn der NSA-Affäre im Sommer 2013 zumindest intern aufgearbeitet werden können - wenn Verantwortliche im BND ihr Wissen nicht für sich behalten hätten.

Als Medien seinerzeit darüber berichteten, dass die NSA in großem Stil Daten aus Deutschland und Europa absauge und diese Daten nicht nur dem globalen Antiterrorkampf dienten, wurde offenbar auch der deutsche Auslandsnachrichtendienst misstrauisch.

In den Jahren zuvor war BND-Leuten mehrmals aufgefallen, dass die sogenannte Selektorenliste, die man von den NSA-Partnern erhalten hatte und die seither regelmäßig aktualisiert wurde, einige Merkwürdigkeiten aufwies.

Die Selektoren sind Ziele wie IP-Adressen, Handynummern oder E-Mail-Konten. Hunderttausende, womöglich gar mehr als eine Million davon befinden sich in den BND-Überwachungssystemen - Treffer werden automatisiert angezeigt.

Bei den Selektoren von der NSA stellte sich spätestens 2008 heraus, dass sie nicht nur Terrorpaten und Waffenschmuggler betrafen. Die Suche zielte, unter anderem, auf den Rüstungskonzern EADS, den Hubschrauberhersteller Eurocopter und französische Behörden. Erst nach den Enthüllungen des Whistleblowers Edward

Snowden entschloss sich der BND dazu, diesen Merkwürdigkeiten auf den Grund zu gehen. Eine Überprüfung kam im Oktober 2013 zu dem Ergebnis: Mindestens 2000 dieser Selektoren waren offenkundig gegen westeuropäische und sogar gegen deutsche Interessen gerichtet.

Das wäre ein klarer Bruch des "Memorandum of Agreement", das die Regierungen in Washington und Berlin 2002 unter dem Eindruck der Anschläge vom 11. September miteinander geschlossen hatten. Darin wurden gemeinsame weltweite Überwachungsoperationen vom Horchposten Bad Aibling aus geregelt.

Die Kooperationspartner versicherten einander damals, dass weder Deutsche noch Amerikaner ausgeforscht würden. Das galt ausdrücklich für "reale" und "juristische Personen", etwa Firmen und Verbände.

Über den Verstoß gegen diesen Vertrag wurde im Oktober 2013 offenbar nicht einmal die BND-Leitung informiert und damit auch nicht das Kanzleramt, das die Aufsicht über die Behörde führt. Stattdessen wandten sich die Geheimdienstler an die amerikanischen Kollegen - und baten darum, derlei zu unterlassen.

Im Frühjahr 2014 nahm im Berliner Bundestag der NSA-Untersuchungsausschuss seine Arbeit auf. Als Berichte über die Spionageziele EADS und Eurocopter publik wurden, stellten Linke und Grüne in dem Gremium einen Beweisantrag, um der Sache auf den Grund zu gehen.

Im BND befasste sich daraufhin die für die Ausschussarbeit zuständige Projektgruppe erneut mit den NSA-Selektoren. Am Ende hatte sie nicht 2000, sondern bis zu 40 000 verdächtige Suchparameter entdeckt - die Rede ist von Spionagezielen in westeuropäischen Regierungen und zahlreichen Unternehmen. Auch den Verdacht, dass die NSA systematisch gegen deutsche Interessen verstoßen habe, sahen die Prüfer bestätigt; die Amerikaner könnten, quasi unter den Augen der Deutschen, Wirtschaftsspionage betrieben haben.

Erst am 12. März dieses Jahres landete die Information im Bundeskanzleramt. Dort erkannte man sofort, dass sie politischen Sprengstoff barg, und entschloss sich, in die Offensive zu gehen. Vorigen Mittwoch tagte in Berlin das Parlamentarische Kontrollgremium, das für die drei deutschen Geheimdienste des Bundes zuständig ist. De-

ren Chefs erstatten im abhörsicheren Sitzungsraum U1.214 in der Regel persönlich Bericht.

Den Mitgliedern schwante, dass etwas im Busch sein müsse, als sich für die Sitzung Kanzleramtschef Peter Altmaier ankündigte und die Obleute des NSA-Untersuchungsausschusses dazugebeten wurden. BND-Präsident Gerhard Schindler sollte hingegen ausdrücklich nicht an der Sitzung teilnehmen. In dessen Amt gebe es "technische und organisatorische Defizite", rügte die Regierung tags darauf unverblümt.

Der Auslandsnachrichtendienst ist in Erklärungsnot. Denn er ist nicht nur seinem Aufsichtsorgan, dem Bundeskanzleramt, rechenschaftspflichtig. Vertreter des BND hatten sich auch gegenüber dem Parlamentarischen Kontrollgremium und dem NSA-Ausschuss mehrmals zu den Vorgängen in Bad Aibling eingelassen. Die Äußerungen erscheinen nun in neuem Licht.

So behauptete der Dienst laut einem als geheim eingestuften Vermerk noch im Jahr 2013 gegenüber den Bundestagsabgeordneten, die seine Arbeit kontrollieren sollten: Die Zusammenarbeit in Bad Aibling laufe gemäß Recht und Gesetz und den strengen Vorgaben.

In dem Vermerk heißt es: "Der Nutzen für den BND (liegt) im Know-how-Gewinn und der gegenüber anderen Partnern engeren Kooperation mit der NSA." Die von der US-Seite einfließenden Daten würden "vor der Einsteuerung in die Fm(Fernmelde)-Erfassungssysteme vom BND geprüft auf die Einhaltung der vereinbarten Regeln". Ausdrücklich bedeute das: "keine Steuerung entgegen deutschem Interesse".

Nun weiß man es besser. Eine der Kernfragen für die Aufarbeitung der Affäre lautet: Wusste der BND es damals wirklich nicht? Oder wollte er es nicht wissen?

Auch der NSA-Untersuchungsausschuss hat bereits mehrmals ehemalige und noch aktive deutsche Geheimdienstler zum Thema "Selektoren" und "Suchkriterien" befragt. Vor Beginn jeder Befragung werden sie belehrt, dass Falschaussagen vor dem Gremium geahndet werden können. Die BND-Mitarbeiter beteuerten mehrmals, die von der US-Seite gelieferten Selektoren würden genauestens überprüft.

Der Unterabteilungsleiter der zuständigen Abteilung "Technische Aufklärung" erklärte bei seiner Vernehmung im März: BND-Juristen würden "jeden einzelnen

Suchbegriff" und "jeden einzelnen Selektor" daraufhin prüfen, ob er mit dem "Vertrag der Kooperation" vereinbar sei. Dies betreffe nicht nur Grundrechtsträger und deutsche Firmen - "auch europäische würden wir aussortieren nach unserer Kenntnis".

Ein "Einschmuggeln" solcher Suchfaktoren würde bei langjährigen Operationen "auffallen", sagte der Zeuge. "Über all die Jahre zu versuchen, uns Selektoren unterzujubeln, um Wirtschaftsspionage zu betreiben - ich glaube, das ist nicht möglich." Und: "Das ist uns auch nie aufgefallen."

Die Mitglieder des NSA-Ausschusses fühlen sich belogen, entsprechend harsch fielen die Reaktionen aus: "Spätestens nach den Snowden-Veröffentlichungen 2013 hätten alle Beteiligten auf allen Ebenen, also auch das Bundeskanzleramt, bezüglich der Kooperation mit der NSA bösgläubig sein müssen", sagt der Grünen-Obmann Konstantin von Notz.

"Der Spionageskandal zeigt das Eigenleben und die Unkontrollierbarkeit der Geheimdienste", so die Linken-Obfrau Martina Renner. "Personelle Konsequenzen müssen folgen, und die Bundesanwaltschaft muss ermitteln."

Bis Donnerstag hatte die Regierung die Karlsruher Behörde allerdings noch nicht mal über den Vorgang informiert.

Teil 2: Der unheimliche Dienst

Die jüngste Spionage-Affäre stürzt den BND in eine seiner größten Krisen - und trifft damit auch das Zentrum der Macht: Angela Merkel und ihr Kanzleramt.

Von Maik Baumgärtner, Nikolaus Blome, Matthias Gebauer, Hubert Gude, Frank Hornig, Martin Knobbe, Veit Medick, Gordon Repinski, Sven Röbel, Marcel Rosenbach, Jörg Schindler, Fidelius Schmid, Holger Stark, Gerald Traufetter, DER SPIEGEL, 02.05.2015

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Ein Tag im Sommer, es war der 14. Juli 2013. Die Bundeskanzlerin saß auf einem roten Sessel, ihr gegenüber zwei Moderatoren der ARD. Im Hintergrund floss die Spree, der Himmel war bedeckt, es war das traditionelle Sommerinterview fürs Fernsehen. Deutschland diskutierte über das zügellose Treiben des amerikanischen Geheimdienstes NSA, Edward Snowdens erste Enthüllungen lagen gerade einen Monat zurück. Die Kanzlerin hatte ihren Innenminister nach Washington geschickt, sie demonstrierte Tatkraft und war gut gelaunt.

Ob sie denn wisse, welche Daten genau aus Deutschland abgegriffen worden seien, wollten die Moderatoren wissen, "das Stichwort Wirtschaftsspionage macht ja auch die Runde". Angela Merkel saß ruhig auf ihrem roten Sessel. "Also da", setzte sie an, "wurde dem Bundesinnenminister sehr deutlich gesagt: Es gibt keine Industriespionage gegen deutsche Unternehmen."

Nur wenige Hundert Meter vom roten Sessel entfernt aber war der Kenntnisstand ein anderer. Im Kanzleramt von Angela Merkel wusste man längst, dass diese Auskunft der Amerikaner so nicht stimmte.

Spätestens seit 2010 hatten die Mitarbeiter der Kanzlerin Hinweise darauf, dass die NSA versucht hatte, europäische Firmen auszuspionieren, darunter auch EADS, ein Luftfahrt- und Rüstungsunternehmen mit deutscher Beteiligung. Man wusste zudem, dass die Amerikaner für ihre Spitzelei den Bundesnachrichtendienst (BND) einspannen wollten. Es wäre verwunderlich, wenn von diesen Vorgängen nicht auch Merkel längst wusste, als sie bei der ARD auf dem roten Sessel saß. Wusste sie es tatsächlich nicht, dann wäre dies sogar noch schlimmer.

Die Kanzlerin führt offiziell die Aufsicht über den Auslandsgeheimdienst, den BND. Eine ganze Abteilung in Merkels Haus kümmert sich darum, sie soll die Aufträge für den BND formulieren, sie soll ihn steuern, vor allem aber soll sie ihn kontrollieren. In dieser Aufgabe hat das Amt der Kanzlerin nicht nur geschludert, es hat versagt. Der Skandal um die Spähattacken der NSA, um die offensichtliche Zusammenarbeit von BND und NSA, er ist damit auch ein Skandal der Kanzlerin.

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Eine Onlinemeldung des SPIEGEL hatte den jüngsten Geheimdienstskandal am Donnerstag vergangener Woche angefacht. Demnach hat die NSA offenbar massiv versucht, über BND-Anlagen deutsche und europäische Ziele auszuspionieren. Trotz der Hinweise vor Jahren hat das Kanzleramt so gut wie nichts dagegen unternommen.

Das Ausmaß dieser Affäre wurde in der vergangenen Woche Stück für Stück sichtbarer. Die NSA hat über den BND offenbar nicht nur Unternehmen ins Visier genommen, sondern auch Politiker und Institutionen in Europa. Darauf deuten Suchkriterien hin, mit denen die Amerikaner ihre deutschen Partner versorgten. Inzwischen prüft die Bundesanwaltschaft, ob "ein Anfangsverdacht für eine in unsere Zuständigkeit fallende Straftat vorliegt". Der Generalbundesanwalt ist unter anderem für die Strafverfolgung von Spionage und Landesverrat zuständig.

Wie Recherchen des SPIEGEL jetzt belegen, war die Hilfsbereitschaft des BND noch größer als bislang gedacht. In einer streng geheimen Operation "Monkeyshoulder" plante der BND auch mit dem britischen Geheimdienst GCHQ eine enge Kooperation, die NSA war ebenfalls involviert. Von dieser fragwürdigen Zusammenarbeit sollte selbst das Kanzleramt zu Beginn nichts wissen.

Hinzu kam in den vergangenen Tagen ein weiterer, schwerwiegender Verdacht: Hörten die USA im Berliner Regierungsviertel gezielt Mitarbeiter des Kanzleramts ab? Spionierten sie Journalisten aus?

Es ist ein Skandal, der sich wie ein Sturm zusammenbraut und zu einer veritablen Staatsaffäre werden könnte. Doch diejenige, die am Ende die Verantwortung trägt, schickte bislang nur ihren Regierungssprecher vor.

Ein unausgesprochener Deal mit den USA wird damit zum Problem für Angela Merkel und ihre Regierung. Um die Bundesrepublik vor Terroranschlägen zu schützen, sollten amerikanische Geheimdienste von deutschem Boden aus Millionen Daten abschöpfen können, mithilfe des BND und ohne echte politische Kontrolle.

Nun muss sich die Kanzlerin die Frage stellen lassen, wie dieses Verhalten zu ihrem Amtseid passt: Was geschieht, um deutschem Recht Geltung zu verschaffen? Werden deutsche Interessen verraten, wenn amerikanische Geheimdienste ungestraft die deutsche Industrie ausspähen - oder dies zumindest versuchen? Was ist faul in einem

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Staat, dessen eigener Geheimdienst dabei entweder wegschaut oder gar mithilft? Nicht zu reden von dem Schaden, den die jüngste Affäre bei Deutschlands Nachbarn anrichtet: Ist ein gutes Verhältnis zu den Amerikanern wichtiger als das Vertrauen der europäischen Partner?

Wer verstehen will, wie sich in einem System voller Rechte und Regeln eine Behörde entwickeln kann, die irgendwann ihre ganz eigenen Gesetze schreibt, sollte sich den 23. Oktober 2001 ins Gedächtnis rufen.

Damals nahm Otto Schily als Bundesinnenminister in einem Konferenzraum in Washington Platz. Neben ihm saß John Ashcroft, der damalige Justizminister der Vereinigten Staaten von Amerika. Es ging um die Anschläge von New York, sie lagen sechs Wochen zurück. Ashcroft sagte, dass drei der Todespiloten und drei ihrer Komplizen in Hamburg gewohnt hatten. Es war eine schlichte Feststellung, zugleich war es eine schallende Ohrfeige. Otto Schily wirkte wie ein gemäßregelter Pennäler. Eine amerikanische Untersuchungskommission schrieb später Deutschland eine Mitschuld zu, die Anschläge nicht verhindert zu haben.

Bundeskanzler Gerhard Schröder gab eine klare Linie vor. Er versprach den Amerikanern "uneingeschränkte Solidarität". Für die deutschen Sicherheitsbehörden war es wie ein Startschuss in ein neues Zeitalter: Die Autorität saß nun nicht mehr nur in Berlin. Sie saß auch in Washington.

Damit veränderte sich das Verhältnis zwischen der Bundesregierung und ihrem Geheimdienst. Die Behörde in Pullach entwickelte ein neues Eigenleben, ihre Aufseher in Berlin ließen sie gewähren.

Er habe sich nach dem 11. September 2001 intensiv um ein gutes Verhältnis zum BND bemüht, sagt der damalige NSA-Chef Michael Hayden. "Ich wollte nicht wie ein Besatzer auftreten, sondern die Zusammenarbeit ausbauen." Beim BND traf er damals mit August Hanning auf einen Präsidenten, der diese Kooperation förderte, wo er nur konnte.

Hunderte US-Agenten tummelten sich fortan in Deutschland und observierten Terrorverdächtige von Hamburg bis Wiesbaden, nur die wenigsten davon waren der Bundesregierung namentlich gemeldet, wie es die Vorschrift gewesen wäre. Als "beste

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Außenstelle von CIA und NSA" bezeichnet ein ehemaliger Mitarbeiter im Kanzleramt den deutschen Nachrichtendienst. "Deutschland wurde zum Aufklärungsziel Nummer eins in Europa", sagt der ehemalige NSA-Mitarbeiter Thomas Drake.

Allerdings profitierten die Deutschen auch von dem mächtigen Überwachungsapparat: Die sogenannte Sauerland-Gruppe flog dank eines Hinweises aus den USA auf, einen größeren islamistischen Terroranschlag hat es bis heute auf deutschem Boden nicht gegeben.

Das war womöglich einer der Gründe, weshalb der BND oder andere Dienste die Amerikaner gewähren ließen, selbst wenn sie etwas von den Spitzeleien bemerkten. Ähnlich leger sahen es die Aufseher im Kanzleramt, von denen einige ihre Karriere in den Diensten begonnen hatten: Es war eine eingeschworene Clique der Geheimen, die da agierte, offen für die Belange der Amerikaner, verschlossen für Kritik von außen. So ist es bis heute.

"Wir waren in den Augen der Amerikaner wie ein US-Flugzeugträger mitten auf dem Kontinent", sagt ein hochrangiger Regierungsbeamter in Berlin.

Mehr Distanz, mehr Kontrolle, mehr Autonomie - selbst wenn sie es gewollt hätten, wäre es den Deutschen kaum noch möglich gewesen, sich von den USA zu emanzipieren. Viel später als die NSA hatte der BND verstanden, dass sich Technik und Aufklärungsziele radikal ändern mussten. Um mit der digitalen Revolution Schritt zu halten, waren die Deutschen auf die Amerikaner angewiesen. In einem internen Papier des Kanzleramts heißt es: Die NSA biete die Möglichkeit, "wieder Anschluss an die Entwicklung in der Kommunikationstechnik zu gewinnen und langfristig zu halten".

Diese Abhängigkeit verhindert, dass die deutsche Regierung die Probleme der Zusammenarbeit offen und ehrlich diskutiert. Sie würde die Gunst der Amerikaner riskieren, auf die sie angewiesen zu sein glaubt. Die Grundlage für eine neue, besonders enge Kooperation wurde im April 2002 gelegt, mit einem "Memorandum of Agreement", einem sechsseitigen Papier mit mehr als 70 Seiten Anhang. Es regelte die Details der neuen Abhörallianz, und es sollte verhindern, dass in der Bundesrepublik Deutsche oder Amerikaner abgehört würden. Daten aus Europa sollten nur dann Verwendung finden, wenn es um eine konkrete Terrorbedrohung ging. Die Partner sicher-

ten zu, sich gegenseitig in die Erteilung und Erfassung der Aufträge blicken zu lassen. Im Laufe der Jahre geriet diese Vereinbarung aber offenbar in Vergessenheit.

Einer der leistungsstärksten Horchposten der Amerikaner in Europa war die Antennenanlage von Bad Aibling, welche die USA gebaut und 2004 offiziell dem BND übertragen haben. Heimlich verlegte Leitungen führen unter Feldern und Wiesen hindurch zur Mangfall-Kaserne, wo der BND die groß angelegte Überwachung der Satellitenkommunikation seither heimlich steuert.

Die Amerikaner richteten sich auf dem Kasernengelände in Sichtweite der Kugeln ein. Sie bauten einen großen, fensterlosen, schwarzen Klotz, der per Glasfaserkabel an das NSA-Datennetz angeschlossen ist. Auf dem Kasernengelände ist auch die Verbindungsstelle zwischen NSA und BND zu Hause, die sogenannte Suslag.

Mithilfe der Amerikaner fängt der BND in Bad Aibling seit nun über zehn Jahren großflächig Signale aus Krisenregionen ab: Telefongespräche, E-Mails, SMS-Nachrichten. Grundlage dafür sind nicht zuletzt Suchbegriffe der Amerikaner, die sogenannten Selektoren. Täglich werden neue von amerikanischen Servern abgerufen, bis 2015 summierte sich ihre Gesamtzahl auf 4,6 Millionen. Die Techniker des BND speisen sie für die NSA-Kollegen in das System ein und leiten die Ergebnisse wieder an sie weiter. Es ist ein eingespieltes Miteinander.

Ein breiter Fluss von Daten rauscht so jeden Monat durch die Spionageschleuse in Bad Aibling. Dieser Strom wird von den Deutschen nach BND-Angaben gefiltert, denn deutsche und amerikanische Ziele sollen gemäß dem Memorandum ausgenommen sein. Daten von Anschlüssen mit der deutschen Vorwahl 0049 oder Internetadressen mit der Endung ".de" sollen nicht in die Hände der Amerikaner fallen. Es sei denn, es handelt sich um Schwerverbrecher wie Terroristen oder Waffenschieber.

In 2010, dem Jahr, in welchem das Kanzleramt nachweislich vom ungewöhnlichen Recherchedrang der Amerikaner erfuhr, war Ernst Uhrlau bereits seit fünf Jahren Präsident des Bundesnachrichtendienstes. Er hatte, zumindest für die Öffentlichkeit, in den ersten Jahren seiner Amtszeit die Praxis der "bedingungslosen Solidarität" korrigiert. Es waren die Jahre, als Amerika seine hässliche Fratze zeigte: Bilder von nack-

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

ten Gefangenen aus dem Foltergefängnis Abu Ghraib tauchten auf, die Welt lernte, was Waterboarding ist und wie die CIA willkürlich Menschen entführte.

Uhrlau installierte im BND Juristen, die jede Operation, besonders mit amerikanischer Beteiligung, auf rechtliche Bedenken prüfen sollten. Und er reduzierte die Zahl der gemeinsamen Operationen drastisch.

Die gemeinsame Überwachung von BND und NSA lief trotz dieser Distanzierung weiter. Auf die starke Schulter des großen Bruders wollte der BND auch unter seinem Präsidenten Uhrlau nicht verzichten. Die Amerikaner wiederum verstanden, dieses Zutrauen für ihre Zwecke zu nutzen.

Das Ausmaß der US-Spionage am Horchposten in Bad Aibling wurde im August 2013 deutlich: Der BND hatte nach den Snowden-Enthüllungen Beamte beauftragt, die Suchbegriffe der Amerikaner genauer unter die Lupe zu nehmen. Ein Sachbearbeiter setzte sich an einen Rechner und durchforstete die Selektorendatei der NSA mit Kürzeln, wie sie in den E-Mail-Adressen von Diplomaten, Botschaftern und Mitarbeitern von Bundesbehörden vorkommen: Er versuchte es mit "diplo" und mit "bundesamt".

Allein die Suche nach diesen Bezügen ist vielsagend, zeigt sie doch, dass nun, nach den Enthüllungen, der BND seinem US-Partner durchaus zutraute, sich über alle Konventionen und Vereinbarungen hinwegzusetzen und Deutsche ins Visier zu nehmen. Der BND-Mann suchte in der Datenbank auch nach dem Bestandteil "gov", das viele europäische Regierungen in ihren E-Mails verwenden. Auf Anhieb landete er einen Volltreffer: Es fanden sich rund 12 000 solcher Merkmale in der aktiven Suchdatei, darunter etliche E-Mail-Adressen, die zu hochrangigen französischen Diplomaten führten. Wie sich herausstellte, barg die Liste mit den Treffern Sprengstoff: Sie verstieß eindeutig gegen die Vereinbarungen von 2002, gegen das Memorandum of Agreement. Auch E-Mail-Accounts von EU-Institutionen und Mitarbeitern weiterer europäischer Regierungen sollen in den US-Suchbegriffen aufgetaucht sein. Die Suche aber blieb zunächst offenbar ohne Konsequenzen. Wenn es stimmt, dass BND-Präsident Schindler erst am 12. März dieses Jahres vom Ergebnis der Nachforschungen erfuhr, dann muss die Abteilung in Bad Aibling ihre Treffer über eine lange Zeit für sich behalten haben.

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Darauf deutet ein Schriftverkehr hin, der so knapp wie brisant war: Am 14. August 2013 teilte der BND- Sachbearbeiter seinen ungeheuerlichen Fund dem Verantwortlichen des BND in Bad Aibling mit dem Kürzel R. U. mit. "Was soll ich damit machen?", schrieb der Beamte. Die Antwort war: "Löschen."

Dass die USA die Kooperation mit den willfährigen BND-Freunden auch für Lauschangriffe auf den europäischen Rüstungskonzern EADS und dessen Tochter Eurocopter nutzte, war bereits seit 2005 intern bekannt. Im Januar 2006 kabelte die Außenstelle Bad Aibling erstmals eine Info darüber an die Zentrale in Pullach. Darin nannte der Mitarbeiter die Begriffe "EADS" und "Eurocopter", er hängte eine Excel-Tabelle mit unzähligen Sachbegriffen an. Ist es glaubhaft, dass der damalige BND-Präsident von dem damit dokumentierten dramatischen Verdacht nichts erfuhr, die NSA betreibe klammheimlich die Ausforschung von Unternehmen, also womöglich Wirtschaftsspionage? Zumal in einem Industriezweig, in dem der Wettbewerb mit US-Firmen besonders intensiv ist? Oder verschwand die Mail in einer Schublade der Abteilung Technische Aufklärung?

Erst vier Jahre später erreichte die brisante Info nach derzeitigem Stand das Bundeskanzleramt. Empfänger: der für den BND zuständige Spitzenbeamte der Abteilung 6 Guido Müller, heute Vizepräsident des BND. Der Titel: "Sachstand Zusammenarbeit Abteilung TA mit NSA". Darin hieß es klar und unmissverständlich: "Dass die NSA weiterhin gemäß US-Interessen deutsche Ziele aufklärt, kann allerdings nicht verhindert werden." Die US-Spezialisten der Joint Sigint Activity (JSA) in Bad Aibling würden dieses Ziel zwar nicht verfolgen, heißt es. "NSA hat jedoch in 2005 Erfassungskriterien zu den Firmen EADS, Eurocopter und verschiedenen französischen Behörden in JSA eingestellt." Der BND habe dies entdeckt "und im Anschluss unterbunden".

Hintergrund des überraschenden Briefings war ein Besuch der US-Leitung von Bad Aibling beim Geheimdienstkoordinator Günter Heiß, der gerade ein paar Monate im Amt war. In den folgenden Monaten tauchte der Hinweis immer wieder auf, etwa zur Vorbereitung von Heiß auf ein Treffen mit dem damaligen NSA-Chef Keith Alexander. Sieben Vermerke enthalten die Warnung, zuletzt am 2. Dezember 2011.

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Auf die Idee, den verräterischen Selektoren auf den Grund zu gehen, kam offenbar niemand. Dabei hätte es einen weiteren Anlass gegeben, sich das Treiben der Amerikaner in Deutschland sehr genau anzuschauen.

Trifft ein Bericht der "Bild am Sonntag" zu, dann hat das Kanzleramt durch einen weiteren Vorgang schon seit Jahren Hinweise darauf, dass die US-Nachrichtendienste Gespräche von deutschen Regierungsmitarbeitern abhören. 2011 soll der Berliner CIA-Chef Merkels Leute darüber unterrichtet haben, dass ein leitender Mitarbeiter des Kanzleramts angeblich Medien "gute Storys" zuspiele. Dem Blatt zufolge habe der CIA-Vertreter einen Gruppenleiter der Abteilung 6 "als mutmaßlichen Maulwurf" benannt. Der Beamte wurde wenig später von seinen Aufgaben entbunden und sollte in ein anderes Ministerium versetzt werden. Nach einer Klage vor dem Berliner Verwaltungsgericht durfte er in der Geheimdienstabteilung im Kanzleramt bleiben, wurde aber mit Archivaufgaben betraut und von sensiblen Sitzungen ausgeschlossen. Die Personalangelegenheit führte der damalige Kanzleramtschef Ronald Pofalla, zuständig war sein Abteilungsleiter Günter Heiß.

Der Bericht lässt mehrere Szenarien zu, die damals auch im Kanzleramt durchgespielt worden sein müssen: Fängt die NSA im Berliner Regierungsviertel flächendeckend Gespräche auf und ist auf diese Weise auf den Kanzleramtsmitarbeiter gestoßen? Hören die Amerikaner gezielt die Konversation von Mitarbeitern des Kanzleramts ab? Oder überwachen die US-Dienste gezielt deutsche Journalisten? Jedes dieser drei Szenarien bedeutete einen Skandal mit weitreichenden Folgen für das transatlantische Verhältnis.

Rückblickend, im Licht der Affäre um das überwachte Handy der Bundeskanzlerin, erscheint vieles plausibel - aber im Kanzleramt hätten bereits 2011 alle Warnlampen angehen müssen. Bislang schweigt das Kanzleramt zu den Vorwürfen. Eine Fragenliste des SPIEGEL ließen Merkels Leute bis zum Redaktionsschluss unbeantwortet. Aber spätestens vor dem Untersuchungsausschuss, der den neuerlichen Vorwürfen nachgeht, wird sich das Kanzleramt erklären müssen.

Das gilt im gleichen Maße für die merkwürdigen Vorgänge in Bad Aibling. Spuren einer wohl rund 40 000 verdächtige Selektoren umfassenden "Negativdatei" finden sich auch in den Unterlagen von Edward Snowden.

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Es handelt sich um ein Dokument mit der Bezeichnung "Einschränkungen für die JSA" ("JSA restrictions"), und es stammt aus den Beständen des britischen Abhördienstes GCHQ. Darin heißt es, die gemeinsam von Amerikanern und Deutschen betriebene Überwachungseinheit Joint Sigint Activity verfüge über "einzigartige Zugänge", unterliege aber "einigen Beschränkungen", was die Abhörziele angehe.

Demnach dürften erstens keine Deutschen und auch keine Staatsbürger der sogenannten Five Eyes Ziel der Überwachung sein. Zu den Five Eyes zählen die Geheimdienste der Länder USA, Kanada, Australien, Neuseeland und Großbritannien. Zweitens dürften von dort aus keine "europäischen Wirtschaftsziele" ins Visier genommen werden. "Nicht akzeptiert" würden von der JSA zudem "heikle" nationale Selektoren wie die Internetadresssendungen für Deutschland, Österreich und die Five-Eyes-Staaten.

Danach folgt eine Liste mit Unternehmen, "die nicht überwacht werden sollten, weil es sich um deutsche Firmen oder Einrichtungen handelt". Die folgende Zusammenstellung ist überraschend. Zum einen waren "europäische Wirtschaftsziele" ja angeblich ohnehin komplett ausgenommen, zum anderen ist die Liste mit gerade 31 Einträgen überraschend kurz. Sie wirkt zudem einigermaßen erratisch.

So finden sich darauf die Unternehmen EADS und Eurocopter, die später auch in den sieben Vermerken des Bundeskanzleramts auftauchten. Die Überwachung des Luftfahrtkonzerns EADS, der heutigen Airbus-Gruppe, ist in weiteren Unterlagen aus dem Snowden-Bestand sogar mit einem Namen verbunden, zusammen mit einer Telefonnummer aus Saudi-Arabien.

Der genannte Mitarbeiter von EADS ist in einem sensiblen Bereich tätig: Er kümmert sich um die Rüstungsexportgenehmigungen unter anderem der Verteidigungssparte. Viele dieser Aufträge sind streng geheim und werden nur im Bundessicherheitsrat erörtert, einem geheim tagenden Ausschuss des Bundeskabinetts, der keiner parlamentarischen Kontrolle unterliegt. Der Mann wird in der Liste als "Treffer" geführt und als "potenziell interessantes" neues Überwachungsziel.

Airbus-Chef Tom Enders, ein ausgesprochener Freund der USA, sei irritiert und äußerst verärgert über das tagelange Schweigen der Bundesregierung, sagt ein hoch-

rangiger Airbus-Manager. Er fordere Berlin auf, Stellung zum Vorwurf der Industriespionage zu beziehen. Sein Unternehmen hat mittlerweile Strafanzeigen gegen unbekannt erstattet, wegen Industriespionage.

Airbus, oder früher EADS, ist für ausländische Spione wohl tatsächlich das spannendste Unternehmen in Deutschland. Als größtes Rüstungsunternehmen Europas stellt es Produkte her, gegen die amerikanischen Firmen direkt konkurrieren. Dazu zählen das Kampfflugzeug "Eurofighter", Spionagesatelliten und die Raketen für das Atomprogramm des französischen Militärs. Vor einigen Jahren ging der Konzern mit dem Betankungsflugzeug A330 MRTT in Konkurrenz zu Boeing um einen 35-Milliarden-Auftrag der U. S. Air Force.

Neben dem Rüstungsbereich streiten Boeing und Airbus aber auch um die Marktführerschaft bei zivilen Passagiermaschinen. Ein Wettstreit, bei dem es sowohl in Europa als auch in den USA um große Prestige geht.

Auf der Liste aus den Snowden-Unterlagen werden noch weitere Unternehmen genannt: Siemens, Boehringer-Ingelheim, die Deutsche Bank und Debitel, auch der BND-Ausrüster Rohde & Schwarz, Mercedes-Benz, MTU oder ND SatCom aus Immenstaad am Bodensee. Ebenfalls namentlich verzeichnet sind der Wertpapiergeschäftsabwickler Clearstream, eine in Luxemburg angesiedelte Tochterfirma der deutschen Börse, sowie der Logistikriese DHL.

Gemeinsam ist den Unternehmen, dass ihre genannten Firmen-Domains nicht auf ".de" enden, sondern auf ".com", ".org" oder ".net". Somit wären sie für automatisierte Filter nicht gleich als deutsche Firmen identifizierbar gewesen - was erklären könnte, warum sie explizit auf der Liste genannt wurden.

Handelt es sich um Selektoren, die von den Amerikanern beim BND eingespeist und dort abgelehnt wurden? Oder wurden die Firmen schon jahrelang überwacht - und erst nachträglich diskret aus der Zielliste entfernt? Standen die Unternehmen auf jener Liste der vom BND entdeckten 2000 Selektoren, die eindeutig deutschen und europäischen Interessen zuwiderliefen? Der Bundesnachrichtendienst äußert sich dazu nicht, ebenso wenig das Bundeskanzleramt.

Dass ausländische Geheimdienste auch Wirtschaftsspionage betreiben, hätte Merkel auch ohne Kenntnis der aktuellen Enthüllungen wissen müssen, als sie die Fragen der ARD-Moderatoren beantwortet hat. Bei den meisten Diensten, etwa bei den Franzosen, aber auch bei den Amerikanern, ist die Wirtschaftsspionage sogar schriftlich im Aufgabenprofil festgehalten.

Gerhard Schindler, der Chef des BND, soll erst am 12. März vom Ausmaß der unerlaubten Spionageoperationen erfahren haben. Er meldete es daraufhin sofort ins Kanzleramt. Eine Woche später reiste Peter Altmaier, der amtierende Kanzleramtsminister, mit großem Gefolge nach Pullach in die BND-Zentrale. Es war klar, dass der Dienst ein Problem hatte - und nicht nur er.

Schindler ist ein Mann, der Probleme gern anpackt. Manchmal fehlt es ihm dabei an Feingefühl. Nach Amtsantritt vor drei Jahren forderte er den BND auf, "gut kalkulierte Risiken" häufiger einzugehen, und garnierte seine These mit dem Spruch: "No risk, no fun." Er machte sich damit nicht nur Freunde. Um aber ein besseres Klima mit den Amerikanern wiederherzustellen, nach den Jahren der leisen Distanz unter Ernst Uhlrau - dafür war Schindler der richtige Mann.

2011 plante er seinen Antrittsbesuch in Washington. Zuvor aber forderte er jeden Fachbereich seiner Behörde auf, ihm drei Vorschläge für gemeinsame Operationen mit den Amerikanern zu machen.

Daraus entwickelte sich tatsächlich wieder eine intensive Zusammenarbeit: Die Deutschen halfen dort aus, wo die NSA nicht oder nur eingeschränkt operieren konnte, etwa in Krisenregionen. In manchen Fällen kooperierten BND und NSA auch mit einem dritten Land, die Deutschen traten dann als Vermittler auf. "Wir sind immer dann ins Spiel gekommen, wenn die Amerikaner allein nicht weiterkamen", sagt ein Mitarbeiter eines deutschen Nachrichtendienstes.

Am 30. April 2013 schickte Schindler eine Delegation in die NSA-Zentrale in Fort Meade. Für die BND-Leute ging es darum, ihre laufenden Überwachungsprogramme in China, Iran, Pakistan, Syrien, im Jemen und in Nordkorea zu präsentieren. Aber auch die NSA hatte ein Anliegen. Die Deutschen sollten "neue Bereiche der Ko-

operation" vorschlagen, mit denen Lücken in der globalen Überwachung geschlossen werden sollten.

Mit ähnlichen Motiven hatte sich zuvor schon Großbritannien für eine enge Zusammenarbeit mit den Deutschen interessiert. Im Jahr 2012 unterbreitete der britische Nachrichtendienst GCHQ, der für technische Aufklärung zuständig ist, seinen deutschen Kollegen das Angebot, am Internetknotenpunkt der Telekom in Frankfurt am Main zusammenzuarbeiten.

Die Briten boten ein ausgefeiltes Erfassungs- und Verarbeitungssystem an, mit dem der BND endlich seine Kapazitätsprobleme in den Griff bekommen würde. Im Gegenzug verlangten sie die Übermittlung von Rohdaten aus deutschen Transitdatenleitungen, die etwa aus Russland oder China stammten. Für den Fall eines Deals wollten die Briten auch Daten aus ihrer Auslandserfassung übermitteln, an die die Deutschen von Rechts wegen sonst nicht gelangen würden.

Ein lukrativer Ringtausch also sollte es werden, bei dem jede Seite ihren blinden Fleck verlieren würde. BND-Chef Gerhard Schindler zeigte sich hoch interessiert. Er ließ sogar ein technisches Aufrüstprojekt mit dem Codename "Pacelis" stoppen, in der Hoffnung, mit der Hilfe der Briten werde der BND viel schneller an sein Ziel kommen. Stattdessen stand nun die gemeinsame Operation "Monkeyshoulder" auf der Agenda.

Innerhalb des Dienstes gab es zwar erhebliche Bedenken gegen diese Kooperation, sie waren rechtlicher Art, aber auch politischer. Sollte die Sache publik werden, drohe ein verheerendes Medienecho. Doch die Verantwortlichen im BND nahmen daraufhin nicht etwa Abstand von dem Projekt, sie trieben es sogar voran. Allerdings zunächst mit der Auflage, offiziell niemanden zu informieren: nicht das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik und auch nicht das Kanzleramt, die politische Aufsicht. Der BND hatte den Reiz des autarken Lebens entdeckt, die absolute Geheimhaltung war sein Schutzschild.

Noch bevor die Operation richtig losgegangen war, gewann sie an Größe: Die Amerikaner hatten davon Wind bekommen und boten an mitzumachen. Der BND zeigte sich willig, den langjährigen Partner mit an Bord zu nehmen. So erklärt sich

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

womöglich auch der Operationsname "Monkeyshoulder": Es handelt sich um einen Blend aus drei verschiedenen Malt-Whisky-Sorten.

In mehreren Workshops wurden BND-Mitarbeiter ab Mitte 2012 an der britischen Technik geschult. Die Deutschen fuhren dafür eigens nach Scarborough und Bude, wo das GCHQ den Dokumenten Edward Snowdens zufolge das Unterseekabel Tat-14 anzapft. Umgekehrt kamen die britischen Geheimdienstmitarbeiter nach Deutschland, um ihr Wissen mit den technisch unbedarfteren Partnern zu teilen.

Einer dieser Workshops fand im August 2013 statt, als alle Welt bereits zwei Monate lang die Enthüllungen Edward Snowdens diskutierte und die Bundesregierung behauptet hatte, sie wisse nichts von Spähprogrammen der Amerikaner wie "Prism" oder "Tempora", nichts von geheimen Projekten. Erst in jenem August stoppte BND-Chef Schindler "Monkeyshoulder". Die Brisanz dieser Operation wurde ihm offenbar erst dann klar.

Keine Kontrollinstanz hat damals offenbar von dieser Operation erfahren. Dabei gelten die deutschen Geheimdienste als besonders gut überwacht, das zumindest behaupten die Chefs des Bundesnachrichtendienstes, des Bundesamtes für Verfassungsschutz und des Militärischen Abschirmdienstes gern und oft.

Tatsächlich wachen gleich drei parlamentarische Gremien über die Tätigkeit der rund 10 500 Spione im Staatsdienst. Wie schwierig das ist, erleben die vier Mitglieder der sogenannten G-10-Kommission (siehe Grafik) einmal im Monat, wenn sie sich mit hochrangigen Geheimdienstlern in einem abhörsicheren Raum des Berliner Reichstags einschließen. Dort bekommen sie stapelweise Abhörerträge vorgelegt, über die sie binnen Stunden in quasi richterlicher Sitzung entscheiden müssen. Mehr als ein Schnellgericht kann das nie sein.

Dazu kommt, dass insbesondere die Auslandsüberwachung des BND gesetzlich nicht geregelt ist. Was der BND traditionell so interpretiert, dass er jenseits deutscher Grenzen machen kann, was er will. Immerhin diesen Missstand hat die Bundesregierung erkannt - sie will vor der Sommerpause ein Gesetz vorlegen.

Im Parlamentarischen Kontrollgremium sitzen neun Bundestagsabgeordnete. Sie sind auf den guten Willen der Geheimdienste angewiesen: Diese müssen den Parla-

mentariern "besondere Vorkommnisse" melden. Was "besondere Vorkommnisse" sind, entscheiden sie selbst.

Immerhin eine eigene Abteilung kümmert sich im Kanzleramt um die Dienste; nach dem NSA-Skandal wurde sogar eigens ein Staatssekretär als Beauftragter für die drei großen Nachrichtendienste installiert. Als Klaus-Dieter Fritsche dieses Amt Anfang 2014 übernahm, unkten Beobachter, Kanzlerin Merkel wolle zwischen sich und den Geheimdiensten eine weitere Knautschzone haben. Jetzt ist der Unfall da.

Längst hat in der Hauptstadt das "blame game" begonnen, die Suche nach Verantwortlichen, nach Antworten auf die Frage, wer was wann wusste und wer wann welches Gremium täuschte. Thomas de Maizière, der Innenminister, hat sich in Widersprüche verstrickt. Kanzleramtschef Peter Altmaier und mehrere seiner Vorgänger stehen in der Kritik. Und dann ist da noch BND-Präsident Schindler. Seine Behörde diente sich den Amerikanern an, oft mit, bisweilen auch ohne Billigung des Kanzleramts. Die Geschichte eines BND, der schalten und walten kann, wie und gegen wen er will, ist also auch eine Geschichte, die Angela Merkel, die Unangreifbare, plötzlich sehr angreifbar macht.

Die selbst gewählte Abhängigkeit von den USA rächt sich nun: Der BND steht als willfähriger Handlanger der Amerikaner da und Angela Merkel als ratlose Regentin, die nicht weiß, wie sie reagieren soll. Ist sie doch selbst gefangen, in ihrer großen Solidarität mit den USA.

"Staatsräson", mit diesem Begriff geht die Kanzlerin sehr sparsam um. Das Existenzrecht Israels zu schützen ist für sie Staatsräson, den Euroraum beisammenzuhalten auch. Und noch etwas nennt sie im kleinen Kreis ihre "Maxime": mithilfe der Amerikaner und ihrer Geheimdienste alles zu tun, um einen Terroranschlag auf deutschem Boden zu verhindern. So verstehe sie ihren Amtseid, hat Merkel einmal gesagt.

Aber der umfasst mehr, und das ist nun ihr Problem. Schaden vom deutschen Volk abzuwenden heißt nämlich auch, Spionage gegen deutsche Ziele zu unterbinden, ganz egal, wer spioniert. Wer einer fremden Macht den Zugriff auf deutsche Daten und Geheimnisse gestattet oder auch nur durch stille Demut erleichtert; und wer deutsche

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Firmen zur Verhandlungsmasse in einem nach eigener Ansicht größeren Spiel erklärt: Der verrät deutsche Interessen.

In dieser Hinsicht ist Merkels Lage jener des ihr unterstellten BND erstaunlich ähnlich. Sie hat sich in eine freiwillige Abhängigkeit zu den Amerikaner begeben, die ihren Handlungsspielraum nun radikal einschränkt. So ist die große Stille zu erklären, die seit vergangener Woche im politischen Berlin herrscht. Selten waren die Zuständigen im Kabinett so zugeknöpft.

Die Presseerklärung dagegen, mit der die Regierung auf den Vorwurf der vom BNDgeduldeten Wirtschaftsspionage reagierte, war von ungewohnt kalter Schärfe. Es war die Kanzlerin selbst, die jene Medieninformation gegenlas und guthieß, welche in der vorigen Woche die barsche Zurechtweisung des BND durch sein Aufsichtsorgan Kanzleramt publik machte.

Solange die Affäre eine Affäre bleibt, profitiert vor allem die SPD davon. In ungewohnter Härte hat sie auf die Neuigkeiten aus dem Auslandsgeheimdienst reagierte. "Das, was hier passiert ist, ist schon skandalös", polterte Parteichef Sigmar Gabriel am Sonntag. Die Kontrolle der Behörde habe versagt, ergänzte seine Generalsekretärin Yasmin Fahimi. Der Ärger der Genossen war sorgfältig orchestriert. In mehreren Telefonaten hatte sich die Parteiführung verständigt, dem Kanzleramt diesen Fall nicht durchgehen zu lassen. "Der hübsche Lack der Kanzlerin kann ruhig ein wenig rampoliert werden", heißt es aus der SPD-Führung.

Für Parteichef Gabriel ist es auch eine persönliche Chance. Er kann sich als Wirtschaftsminister vor die möglicherweise ausspionierten Unternehmen stellen, einerseits. Noch wichtiger ist für ihn aber der Nebeneffekt. Nach einem monatelangen Durchhänger kann er sich nun endlich als zupackender Parteichef beweisen, der auch gegen die Kanzlerin die Attacke nicht scheut.

Fast kommt bei der SPD wieder etwas auf, das man lange Zeit vermisst hat: das Gefühl, in einer Angelegenheit plötzlich Oberwasser zu haben gegenüber der Union. Gegenüber einer Kanzlerin, die bislang so unangreifbar schien.

Tatsächlich ist die Affäre die seit Langem größte Herausforderung des "Systems Merkel". Sie genießt ein so großes Vertrauen, weil viele Bürger Deutschlands Geschi-

cke und seine Interessen bei ihr gut aufgehoben sehen. Der Skandal um BND, NSA-Spionage, Kontrollversagen und mögliche Lügen einzelner Kabinettsmitglieder könnte dieses Fundament ihrer Macht erstmals ernsthaft bröckeln lassen. Es wäre der Wendepunkt ihrer Kanzlerschaft.

Teil 3: In der Falle

Der Skandal um BND und NSA-Spionage unterspült die Machtbasis Angela Merkels: das große Vertrauen der Bürger in sie und die Loyalität ihres Juniorpartners Sigmar Gabriel. Die "Teflon-Kanzlerin" ist Geschichte - die Koalition auch?

Von Maik Baumgärtner, Nikolaus Blome, Hubert Gude, Horand Knaup, Martin Knobbe, Veit Medick, Kristiana Ludwig, Peter Müller, Gordon Repinski, Marcel Rosenbach, Jörg Schindler, Gerald Traufetter, DER SPIEGEL, 09.05.2015

Applaus. Angela Merkel hält einen Moment lang am Rednerpult inne. Der beste Garant für "Frieden, Freiheit und Stabilität ist und bleibt die europäische Einigung", hat sie eben gesagt: "Daher brauchen wir Brückenbauer." Der Bund der Vertriebenen (BdV) gibt am Dienstagabend seinen Jahresempfang in Berlin. Links stehen und lächeln: Exbundespräsident Christian Wulff, Verkehrsminister Alexander Dobrindt und Abgeordnete aus der Union, der SPD und von den Grünen. Sie stehen im "VIP-Bereich", zusammengedrückt hinter einem Samtband, und dort soll auch Merkel jetzt hin. Doch sie blickt nach rechts. Frauen mit zerfurchten Gesichtern sitzen auf Stühlen und klatschen. Kurzerhand geht die Kanzlerin los, zügig an den Kameras vorbei, ihr Bodyguard muss lange Schritte machen. Merkel greift nach den Händen der Alten: "Schön, dass Sie heute hier sind", sagt sie. Dann schiebt sie sich in die Menge, an einen Stehtisch mit ockerfarbener Decke. "Ich bin 87 Jahre alt", erklärt ihr ein Mann.

Merkel nimmt auch seine Hand und nickt. Für den Abschied vom BdV-Chef braucht Merkel dann nur eine Minute. Sie lässt die Politiker stehen, der Fahrer wartet.

Krise? Welche Krise? Man merkt der Kanzlerin öffentlich nichts an. Aber das heißt nicht viel bei Menschen, die vor aller Welt so stoisch ins Nichts blicken können, wie Angela Merkel es kann.

In Wahrheit bietet sich dieses Bild, brutal und einfach: Die Bundeskanzlerin steckt in der Falle. Sie hat sich verfangen in ihrer großen Loyalität zu den USA und zu ihren engsten Berliner Vertrauten, in den Beschränkungen beim öffentlichen Umgang mit Geheimdienstinformationen, im dubiosen Eigenleben des BND. Und ganz besonders in ihrem eigenen Versagen, nicht schon viel früher für Aufklärung gesorgt zu haben, wo es Verdacht und Hinweise genug gab.

Unter den Augen des Kanzleramts soll ein deutscher Geheimdienst jahrelang einem ausländischen dabei geholfen haben, gegen deutsche Interessen zu handeln. Merkels engste Vertraute, die Kanzleramtsminister Thomas de Maizière, Ronald Pofalla und Peter Altmaier, wussten seit 2008 davon oder hätten es wissen können. Aber bis vor drei Wochen wurde behauptet, es gebe "keine Erkenntnisse". Laut BND-Chef Gerhard Schindler hat der US-Geheimdienst NSA dank der Deutschen mehr als eine Million verwertbare Überwachungsergebnisse seit 2008 erzielt. "Jetzt liegen die Fakten auf dem Tisch", sagt Whistleblower Edward Snowden dem SPIEGEL (Seite 22): "Die Massenüberwachung ist real, es wird Industriespionage betrieben, und die Nachrichtendienste arbeiten außerhalb der Wahrnehmung und der Kontrolle der gewählten Volksvertreter und der Justiz."

Welche Krise? Das ist die Krise.

Sigmar Gabriel, der Vizekanzler, war es, der die Falle für Angela Merkel am vergangenen Montag zuschnappen ließ. Er berichtete öffentlich aus zwei vertraulichen Gesprächen mit Merkel. Über den Fall EADS hinaus gebe es "keine Hinweise auf Wirtschaftsspionage", habe die Kanzlerin ihm versichert, und er habe keinen Grund zu bezweifeln, dass er "korrekt" informiert worden sei. Wenn also etwas anderes noch herauskommt, steht Merkel als Lügnerin da. Schon jetzt ist das Vertrauen in die Kanz-

lerin bei einem Drittel der Bürger gesunken, wie eine Umfrage für den SPIEGEL ergab.

Ihr Nimbus ist also bedroht, das ist die strategische Ebene. Die symbolische ist diese: Gabriel hat die schweigende Kanzlerin öffentlich sprechen lassen. Er hat Macht über sie ausgeübt, der 25-Prozent-Knappe über die 42-Prozent-Königin, deren langes Schweigen so oft schon ihre Macht war.

Ob mehr herauskommt, dürfte Sigmar Gabriel nicht sicher wissen, aber es ist wahrscheinlich. Das Kanzleramt hält die Liste der "Selektoren", der nachweislich benutzten NSA-Suchwörter, strikt unter Verschluss, sie ist das heißeste Stück Papier in der Hauptstadt. Sie allein kann die wahre Dimension des Skandals ausleuchten, womöglich weit über Wirtschaftsspionage der Amerikaner hinaus - und bis ins letzte Detail die Rolle von BND und Kanzleramt.

Die Liste ist politisch gefährlich für jeden, der sie kennt. Aber auch verlockend für alle, die Kapital aus der Krise der Kanzlerin schlagen wollen.

Spielt der SPD-Chef nur? Ist es für ihn der Moment, ganz anders begründeten Frust abzulassen, endlich einmal? Oder hat Sigmar Gabriel einen Plan, der bis zu Ende durchdacht ist - bis zum Bruch dieser Koalition? In jedem Fall bedeutet, was er begonnen hat, eine beispiellose Herausforderung der Kanzlerin durch ihren Vizekanzler, den vermutlich unheilbaren inneren Bruch dieser Koalition. Das weiß der SPD-Chef, der also sein bis dato gutes Verhältnis zu Angela Merkel für weniger wichtig hält als den Preis, den er zum Greifen nahe sieht - Merkel in der Falle, Merkel am Wendepunkt ihrer Kanzlerschaft.

Am Dienstagabend holt Sigmar Gabriel noch einmal weit aus. Die SPD hat in den Räumen einer Softwarefirma zu einem Abend unter dem Motto "Digitales Leben" geladen. Kurz spricht Gabriel über die umstrittene Vorratsdatenspeicherung, lang über das Thema der Woche. Er schwankt zwischen Dramatisieren und Abwiegeln. Er malt die Affäre in düsteren Farben aus: "Das zerstört das Vertrauen in den Rechtsstaat nachhaltiger, als wir alle glauben." Zugleich nennt er Medienberichte über eine Koalitionskrise "Kokolores". Auf den vermeintlichen "Kokolores" hatte sich Gabriel allerdings

gut vorbereitet. In kleiner Runde hatte er am vergangenen Wochenende seinen Plan entwickelt, am Montag zog er ihn durch.

Im SPD-Präsidium berichtete er von seinen Fragen an die Kanzlerin und ihren Antworten. Gegen zwölf Uhr, die Sitzung war gerade beendet, schickte er der Kanzlerin eine SMS. Im zweiten Teil der Kurznachricht setzt er sie über seine BND-Äußerungen in Kenntnis und kündigt eine öffentliche Erklärung an. Eine Antwort Merkels blieb aus, sie bereitete sich am anderen Ende des Regierungsviertels auf ihr Treffen mit dem tschechischen Ministerpräsidenten vor.

In der Pressekonferenz im Willy-Brandt-Haus schnitt Gabriel wenige Minuten später seiner Sprecherin das Wort ab, als sie sich zuerst an die ebenfalls anwesende Integrationsstaatsministerin Aydan Özoguz wenden wollte. "Nein", raunte Gabriel, "wir fangen mit dem BND an." Mit seiner ersten offenen Attacke auf die Kanzlerin.

Was treibt ihn an? Zum einen sind es die besorgten Anrufe aus der Wirtschaft. Selbst der Chef des nachweislich direkt betroffenen Airbus-Konzerns, Tom Enders, erhielt bislang aus dem Kanzleramt keine weiteren Informationen und wandte sich verärgert an Gabriel. Ähnlich BDI-Präsident Ulrich Grillo, der in Gabriels Ministerium vorgestellt wurde.

Die deutschen Unternehmen stecken mitten im Umbruch zur sogenannten Industrie 4.0, der Öffnung aller Produktionsprozesse hin zum Internet und weltweitem Datenaustausch. Das macht sie besonders angreifbar, auch für Spähangriffe aus den USA. Laut einer Bitkom-Studie verursacht Wirtschaftsspionage einen Schaden von rund 51 Milliarden Euro pro Jahr.

Als Wirtschaftsminister war Gabriel also eine Antwort schuldig. Aber ausgerechnet eine, die die Kanzlerin politisch in Bedrängnis bringt? Um jeden Preis, so scheint es, wollte der SPD-Chef die Affäre von sich und seiner Partei fernhalten. Im zehnten Jahr wird das Kanzleramt von CDU-Politikern und Angela Merkel geführt, die sollen sich jetzt nicht wegducken können, Angriff also. Viele in der SPD hören es gern.

Bei ihnen, aber auch bei Gabriel selbst, bricht sich der Frust der letzten Monate nun Bahn. Man habe es satt, dass zum Beispiel bei der Energiewende alle Kritik auf den Wirtschaftsminister einprassele - "aber nie bei der Frau, die den hastigen

Atomausstieg beschlossen hat", sagt ein Präsidiumsmitglied. Merkel habe sich zudem auf die Klimaschutzziele Deutschlands festgelegt - "aber die Kohlekumpel protestieren gegen einen SPD-Minister". Jetzt werde man den Spieß umdrehen. Warnende Stimmen verhallen in dieser Euphorie. SPD-Außenminister Frank-Walter Steinmeier war in Gabriels Plan nicht eingeweiht. Er scheint sich zu fragen, wohin die Attacke führen soll, gar bis zum Bruch der Koalition? Opposition und Regierung zugleich sein zu wollen ist einer Partei noch nie gut bekommen.

Egal. "Das ist ein strukturierter Angriff auf die Glaubwürdigkeit der Kanzlerin", hält ein SPD-Mann dagegen, eine Attacke auf das enorme Vertrauen, das Merkel bei den Bürgern genießt. Es sei der vielversprechende Versuch, die betonfesten Umfragergebnisse zum Tanzen zu bringen, die der SPD um die 25 Prozent, die der Union oberhalb von 40 Prozent.

Gabriel nimmt in Kauf, dass er das Vertrauensverhältnis zur Kanzlerin nachhaltig erschüttert. Auf wenig reagiert Angela Merkel derart allergisch wie auf das Plaudern aus internen Gesprächen. Vertraulichkeit und Verlässlichkeit an der Spitze einer Koalition, das ist für sie die eine Tugend, ohne die keine Regierung arbeiten kann.

Lange ist es gut gegangen zwischen den beiden, die bereits 2005 bis 2009 gemeinsam am Kabinettstisch gesessen haben, damals war Gabriel noch Umweltminister. Danach nannte er sich, halb im Ernst, halb im Scherz, den "Vorsitzenden des SPD-Fanklubs von Angela Merkel". Die Kanzlerin wiederum schätzt Gabriels Humor, sie sieht seinen politischen Instinkt - und sie war gewarnt wegen seines urwüchsigen Wahlkampfalents, das sie mehr fürchtet als das ihrer bisherigen SPD-Herausforderer.

In der zweiten Großen Koalition sahen sie sich wieder. Geschickt lotste Gabriel die SPD in das Bündnis, das Merkel dringender wollte als viele Sozialdemokraten. Und er zeigte sich als disziplinierter Vizekanzler, auch bei strittigen Themen wie der Maut mahnte er die eigene Partei zum Koalitionsfrieden.

Das alles setzt er nun aufs Spiel, und er hört nicht auf, den Einsatz zu erhöhen. Der Vizekanzler hat den Bundestag im Laufe der Woche mehrfach aufgefordert, die Herausgabe der brisanten Selektoren-Liste zu verlangen, sich die Blockade des Kanzleramts nicht bieten zu lassen. Es ist das erste Mal, dass er und Merkel grundsätzlich

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

unterschiedlicher Meinung sind und ein politischer Kompromiss unmöglich scheint. Aber die Liste mit den 2000 Ausspähzielen könnte der "Game Changer" sein, wie es im Englischen heißen würde.

Bislang wissen wohl nur einige wenige Mitarbeiter des BND und des Kanzleramts, was genau draufsteht. Sie offenbart, wie viel der BND im Auftrag der NSA an Kommunikation abgefangen hat, obwohl er es wahrscheinlich nicht durfte. E-Mail-Adressen von Franzosen, Österreichern und anderen Europäern stehen auf dieser Liste. Wer oder was aber noch? Unternehmen seien darauf nicht zu finden, erklärte Kanzleramtschef Altmaier den Mitgliedern des Parlamentarischen Kontrollgremiums am Mittwoch. Der Verdacht großer Wirtschaftsspionage zum Schaden deutscher oder europäischer Unternehmen ist damit nicht ausgeräumt. SPD-Chef Gabriel drängte am Mittwoch Justizminister Heiko Maas, ein neues Gesetz zur Regelung der BND-Befugnisse anzugehen. "Mach dir Gedanken darüber", so Gabriel.

Die Zusammenarbeit der beiden Dienste in Deutschland ist derweil stark eingeschränkt worden. Die Bundesregierung hatte Anfang der Woche die NSA aufgefordert, ihre Suchbegriffe nach konkreten Aufklärungszielen zu sortieren. Die Amerikaner lehnten ab und verzichteten nun auf die Auswertung der umfangreichen Internetkommunikation. Lediglich Treffer aus der Telefonüberwachung werden an sie weitergeleitet. Ob die US-Seite in dieser Lage auf die Wünsche der Bundesregierung eingeht, die 2000er-Liste offenzulegen? Wohl kaum.

Der Blick auf die Liste allein reicht nicht aus, um die Dimension der Affäre zu erfassen. Es war nur der Eingebung eines BND-Mitarbeiters zu verdanken, dass sie überhaupt entstand. Er hatte im August 2013, kurz nach den ersten Enthüllungen des Whistleblowers Snowden, die Suchbegriffe der NSA überprüft und gab dazu Stichworte wie ".gov" oder "diplo" ein, was auf Diplomaten oder Regierungsstellen als Ausspähziele hindeuten würde. Prompt erzielte er damit 12 000 Treffer von einzelnen Suchabfragen, zusammengefasst ergaben sie 2000 aktive Ausspähziele der NSA, die nicht mit deutschen und europäischen Interessen vereinbar waren. Die Suchbegriffe nahm der BND angeblich sofort aus seinen Systemen. Bei weiteren Stichproben wurden nach SPIEGEL-Informationen noch einmal mehr als 13 000 verdächtige Selektoren gefunden.

Aber im Grunde waren es kleine Zufallstreffer in einem riesigen Datenmeer, das die NSA jeden Tag durchsiebt.

Die NSA geht dabei im Grunde vor wie ein Computernutzer, der googelt. Die sogenannten Selektoren können unterschiedlicher Natur sein: reine IP-Adressen, also die Nummern von Geräten, die mit dem Netz verbunden sind, Telefonnummern, E-Mail-Adressen oder Websites - sie zählen zu den sogenannten harten Selektoren.

Die NSA sucht aber auch nach vollen Namen oder Kürzeln von Institutionen oder Firmen, das sind "weiche Selektoren". Kann der Name eines Ausspähzieles unterschiedlich geschrieben werden, dann bildet jede Schreibweise einen eigenen Selektor. So kamen in den letzten Jahren Millionen Begriffe, Nummern, Adressen und Namen in unterschiedlichen Variationen zusammen, die der BND im Auftrag seiner großen Schwester NSA in seine Überwachungssysteme einspeiste.

In Bad Aibling, wo seit 2004 BND und NSA gemeinsam die Kommunikation in Krisengebieten wie Afghanistan, Pakistan oder Somalia überwachen, suchte die NSA zuletzt mit 4,6 Millionen dieser Selektoren. Wie ein BND-Mitarbeiter am Donnerstag im NSA-Untersuchungsausschuss aussagte, wurden sie auch bei anderen Operationen auf deutschem Boden eingesetzt. Bis zu viermal täglich speiste die NSA in einem vollautomatisierten Verfahren neue Begriffe ein.

Die Aufgabe des BND war es, diese Selektoren in seine Datenbanken zu übertragen, um die Suche zu aktivieren, um sie "scharf zu stellen", wie es im Jargon der Geheimdienstler heißt. Zuvor aber filterten BND-Mitarbeiter heraus, was den deutschen Datenschutzgesetzen oder dem G-10-Gesetz widerspricht, das die Befugnisse der deutschen Geheimdienste bei der Fernmeldeüberwachung regelt.

Schon der Kooperationsvertrag von BND und NSA, das sogenannte Memorandum of Agreement aus dem Jahr 2002, legte fest, welche Ziele nicht ausgespäht werden durften: die aller Deutschen und Amerikaner. Aber auch europäische Daten sollten tabu sein, außer, sie waren eindeutig mit Terrorismus, Proliferation oder Drogenhandel in Verbindung zu bringen. So wurden in einem automatischen Verfahren zum Beispiel alle E-Mail-Adressen und Websites mit der Endung ".de" aussortiert, auch alle Tele-

fonnummern mit deutscher Vorwahl. Genehmigte Suchbegriffe erhielten den Zusatz "approved", abgelehnte hießen "protected".

Was der BND an bedenklich eingestuften Selektoren aussortierte, bevor sie scharf gestellt wurden, floss in eine sogenannte Ablehnungsdatei. Zuletzt befanden sich darin 38 897 Suchbegriffe, denen rund 7000 Telekommunikationsdaten zugrunde lagen, also Telefonnummern oder IP-Adressen. Darunter waren nach SPIEGEL-Informationen zum Beispiel auch Vertretungen deutscher Firmen im Ausland, etwa aus den Branchen Satellitentechnik, Schifffahrt oder Motorenbau. Mit der zusätzlichen Suchaktion des BND-Mitarbeiters im August 2013 war die Größe dieser Ablehnungsdatei auf einmal sprunghaft angestiegen.

Aber hatte der BND damit tatsächlich alle bedenklichen Ziele aus den Millionen Suchbegriffen herausgefiltert? Ist das technisch überhaupt möglich? Anfangs wurde nur von Hand sortiert. Im NSA-Untersuchungsausschuss beschrieben IT-Experten, dass dieses Vorgehen nicht einwandfrei funktioniert. Die Aufklärung über ausgespähte Ziele von NSA und BND wäre auch mit der Offenlegung der 2000er-Liste nicht zu Ende.

Bislang fällt der Kanzlerin und ihren Getreuen nicht viel anderes ein, als Ruhe zur Schau zu stellen. Kleinreden lässt sich der Skandal nicht, diesen Weg hat sich das Kanzleramt mit der überaus barschen Presseerklärung am Donnerstag der vorvergangenen Woche selbst verbaut. "Selten wurde der BND so in den Senkel gestellt", sagt einer, der über Jahre in der Chefetage des Geheimdienstes tätig war. Was die öffentliche Schuldzuweisung bei den Geheimdienstlern an Rachegefühlen auslöst, lässt sich nur ahnen. Derzeit lässt das Bundeskanzleramt die Zusammenarbeit der Geheimdienste bis ins Detail untersuchen.

Kanzleramtschef Altmaier verhandelt derweil mit dem Stabschef des Weißen Hauses, Denis McDonough, über eine Freigabe der Liste. Er habe wirklich "alles versucht", erklärte er am Mittwoch den Abgeordneten des Parlamentarischen Kontrollgremiums. Selbst während einer Unterbrechung des geheim tagenden Gremiums im abhörsicheren Raum U1214 im Keller des Jakob-Kaiser-Hauses des Bundestags habe er noch einmal über die US-Botschaft anfragen lassen, ob es eine Zustimmung der USA gebe, berichtete Altmaier. Fehlanzeige.

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Angela Merkel hat sich noch nicht eingeschaltet, etwa mit einem Anruf bei US-Präsident Barack Obama. In Berlin wird allseits für die nächsten zehn Tage ein freundliches "Nein" erwartet, die Amerikaner können sich dabei auf ein "Geheimhaltungsabkommen" von 1968 berufen, das die Offenlegung ohne ihr Placet untersagt.

Trotzdem gäbe es einen Weg, einen politischen. Wenn die Bundesregierung die Liste unter Verschluss hält, kann der zuständige Untersuchungsausschuss vors Verfassungsgericht ziehen. "Die Listen mit den Selektoren sind Teil der Beweisanträge im NSA-Untersuchungsausschuss. Wir erwarten, dass das Bundeskanzleramt dem Ausschuss diese Listen zur Verfügung stellt. Sonst bleibt nur der Gang nach Karlsruhe", sagt Grünen-Fraktionschefin Katrin Göring-Eckardt.

Dann müssten die Karlsruher Richter klären, was schwerer wiegt: das Recht der Regierung auf Geheimhaltung bestimmter Bereiche ihres Tuns oder das Recht der Abgeordneten auf Transparenz und Kontrolle. Dem Kanzleramt wäre der Gang nach Karlsruhe durchaus recht, heißt es in Berlin. Angela Merkel könnte sich mit dem Urteil wappnen: entweder gegen die Empörung aus Washington oder gegen die aus dem deutschen Parlament. Je nach Ausgang.

Und auf noch einen Verbündeten zählt man, auf das Desinteresse der Bürger. Unionsfraktionschef Volker Kauder hat bereits bei seiner Lieblingsdemoskopin Renate Köcher nachgefragt. Die Meinungsforscherin vom Allensbach-Institut gab Entwarnung, vorerst jedenfalls: Bislang sei die Aufregung bei entsprechenden Testfragen gering. Eine Umfrage von TNS Forschung für den SPIEGEL zeigt dagegen, dass bei immerhin 33 Prozent der Befragten das Vertrauen in die Kanzlerin im Zuge der BND-Affäre "gesunken" sei. Zugleich denken 69 Prozent der Befragten, dass die Kontrolle des Kanzleramts über den BND "unzureichend" sei. Und dem zentralen Argument der Kanzlerin, ohne eine enge Zusammenarbeit mit der NSA wachse die Gefahr eines Terroranschlags in Deutschland, schenkt nur eine knappe Mehrheit (55 Prozent) Glauben, 40 Prozent dagegen tun es nicht.

CSU-Chef Horst Seehofer gibt sich gelassen, er hat die Krise mit Merkel ausführlich besprochen, die Kanzlerin war am Sonntag in Bayern. "Die SPD verspekuliert sich, wenn sie meint, die Kanzlerin damit treffen zu können", sagte Seehofer im kleinen Kreis. Für die Unionsspitze steht Gabriel "unter verschärfter Beobachtung", heißt

es in Berlin. Was der SPD-Chef sich geleistet habe, "war eine Zäsur, ein schwerer Unfall. Noch bleibt es beim Blechschaden. Aber der ist beachtlich".

Das passiert auch nicht alle Tage: Die Union räumt ein, dass ein Schlag der Konkurrenz gesessen hat. Bislang verließ man sich darauf, dass nichts dem Vertrauensnimbus der Kanzlerin etwas anhaben könne. Und es war ja auch so.

Diverse Ministerrücktritte ließen sie in bald zehn Jahren ebenso unbehelligt wie die Kette von Niederlagen und Machtverlusten der CDU bei Landtagswahlen, das unwürdige Geholze in der schwarz-gelben Koalition, die hastige Volte beim Atomausstieg oder die Enthüllungen Edward Snowdens. "Sie ist wie mit Teflon beschichtet", sagt ein SPD-Präsidiummitglied. Die Kanzlerin lebt gut mit ihrem Ruf als nüchterne Krisenmanagerin, in der scharfen Rezession nach der Finanzkrise 2009, über die Eurokrise bis zum Krieg in der Ostukraine. Sie tut politisch meist jene kleinen Schritte, mit denen auch viele Deutsche durch ihr eigenes Leben gehen.

Dieses Vertrauen in ihre Glaubwürdigkeit ist ein Schatz, und Angela Merkel hütet es wie einen. Dazu gehört, oft und langanhaltend öffentlich zu schweigen, denn es gilt der Satz: Politiker stürzen oft nicht über ihre Taten, sondern über ihre Worte, dann nämlich, wenn sie sich hinterher als unwahr herausstellen. Dieses Schweigen der Kanzlerin hat Sigmar Gabriel nun aufgebrochen.

Sie wird es ihm vielleicht verzeihen, damit die Koalition nicht vor der Zeit zerbricht, vergessen wird sie es ihm nicht. Gut möglich, dass der SPD-Chef deshalb den Weg des Philipp Rösler gehen wird. Auch er verlor als Vizekanzler das Vertrauen der Chefin, und als er im Wahlkampf 2013 in Not geriet, überließ sie ihn seinem Schicksal. Aber in jedem Fall, und wären seine Motive noch so eigensüchtig, hat Sigmar Gabriel der Republik einen Dienst erwiesen. Denn mit seinem Zug hat die Affäre endgültig jenen Ort gefunden, an den sie gehört. Ins Kanzleramt, ganz nahe bei Angela Merkel selbst.

Teil 4: „Alles ungefiltert“

Die USA wollten sich schon 2007 einen nahezu uneingeschränkten Zugang zu Daten aus dem deutschen Netz sichern - zum Entsetzen des BND.

Von Maik Baumgärtner, Jörg Schindler, DER SPIEGEL, 16.05.2015

Es war ein Schreckensszenario, das Mike McConnell Anfang Dezember 2007 in Berlin präsentierte. Die Vernetzung der Welt berge unkalkulierbare Gefahren, erklärte Amerikas damaliger oberster Geheimdienstkoordinator seinen Gesprächspartnern; der Westen müsse sich geschlossen dagegen wappnen. Die Lage sei wie im Kalten Krieg, als die USA "den Weltraum für sich eroberten und von dort aus in den Sowjetblock ‚hineinsehen‘ und ‚hineinhören‘ konnten".

"In der heutigen Welt", protokollierten deutsche Beamte seinen Vortrag, "sei der zu erobernde ‚Raum‘ das Internet". Die Hilfe der Deutschen sei für diesen Kampf unverzichtbar.

Mit seinen Thesen absolvierte McConnell in zwei Tagen ein straffes Programm. Am 4. und 5. Dezember sprach er mit dem deutschen Innenminister, dem Kanzleramtschef, dem Präsidenten des Bundesnachrichtendienstes (BND), mit fast allen, die in Sachen Geheimdienste etwas zu sagen hatten.

Sein Vorstoß galt einem Netzknotenpunkt in Frankfurt am Main, dem größten Datendrehkreuz der Welt. Die US-Seite bestehe darauf, heißt es in einem Gesprächsprotokoll, "alle (ungefilterten) Informationen" der deutschen Dienste zu erhalten.

Alle Informationen? Ungefiltert? Das wäre eine anlasslose Massensammlung von Daten, die auch aus Deutschland und von deutschen Staatsbürgern stammten. Sie ist hierzulande verboten. Die Amerikaner legten ein vergiftetes Angebot vor; es anzu-

nehmen hätte einen gravierenden Tabu- und Rechtsbruch in der langjährigen Zusammenarbeit zwischen deutschen und amerikanischen Diensten bedeutet.

Wie in der damaligen Bundesregierung damit umgegangen wurde, wie die Deutschen mit sich selbst rangen, das kann der SPIEGEL nun anhand vertraulicher Regierungsdokumente nachzeichnen. Es ist die Geschichte eines Konflikts, in dem überraschenderweise der BND als Bremser und das Kanzleramt unter seinem damaligen Chef Thomas de Maizière (CDU) zunächst als Antreiber auftraten.

Seit Wochen versichern die Kanzlerin und ihr heutiger Innenminister de Maizière in der jüngsten Geheimdienstaffäre, von den Absichten und Spionagezielen der Amerikaner in Deutschland kaum etwas zu wissen. Die geheimen Protokolle zeigen nun, dass die Bundesregierung schon vor mehr als sieben Jahren über die unredlichen Pläne der Amerikaner im Bilde war. Sie legen offen, dass das Kanzleramt vom BND deutlich vor Wirtschaftsspionage durch US-Dienste gewarnt wurde; mögliche Konflikte mit europäischen Partnern waren ebenfalls bereits ein Thema.

Die Visite aus Übersee kam zu einem heiklen Zeitpunkt. Ende 2007 knirschte es in der engen Zusammenarbeit des BND mit dem US-Geheimdienst NSA. In der Satellitenabhörsstation Bad Aibling war den Deutschen mehrfach aufgefallen, dass die Amerikaner sie zur Wirtschaftsspionage gegen heimische Unternehmen missbrauchen wollten (SPIEGEL 18/2015).

Und in Frankfurt am Main, Deutschlands Datenzentrum, sah es nicht besser aus. Am Auslandsknotenpunkt der Deutschen Telekom arbeiteten BND und NSA zu diesem Zeitpunkt schon mehr als drei Jahre zusammen. Im Rahmen der Geheimoperation "Eikonol" leiteten die Deutschen, wie während der NSA-Affäre 2013 bekannt wurde, Daten weiter. Sie mühten sich, Daten, die eindeutig auf deutsche Urheber schließen ließen, auszufiltern; andere lieferten sie an die NSA.

Der Filter jedoch funktionierte von Anfang an nicht zuverlässig, immer wieder flossen auch Daten mit Bezug zu Deutschland an die Amerikaner. Im Juli 2007 kündigte der BND daher in Washington an, den Datenzugang für die NSA zu stoppen. Die NSA reagierte verärgert. Wenig später buchte Geheimdienstkoordinator McConnell sein Ticket nach Berlin.

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Um seine deutschen Gesprächspartner zu einer vertieften Kooperation zu drängen, malte er die Zukunft in düstersten Farben: Ein Laptop genüge, um etwa einen Stromgenerator zu zerstören; ein paar Klicks - und schon sei eine Großbank lahmgelegt. Das habe man auch dem anfangs skeptischen US-Präsidenten George W. Bush und dessen Heimatschutzminister eindrucksvoll demonstriert. Seine Zuhörer im Bundesinnenministerium hielten als sein Fazit fest: "Die Verwundbarkeit der USA bzw. der westlichen Welt liege bei ‚Geld‘ und ‚Stromverteilung‘."

Im Kanzleramt wurde McConnell am 4. Dezember 2007 konkreter. Den US-Diensten gehe es darum, das Netz ausbeuten ("exploit"), angreifen ("attack") und verteidigen ("defend") zu können. Eine Kooperation mit den Deutschen müsse "alle drei Stufen einschließen". Auch beim Bundesamt für Verfassungsschutz trug McConnell seine Thesen vor. Vom deutschen Inlandsgeheimdienst wünschte er sich ebenfalls grenzenloses Entgegenkommen - konkret die "Übermittlung aller Aufklärungsergebnisse". Und beim BND wies er darauf hin, dass die Internetkabel in Deutschland "voll von Informationen aus Nahost" seien.

Der BND jedoch reagierte erstaunlich taub auf die Lockrufe aus Washington. Offenbar hatten die Trickereien der NSA den Dienst unter seinem damaligen Präsidenten Ernst Uhrlau vorsichtig werden lassen. Am 16. Januar 2008 jedenfalls verfasste der Chef des BND-Leitungsstabs eine Stellungnahme ans Bundeskanzleramt, die einer transatlantischen Ohrfeige gleichkam. McConnells digitale Drohkulisse "wird hier als deutlich überzeichnet, teilweise unzutreffend angesehen", heißt es in dem Schreiben. Man empfehle "Zurückhaltung" bezüglich einer vertieften Kooperation mit den Amerikanern.

Ausdrücklich warnte der deutsche Geheimdienst vor "Wirtschaftsspionage gegen europäische Netzbetreiber und damit einhergehende mögliche Schäden für die europäische Wirtschaft". Der Hinweis war nicht nur hypothetisch, tatsächlich hatte der BND zu diesem Zeitpunkt schon etliche Belege für die überbordende Neugier der NSA gesammelt. Das Fazit aus dem BND: "Eine umfassende Kooperation mit den USA auf europäischem Boden birgt damit das Risiko innereuropäischer politischer Verwerfungen."

Im Kanzleramt jedoch kam die Mahnung nicht so an wie gewünscht. Man nehme die "betont skeptische Bewertung" des BND zur Kenntnis, schrieb ein Mitarbeiter kühl an seinen Vorgesetzten, den damaligen Kanzleramtsminister de Maizière. Vom deutschen Geheimdienst werde seitens der Amerikaner "eine ‚hidden agenda‘ für möglich bis wahrscheinlich gehalten" - darunter auch, so der Vermerk, "industriepolitische Interessen".

Er gehe jedoch davon aus, "dass andere deutsche Sicherheitsbehörden dies anders bewerten". Offenbar hoffte man im Kanzleramt, den BND umstimmen zu können: Sollte dieser bei seiner Haltung bleiben, werde er sich "argumentativ wappnen müssen", heißt es in dem Schreiben.

Die Gelegenheit dazu ergab sich bereits kurz darauf. Am 22. Januar 2008 begab sich eine hochrangige BND-Delegation ins Kanzleramt, um mit de Maizière und dem für die Geheimdienste zuständigen Abteilungsleiter Klaus-Dieter Fritsche die künftige Linie abzustimmen. Die Zeit drängte, im Februar sollte de Maizière nach Washington fliegen. Er wusste, dass man dort nach Antworten gierte.

In dem Gespräch wollte der Minister wissen, ob man den Amerikanern notfalls eine andere "Zusammenarbeit hinsichtlich Informationsgewinnung" anbieten könne. Der BND winkte ab.

So endete die Hängepartie, wie es scheint, eindeutig: Die Deutschen wollten den drängelnden Amerikanern nicht den Totalzugriff auf den Datenverkehr in Deutschland gestatten. Auch das Projekt "Eikonal" wurde 2008 beendet - offiziell, weil zu wenig verwertbare Informationen dabei herausgekommen seien.

Zum Bruch kam es damals dennoch nicht. Zwar fuhren die Deutschen die Zusammenarbeit in Deutschland zurück; dafür entschieden sie sich, künftig verstärkt mit der NSA im Ausland zu kooperieren. Ein Glücksfall bewahrte den BND vor einer nachhaltigen Verstimmung der NSA: Den deutschen Agenten gelang es, auf dem Boden eines ausländischen Staates den Zugriff auf ein anderes, weltumspannendes Datenkabel zu sichern. Es war der Beginn einer heiklen Operation, die bis heute höchster Geheimhaltung unterliegt - diskret holten sich die Deutschen dafür ihren erfahrenen

Partner NSA an Bord. Man schöpfte nun doch wieder gemeinsam Daten ab, aber eben nicht mehr auf deutschem Boden.

Doch auch das Datendrehkreuz Frankfurt blieb weiterhin begehrt. 2012 bat der britische Nachrichtendienst GCHQ um Übermittlung von Rohdaten aus dem deutschen Netz. Diesmal gab es beim BND kaum noch Bedenken. Der neue Präsident Gerhard Schindler hatte seine Leute angewiesen, bei der Kooperation mit ausländischen Geheimdiensten ins Risiko zu gehen. Mit den Briten wurde die Operation "Monkeyshouder" vereinbart (SPIEGEL 19/2015); der BND wollte die NSA als stillen Partner hinzuholen. Ein hochproblematischer Deal, der alle Gefahren barg, die der deutsche Geheimdienst 2007 so eindringlich beschrieben hatte.

Gut fünf Jahre nach McConnells Visite hätten die Amerikaner ihr Ziel fast erreicht - den Zugang zum Frankfurter Internetknoten der Telekom. Dass "Monkeyshouder" im August 2013 gerade noch rechtzeitig gestoppt wurde, lag an einem anderen ehemaligen US-Geheimdienstler.

Teil 5: Der BND und die Brandstifter

Einen lang gehegten Verdacht hat der NSA-Untersuchungsausschuss nun erhärtet: Unter den Spähzielen der Amerikaner waren auch deutsche Firmen und Personen.

Von Maik Baumgärtner, Hubert Gude, Martin Knobbe, Marcel Rosenbach, Jörg Schindler, DER SPIEGEL, 06.06.2015

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Die Freiwillige Feuerwehr Ingolstadt ist ein traditionsbewusster Verein. Ihre Website schmückt ein Bild aus der Weimarer Republik, auf dem die Feuerwehrleute Pickelhaube tragen.

Wer Feuerwehrchef Peter Springl sprechen möchte, hört am Telefon zunächst ein paar Takte des Bayerischen Defiliermarsches und lernt dann vom Kommandanten, dass der Marsch einst in Ingolstadt komponiert wurde. Was aber macht die Feuerwehr so interessant, dass sie in streng geheimen Dokumenten internationaler Geheimdienste auftaucht?

Die Freiwilligen aus Ingolstadt stehen auf einer Liste aus dem Jahr 2009, die sich in den Unterlagen des Whistleblowers Edward Snowden befindet – neben 30 weiteren deutschen Einträgen, darunter Mercedes, die Deutsche Bank, der Wertpapierdienstleister Clearstream und die Telekommunikationsfirma Debitel. Die Liste beschreibt "Einschränkungen" für die Überwachungseinheit Joint Sigint Activity, die Amerikaner und Deutsche bis zum Jahr 2012 gemeinsam betrieben haben. Die 31 Namen sollten demnach "nicht überwacht" werden, "weil es sich um deutsche Firmen oder Einrichtungen handelt".

Wie kam diese kuriose No-Spy-Liste zustande? Handelt es sich bei den 31 Begriffen etwa um einen Teil jener inzwischen berüchtigten Selektoren, die der US-Geheimdienst National Security Agency (NSA) seit mehr als zehn Jahren an den Bundesnachrichtendienst (BND) liefert, – damit dieser mit ihnen seine Überwachungssysteme füttert?

Das wäre der Nachweis, dass der US-Dienst die deutschen Partner benutzen wollte, um deutsche Firmen und Verbände auszuspionieren – und eine mögliche Erklärung dafür, dass sich die Bundesregierung auch nach sechs Wochen weigert, dem zuständigen Untersuchungsausschuss Einblick in die ihr bekannten Selektoren zu gewähren. Die BND-Affäre hätte einen neuen Tiefpunkt erreicht. Ausgerechnet ein Mitarbeiter des Bundesnachrichtendienstes hat diesen naheliegenden Verdacht (SPIEGEL 19/2015) nun erhärtet.

Der Mann, der beim BND für die Löschung verdächtiger Selektoren zuständig war, trat vor Kurzem in geheimer Sitzung vor dem NSA-Untersuchungsausschuss auf.

Nach einzelnen Posten der 31er-Liste gefragt, sagte er: "Wir haben das mal gefunden"; die Einträge seien "mal aufgetaucht". Ob und wie lange sie vor der Löschung aktiv waren, ob und wie lange also die NSA mithilfe des BND deutsche Ziele ausgespäht hat, darüber gab der Mitarbeiter keine Auskunft.

Immer drängender stellt sich damit die Kernfrage der Affäre: Hat der BND, bewusst oder unwissentlich, zugelassen, dass die Amerikaner über dessen Systeme auch deutsche Ziele ausspionieren können? Das wäre nicht nur ein politischer Skandal, es wäre auch ein Gesetzesverstoß. Der BND wollte sich auf Anfrage nicht dazu äußern.

Die Liste mit den 31 Einträgen wirkt willkürlich. So finden sich darauf die Unternehmen EADS und Eurocopter, die bereits in anderen Unterlagen als aktive Spähziele der NSA genannt wurden. Der BND-Ausrüster Rohde & Schwarz taucht in dem Datenbankauszug auf, der Technologiekonzern Siemens oder das Unternehmen ND SatCom, das satellitengestützte Kommunikationslösungen anbietet, auch für das Militär.

Von Bad Aibling aus, wo die gemeinsame Überwachungseinheit von Deutschen und Amerikanern beheimatet war, wurde die Telekommunikation aus Krisengebieten wie Afghanistan oder Mali überwacht. Deshalb ist es nicht verwunderlich, dass unter den Spähzielen auch die Adresse siemens-afghanistan.com zu finden ist.

Die NSA nimmt für sich in Anspruch, für die Bekämpfung des Terrorismus, des weltweiten Drogen- und Menschenhandels zu spionieren, außerdem will sie dabei helfen, illegale Waffengeschäfte und Korruption einzudämmen. Mit diesem Aufklärungsinteresse lassen sich aber längst nicht alle Ziele auf der Liste vereinbaren: Was hat eine Feuerwehr aus Ingolstadt mit den Bösen dieser Welt zu tun, was eine Seite namens orgelbau.com oder eine Berliner Agentur, die sich Brandstifter nennt? Der freie Regisseur Sven Barth knüpft von seinem Berliner Büro aus ein Netzwerk zu Cuttern, Kamerateuren und anderen Kreativen; es gibt noch eine Vertretung in Luxemburg, für die Laurent Hengesch zuständig ist.

Man habe in dem fraglichen Zeitraum vor gut zehn Jahren noch vor allem Trailer für die Musiksender MTV und Viva produziert, sagt Hengesch, sowie Werbespots für die Spielkonsole Playstation. "Alles komplett harmlose, für Behörden total irrelevante

Lifestylegeschichten. Wenn wir wirklich überwacht wurden, muss ein komplett wahlloser und völlig bescheuerter Algorithmus dahinterstecken." War es womöglich der Firmenname "Brandstifter"?

Der Gründer Sven Barth sagt, er habe den Namen bewusst gewählt, auch um "ein bisschen zu provozieren". Er habe deshalb durchaus damit gerechnet, dass die Polizei sich die Website einmal anschaut. Eine Information darüber, dass er als deutscher Staatsbürger ins Raster geraten sei, habe er jedoch von keiner Behörde erhalten.

Auch ein Kaufmann für Import und Export, dessen persönliche E-Mail-Adresse auf der Liste stand, reagierte überrascht. "Überwacht? Ich? Warum das denn?", fragt der Mann, der in Kasachstan geboren wurde, deutscher Staatsbürger ist und seit 1990 in Nordrhein-Westfalen lebt. Er exportiere seit 17 Jahren Metallbearbeitungsmaschinen, vorwiegend nach Russland.

Er habe nie Probleme mit deutschen oder anderen Behörden gehabt, sagt der Händler. Bislang habe ihn auch niemand darüber informiert, dass seine Mail-Adresse auf Geheimdienstunterlagen aufgetaucht sei. "Ich kann mir das nicht erklären." Dann aber erinnert er sich an einen Vorfall, der schon mehrere Jahre zurückliegt.

Über Nacht war damals sein komplettes E-Mail-Postfach verschwunden, Geschäftskorrespondenz aus 15 Jahren – Aufträge, Kontakte, alles weg. Auch eine externe Datenrettungsfirma, die er eigens beauftragte, konnte ihm nicht helfen. "Vielleicht ist das die Erklärung", sagt er.

Auch ein IT-Berater aus Nordrhein-Westfalen zeigte sich "entsetzt" darüber, dass seine private Website in Geheimdienstunterlagen auftaucht. Das könne höchstens, so der Berater, mit seiner früheren Tätigkeit beim Mobilfunkanbieter Mannesmann zusammenhängen.

Dort sei er für die IT-Sicherheit zuständig gewesen, in E-Mails mit Geschäftspartnern in den USA sei auch mal das Wort "Verschlüsselung" gefallen. "Vielleicht war das der Grund, warum ich ins Visier geriet", sagt der IT-Experte, der heute Banken berät. Bei den feindlichen Übernahmeversuchen von Mannesmann durch den britischen Telekommunikationsriesen Vodafone um die Jahrtausendwende habe man im Unternehmen gemunkelt, dass der eigene Vorstand wohl abgehört werde.

Der Mann aus Nordrhein-Westfalen fordert nun von den deutschen Behörden Aufklärung, "damit ich diesen Sachverhalt voll und ganz verstehen kann". Er zeigt sich genauso verblüfft und verunsichert wie all die anderen Firmen von der 31er-Liste, die der SPIEGEL mit seinen Recherchen konfrontierte.

Dazu zählt auch die Sacher & Co. GmbH aus dem beschaulichen Annaberg-Buchholz, deren Chef Ulf Sacher ratlos erklärt: "Wir sind ein deutsches Unternehmen und haben mit sensiblen Bereichen wie Rüstungsexporten oder Ähnlichem rein gar nichts zu tun." In der Tat fällt es schwer, Schmuckkoffer und Etais aus Leder und Karton in Zusammenhang mit Terrorismus oder Waffenhandel zu bringen.

Die seit sechs Wochen tobende Affäre um die NSA-Selektoren ist somit um ein rätselhaftes Kapitel reicher. Was auch damit zusammenhängt, dass diejenigen, die Licht ins Dunkel bringen könnten, weiter mauern. Die Bundesregierung konnte sich bislang nicht dazu durchringen, dem Bundestag, dessen Gremien die Geheimdienste kontrollieren sollen, wenigstens jene Zigtausend NSA-Selektoren vorzulegen, die der BND seit 2005 als vertrags- und rechtswidrig ausgesiebt hat. Der Zorn der Parlamentarier wächst täglich. Inzwischen rebellieren sogar Aufsichtsgremien, die bislang eher stillschweigend die Arbeit des BND begleiteten.

Am vergangenen Mittwoch kam es in der G-10-Kommission des Bundestags, die quasirichterlich Abhörmaßnahmen von BND und Verfassungsschutz genehmigen muss, zu einem Eklat. Die vier Mitglieder, wegen wiederholter Täuschungsmanöver des BND ohnehin bis aufs Äußerste gereizt, hatten der Regierung zuvor ein Ultimatum gestellt. Entweder bekomme die Kommission die Ablehnungsliste zu Gesicht – oder man werde die Zustimmung zu geplanten Ausspähaktionen verweigern.

Weil die Regierung sich hartleibig zeigte, zogen die Kommissionsmitglieder Konsequenzen. In je einem Verdachtsfall von Terrorismus und Waffenschmuggel versagten sie dem BND die beantragte Ausweitung der Überwachung. Und noch mehr als das: Die G-10-Kommission drohte der Regierung mit einer Klage in Karlsruhe, sollte die Selektorenliste weiter unter Verschluss bleiben. Ein einmaliger Vorgang.

So wird wohl auch die Freiwillige Feuerwehr Ingolstadt noch länger im Unklaren darüber bleiben, warum sie ins Visier der NSA geriet. Sie hätten lange überlegt,

sagt Feuerwehrchef Springl, und nun sogar einen Verdacht: Im September 2001 habe seine Feuerwehr an der "Steubenparade" in New York teilnehmen wollen. Zu der folkloristischen Veranstaltung deutschstämmiger Amerikaner reisen in der Regel auch Vereine aus Deutschland an.

Nach den Anschlägen von 9/11 war die Parade aber abgesagt worden, Springl und seine Kollegen mussten ihre Flüge stornieren. Ein paar Wochen später reiste der Feuerwehrchef allerdings zusammen mit einer kleinen Delegation in die USA und überreichte eine Spende in Höhe von 10 000 Euro an die Hinterbliebenen der New Yorker Feuerwehrleute, die bei den Anschlägen getötet worden waren. Vielleicht war das der Grund, warum er den amerikanischen Diensten auffiel.

"Das gibt zwar alles keinen Sinn", sagt Springl, "aber eine andere Erklärung ist uns beim besten Willen nicht eingefallen."

Teil 6: Die Legende von Hilden

Der BND war nicht nur der NSA ein willfähriger Partner, sondern auch der CIA. In einer Geheimoperation machten sich deutsche Beamte möglicherweise strafbar.

Von Maik Baumgärtner, Martin Knobbe, Jörg Schindler, DER SPIEGEL,
05.09.2015

Die wöchentliche Reinigung im "Büro für EDV Datenkommunikationssysteme" war bis ins Detail geregelt. Alle Böden wurden gesaugt, die Fliesen abgeledert, der Abfall entsorgt und Schreibtische wie Monitore abgewischt, für 143,20 Euro im Monat plus Mehrwertsteuer. Außerdem, so stand es in der Vereinbarung mit der Reinigungs-

firma, sollten auch die "Fingerabdrücke an Türen und Schränken" entfernt werden. Alle Spuren zu beseitigen, dafür war bestens gesorgt.

Das Büro auf 110 Quadratmetern, in das der neue Mieter 2004 einzog, lag an einer "sehr stark befahrenen Straße" irgendwo in Bayern, die Kautions betrug 12 528 Euro. Zwei Tiefgaragenplätze wurden gemietet, für 80 Euro im Monat, dann konnte die Arbeit beginnen: Es war eine streng geheime Operation namens "Glotaic". Hinter dem harmlos wirkenden EDV-Büro steckte der Bundesnachrichtendienst (BND).

Nun, elf Jahre später, beschäftigen die Anmietung der Tarnimmobilie und die damit verbundene Geheimaktion den NSA-Untersuchungsausschuss des Bundestages. In der kommenden Woche sind Zeugen geladen, die helfen sollen, die Hintergründe von Glotaic aufzuhellen, jener Operation, die so geheim war, dass selbst ihr Name in Unterlagen und Vernehmungen lange nicht genannt wurde. Von "Glo" war nur die Rede, denn im zweiten Teil hätte man, rückwärts gelesen, den Kooperationspartner des BND entdecken können: die CIA, den Auslandsgeheimdienst der USA.

Die zweifelhafte Zusammenarbeit von deutschen mit amerikanischen Diensten hat schon für reichlich politische Empörung gesorgt, ein Untersuchungsausschuss des Bundestages versucht seit März 2014, die Ausspähungen durch ausländische Nachrichtendienste in Deutschland aufzuklären. Bislang stand dabei die Kooperation der NSA, des technischen Auslandsgeheimdienstes der USA, mit dem BND im Mittelpunkt. Die Operation Glotaic offenbart nun, dass auch die CIA, eher zuständig für die Beschaffung von Informationen durch Agenten und Informanten, den BND dazu benutzte, an Daten aus deutschen Telekommunikationsnetzen zu gelangen.

Die Deutschen halfen dabei so eifrig mit, dass sie den Amerikanern direkten Zugriff auf die Daten ermöglichten. Nach Einschätzung von Rechtsexperten könnten sie sich zudem strafbar gemacht haben.

Als Innenminister Thomas de Maizière (CDU) von Abgeordneten in einer nicht öffentlichen Sitzung des NSA-Untersuchungsausschusses die Datenabschöpfung beschrieben wurde, räumte er denn auch ein: "Was Sie da schildern, geht natürlich so gar nicht." Im BND selbst war man sich der möglichen Folgen der heiklen Operation durchaus bewusst. In einem internen Papier von 2008 warnten die Verfasser vor einem

"politischen Skandal", sollte die Operation auffliegen. Glotaic, das wird allmählich deutlich, öffnet in der Affäre um den BND eine neue Dimension.

Die Geschichte der höchst fragwürdigen Kooperation begann im Juli 2002, ein knappes Jahr nach den Anschlägen von 9/11. Die amerikanischen Geheimdienste suchten fieberhaft nach Ansätzen, um dem Terrornetzwerk al-Qaida beizukommen. Die deutschen Dienste sahen sich vor der Aufgabe, in der Terrorismusabwehr "mehr Ergebnisse zu liefern", wie es ein BND-Mitarbeiter im Untersuchungsausschuss formulierte. Um über mögliche gemeinsame Operationen zu beraten, trafen sich die Spitzen der Geheimdienste mal in Langley, dem Hauptquartier der CIA bei Washington, mal im Saal "Alter Fritz" in der Präsidentenvilla auf dem Gelände des BND in Pullach bei München.

Glotaic, so war schließlich der Plan, sollte in Hilden bei Düsseldorf den Telekommunikationsverkehr des Anbieters MCI überwachen. Die deutsche Tochter des US-Unternehmens bot günstige Tarife für Telefonate in den Nahen Osten an und hatte viele Kunden. Hilden war neben London der wichtigste Knotenpunkt für den internationalen Telefonverkehr des US-Riesen, der heute zum Verizon-Konzern gehört.

Ziel sei es, so steht es in einer Vorlage für den damaligen BND-Präsidenten August Hanning, die Transitverkehre in Deutschland aufzuklären, vor allem bei Terrorfinanzierung und Geldwäsche. Allerdings sollten nur Inhaltsdaten von Telefonaten und Telefaxen zwischen ausländischen Anschlüssen herausgefiltert werden. Deutsche Kunden sollten nicht belauscht werden.

Im Mai 2004 betraten mehrere BND-Leute die MCI-Büros in Hilden. Sie gaben sich als Techniker des US-Mutterkonzerns aus. In den Räumen, in denen die rund 200 Server standen, schlossen sie an die Glasfaserkabel ein Überwachungsgerät an, womit Gespräche und Faxe unbemerkt an den BND und die CIA weitergeleitet werden konnten. Den deutschen Geschäftsführern erzählten sie angeblich, es handle sich um ein Warngerät gegen Internetkriminelle. "Wir haben den Baum im Wald versteckt", sagte der verantwortliche BND-Beamte im NSA-Untersuchungsausschuss.

Vorausgegangen waren lange Verhandlungen zwischen CIA, NSA und BND sowie MCI, dessen amerikanische Geschäftsführung in die Operation eingeweiht war. Es

gab wohl Streit zwischen CIA und NSA, wer für die Operation verantwortlich sein sollte. Die NSA war eigentlich zuständig für technische Aufklärung, doch die CIA behielt bei Glotaic die Regie. Sie führte damals den Krieg gegen den Terror, sie entführte Terrorverdächtige und ließ sie in Geheimgefängnissen foltern. Sollte auch Glotaic dafür Informationen liefern? Halfen die Deutschen also mit in diesem schmutzigen Krieg?

Zunächst galt es, die Frage zu klären: Wie konnte man unauffällig Zugang zu den Kabeln in Deutschland bekommen? Dazu machten die deutschen Beamten bei einem Treffen im Juli 2003 offenbar einen ungewöhnlichen Vorschlag. Man könne der deutschen MCI-Tochter ja vortäuschen, eine Überwachungsgenehmigung zu besitzen, eine sogenannte G-10-Anordnung. Diese verpflichtet Telekommunikationsunternehmen, bei der Überwachung zu kooperieren. Nach einem Vermerk des BND lehnte der US-Chef von MCI die G-10-Legende ab. Er hätte zu viele Personen im Unternehmen einweihen müssen. Deshalb entschied die Runde wohl, die deutschen MCI-Chefs im Dunkeln zu lassen.

Allein der Versuch, eine G-10-Anordnung vorzutäuschen, wäre nach Meinung des Berliner Juraprofessors und Experten für Internetrecht Niko Härting eine Straftat. "Wir reden mindestens von Urkundenfälschung und Amtsanmaßung." Der Karlsruher Verfassungsrechtler Matthias Bäcker, der im NSA-Untersuchungsschuss bereits als Sachverständiger auftrat, sieht ebenfalls die Grenze zur Strafbarkeit überschritten. "Wenn diese Angaben so stimmen sollten, wäre das skandalös."

Wie geheim der BND die Operation Glotaic hielt, zeigt auch eine Anordnung Hannings vom 15. Oktober 2003. Alle operativen Ausgaben, Spesen auf Dienstreisen, Anschaffungskosten von Geräten und die Miete der Tarnadresse in Bayern sollten "abgeschirmt" werden. Sie sollten so verrechnet werden, dass am Ende der Bundesrechnungshof, der die öffentlichen Ausgaben kontrolliert, nichts von Glotaic erfährt. Insgesamt betrugen die Kosten für die Operation, die offiziell von 2004 bis 2006 lief, angeblich über zwei Millionen Euro. Allein der Glasfaseranschluss für das Büro kostete 8990 Euro monatlich. Die Aufwendungen hätten sich BND und CIA geteilt, heißt es in internen BND-Unterlagen.

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Glaubt man den Aussagen von Mitarbeitern des Kanzleramts, die für die Überwachung des BND zuständig sind, dann wussten selbst sie nichts über die Operation. Von Glotaic hätten sie jedenfalls noch nie gehört, gaben sie im Untersuchungsausschuss zu Protokoll. Wirklich?

Monate vor dem offiziellen Beginn der Operation, am 25. Juli 2003, sandte Haning einen "Letter of Authorization" an George Tenet, den damaligen CIA-Chef. Darin versicherte er, dass seine Regierung der Operation zustimme und sie unterstütze. Es ist unwahrscheinlich, dass der BND-Chef den Brief ohne Absprache mit dem Kanzleramt abschickte.

Auch über die Daten selbst, die der BND für die CIA aus den Glasfaserkabeln heimlich ausgeleitet hat, gibt es widersprüchliche Angaben. Einer der BND-Beamten sagte aus, die Gespräche seien gefiltert und geprüft worden, um Deutsche oder US-Bürger zu schützen, bevor sie an die CIA weitergegeben wurden. Das alles sei "automatisiert" geschehen. Ein anderer Beamter sagte, alles sei "vollständig händisch" ausgewählt worden. Grundlage dafür waren auch die Selektoren, die der BND von US-Seite erhielt, also Spähziele der CIA wie etwa Telefonnummern.

Vermutlich um den Datenfluss zu verschleiern, wurden die abgefangenen Gespräche und Faxe zunächst in die Tarnwohnung nach Bayern geleitet und von dort an eine BND-Außenstelle nach Rheinhausen, wo der Nachrichtendienst als "Ionosphäreninstitut" firmierte. Allerdings ist einem vertraulichen Papier des BND zu entnehmen, dass die Audiodaten der abgehörten Gespräche "direkt nach USA geroutet" wurden, damit "die Audiofunktion ohne Aussetzer funktioniert". Die CIA erhielt also direkten und möglicherweise ungefilterten Zugriff auf Daten aus Deutschland. Es wäre ein brisanter Vorgang.

Erstaunlich ist auch ein BND-Vermerk, wonach die CIA dem BND diverse Rechner für die Operation zur Verfügung gestellt hat. Im Untersuchungsausschuss klangen die Aussagen dazu ganz anders. "Wir haben von der CIA dafür keine Technik erhalten", versicherte ein BND-Beamter. Entweder wusste er von der amerikanischen Leihgabe nichts, oder er log die Parlamentarier an.

Dass die Operation auch von Pannen begleitet war, gab der verantwortliche BND-Mann hingegen unumwunden zu. Versehentlich seien Anfang 2005 auch Telefonate von Europäern überwacht worden. In einer internen E-Mail des BND spricht der Verfasser sogar von Strecken mit "massiv deutschen Verkehren". Nach Meinung des BND-Kenners und Verfassungsrechtlers Bäcker kommt das öfter vor. "Dass auch die Kommunikation deutscher Grundrechtsträger mit abgefangen wird, halte ich technisch für unvermeidlich." Die Betroffenen hätten dann das Recht, über ihre Überwachung Auskunft zu erhalten. "Dafür müssten sie aber erst mal wissen, dass sie überwacht wurden."

Nach außen erklärt der BND die Operation Glotaic für legal. Telefonate vom Ausland zum Ausland seien durch das Grundgesetz nicht geschützt. Für die Operation habe das BND-Gesetz gegolten, sagte ein Beamter im Ausschuss aus. Eine Auffassung, die Verfassungsrechtler Bäcker für "problematisch" hält: "Die Überwachung von Telekommunikationsinhalten ist nämlich im BND-Gesetz gar nicht geregelt." Internetrechtler Härting sieht es genauso: "Wer behauptet, Artikel 10 des Grundgesetzes, der das Fernmeldegeheimnis schützt, gelte nicht für in Deutschland überwachte Kommunikation aus dem Ausland, steht mit dieser Meinung ziemlich allein da."

Intern beurteilte der Bundesnachrichtendienst seine geheime Aktion denn auch höchst kritisch. In einem "Stammbblatt" vom April 2008 warnen die Verfasser: Eine Aufdeckung der Operation hätte "schwerwiegende Risiken" für den BND zur Folge, vor allem, wenn bekannt würde, dass die Überwachung nicht durch das G-10-Gesetz gedeckt gewesen sei. Man würde Vertrauen verlieren, bei den Parlamentariern, in den Kontrollgremien und in der Öffentlichkeit. Selbst eine "Schadensersatzklage" der US-Firma Verizon wird befürchtet, da bei Enthüllung der Spähaktion mit der Abwanderung von Kunden zu rechnen sei. Außerdem drohe die "Aufdeckung ähnlicher Operationen mit mindestens ebenso schwerwiegenden Risiken". War Glotaic also erst der Anfang?

Gegenüber dem SPIEGEL wollten sich weder BND noch CIA zu ihrer geheimen Operation äußern. Auch Verizon hielt sich bedeckt. Man betrachte das Thema als "eine Angelegenheit zwischen zwei Regierungen", teilte die US-Zentrale mit.

Drei Schüsse, ein Leben

Ein junger Mann wird bei einem Polizeieinsatz fast erschossen. Anschließend versucht die Justiz alles, um ihn in die Psychiatrie einweisen zu lassen

Von Kai Schlieter, taz, 6.12.2014

Am Abend des 10. September 2013 berührt der Mechaniker Martin P. die Notruf-Fläche seines Smartphones. Zwei Stunden später liegt er mit drei Schüssen in Brustkorb und Bauch in einer Klinik.

Eigentlich wollte P. einen Arzt in sein Haus nach Heinsberg rufen. Stattdessen kommen Polizisten. Er habe Panik verspürt, deswegen habe er die "Notruf"-Funktion betätigt, erklärt P. den Anruf viel später - nachdem er aus dem künstlichen Koma erwacht ist.

Um 21:47:25 Uhr nimmt ein Hauptkommissar der Leitstelle in Heinsberg den Anruf entgegen. Was passiert sei, fragte der Beamte, der sich mit "Polizei-Notruf" meldet. Martin P. teilt dem Mann mit, er brauche Hilfe. Er habe Mist gebaut, es sei ein Notfall. So steht es im polizeilichen Wortlautprotokoll, das die taz am Wochenende einsehen konnte.

Ob es eine verletzte Person gebe?, erkundigte sich der Polizist. Ja, sagt Martin P. Und ja: Er sei selbst diese verletzte Person. Was er getan habe? Da bricht das Gespräch ab.

Der Hauptkommissar könnte dann, nach dem Anruf, den entscheidenden Fehler begangen haben. Er telefoniert mit dem Kollegen der Wache West in Heinsberg. Neben Martin P. gebe es eine weitere verletzte Person, habe er gesagt. So werden das zumindest die am Einsatz beteiligten Beamten später darstellen.

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Gegen 22 Uhr klingeln die vier Polizisten an der Haustür von Martin P. Der öffnet die Tür und schließt sie sofort wieder. Auf die Beamten wirkt er ängstlich. Sie gehen von einer weiteren verletzten Person aus, die sich vielleicht sogar in Lebensgefahr befindet. Sie rufen: Polizei! Martin P. öffnet.

Nach Recherchen der taz soll sich aus Sicht der Polizisten nun Folgendes abgespielt haben: Furchterfüllt, mit weit aufgerissenen Augen, soll P. ausgesehen haben. Es sei etwas geschehen, habe er gesagt. Zwei der vier Beamten reden mit ihm. Die anderen beginnen, nach der zweiten Person im Haus zu suchen.

Martin P. will durch den Flur davonlaufen, doch die beiden anderen Polizisten kommen ihm entgegen. Sie versuchen, ihn aufzuhalten. Er ruft um Hilfe, immer wieder. Die Beamten versuchen, ihn zu beruhigen.

P. will durch das Fenster im Wohnzimmer fliehen. Doch die Rollläden sind verschlossen.

Fußspuren an der Wand und Blutlachen auf dem Boden deuten nach dem Einsatz auf eine brutale körperliche Auseinandersetzung hin. Den Beamten gelingt es nach eigenen Angaben nicht, P. zu fixieren.

Sie hätten, sagen sie später aus, mehrfach mit flachen Händen gegen seinen Kopf geschlagen, um den Widerstand zu brechen. Mehrfach setzen sie Pfefferspray ein. Martin P., so behaupten sie, scheint dagegen immun. Die Beamten müssen dem Reizgas im geschlossenen Raum ausweichen. Dann habe sich P. in Richtung Wintergarten bewegt. Wieder Pfefferspray. Wieder ohne Wirkung. P. habe nun eine Tasse drohend in die Hand genommen. Einer der Beamten im Wintergarten habe die Hand an die Dienstwaffe gelegt. Martin P. habe aus der Schublade ein Brotmesser mit Wellenschliff geholt, nicht auf Warnungen reagiert, das Messer nicht fallen lassen und sich auf die Beamten im Wintergarten zu bewegt.

Zwei schnell hintereinander abgefeuerte Schüsse. Gezielt auf die Körpermitte. Martin P. habe kurz innegehalten und sei dann weitergelaufen. Dritter Schuss. Gleicher Beamter.

P. gelangt noch durch eine Tür in die Garage, von dort auf die Einfahrt, wo er zusammenbricht und liegenbleibt.

"Der verblutet gerade, und die wollen ihn bewachen"

Eine Stunde nach seinem Notruf holt Martin P. tatsächlich ein Arzt ab. In der Universitätsklinik Aachen beginnt eine mehrstündige Operation. Zwei Mal wird er in jener Nacht im September reanimiert. Erst drei Wochen später befindet er sich nicht mehr in Lebensgefahr.

Seitdem sorgen sich seine Eltern nicht nur um die Gesundheit ihres Sohnes. Sie fürchten sich plötzlich vor einer Instanz, der sie bisher vertraut hatten: dem Staat. Denn der Einsatz wirft viele Fragen auf. Doch sowohl die Staatsanwaltschaft Aachen wie auch das dortige Amtsgericht konzentrieren sich darauf, Martin P. einstweilig in einer Anstalt unterzubringen.

Die Projektile des Beamten treffen ihn in den Brustkorb und den Bauch. Seine Lunge, das Zwerchfell und eine Vene sind durchschlagen, die Leber ist teilweise zerrissen, die Blase geplatzt, ein Geschoss steckte im Hüftgelenk. Die Bauchspeicheldrüse ist komplett zerfetzt. Zehn Leute arbeiten die Nacht im OP durch. Martin P. hat kaum noch Blut im Körper, als er eingeliefert wird. "Der war fast leer", soll ein Krankenpfleger gesagt haben.

Leitender Chirurg in dieser Nacht ist Christoph Heidenhain, 42 Jahre alt, der stellvertretende Direktor der Klinik. Schon kurz nach der Operation ruft ein Polizist ihn an und fragt, ob er Beamte schicken solle, um Martin P.s Krankenzimmer zu bewachen. Er fragt nicht, wie es dem Mann geht, dem der Mediziner gerade das Leben gerettet hat. Heidenhain verblüfft das noch heute. "Der verblutet gerade, und die wollen ihn bewachen", sagt er Monate später in einem Restaurant in Aachen.

Es bleibt nicht die einzige Ungereimtheit. Heidenhain beschließt deswegen im Januar 2014, seine Erlebnisse in einem Gedächtnisprotokoll festzuhalten. Das Dokument liegt der taz vor. Die sieben eng bedruckten Seiten lassen Zweifel an der Arbeit der Ermittlungsbehörden und des Amtsgerichts Aachen aufkommen. Sie beschreiben die Zeit vom 10. September 2013 bis zum 18. November 2013 - dem Tag der Entlassung von Martin P. aus der Klinik.

Schon während der Operation rätselt der Arzt über den ungewöhnlichen Schusskanal. Wenige Tage nach der OP ruft ein Rechtsmediziner aus Köln an und

erkundigt sich nach der Schussverletzung. Heidenhain schildert ihm, wie ein Projektil Organe durchschlug, die in stehender Position teils übereinanderliegen.

"Ich habe den Rechtsmediziner gefragt, ob Kugeln um die Ecke fliegen können", sagt er im Restaurant. "Doch der Mann hat mir gar nicht richtig zugehört."

Das Geschoss durchschlug die Leber, Lunge, Zwerchfell, oberen Dickdarm, Pankreaskopf und die Hohlvene. Um diese Körperteile mit einem Schuss zu durchlöchern, müsste Martin P. sehr steil von schräg oben getroffen worden sein, vermutlich in einer stark nach vorne gebeugten Position. So interpretiert der Chirurg die Verletzung. Weder die Staatsanwaltschaft noch die Polizei Aachen waren bereit, sich zu den Ermittlungen zu äußern.

Der Rechtsmediziner aus Köln, erzählt Heidenhain, habe nach zehn Minuten gesagt, er wolle sich eventuell noch einmal melden. "Von diesem Herren, an dessen Namen ich mich nicht mehr erinnere, habe ich bis heute nichts mehr gehört."

Recherchen der taz zufolge rief der Rechtsmediziner Dr. G. im Auftrag eines Kriminalhauptkommissars des Polizeipräsidiums Aachen an. Später teilte Dr. G. dem Kommissar mit, dass die zweite Schussverletzung leicht absteigend verlaufe. Die dritte Schussverletzung findet zunächst keinerlei Erwähnung.

Dabei hatte Heidenhain den Kollegen darüber informiert, dass "einer der drei Schüsse nicht in eine stehende Person eingedrungen sein konnte". Der Schussverlauf spreche für einen "stark gebeugten Zustand". Eine Position, die schwer zum Bild des aggressiven Angreifers Martin P. passt.

Kurze Zeit später, am 23. Oktober 2013, meldet sich ein Mitarbeiter einer Psychiatrie aus Köln und fragt, wann Martin P. transportfähig sei für eine Verlegung in die Forensik nach Essen. Heidenhain ist verwundert, denn der Mann bezieht sich auf den Paragraphen 126 a der Strafprozessordnung, den der Chirurg nicht kennt. Auf seine Nachfrage schickt ihm der Mann das Gutachten der Psychiaterin J. Obwohl sie Martin P. zu diesem Zeitpunkt noch gar nicht befragen konnte, diagnostiziert sie eine psychiatrische Erkrankung und empfiehlt die Unterbringung in einer psychiatrischen Anstalt. Selbst beim "wiederholten Lesen konnte und kann ich dieser Logik und Sinnhaftigkeit nicht folgen", schreibt der Mediziner in seinem Protokoll.

Er nimmt Kontakt zur Staatsanwaltschaft auf. Doch auch der Staatsanwalt M. sei "auf keinen meiner Kritikpunkte und meine Fragestellungen eingegangen". Der Mediziner ruft nun den Richter E. des Amtsgerichts an. "Ich versuchte ihm telefonisch zu erläutern, dass keine seiner geschilderten Gründe oder Annahmen sich mit dem deckten, wie ich Herrn P. hier im Krankenhaus nun seit einiger Zeit erlebe. Auch Herr E. gab sich telefonisch sehr zurückhaltend und sagte, dies sei nicht seine Aufgabe, dies mit mir zu diskutieren."

Christoph Heidenhain arbeitet mittlerweile als Chefarzt einer Klinik in Düsseldorf, doch der Fall lässt ihn nicht los. Er zweifelt daran, dass die Behörden aufklären wollen, was am Tatabend geschah. Auch nach über einem Jahr wurde er selbst nicht befragt. Eine Psychiaterin soll den Mediziner bereits als befangen bezeichnet haben.

Was ist das für ein Polizeieinsatz, bei dem es vier Beamten nicht gelingt, einen 26 Jahre alten Mann zu überwältigen? Bei dem ein Polizist seine Dienstwaffe einsetzt und dabei drei Mal in die Mitte des Körpers schießt?

Ermittelt wird in die andere Richtung: gegen Martin P.

Noch am Abend des Einsatzes erstatten die beteiligten Polizisten Strafanzeige wegen versuchten Totschlags. Der Kollege, der die Anzeige aufnimmt, war nach Recherchen der taz selbst am Einsatz beteiligt.

In dieser Strafanzeige gegen P. wird nun explizit eine weitere verletzte Person genannt. Obwohl Martin P. laut Telefonprotokoll bei seinem Notruf nie von einer zweiten Person sprach. Und obwohl die Polizisten im Haus keine weitere Person vorfanden.

Erstaunlich schnell in der Bewertung des Geschehens ist auch Richter E. des Amtsgerichts Aachen. Nur acht Tage später, am 18. September 2013, erlässt er einen Unterbringungsbeehl für die Psychiatrie gegen Martin P. Die Grundlage dafür: Paragraf 126 a der Strafprozessordnung. Demnach kann "das Gericht durch Unterbringungsbeehl die einstweilige Unterbringung in einer dieser Anstalten anordnen, wenn die öffentliche Sicherheit es erfordert."

Martin P., ein gelernter Verfahrensmechaniker für Kunststofftechnik, der bisher weder strafrechtlich noch psychiatrisch auffällig geworden war, liegt da noch auf der Intensivstation der Uniklinik und wird künstlich beatmet.

Eine Grundlage für den Unterbringungsbeehl bildet das Gutachten der Psychiaterin J., die von Staatsanwalt M. dazu beauftragt wurde. Schon eine Woche nach der Tat und ohne je mit dem Verletzten gesprochen zu haben, diagnostiziert sie: Er leide vermutlich an einer Psychose, sei gefährlich für die Öffentlichkeit und müsse deswegen einstweilig in einer Anstalt untergebracht werden.

Die Psychiaterin stützt sich dabei vorwiegend auf Gespräche mit Bekannten, zudem seien bei dem Beschuldigten ein Schwert und eine Maschinenpistole gefunden worden, außerdem habe auch P.s Mutter eine psychische Krankheit gehabt. All dies weise auf eine paranoide Psychose aus dem Formenkreis der Schizophrenie hin, meint sie.

Ein junger Mann hat sich übernommen

Ein anderer Psychiater, der Martin P. im Januar 2014 zahlreichen Tests und Gesprächen unterzieht, hält das Vorgutachten seiner Kollegin für unseriös. Allein, dass sie nicht darauf hinweise, dass es sich bei dem gefundenen Schwert und der Maschinenpistole um Dekorationswaffen handele und diese Geschenke des Bruders und des Nachbarn von Martin P. gewesen seien, lasse ein verzerrtes Bild von Martin P. entstehen. Er hält die Expertise seiner Kollegin für nicht haltbar. Der Patient stelle keine Gefahr dar. Den Eltern gelingt es, die Unterbringung juristisch abzuwehren. Doch wenn Martin P. entgegen der Hypothese der Staatsanwaltschaft nicht psychiatrisch auffällig wäre: Was war der Auslöser für seinen merkwürdigen Notruf?

Seine Eltern erzählen von den Monaten vorher, die für ihren Sohn sehr belastend gewesen seien. Jeden Tag sei er nach der Arbeit auf die Baustelle seines Hauses gefahren. Er hatte es gerade gekauft. Die Wochenenden, nahezu jede freie Minute, habe der Sohn den roten Backsteinbau entkernt. Er setzte ein neues Dach auf, brachte Stuck an die Decke im Wohnzimmer, baute ein neues Bad ein und verwandelte den muffigen Anbau in einen Wintergarten. Ein Kredit, ein Eigenheim, mit 26 Jahren. Alles musste bei Martin P. perfekt sein, sagt sein Vater.

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Ein junger Mann hatte sich emotional und körperlich übernommen - das wäre eine mögliche Interpretation der Ereignisse. So lautet auch die Erklärung des psychiatrischen Gutachtens vom Januar 2014: Der Notruf war die Folge eines Burn-outs.

Doch das akzeptieren die Ermittlungsbehörden nicht. Und so beauftragt die Staatsanwaltschaft Aachen, nachdem das erste Gutachten zurückgewiesen wurde, die gleiche Gutachterin noch einmal in der Sache. Sie soll den Schwerkranken diesmal persönlich kennenlernen. Nach dem Treffen kommt sie zu dem Ergebnis, dass die einstweilige Unterbringung in einer Psychiatrie nicht mehr nötig sei.

Zu diesem Zeitpunkt liegt bereits ein weiteres entlastendes Gutachten eines Professors der Uniklinik Aachen vor.

Doch Richter E. und Staatsanwalt M. ordnen schon wieder eine Begutachtung durch die Erstgutachterin an. Die Eltern reichen einen Befangenheitsantrag ein. Der ermittelnde Staatsanwalt schreibt daraufhin Anfang März, eine Ablehnung der Gutachterin könne als ein Ausdruck der fortschreitenden Erkrankung des Martin P. interpretiert werden. Die Ablehnung, schreibt er weiter, könnte ein Anlass sein, womöglich erneut den Paragraphen 126 a anwenden zu müssen: wieder die einstweilige Unterbringung in einer Psychiatrie.

Es klingt wie eine Drohung. Erneut legen die Eltern Beschwerde ein. Schließlich hebt das Oberlandesgericht Köln am 8. August den Beschluss auf und gibt den Eltern recht. Eine erneute Begutachtung sei nicht nötig. Die Richter verweisen darauf, dass es sinnvoll gewesen wäre, insbesondere den operierenden Chirurgen Christoph Heidenhain zu hören. Doch das haben weder Richter noch Staatsanwalt getan.

Der Arzt schildert das Geschehen in seinem Gedächtnisprotokoll: Am 28. Oktober kommen die beiden in die Klinik. Sie wollen Martin P. den ersten Unterbringungsbefehl für die Anstalt überbringen. Richter E. habe sich "vehement" verwahrt, sagt Heidenhain. Er schreibt, es "stünde mir nicht zu, seine Beschlüsse zu kritisieren, auch sei er nicht bereit, das mit mir zu diskutieren. Ich merkte mehrmals an, dass meiner Meinung nach dieser Patient nicht schizophren, nicht psychotisch und

nicht psychisch auffällig sei." Doch noch am Krankenbett sei Martin P. der Beschluss verlesen worden.

Nachdem sie das Krankenzimmer verlassen haben, fragt Heidenhain, warum weder Richter noch Staatsanwalt Martin P. anhören wollten. "Ich bot ihm an, ihm die von uns eingeholten psychiatrischen Konsile am Computer zu zeigen, bei denen zumindest die letzten beiden eine psychiatrische Störung sowie Fremd- sowie Eigengefährdung für höchst unwahrscheinlich einschätzen. Richter E. lehnte dies entschieden ab." Weder Richter E. noch Staatsanwalt M. waren gegenüber der taz bereit, sich zu ihrem Vorgehen zu äußern.

Heidenhain erklärt Martin P. für transportunfähig. Von nun an bewachen ihn zwei bewaffnete Polizisten in der Klinik.

Wenig später erreicht den Mediziner der Anruf einer Stationsschwester. Sie sagt, "ein ihr fremder Herr würde den Patienten visitieren". Der fremde Herr entpuppt sich als ein Arzt der Justizvollzugsanstalt Düren. Er sei von der Forensik in Essen beauftragt worden, den Patienten zu untersuchen. Heidenhain wird wütend: "Ich weise darauf hin, dass er sich weder bei uns im Sekretariat der Chirurgie noch bei mir als stellvertretender Leiter der Klinik, noch bei der Stationsschwester, noch an anderer Stelle angemeldet hätte." Das nützt allerdings nichts. "Der Herr versuchte dies mehrfach zu beschwichtigen. Ich drohe daraufhin mit dem Wachdienst."

Eine Kugel steckt noch neben seinem Herzen

Viele Fragen bleiben offen. Etwa nach der Wirkung der Geschosse. Die Polizei in NRW verwendet die 9-Millimeter-Munition "Action 4" des Schweizer Herstellers Ruag. Als vorrangiges Ziel einer solchen "Deformationsmunition" nennt das Polizeitechnische Institut die "sofortige Angriffs- oder Fluchtunfähigkeit". Der Vorteil bestehe darin, dass ein Projektil so viel Energie im Körper abgibt, dass es stecken bleibt. Die Verletzung Unbeteiligter durch austretende Geschosse sei durch diesen ballistischen Effekt ausgeschlossen.

Bei Martin P. riss eines der Projektilen einen acht mal acht Zentimeter großen sternförmigen Krater in die Leber. Alle drei Kugeln stecken - nach bisher 14 Operationen - noch in seinem Körper. Eine direkt neben seinem Herzen.

Chefarzt Christoph Heidenhain wurde bis heute nicht gehört. Eine Anzeige der Eltern gegen den Polizeischützen hat die Staatsanwaltschaft am 3. November eingestellt. Auch hier wird als Grund wieder genannt, dass die Beamten von einer weiteren verletzten Person hätten ausgehen müssen. Entgegen der Beschreibung der Munition wird auch darauf abgehoben, dass bei P. angeblich keines der drei Geschosse eine Handlungsunfähigkeit erzielt hätte. Oberstaatsanwalt Peter Jansen teilt mit, es bestünden "keine zureichenden tatsächlichen Anhaltspunkte für ein strafbares Verhalten der eingesetzten Polizeibeamten".

Wer die Eltern von Martin P. besucht, trifft eine Familie im Ausnahmezustand. Auch deshalb heißt P. hier nur P. Seit mehr als einem Jahr bangen sie um die Gesundheit ihres Sohnes. Sie fuhren mehrere zehntausend Kilometer mit dem Auto, um ihn im Krankenhaus zu besuchen. Sie gaben um die 20.000 Euro aus - einen großen Teil für die juristische Auseinandersetzung. Ende September 2014 erleidet der Vater, ein kräftiger Mann, einen schweren körperlichen Zusammenbruch.

Kurz zuvor musste sein Sohn erneut ins Krankenhaus. Eine Verkapselung mit Wundsekret in der immer wieder brüchigen Bauchwunde musste aufgestochen werden. Martin P. hatte bis Februar 2014 einen künstlichen Darmausgang. Seit der ersten Operation, bei der ihm die Bauchspeicheldrüse entfernt werden musste, leidet er an einer schweren Diabetes. Insgesamt verbrachte er bisher 18 Wochen im Krankenhaus.

Anfang September erfährt die Familie, dass Martin P. erneut psychiatrisch begutachtet werden soll. Es gehe um die Frage, ob bei ihm die Voraussetzung für eine Unterbringung in einer Psychiatrie vorliege - die Frage, die bereits von diversen Gutachten, Medizinern und Psychiatern verneint wurde.

All the best

Die einen betteln, die anderen mauern – der interne Mail-Verkehr zwischen Kanzleramt und Weißem Haus in Sachen Spionage beweist: Deutschland und Amerika haben kein Verhältnis auf Augenhöhe

Von John Goetz, Antonius Kempmann, Georg Mascolo, Bastian Obermayer,
Süddeutsche Zeitung, 9./10.05.2015

Mächtige schreiten vor laufenden Kameras durch den Saal, schütteln Hände, setzen sich an einen Tisch, vor und hinter sich Hoheitszeichen, Wappen, Flaggen. Namenlose Zuarbeiter reichen Schriftstücke in edlen Ledermappen, schwarzglänzende Füllfederhalter werden gezückt. Ein paar tatkräftige Schriftzüge, schwungvolle Schnörkel, schnelle Striche, dann wird ein Staatsvertrag, ein Abkommen oder ein „Memorandum of Agreement“ Realität: große Politik im feierlichen Vollzug.

Was sich davor abgespielt hat, ahnen Außenstehende nicht. Zähe Verhandlungen zwischen Fachleuten und Vertrauten der Staatsmänner, handfester Streit auch zwischen Partnern und Freunden, knallharte Interessenpolitik und kleinkariertes Schachern wie auf dem Basar: große Politik in kleinen Schritten.

So läuft das auch zwischen Deutschen und Amerikanern, wenn etwas zu vereinbaren ist – egal, ob Verträge im Scheinwerferlicht oder geheime Absprachen in Regierungsbüros. Etwa beim NSA-Skandal: Der US-Geheimdienst hört weltweit mit, auch in Deutschland. Am Ende kommt heraus, dass sogar die Kanzlerin betroffen ist. Schon zu Beginn des NSA-Skandals fordert Merkel von Washington empört das hochheilige Versprechen, dass das nicht sein dürfe: „Auf deutschem Boden hat man sich an deutsches Recht zu halten. Bei uns in Deutschland und in Europa gilt nicht das Recht des Stärkeren, sondern die Stärke des Rechts.“ Um das zu garantieren, will die Kanzle-

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

rin ein No-Spy-Abkommen, als Krönung der deutsch-amerikanischen Freundschaft. Und um damit im laufenden Bundestagswahlkampf zu punkten?

Das jedenfalls ist der Eindruck, der entsteht, als Merkels damaliger Kanzleramtsminister Ronald Pofalla am 12. August 2013 vor der Presse verkündet: „Die US-Seite hat uns den Abschluss eines No-Spy-Abkommens angeboten.“ Das klingt nach einer internationalen Sensation, denn solch ein Abkommen mit der Supermacht hätten die Deutschen weltweit exklusiv. Pofalla lässt keinen Zweifel: Dieses Angebot hätte Washington nie machen können, wenn „die Aussagen der Amerikaner, sich in Deutschland an Recht und Gesetz zu halten, nicht tatsächlich zutreffen wird“. Damit, so Pofalla, werde Merkels ehernes Gebot vom Gelten deutschen Rechts auf deutschem Boden unbestreitbar umgesetzt.

Interne Emails über den Verhandlungsprozess, die der *Süddeutschen Zeitung*, dem NDR und dem WDR vorliegen, sprechen eine andere Sprache. Das Berliner Bemühen um das erwünschte Anti-Spionage-Abkommen war alles – nur keine Freundschaft auf Augenhöhe.

Und das Abkommen selbst, war es wirklich in greifbarer Nähe?

Deutschland im Sommer 2013. Das Land steht im Wahlkampf. Ein junger Amerikaner namens Edward Snowden sorgt gleichzeitig dafür, dass die ganze Welt über die amerikanischen Geheimdienste diskutiert. Snowden enthüllt, dass die amerikanische National Security Agency (NSA) wie ein weltweiter Datenstaubsauger funktioniert. Sie macht selbst vor privaten E-Mail-Fächern und Telefonen nicht halt, auch nicht in Deutschland. Das kommt der Wahlkämpferin Merkel und ihrer Partei ungelegen, denn die CDU/CSU ist ein treuer Partner Washingtons. Nun muss die Union befürchten, dass eine zunehmend antiamerikanische Stimmung den Wahlsieg gefährdet.

Es wäre nicht das erste Mal: 2002 hatte Gerhard Schröder das Ruder für die SPD herumgerissen, indem er als Wahlkämpfer mit dem deutschen „Nein!“ zum Irak-Krieg über die Marktplätze tourte. Deshalb ist Merkel im Sommer 2013 besorgt. Sie muss US-Präsident Barack Obama dazu bringen, die von der NSA verstörten Deutschen zu beruhigen, sie der unverbrüchlichen deutsch-amerikanischen Freundschaft zu versichern.

Nur wie?

Für knifflige Fälle haben Regierungschefs ihre Leute. Spitzenbeamte, ihre Namen sind der Öffentlichkeit selten geläufig. In Deutschland kümmert sich für Merkel der politische Beamte Christoph Heusgen um die Grundlinien der Außenpolitik – und damit auch um das Verhältnis zur Supermacht USA. Merkels ranghöchster Berater für Außen- und Sicherheitspolitik wird im politischen Berlin wegen seiner Erfahrung hoch geschätzt. Zu seinem Job gehört es, in Merkels Namen bei heiklen Fragen im Weißen Haus hinter den Kulissen anzuklopfen. Auch Barack Obama hat Fachleute, die sich für ihn um die Details des Regierens kümmern. In diesem Fall ist es Karen Donfried, die Obama zuarbeitet. Donfried, die bis 2014 als Chef-Strategin für Europa tätig ist, arbeitet damals zwar nicht auf der obersten Ebene der US-Regierung. Aber sie hat Zugang zum Oval Office, zählt zum Beraterkreis des Präsidenten. Die deutschfreundliche Donfried ist Heusgens Ansprechpartnerin.

Die Aufgabe solcher Kärner der Regierungschefs ist es üblicherweise, den Boden zu bereiten für unterschriftsreife politische Abmachungen.

Juli 2013. Die Merkel-Regierung ist unter Druck. In zwei Monaten wählen die Deutschen einen neuen Bundestag, die Medien berichten ununterbrochen über die NSA-Spionage gegen Deutschland und andere europäische Staaten. Merkels Unterhändler Heusgen, der das diplomatische Geschäft im Auswärtigen Amt gelernt hat, soll die Amerikaner in kurzer Zeit auf Wohlverhalten verpflichten. Also schreibt er an Donfried und kommt auf „Prism“ zu sprechen, ein US-Programm zur Überwachung und Auswertung elektronischer Daten.

18. Juli 2013

Liebe Karen,

Ich komme gerade von einer Diskussion mit der Kanzlerin. Sie hat morgen ihre jährliche Pressekonferenz mit den Hauptstadtjournalisten. Hauptthema wird „Prism“ sein. Sie bat mich, Ihnen (und dem Präsidenten) zu übermitteln, dass sie vorhat, die folgende Formulierung zu verwenden: Sie wird – auch wenn sie die Kooperation mit den USA loben wird und all die Vorteile, die wir daraus ziehen – dennoch darauf bestehen, dass sie als deutsche Bundeskanzlerin sicherstellen muss, dass deutsches

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Recht auf deutschem Boden respektiert wird. Sie wird betonen, dass die deutsche Regierung in dieser Sache eng mit den USA zusammenarbeitet. In diesem Zusammenhang streben wir eine offizielle Zusicherung von unseren amerikanischen Freunden an, wonach diese tatsächlich deutsches Recht auf deutschem Boden beachten.

Nochmals, lassen Sie mich Ihnen die Botschaft übermitteln, dass diese Sache entscheidend bleibt in turbulenten innenpolitischen Zeiten zu einem kritischen Zeitpunkt.

All the best,

Christoph

Tatsächlich sagt Angela Merkel vor der Bundespressekonferenz fast wörtlich, was Heusgen dem Weißen Haus angekündigt hat. Die Kanzlerin besteht darauf, dass auf deutschem Boden deutsches Recht zu gelten habe. Unausgesprochen richtet sie sich an die Adresse der Amerikaner: „Das erwarte ich von jedem. Wenn das irgendwo nicht oder noch nicht überall der Fall sein sollte, dann muss es für die Zukunft sichergestellt werden.“

Doch Karen Donfried hat „unhappy news“, schlechte Nachrichten.

19. Juli 2013

Lieber Christoph,

Ich möchte Ihnen versichern, dass jeder hier die äußerst schwierige Lage der Kanzlerin versteht und sein Allerbestes tun will, um in dieser Lage hilfreich zu sein. Ich habe daran einen Großteil dieses Tages gearbeitet. Die Frage, ob deutsches Recht auf deutschem Boden respektiert wird, müsste durch eine sehr sorgfältige Prüfung und Interpretation der deutschen Gesetze unter Einschaltung von Experten geklärt werden. Bei uns liegt der Fokus natürlich darauf, ob wir das US-Recht einhalten. Unsere Experten fühlen sich nicht dafür gerüstet, die Einhaltung des deutschen Rechts zu beurteilen.

Ich freue mich darauf, weiterhin eng über all dies in Kontakt zu bleiben.

All best,

Karen

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Fachleute, um die juristischen Fragen zu klären? Kein Problem für Heusgen: Im Bundeskanzleramt drückt er noch am selben Tag in seinem E-Mail-Programm auf „Antworten“.

19. Juli 2013

Liebe Karen,

Vielen Dank für all Ihre Anstrengungen, um uns zu unterstützen. Wir wissen das sehr zu schätzen. Die Pressekonferenz war okay, aber das Thema wird uns noch weiter verfolgen.

Die Achtung der deutschen Gesetze auf deutschem Boden bleibt die Schlüsselfrage. Wir wissen natürlich, wie schwierig es ist sicherzustellen, dass sich alle Dienstlebensprechend verhalten; und auch, wie schwierig es ist, genau zu wissen, wie die deutsche Gesetzgebung ist. Ich habe der Kanzlerin von Ihrer Antwort erzählt und der Notwendigkeit zur Einschaltung von Experten. Sie bat uns, Sie mit aller Hilfe zu unterstützen, die Sie brauchen. Wir wären bereit, Experten aus unseren Ministerien zu schicken, die die deutsche Gesetzgebung erklären könnten. Lassen Sie es uns einfach wissen.

Ich fahre in ein paar Stunden in den Urlaub und bin am 12. August zurück. Mein Stellvertreter Michael Flügger wird die Stellung halten.

All the best,

Christoph

Heusgens Angebot trifft auf wenig Gegenliebe. Erst vier Tage später antwortet Donfried dem Stellvertreter von Heusgen, Michael Flügger.

23. Juli 2013

Lieber Michael,

ich wollte mich noch einmal bei Ihnen melden wegen Christophs Frage, ob wir deutsches Recht auf deutschem Boden respektieren. Wir schätzen selbstverständlich sein Angebot, uns Experten zu schicken, um uns über das deutsche Recht auszutauschen, und wir werden darüber nachdenken. Jedoch weisen wir darauf hin, dass unsere Geheimdienste im Fall von gemeinsamen Aktivitäten mit unseren Partnern davon

ausgehen, dass diese Partner sicherstellen, dass alle gemeinsamen Aktivitäten den nationalen Gesetzen entsprechen.

Um die Sicherheit unserer Bürger, Verbündeten und Partner zu schützen, haben die USA wie alle Staaten Fähigkeiten entwickelt, darunter auch geheimdienstliche. Dies hat uns geholfen, nicht nur unser Land vor einer Reihe von Bedrohungen zu bewahren, sondern auch den Rest der Welt.

All best,

Karen

Der Inhalt dieser E-Mail ist unmissverständlich, legt Washington aber auf raffinierte Weise in keinem Punkt fest. Eine derart vage Stellungnahme würde das Weiße Haus sogar öffentlich abgeben, notiert ein Mitarbeiter der deutschen Botschaft in Washington. Doch auch dazu kommt es nicht. Das US-Außenministerium lässt Berlin wissen, dass das Weiße Haus sich öffentlich überhaupt nicht äußern wird.

Aus wenig wird nun: nichts.

Im Bundeskanzleramt versteht man dies sofort: In einer internen Mail aus jenen Tagen heißt es, die Erklärung Karen Donfrieds greife „in bestimmten Aspekten zu kurz, u. a. in der Frage der Beachtung deutschen Rechts und dem Verweis, dass dies durch die deutschen Partner sichergestellt werden müsse. Die amerikanischen Freunde veranstalten bei uns viele Tätigkeiten ohne das Wissen der deutschen Sicherheitsdienste. Und gerade da wollen wir sie ja auf deutsches Recht verpflichten, wenn wir sie schon nicht kontrollieren können.“

Dass die unverbindliche Botschaft aus Washington die Probleme nicht löst, begreift man im Bundeskanzleramt sofort. Ein Mitarbeiter hält am 26. Juli 2013 fest: „Hinsichtlich der öffentlichen Aufarbeitung wird von uns erwartet, dass wir auch öffentlich und nicht nur in den einschlägigen Gremien des Bundestages erklären können, dass US-Dienste auf deutschem Boden Recht einhalten. Dies geht weder eindeutig aus der NSA-Erklärung noch aus der Mail Karen Donfrieds hervor.“

Heusgens Vertreter Flügger wendet sich erneut an Obamas Europastrategin Donfried, beharrt auf Zusagen über die Unverletzbarkeit der deutschen Gesetze.

31. Juli 2013

Liebe Karen,

Entschuldigen Sie bitte die späte Antwort. Für uns ist absolut entscheidend, der Parlamentarischen Kontrollkommission erklären zu können, dass die US-Geheimdienste unter keinen Umständen deutsches Recht auf deutschem Boden infrage gestellt haben. Parlamentsmitglieder werden zweifellos die Frage aufwerfen, ob die deutsche Seite über US-Aktivitäten außerhalb von gemeinsamen Aktionen informiert war und ob solche Aktivitäten mit deutschem Recht vereinbar gewesen seien. Da wäre es gut, wenn die US-Seite erklären könnte, dass – falls unilaterale US-Aktivitäten stattgefunden haben – sich diese klar innerhalb des deutschen Gesetzesrahmens bewegten.

Mit den besten Wünschen,

Michael

Erfolg hat der Mann aus Berlin keinen. Am nächsten Tag, es ist der 1. August 2013, lässt Obamas Beraterin das Bundeskanzleramt kühl wissen, dass sie die deutschen Sorgen mit den Anwälten des Weißen Hauses besprechen wolle. Ein Kanzleramtsmitarbeiter fasst Donfrieds Botschaft treffend zusammen: „Amis mauern weiter, was Erklärung zur Beachtung deutschen Rechts anbelangt.“

Seit Heusgens erster E-Mail sind nun fast 14 Tage vergangen. Die Zeit bis zur Bundestagswahl wird knapp. Merkel ist keinen Schritt weiter. Obama lässt die Wünsche der Kanzlerin an sich abperlen.

Also setzt man in Berlin auf die persönliche Begegnung. Anfang August macht sich eine Delegation auf den Weg nach Washington, unter den Reisenden sind Spitzenvertreter der deutschen Sicherheitsbehörden. Am 5. August nehmen die Chefs von Verfassungsschutz, Bundesnachrichtendienst, der zuständigen Abteilung im Bundeskanzleramt sowie ein Staatssekretär aus dem Innenministerium in einem Konferenzzimmer in der NSA-Zentrale Platz. Ihnen gegenüber sitzt NSA-Chef General Keith Alexander, flankiert von James Clapper. Der führt als „Director of National Intelligence“ alle US-Geheimdienste.

In dem fünfseitigen BND-Protokoll des Treffens wird eine angebliche erste Annäherung festgehalten: NSA-Chef Alexander habe beschwichtigt, Deutschland sei

doch kein Zielland. Das wird sich später als falsch herausstellen. Dann überrascht Clapper mit einem Vorstoß: Er könne sich „die Bildung einer Arbeitsgruppe vorstellen“. Er nennt als Vorbild die Vereinbarung über die Abhöranlage in Bad Aibling im Jahr 2002. Damals hatten die Partner festgelegt, dass sich auch die NSA beim gemeinsamen Betrieb der gigantischen Lauschstation mit dem Spitznamen „Die großen Ohren“ „an deutsche Gesetze und Bestimmungen“ halten müsse. Ein entsprechendes Abkommen könne man doch für ganz Deutschland schließen, sagt Clapper. Er selbst könne darüber aber „keine Ad-hoc-Entscheidung treffen“. Er habe keine Prokura, denn das Ganze sei eine politische Frage. Und die Antwort auf diese Frage liege im Weißen Haus.

Die Deutschen sind nach dem Treffen jedenfalls hochzufrieden: Später werden sie „gute Fortschritte beim Thema Zusammenarbeitsabkommen (ehemals ‚No-Spy-Abkommen‘)“ notieren. Bis heute beruft sich die Bundesregierung auf dieses Treffen der hochrangigen Sicherheitsleuten in der NSA-Zentrale. An diesem Tag habe man die erhoffte Zusage erhalten. Die Deutschen wähen sich auf dem Weg zum Erfolg. Und das, obwohl sie in ihrem internen Protokoll über das Meeting notieren, dass die alleinige Entscheidung nur im Weißen Haus liegt.

Am 12. August, sechs Tage nach der Rückkehr der Delegation, wird aus dem amerikanischen Angebot, doch erst einmal eine Arbeitsgruppe zu bilden, in Berlin ein quasi unterschriftsreifer Vertrag. Kanzleramtsminister Pofalla sagt vor Journalisten, die NSA-Affäre sei „vom Tisch“. Aus den unverbindlichen Zusicherungen der Amerikaner wird die Aussage, die US-Seite habe „den Abschluss eines No-Spy-Abkommens angeboten“.

Hat sie?

Die Regierung ist offenbar entschlossen, den Bürgern ihren Wunsch als Wirklichkeit zu verkaufen. So entsteht der Eindruck, dass deutsches Recht auf deutschem Boden auch für die Amerikaner gilt. Nur: Das Weiße Haus bestreitet bis heute, das jemals zugesagt zu haben.

In den folgenden Tagen liefert das Kanzleramt Details über den angeblichen Verhandlungserfolg nach. So beantwortet das Amt eine Bundestagsanfrage der SPD:

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

„Auf Vorschlag der NSA ist es geplant, eine Vereinbarung zu schließen, deren Zusicherungen mündlich bereits mit der US-Seite verabredet worden sind: Keine Verletzung der jeweiligen nationalen Interessen, keine gegenseitige Spionage, keine wirtschaftsbezogene Ausspähung, keine Verletzung des jeweiligen nationalen Rechts.“

Würde das stimmen, wäre es ein diplomatischer Durchbruch und der Beweis dafür, dass Deutsche und Amerikaner unter der Regierung Merkel auf Augenhöhe sind. Regierungssprecher Steffen Seibert verkündet in absolutem Tonfall: „Es wird ein No-Spy-Abkommen geben.“

Einen Monat vor der Bundestagswahl ist das gefährliche Thema NSA damit für die Wahlkämpferin Merkel vom Tisch. Dafür gerät nun die US-Regierung unter Druck. Am Tag nach Pofallas viel beachtetem Auftritt – von dem die US-Regierung nach eigenen Angaben vorab nichts gewusst hat – meldet sich das Weiße Haus. Die deutsche Presse frage nach dem No-Spy-Abkommen, so Obamas Beraterin Donfried genervt. Die US-Regierung werde die Medien abspeisen: „Details unserer Geheimdienst-Kooperation mit Deutschland“ würden nicht kommentiert. Mangels klarer Antworten fassen die Journalisten nun aber in der deutschen Hauptstadt nach. Wer der Bundesregierung die sensationelle No-Spy-Zusage gegeben habe? Und bis wann das Abkommen denn fertig sei?

Es sind schwierige Fragen für eine ehrliche Antwort.

Inzwischen ist Merkels Sicherheitsberater Heusgen zurück aus dem Urlaub. Auch er scheint zufrieden zu sein, schlägt einen persönlichen Ton an gegenüber Karen Donfried.

14. August 2013

Liebe Karen,

Danke für Ihre Nachricht – und Glückwunsch zu Ihren drei freien Tagen . . . (Da Sie normalerweise samstags und sonntags arbeiten, bekommen Sie im Grunde ja fünf Tage frei . . .)

Zur Situation hier in Sachen NSA.

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Nach seinem zweiten Treffen mit dem zuständigen Parlamentarischen Kontrollgremium konnte Minister Pofalla – glauben wir – die verschiedenen Stürme beruhigen. Die Medien und die Opposition haben nachgelassen, aber man weiß nie, was als nächstes kommt.

Was die Vereinbarung, die zwischen der NSA und dem BND (glaube ich) geschlossen werden soll, angeht, wäre es großartig wenn Sie irgendwie öffentlich den Beginn solcher Gespräche/Verhandlungen loben könnten. Das wäre extrem hilfreich. Wir haben es von General Alexander gehört, aber wir (und er selbst wahrscheinlich genauso) brauchen Ihren Segen, um loszulegen. Die Vereinbarung wird ein wenig vereinfachend „no spy“ genannt, sie wäre aber in der Substanz weit ausgeklügelter.

Da wir gerade in die kritische Phase des Wahlkampfes eintreten, müssen wir für den Fall vorausplanen, dass etwas Neues von Snowden kommt.

Best

Christoph

Statt handfester Zusagen beschwert sich nun die Berliner US-Botschaft bei Heusgen, weil sich jetzt auch noch der deutsche Innenminister Hans-Peter Friedrich öffentlich in das No-Spy-Gerangel eingeschaltet hat. Er behauptet, noch vor der Bundestagswahl werde eine Vereinbarung unterzeichnet, wonach die USA „uns nicht ausspionieren“. Die folgende Nachricht an Heusgen wirkt wie eine Ohrfeige. Ihm schreibt der zweite Mann der Botschaft, Jim Melville.

15. August 2013

Guten Morgen Christoph,

ich habe mich über die Äußerungen von Friedrich in der „Rheinischen Post“ gewundert. Das wird Washington noch mehr verwirren.

Christoph, wir beide wissen, dass es wirklich eine große Herausforderung (und vielleicht sogar unmöglich) sein wird, die öffentliche Debatte unter Kontrolle zu halten, aber wir sollten nichts sagen, was die Erklärung möglicher neuer Enthüllungen und den Umgang damit noch schwieriger macht. Richtig?

Best regards,

Jim

Es wird September. Zwei Wochen vor der Bundestagswahl hat die Merkel-Regierung den innenpolitischen Druck fürs Erste abgewehrt. Nur – eine Zusage in Sachen No-Spy hat das Weiße Haus nicht gemacht. Am 6. September 2013 steigt BND-Präsident Gerhard Schindler daher noch einmal ins Flugzeug. Er trifft sich erneut mit James Clapper, dem Chef aller US-Geheimdienste. Der BND-Mann lässt wissen, „die auf US-Seite vorhandene Bereitschaft zur Diskussion eines ‚No-Spy-Abkommens‘“ sei in der politischen Landschaft Deutschlands „sehr positiv aufgenommen worden“. Clapper bleibt wie zuvor unverbindlich. Er unterstütze die Idee. Entschieden werde aber allein im Weißen Haus.

Obwohl das Thema NSA in den letzten Wahlkampfwochen nach hinten gerückt ist, wiederholt die Kanzlerin immer wieder, die US-Amerikaner hätten sich auf deutschem Boden an deutsches Recht zu halten. Merkels Mantra wird zum Versprechen an die Bürger.

Merkel gewinnt die Wahl, das No-Spy-Abkommen wird Teil der Koalitionsvereinbarung mit der SPD. Bei Nachfragen von Journalisten verweist die Regierung auf die Vertraulichkeit der Gespräche. Im Auswärtigen Amt ahnen die Diplomaten längst, dass aus der ganzen Sache nie etwas werden wird. Sie wissen es von der amerikanischen Regierung, von Karen Donfried. Vier Tage nach der Bundestagswahl trifft Obamas Beraterin in New York einen deutschen Spitzendiplomaten. Hinterher heißt es im deutschen Protokoll, die Realisierungschance für das „angebliche“ No-Spy-Abkommen sei laut Donfried „gering“. Gleichzeitig habe sie darauf hingewiesen, die Debatte wecke Begehrlichkeiten anderer Staaten, zum Ärger der USA.

Die Stimmung ist jetzt stark angespannt, da kommt der Moment der Wahrheit in den deutsch-amerikanischen Geheimdienstbeziehungen. Und damit der deutsch-amerikanischen Freundschaft. Am 17. Oktober 2013 übergeben zwei *Spiegel*-Journalisten Regierungssprecher Seibert die Abschrift einer digitalen Karteikarte. Aus der geht hervor, dass die Superspione von der NSA Merkels Handy abhören. Seibert eilt ins Kanzleramt, informiert den BND. Noch am selben Tag schickt der deutsche Geheimdienst eine Kopie des verräterischen Dokuments an die NSA. Man erwarte eine

„Stellungnahme“. Die kommt aber nicht. Zuständig für die Frage nach dem Merkel-Telefon, so die NSA, sei das Weiße Haus.

Im Kanzleramt und bei den deutschen Geheimdiensten dämmert nun auch dem Letzten, dass die Versprechen der US-Seite wenig Wert haben: Die NSA verstößt nicht gegen deutsche Interessen? Deutschland ist kein Aufklärungsziel? Warum wird dann die Regierungschefin abgehört?

Merkel muss die öffentliche Empörung über die unerhörte Schnüffelei der Amerikaner für sich nutzen, um das No-Spy-Abkommen bei dem von seinen NSA-Agenten blamierten US-Präsidenten persönlich durchzudrücken. Sie telefoniert am 23. Oktober 2013 mit Obama. Der sichert ihr zu, dass ihre Gespräche und E-Mails weder aktuell noch künftig mitgeschnitten würden. Angela Merkel hat nun ihr No-Spy-Abkommen. Es gilt jedoch nur für sie ganz persönlich und nur für die verbleibende Amtszeit Obamas, damals noch drei Jahre.

Und der Rest der Regierung? Die deutschen Unternehmen? Und, vor allem, was ist mit den deutschen Bürgern? Was deren Überwachung durch die Amerikaner angeht, ist das Kanzleramt keinen Schritt weiter. Deutsches Recht auf deutschem Boden interessiert Washington wenig. Merkels Kanzleramtsminister Pofalla wiederholt dennoch nimmermüde, man erwarte den Abschluss eines No-Spy-Abkommens. Sicherheitsberater Heusgen fliegt Ende Oktober selbst nach Washington, versucht sein Glück bei Karen Donfrieds Chefin: Susan Rice. Als Obamas oberste Sicherheitsberaterin ist die eine mächtige Frau.

Heusgen hat keinen Erfolg. Als er fragt, ob neben der Kanzlerin andere Amtsträger abgehört worden seien – der Bundespräsident etwa – schweigt Rice.

Das Wenige, was die transatlantischen Partner den Deutschen zugestehen wollen, sind zwei Abmachungen. Eine unverbindliche politische Erklärung, in der sie sich gegenseitig ihrer unverbrüchlichen Freundschaft versichern. Und ein Geheimabkommen darüber, welche NSA-Spionageformen in Deutschland zulässig sind. Unter dem Strich, das ist die Enttäuschung, wird nur stehen, was Obama der Kanzlerin persönlich versprochen hat. Es gibt kein No-Spy-Versprechen für alle Deutschen. Nur die Kanzlerin wird nicht mehr abgehört.

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Christoph Heusgen versucht es nun erneut bei Karen Donfried, in freundlichem Ton.

2. Dezember 2013

Liebe Karen,

vielen Dank für den neuen Entwurf. Hinsichtlich des letzten Punktes würden wir gern einige Änderungen vorschlagen. Wir glauben, es ist ein wenig zu eng, die Verpflichtung, keine Überwachungsmaßnahmen durchzuführen, lediglich auf den Präsidenten und die Kanzlerin zu beziehen. Deswegen würden wir gern eine etwas weitere Formulierung vorschlagen, die auf unsere langwährende und enge bilaterale Beziehung Bezug nimmt. Für uns ist es wichtig, dass die Erklärung klar festlegt, dass wir den jeweils anderen nationalen Interessen nicht schaden. Diese Änderungen wären extrem hilfreich für uns und die weitere Debatte in Deutschland.

All the best,

Christoph

Das Weiße Haus bleibt unbeeindruckt, der Ton wird immer pampiger.

4. Dezember 2013

Morgen Christoph,

Grüße von Tag zwei in Brüssel!

Wie ich schon erwähnte, können wir die vorgeschlagenen Überarbeitungen des letzten Punktes nicht akzeptieren.

Vielen Dank und beste Grüße

Karen

Jetzt muss Heusgen retten, was überhaupt noch zu retten ist.

4. Dezember 2013

Hi Karen,

danke für Ihre Nachricht. Ich weiß, wir sind noch nicht ganz da, was den Text zu unseren Geheimdiensten angeht. Brauchen noch immer ein wenig mehr Substanz von

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Ihren Leuten. Nachdem die öffentliche Aufmerksamkeit abgelenkt ist (jedenfalls im Augenblick), haben wir ein bisschen mehr Zeit. Wir müssen das mit unserem neuen Koalitionspartner besprechen. Die Regierung wird am 17. Dezember gebildet, wenn alles gut geht.

Ich werde jetzt für einen Tag nach Pakistan reisen, bin Freitag zurück.

All the best,

Christoph

Doch die Obama-Regierung bleibt hart. Statt einzulenken, werden den US-Medien Informationen zugespielt. Die *New York Times* berichtet, dass die Verhandlungen über das Anti-Spionage-Abkommen „ins Schwimmen geraten“ seien. Das liest sich zumindest zwischen den Zeilen so, als ob Washingtons Geheimdienste weiter in Deutschland nach eigenen Vorstellungen operieren würden – trotz aller Berliner Bitten, deutsches Recht zu respektieren.

Am 20. Dezember 2013 stellt sich das Kanzleramt der Realität. Es bestehe „maßgeblicher Dissens zwischen US-Seite und deutscher Seite“ in Sachen No-Spy-Abkommen, heißt es in einem internen Fazit. Die Amerikaner verweigerten jede Garantie, dass ihre Nachrichtendienste deutsches Recht in Deutschland einhielten. In Berlin weiß man genau, warum: Eine Zusage, die deutschen Gesetze zu achten, würde US-Agenten die Hände komplett binden. Sie müssten auf jede Form eigener nachrichtendienstlicher Informationsgewinnung innerhalb Deutschlands verzichten.

Im Klartext: Das Kanzleramt muss stets gewusst haben, dass US-Agenten gegen deutsches Recht verstoßen und dass sie dies auch in Zukunft tun würden. Weshalb Washington nicht das geringste Interesse an einem deutsch-amerikanischen No-Spy-Abkommen haben konnte.

Heusgen selbst wollte der SZ auf Anfrage keine Stellungnahme abgeben, weil „die Verhandlungen zwischen BND und NSA für eine Kooperationsvereinbarung“ weiter andauerten. Die Bundesregierung teilte mit, „Grundlage der damaligen Entscheidung war ein Angebot der US-Seite, damals bereits bestehende Vereinbarungen für gemeinsame Projekte zu verallgemeinern und auf ganz Deutschland anzuwen-

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

den“. So oder so, Heusgen versucht im Januar 2014 ein letztes Mal, seine Kollegin Donfried zu überzeugen.

7. Januar 2014

Liebe Karen,

Am Donnerstag habe ich ein erstes Treffen mit unserem neuen Kanzleramtsminister Altmaier und dem neuen Koordinator der Geheimdienste, Staatssekretär Fritsche . . .

Mein erster Eindruck in den ersten Gesprächen mit den beiden ist folgender: Der Text erfüllt unsere Erwartungen nicht, weil er die Möglichkeit nicht ausschließt, dass die USA deutsche Bürger ohne unsere Zustimmung und ohne unser Wissen ausspäht (korrigieren Sie mich, wenn ich falsch liege). Wir müssen jetzt herausfinden, was besser ist: Eine Vereinbarung zu bekommen, die eine gute Basis liefert für unsere Zusammenarbeit, die aber von der Öffentlichkeit, dem Parlament, etc. kritisiert werden wird – oder eben gar keine Vereinbarung.

All the best,

Christoph

Die Antwort des Weißen Hauses ist beschämend eindeutig.

8. Januar 2014

Lieber Christoph,

was Ihre spezielle Frage angeht („korrigieren Sie mich, wenn ich falsch liege“): Ich kann Sie nicht korrigieren, da Sie recht haben – dies wird kein No-Spy-Abkommen werden, und ich glaube, jeder hier auf unserer Seite hat das auch fortwährend die ganze Zeit über klar zum Ausdruck gebracht.

Bis morgen

Karen

Die No-Spy-Korrespondenz endet mit einer letzten E-Mail Heusgens an das Weiße Haus. Das kurze Schreiben des Merkel-Beraters liest sich wie ein Eingeständnis vollständiger deutscher Machtlosigkeit.

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

9. Januar 2014

Liebe Karen,

Wie Sie wissen, haben wir den Versuch mit der Aussicht auf den Abschluss eines „No-Spy-Agreement“ begonnen. Ich verspreche, diesen Ausdruck zukünftig nicht wieder zu verwenden. Wir haben realisiert, dass wir dieses Ziel nicht erreichen werden.

Best

Christoph

Die veröffentlichten Emails wurden aus dem Englischen übersetzt und teilweise gekürzt.

Auch der Besuch von Barack Obama in Berlin im Juni 2013 stand ganz im Zeichen der NSA-Affäre. Jede Geste zwischen Kanzlerin Angela Merkel und dem US-Präsidenten wurde auf Herzlichkeit hin untersucht – trafen sich da wirklich noch Freunde?

Zentralen der Macht:

Auf den Arbeitsebenen im Berliner Kanzleramt (links oben) und dem Weißen Haus in Washington (unten) wird im Kleinen die große Politik vorbereitet. Für Spitzenbeamte hinter den Kulissen ist das eine eher mühsame Aufgabe.

Fotos: Kay Nietfeld/dpa, Kevin Lamarque/Reuters

Die NSA-Affäre ist vom Tisch, ein No-Spy-Abkommen den Deutschen von den Amerikanern angeblich zugesagt: Der damalige Kanzleramtsminister Ronald Pofalla (CDU) am 12. August 2013 bei seiner schon beinahe legendären Pressekonferenz.